



Das Wissen der Gegenwart

Deutsche Universal-Bibliothek für Gebildete

Einzeldarstellungen aus dem Gesamtgebiete der Wissenschaft, in anziehender g ... achgelehrten
D ... eiz.

Jede ... hlossenes Ganze. - ... Zwischenräumen. ... es Papier und gro ... Druck und Format ... Band füllt 15—20 ... d.

Jeder ... gebunden



Das

durch des ... gelöst werden soll, dem ... auf dem Gesamtgebiete der Wissenschaft vom Standpunkte der heutigen Forschung aus befriedigende Aufklärung, Belehrung und Anregung zu bieten, wird hiermit der allgemeinen Teilnahme empfohlen. Für unsere Sammlung ist vorläufig ein Umfang von zwei- bis dreihundert Bänden in Aussicht genommen, von denen jeder einzelne ein Ganzes für sich, zugleich aber einen Baustein zu einem Gesamtgebäude bilden soll. Bei dem Plane des Unternehmens haben wir jene Zweiteilung, welche als herrschende unverkennbar durch die moderne Wissenschaft hindurchgeht, zum obersten ... Die Naturwissenschaften und die historische ... wie glücklich gelegene Inseln immer m ... nd

selbst widerstrebende Disziplinen an sich heranziehen, werden, wie sie im Leben der modernen Wissenschaft selbst die Herrschaft angetreten haben, auch in unserem Werke, welches dieses Leben klar abspiegeln will, die beiden großen Hauptgruppen der systematischen Einteilung bilden. Die rein abstrakten Wissenschaften, welche eine dritte Gruppe bilden könnten, werden wir keineswegs aus unserem Werke ausscheiden, aber nicht sowohl vom dogmatischen als vom historischen Standpunkte aus beleuchten. Und dies aus dem Doppelgrunde, weil in einem Teil dieser Wissenschaften, wie z. B. in der Mathematik, ein anderes Wissen als ein durchaus vollständiges Fachwissen nicht denkbar ist, während in einem andern Teile, wie in der Metaphysik, positive Wahrheit nur insoweit, als es auf innere Geschichte ankommt, zu bieten ist.

Wir bemerken nur noch, daß wir die Länder- und Völkerkunde, die als selbständige Wissenschaft immer bedeutsamer hervortritt und die naturwissenschaftliche und historische Elemente in sich schließt, in unserem Plane deshalb der großen Gruppe der historischen Wissenschaften angereiht haben, weil der Hauptgesichtspunkt, von dem die Methode dieser Wissenschaften ausgeht, nämlich die territoriale Abgrenzung, ein historischer ist.

Im Folgenden geben wir einstweilen die Grundzüge der Einteilung nach einem vorläufigen Plane, und bemerken, daß eine detaillierte Aufstellung der Themata baldigst nachfolgen wird:

a) Die Naturwissenschaften

werden durch zahlreiche interessante Themata, in anziehender gemeinverständlicher Form bearbeitet, aus dem Gebiete der

Astronomie, Geologie, Geognosie, Physik, Chemie, Meteorologie, Zoologie, Botanik, Medicin und des Bergwesens

vertreten sein.

b) Die historischen Wissenschaften

sollen in all ihren Zweigen berücksichtigt werden, interessante Schilderungen der bedeutendsten Perioden aus der

Weltgeschichte, Länder- und Völkerkunde und der Culturgeschichte und Darstellungen aus der **Philologie, Jurisprudenz, Nationalökonomie, Philosophie** sind in Aussicht genommen. Eine Reihe von Publikationen aus der **Kunstgeschichte** sind geplant, welche lückenlos dem Stande der heutigen Forschung entsprechend zur Darstellung gebracht werden sollen.

Aus diesen Andeutungen, denen ein im Einvernehmen mit hervorragenden Fachgelehrten systematisch angelegter Plan zu Grunde liegt, dürfte sich zur Genüge ergeben, daß wir in der That eine wissenschaftliche **Bibliothek** anstreben, welche — die Teilnahme des gebildeten Publikums vorausgesetzt — die im Eingange dieser Ankündigung gekennzeichneten Aufgaben erfüllen, in allen Teilen frommen und nützen, in ihrer Gesamtheit aber einen geistigen Bau von dauerndem Werte bilden wird.

Die außerordentliche Wohlfeilheit dieser Einzelwerke bietet auch dem Minderbemittelten, der so oft vor den hohen Preisen wissenschaftlicher Werke zurückschreckt, die erwünschte Gelegenheit, sich auf einem bestimmten Gebiete gründliche und ausgiebige Belehrung zu sichern. So hoffen wir denn durch unsere Bibliothek ein Bildungsmittel zu schaffen, das in der großen, nie endenden Schule der Erwachsenen eine würdige Stellung einnimmt, das von den Wissenden gutgeheißen, von den Gebildeten und Bildungsbedürftigen gerne angenommen wird, und den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zugänglich gemacht ist.

Zunächst werden erscheinen:

Gindely, A., Geschichte des dreißigjährigen Krieges in drei Abteilungen.

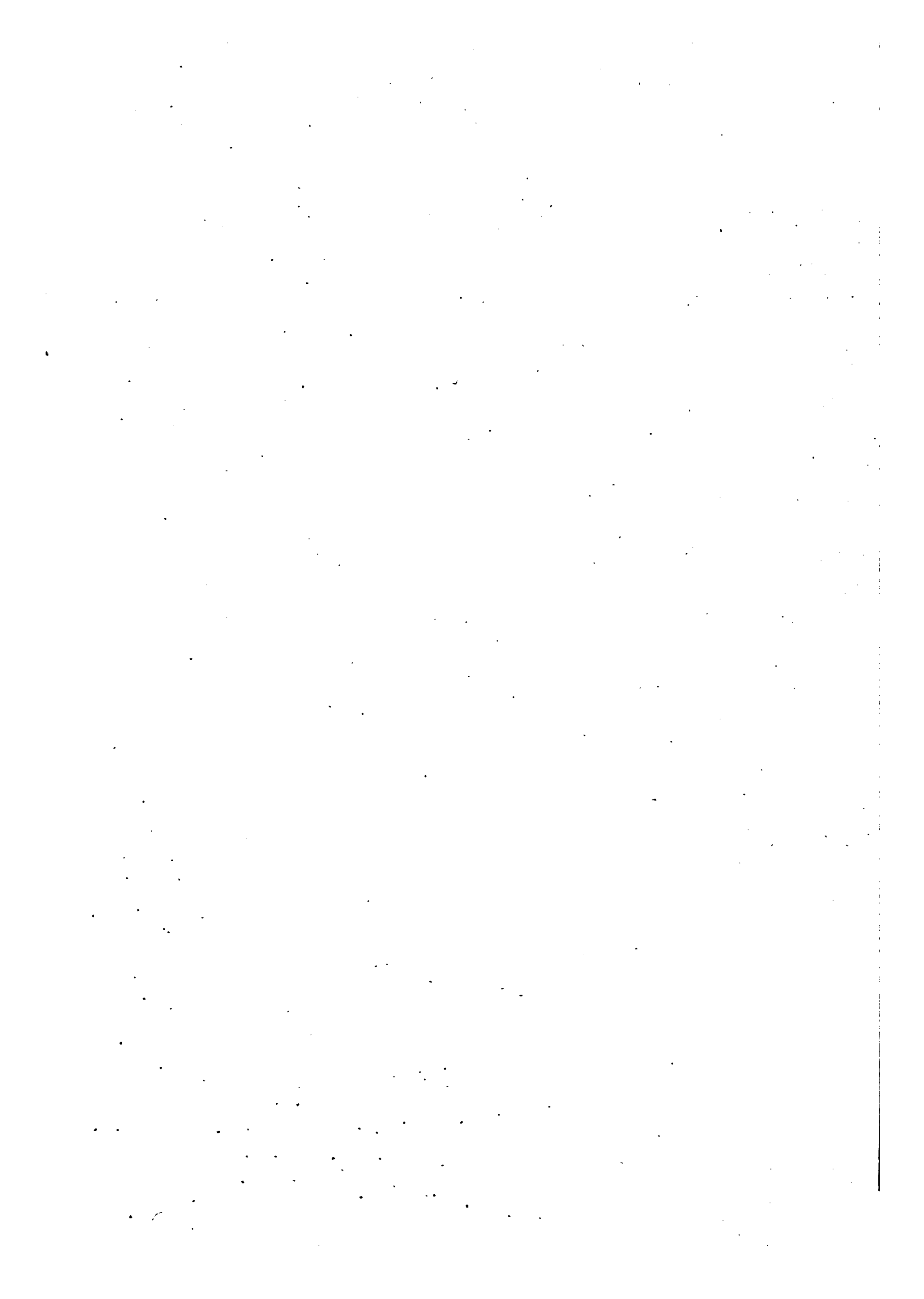
I. 1618—1621: Der böhmische Aufstand und seine Bestrafung.

Etwa 290 Seiten. Mit zahlreichen sehr interessanten historisch beglaubigten Abbildungen von Schlachten und Städten; Portraits jener Männer, die in der gewaltigen Geschichts-Epoche zu einer historischen Bedeutung gelangten, wie Ferdinand II., Friedrich V., Bethlen und Tilly.

Klein, Dr. Herm. J., Allgemeine Witterungskunde.

Etwa 290 Seiten. Auch dieses Werk ist mit zahlreichen, vorzüglich ausgeführten Abbildungen und Tafeln ausgestattet.

Fortsetzung am Ende des Werkes.



Das Wissen der Gegenwart

Deutsche Universal-Bibliothek für Gebildete

I Band:

Geschichte des dreißigjährigen Krieges

in drei Abteilungen

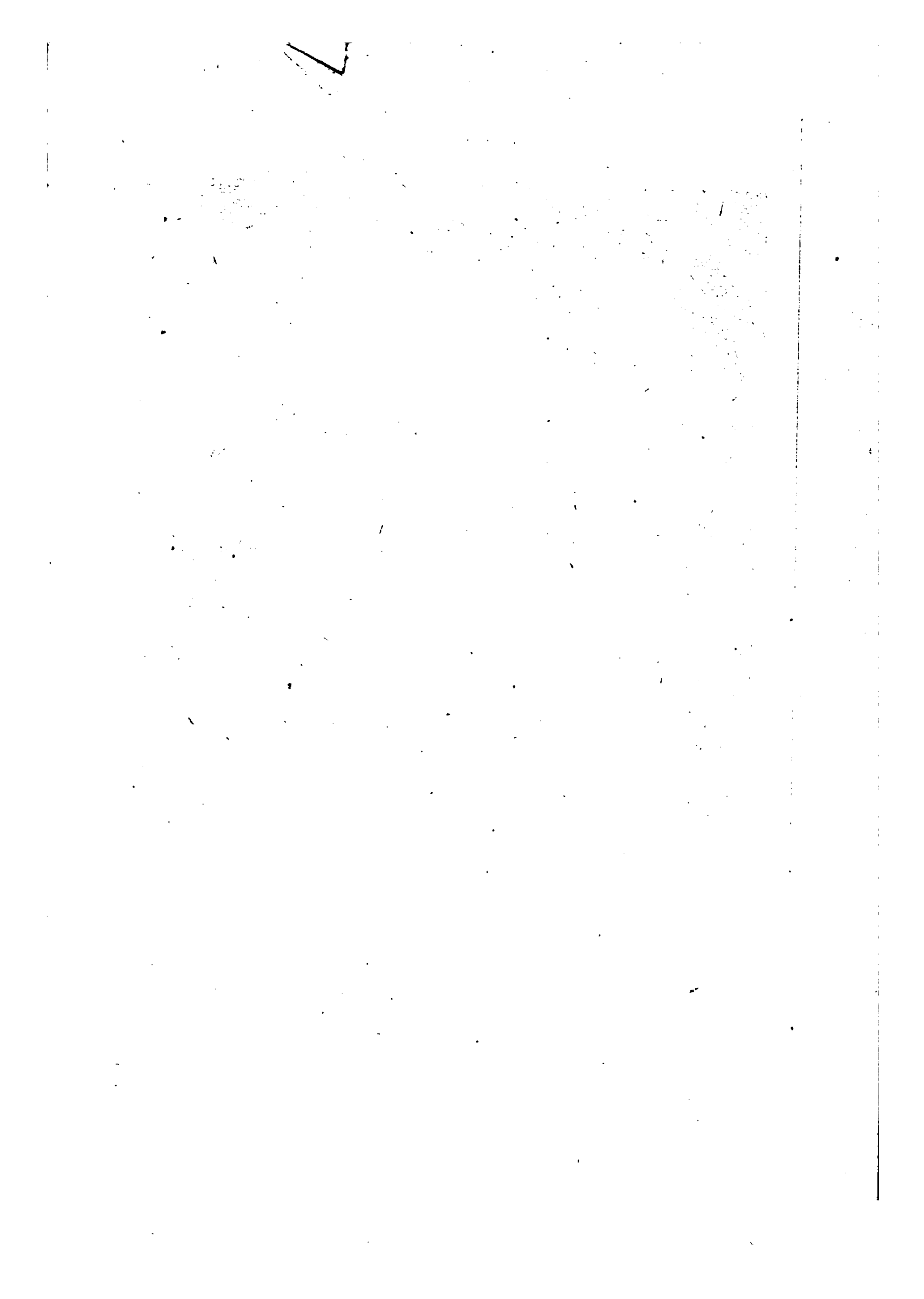
von

Anton Gindely.



Leipzig, 1882.

Verlag von G. Freytag.





Kaiser Ferdinand II.

Geschichte des dreißigjährigen Krieges

in drei Abteilungen

von

Anton Gindely.

I Abteilung:

Der böhmische Aufstand und seine Bestrafung
1618 bis 1621.

Mit 3 Doppelvollbildern, 1 Vollbild und 4 Porträts in Holzstich.



Leipzig, 1882.
Verlag von G. Freytag.

Inhalt.

Erstes Kapitel
Der Fenstersturz.

Zweites Kapitel.
Der Ausbruch des Krieges.

Drittes Kapitel.
Die Frankfurter Kaiserwahl und die böhmische Königswahl.

Viertes Kapitel.

Die Allianzen des Kaisers und die des böhmischen Wahlkönigs.

Fünftes Kapitel.

Der Krieg im Jahre 1620 bis zur Schlacht auf dem weißen Berge.

Sechstes Kapitel.

Die Schlacht auf dem weißen Berge und ihre Folgen.

Vorwort.

Von meinem mir eng befreundeten Verleger ersucht, daß ich meine langjährigen Studien über die Geschichte des dreißigjährigen Krieges in einem für weite Kreise passend geschriebenen Werke verwerte, entschloß ich mich diesem Wunsche um so eher nachzukommen, als ich einer Verpflichtung, die ich in dieser Beziehung gegen andere Personen seit langem übernommen habe, unter einem genügen konnte. Ich füge also meine Arbeit dem Sammelwerk „Das Wissen der Gegenwart“ ein, das bestimmt ist, die Resultate der heutigen Forschung allen Gebildeten in einer faßlichen und angenehmen aber durch die Spezialstudien der betreffenden Autoren verbürgten wissenschaftlichen Weise bekannt zu geben.

Mein Werk ist auf drei Teile berechnet. Der erste Teil berichtet über jene Ereignisse, die unmittelbar die Veranlassung zum Ausbruche des 30jährigen Krieges geboten haben und erzählt darauf die Geschichte des böhmischen Aufstandes, der später eingeleiteten Prozesse und Konfiskationen und der damit in Verbindung stehenden Gegenreformation, wobei ich mich streng an die vier Bände hielt, die ich über die Geschichte des 30jährigen Krieges geschrieben habe. Meine Angabe über die Teilnahme des P. Dominicus an der Beratung der ligistischen und kaiserlichen Heerführer vor der Schlacht auf dem weißen Berge habe ich wiederholt, stütze sie aber nicht auf jene Quellen, die ich seiner Zeit benützte und deren vollständige Glaubwürdig-

keit, weil sie nicht von Augenzeugen herrührten, mit Recht angefochten wurde, sondern auf den Bericht, den einer der Begleiter des P. Dominicus, der Dr. Angelini, über den Feldzug in Böhmen niedergeschrieben hat. Nach seiner Erzählung veranlaßte der genannte Pater durch seinen mahnenden Zuspruch den Grafen Buquoi und einige unentschlossene Kriegsobersten gegen ihre ursprüngliche Absicht die Schlacht zu wagen, er dürfte jedenfalls diese Nachricht entweder von P. Dominicus selbst oder von einem der unmittelbaren Augen- und Ohrenzeugen geschöpft haben. Nur der Bericht Angelinis war mir bekannt, als der Druck dieses Bandes zu Ende ging; erst einige Tage später ist ein zweites, noch hervorragenderes Zeugnis zu meiner Kenntnis gekommen, dessen ich nun erwähne, und zwar das des Herzogs von Baiern. Als unmittelbar nach dem Tode des P. Dominicus Nachrichten behufs seiner Kanonisation über ihn eingesammelt und Kaiser Ferdinand und seine Gemahlin, sowie Herzog Maximilian um ihr Zeugnis bezüglich einzelner Handlungen und Worte desselben ersucht wurden, gab Maximilian dasselbe (lateinisch) mit folgenden Worten ab: „Als das kaiserliche und ligistische Heer sich verbunden hatten, um den Feind nach Möglichkeit anzugreifen und denselben endlich vor den Mauern Prags erreichten, wollten einige der obersten Offiziere die Schlacht nicht wagen. .... Als das der Pater merkte, trat er herzu und ersuchte den Kriegsrat mit Demut und Bescheidenheit, es möge ihm, dem Unberufenen, gestattet sein einige Worte vorzubringen. Und als ihm die Erlaubnis gegeben wurde, mahnte er mit feurigem Eifer die Führer zum Vertrauen in Gott und die Gerechtigkeit ihrer Sache: sie sollten fest vertrauen, daß die Gnade Gottes nicht ausbleiben und ihre Hoffnung mit dem Siege belohnt werden würde. Diese Worte bewogen die Gegner der Schlacht nachzugeben und mit vereinten Kräften den Feind anzugreifen.“

Ich werde im Laufe dieses oder des folgenden Jahres beide Zeugnisse das Angelinis und das Maximilians veröffentlichen.

Während ich mich bei dem ersten Bande eng an meine bisherigen Arbeiten anschloß, nahm ich auch in dem zweiten und einem Teil des dritten Bandes wenig Zuflucht zu den zahlreichen Publikationen über die Geschichte des 30jährigen Krieges und griff hauptsächlich zu meinen archivalischen Forschungen, die ich bis zum Beginn des Jahres 1636 nahezu vollständig beendet und im französischen Staatsarchiv bis zum Jahre 1648 geführt habe. Was ich demnach neues, namentlich über Waldstein und seine Zerwürfnisse mit den Ligisten und seine Absetzung in Regensburg biete, werde ich in meinen spätern Publikationen umständlich erörtern und ebenso den Plan Gustav Adolfs über die Begründung einer Herrschaft in Deutschland, wie er sich allmählich in ihm entwickelt hatte. Wittich bemerkt in seinem Werke „Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly", daß es eine dankenswerte Aufgabe sein würde, näher zu untersuchen und schärfer als bisher zu unterscheiden, wie nach den errungenen Siegen Gustav Adolf das Maß seiner Ansprüche und Forderungen höher spannte. In den Archiven von Berlin, München, Dresden und Paris habe ich alles auf diesen Gegenstand bezügliche erforscht, nur nach Schweden habe ich meinen Fuß nicht gesetzt und wenn ich diese entscheidende Quelle noch nicht zu Rate gezogen habe, so boten mir doch die genannten Archive ein äußerst wichtiges Material, welches das allmähliche Wachsen der Pläne Gustav Adolfs beleuchtet und das ich in meiner vorliegenden Arbeit verwertet habe und später veröffentlichen werde. Über die Todesursache Gustav Adolfs habe ich keine neue Behauptung aufgestellt, sondern mich der Meinung aller unparteiischen Historiker angeschlossen, welche den Tod als eine Sache des Zufalls und als eine Folge von Gustav Adolfs mutigem Vordringen in das Kampfgewühl ansehen. Dagegen konnte ich auf Grund entscheidender Aktenstücke im spanischen Staatsarchiv den Nachweis liefern, daß über die Ermordung Gustav Adolfs thatsächlich verhandelt wurde. Auf die betreffenden Mitteilungen mache ich im vorhinein aufmerksam.

Im dritten Bande berichte ich über die Waldsteinkatastrophe. Ich bemerke, daß ich mich der Schreibweise „Waldstein“ und nicht „Wallenstein“ bediene und zwar aus Gründen, die meinen Lesern zutreffend erscheinen dürften; er selbst unterschrieb sich nämlich, so weit es mir bekannt ist, nie anders als „Waldstein“, und in dieser alleinigen Form wurde sein Name in Böhmen in früherer Zeit und bis auf den heutigen Tag ausgesprochen und geschrieben. Es ist demnach für einen Historiker angezeigt, diese Form auch jetzt anzuwenden, wenngleich ein dichterischer Genius die von den Franzosen und Italienern im 17. Jahrhundert gebrauchte Form „Wallenstein“ zur allgemeinen Geltung brachte. Bezüglich des Verrates, der ihm gegen den Kaiser zur Last gelegt wird, waren die älteren Historiker mehr oder weniger von seiner Schuld überzeugt und auch Schiller giebt dieser Überzeugung Ausdruck, doch bemerkt er am Schlusse seiner Erzählung, daß die gegen Waldstein vorhandenen Beweise nicht zwingend genug seien. In neuester Zeit hat nun Förster eine Ehrenrettung versucht und alle Anklagen gegen den berühmten Feldherrn in das Gebiet der Lüge verwiesen und nur zugegeben, daß er sich gegen den Kaiser im Jahre 1634 habe kehren wollen, als er die Überzeugung gewonnen habe, daß man seine Absetzung plane. Sein Verrat wäre darnach nur die Folge des wider ihn beabsichtigten Unrechts gewesen und ihm förmlich aufgezwungen worden. Dieselbe Überzeugung verficht ein zweiter, bedeutender Waldsteinforscher Dr. Hallwich auf Grund eingehender Studien und zahlreicher neu aufgefundener Dokumente, während ein dritter Forscher Dr. Schebeck, Waldstein sogar von jeder Schuld zu entlasten sucht. Ranke hält in seiner Biographie Waldsteins im ganzen an der älteren Anschauung fest, gewinnt aber dem Waldsteinschen Verrate eine Lichtseite ab, indem er meint, derselbe habe durch seine Verhandlungen mit Sachsen aufrichtig einen Ausgleich zwischen den Glaubensparteien angestrebt. Ein endgiltiges Urteil über diesen Gegenstand wird erst möglich sein, wenn das ganze belastende und entlastende Urkundenmaterial, das zum Teil

noch immer unbekannt ist und das meiner Darstellung zu Grunde liegt, veröffentlicht werden wird. Es ist selbstverständlich, daß ich mich im Laufe der nächsten Jahre dieser Aufgabe unterziehen werde, bis dahin also für meine Beurteilung der Streitfrage bloß eine provisorische Anerkennung in Anspruch nehme. Die von mir aufgefundenen Dokumente haben in mir die Überzeugung von der Schuld Waldsteins geweckt. Die vorgebrachten Thatsachen und die Begründung meiner Behauptung, sowie die eingeflochtenen markanten Beweisstellen aus einzelnen Aktenstücken dürften auch meine Leser überzeugen, vorbehaltlich natürlich der späteren Mitteilung der beweisenden Aktenstücke.

Neben der Waldsteinschen Katastrophe bilden den wichtigsten Gegenstand der Erzählung des dritten Bandes die Verhandlungen über den Prager Frieden, den sowohl Frankreich wie die päpstliche Kurie zu hindern suchten, zu dessen Abschluß sich aber der Kaiser trotz des Widerspruches seines Beichtvaters Lamormain mit Hintansetzung der von ihm sonst hochgehaltenen religiösen Interessen entschloß. In welcher Weise Urban VIII die Verteidigung der Habsburger durchkreuzen und wie man ihm von Spanien aus begegnen wollte, darüber bieten die Papiere von Simancas vielfache Aufschlüsse und einige der wichtigsten habe ich bei meiner Arbeit zu Rate gezogen und benützt. Mag der Papst aus welchem Grunde immer zu seiner feindseligen Haltung veranlaßt worden sein, die entscheidende Ursache scheint mir der ererbte Widerwille gegen die Fremdherrschaft gewesen zu sein, um derentwillen Urban die Spanier bekämpfte, wie sein Vorgänger die Deutschen.

Über den Verlauf des Krieges seit 1636 und über die westfälischen Friedensverhandlungen berichte ich fast ausschließlich auf Grund gedruckter Schriften.

Und so schicke ich dieses Werk in die Welt, das trotz seines unscheinbaren Umfangs auf langjährigen Vorarbeiten beruht und erst durch spätere Publikationen seine Daseinsberechtigung erweisen wird.

Der Verfasser.

Erstes Kapitel.

Der Fenstersturz.

I. Die Prinzipien, die den Verfasser dieses Werkes bei der Darstellung des 30jährigen Krieges leiten. II. Erzherzog Ferdinand und seine Bemühungen um die Sicherstellung der Nachfolge nach dem Tode des Kaisers. III. Thurn und die böhmische Opposition. Die „Annahme“ Ferdinands zum Könige von Böhmen. IV. Die Schmälerung der protestantischen Freiheiten. V. Der erste und der zweite Protestantentag. VI. Der Fenstersturz und die Errichtung der Direktorialregierung.

I. Die Ursache des mörderischen Krieges, der im 17. Jahrhunderte dreißig Jahre lang Mitteleuropa zerfleischte, ist hauptsächlich in der Unverträglichkeit der religiösen Anschauungen zu suchen, welche die Völker jener Zeit erfüllten und trennten. Obwohl die Zwietracht noch heute dauert, äußert sie sich doch nicht mehr in blutigen Kämpfen, aber der Grund der jetzigen Friedfertigkeit liegt nur in der allgemeinen Gleichgiltigkeit oder in dem um sich greifenden Zweifel, während ehedem Katholiken und Protestanten den Glaubenseifer früherer Tage bewahrten, von der Wahrheit ihrer Behauptungen und dem Unrechte der Gegner in einer Weise überzeugt waren, die wir selbst bei den gläubigsten Männern unserer Zeit vergeblich suchen und die sich jetzt, wiewohl auch da gemildert, nur bei den nationalen Parteiführern in einem zweisprachigen Lande beobachten läßt. Kann es da Wunder nehmen, wenn der religiöse Kampf noch wilder tobte, als heutzutage der politische und man sich nicht mit der bloßen Unterdrückung des Gegners begnügte, sondern nur in seiner Ausrottung Befriedigung fand? Es wäre unbillig, einer der religiösen Parteien allein Schuld an diesem wilden Kampfe zuzuschreiben, beide waren gleich schuldig und wenn vielleicht in dem einen Lande die eine sich über härtere Schläge beklagen

konnte, als sie sie zufügte, so hat sie jedenfalls in einem andern Lande die Rechnung ausgeglichen. Will man gerecht sein in der Beurteilung der einander bekämpfenden Persönlichkeiten, so dürfen nicht die Bestrebungen ihrer Partei der Maßstab sein, nach dem man ihre Tüchtigkeit ermißt und über sie Lob und Tadel ausspricht, sondern man muß sie darnach beurteilen, mit welcher Meisterschaft sie ihre Stellung ausfüllten, ihre Pläne durchführten, welche Opferwilligkeit sie gegen ihre Parteigenossen bethätigten, und ob und in welcher Weise sie die ewig geltenden und bei allen christlichen Völkern gleich geachteten moralischen Gesetze beobachteten. Läßt man sich von diesen Prinzipien leiten, so gewinnt man die richtige Basis für die Beurteilung von Männern wie Ferdinand II, Maximilian von Baiern und Gustav Adolf und kann ihnen gerecht werden, wie sehr auch ihre Thätigkeit einander entgegengesetzt ist und die Anerkennung des Einen die Verdammung des Anderen einzuschließen scheint.

Wenn wir in erster Linie der Unverträglichkeit der religiösen Überzeugungen die Veranlassung des Kampfes zuschreiben, so wollen wir damit nicht sagen, daß dieselbe die einzige war. Die Unbotmäßigkeit der Stände in Österreich, welche einer Adelsrepublik zusteuerten, die Habsucht der Fürsten, die sich mit geistlichem Gut bereichern wollten, der Ehrgeiz einzelner Parteihäupter, der nur in der allgemeinen Zerrüttung befriedigt werden konnte, trugen so viel zum Auflodern des Brandes bei, daß man manchmal im Zweifel ist, welchem Umstande die größere Schuld beizumessen sei. Aber was auch den Kampf entzündet haben mag, gewiß ist, daß die lange Dauer desselben nur durch materielle Interessen herbeigeführt wurde. Mag ein Krieg aus welcher idealen Ursache immer entstanden sein, sobald er einmal begonnen hat, treten die materiellen Fragen, „der Besitz und die Herrschaft“ in den Vordergrund und allein um dieser willen wird der Kampf verlängert, den die Anfangs besiegte Partei sonst gern mit einiger Nachgiebigkeit beendet hätte. Alle Fürsten und Staatsmänner, die allmählich an dem 30jährigen Kriege teilnahmen, wollten

durch ihren Sieg ihre Herrschaft vergrößern, Ferdinand II so gut wie Maximilian von Baiern, Ludwig XIII mit seinem Minister, dem Kardinal Richelieu, so gut, wie Gustav Adolf mit Oxenstierna: allen handelte es sich, nachdem sie einmal das Schwert gezogen hatten, um die Gewinnung von Land und Leuten. Alle Worte, durch die sie dieses Ziel zu verdecken suchten, sind nichts als leere Phrasen, mit denen sie sich selbst nicht täuschten. Doch wollen wir nicht in Abrede stellen, daß sich Ferdinand II und Gustav Adolf jeder in seiner Art für berufene Werkzeuge Gottes hielten und daß ihren Bestrebungen nicht, wie denen Ludwigs XIII, nackte Eroberungssucht zu Grunde lag. Es ist aber eine traurige Kehrseite des menschlichen Lebens, daß alle idealen Bestrebungen, die religiösen ebenso wie die politischen und nationalen, nur dann zur vollen Herrschaft gelangen können, wenn der Gegner auch materiell ruiniert ist, und daß demnach ihre Vertreter beim besten Willen nicht umhin können, die materiellen Konsequenzen des Sieges mit in den Kauf zu nehmen und auf sie bedacht zu sein. — Diese Anschauungen leiten uns bei der folgenden Erzählung: ob wir in ihnen den richtigen Maßstab gefunden und ob wir ihn überall richtig angewendet haben, überlassen wir dem Urteil unserer Leser.

II. Es ist bekannt, daß die Zwistigkeiten zwischen Kaiser Rudolf II und seinem Bruder Mathias, die im Jahre 1600 ihren Anfang nahmen, vornehmlich dadurch veranlaßt wurden, daß ersterer keine Bestimmung über die Nachfolge in den von ihm beherrschten Ländern treffen wollte. Mathias hatte alle Ursache deshalb zu grollen, da die Habsburger von zahlreichen heimlichen und offenen Feinden umgeben waren, die nur auf die Gelegenheit lauerten, um ihrer Herrschaft in einzelnen Gebieten ein Ende zu machen. In dem Kampfe, der zwischen den beiden Brüdern im Jahre 1608 ausbrach, blieb der jüngere Sieger und trat schon bei Lebzeiten des älteren den Besitz der gesamten österreichischen Länder an. Da er aus der Ehe mit seiner Base der Erzherzogin Anna von Tyrol keine Kinder hatte, so machte sich

auch nach seinem Regierungsantritte unter den habsburgischen Prinzen die Besorgnis geltend, daß die Stände von Ungarn und Böhmen bei dem Mangel eines direkten Erben nach seinem Ableben die Gelegenheit benutzen würden, um über den Thron beliebig zu verfügen, und deshalb stellten sie dasselbe Verlangen an Mathias, das dieser an Rudolf gestellt hatte: er möge noch bei seinen Lebzeiten dem präsumtiven Thronerben die Krone von Ungarn und Böhmen aufs Haupt setzen. Seine Erben waren seine beiden Brüder, die Erzherzoge Maximilian und Albrecht, da sie aber alt und gebrechlich waren, so verzichteten sie gern auf ihre Rechte zu Gunsten ihres nächsten Anverwandten und Vetters, des Erzherzogs Ferdinand von Steiermark. Trotzdem erhoben sich Schwierigkeiten gegen dessen unverweilte Anerkennung und diese rührten teils von dem Könige von Spanien, teils von dem kaiserlichen Günstling und Minister, dem Bischof Khlesl her.

Der König von Spanien, Philipp III, behauptete nämlich nähere Erbrechte auf Ungarn und Böhmen zu besitzen, als Ferdinand, da er als der Sohn einer Tochter Maximilians II ein direkter Nachfolger dieses Kaisers sei, während Ferdinand nur von einem Bruder desselben abstamme. Allein Philipp hätte nur dann nähere Ansprüche auf Ungarn und Böhmen besessen, wenn das Erbfolgerecht in diesen Ländern der direkten weiblichen Linie einen Vorzug vor der männlichen Seitenlinie eingeräumt hätte, wie dies z. B. in Spanien und in England der Fall war und noch heute ist. Aber nicht nur, daß dem nicht so war, hatten nicht einmal die behaupteten Erbrechte eine unbestrittene Giltigkeit. Den ungarischen Ständen hatten die Habsburger selbst ein gewisses, allerdings nie genau bestimmtes Wahlrecht zugestanden, das zum letzten Male bei Mathias selbst geübt wurde, und auch in Böhmen hatten die Stände bei derselben Gelegenheit das Wahlrecht geübt, da Mathias infolge der Feindseligkeit seines Bruders auf das frühere Erbrecht thatsächlich verzichten mußte. Auf alle diese Verhältnisse nahm man von spanischer

Seite keine Rücksicht, Philipp nahm die Succession für sich in Anspruch, als ob seine Ansprüche keinem Zweifel unterlägen und wollte sich höchstens in eine Unterhandlung mit den Prinzen seines Hauses einlassen. Die Verhältnisse lagen aber so, daß wenn das Erbrecht der Habsburger nicht bestritten wurde, Erzherzog Ferdinand der berufene Erbe war, denn in Böhmen wie in Ungarn sprachen sich das Herkommen und mancherlei gesetzliche Bestimmungen dahin aus, daß die Frauen erst nach dem Erlöschen des Mannsstammes zur Herrschaft berufen seien.

Als Ferdinand von den Ansprüchen Philipps in Kenntnis gesetzt wurde, war er in einer schwierigen Lage. Rief er die ungarischen und böhmischen Stände zur Entscheidung auf, so durfte er hoffen, daß die Katholiken die spanischen Ansprüche abweisen würden, dagegen war es gewiß, daß die Protestanten die Gelegenheit benutzen würden, um ein für allemal die habsburgischen Erbrechte zu beseitigen oder zum mindesten auf das energischeste zu bekämpfen. Er hielt es deshalb für das klügste, eine vertrauliche Verhandlung mit seinem spanischen Vetter anzuknüpfen und zu versuchen, ob sich dieser seine Ansprüche nicht mit Versprechungen würde abkaufen lassen, von denen es allerdings fraglich war, ob sie würden erfüllt werden können. Philipp, der wohl voraussah, daß seine Ansprüche in Ungarn und Böhmen einer entschiedenen Opposition begegnen würden, zeigte sich geneigt, auf diese Verhandlungen einzugehen, welche thatsächlich im Jahre 1613 in Linz zwischen dem spanischen Gesandten Zuñiga und dem Vertrauensmanne Ferdinands, dem Herrn von Eggenberg, ihren Anfang nahmen. Nach mehrfachem Hin- und Herschreiben kam man nach Jahresfrist so weit, daß Philipp erbötig war, auf die Erbschaft gegen eine Entschädigung zu verzichten und hiebei neben anderem die Abtretung des Elsasses forderte. Da der Erzherzog jedoch schon bei diesem Punkte Schwierigkeiten erhob, so wurde die Einigung zwischen den beiden Prätendenten in die Ferne geschoben. Niemand freute sich mehr darüber als der Bischof Khlesl, weil er glaubte, daß die Einigung wenigstens bei des

Kaisers Lebzeiten nie zu Stande kommen und er sonach aus seiner einflußreichen Stellung durch den allfälligen Thronfolger nicht verdrängt werden würde.

Khlesl, der auf diese Weise die habsburgischen Interessen nicht förderte, war als Bäckerssohn aus einer niedrigen Stellung hervorgegangen, hatte aber durch Fleiß und Tüchtigkeit ein bedeutendes Ansehen gewonnen und später das Bistum von Wiener-Neustadt erlangt. Seine geistliche Beschäftigung hinderte ihn nicht, an den politischen Händeln jener Tage einen bedeutenden Anteil zu nehmen, er erwarb sich hierbei das Vertrauen des Erzherzogs Mathias und allmählich einen wachsenden Einfluß auf ihn. Als sich der Erzherzog gegen Rudolf erhob, war Khlesl der That, wenn auch nicht dem Titel nach sein erster Minister, nach dessen Entscheidung die wichtigsten innern Angelegenheiten und die gesamte äußere Politik geregelt wurde. Seine Arbeitskraft und Geschäftskenntnis machten ihn für diesen Platz vollkommen tauglich und wenn seine Wirksamkeit nicht bedeutendere Spuren hinterließ, so muß man die Verhältnisse hierfür verantwortlich machen; denn welche fruchtbare Thätigkeit konnte ein Bischof, und mochte er noch so genial sein, in einem Staate ausüben, dessen Stände zumeist protestantisch waren und nichts von einer Regierung wissen wollten, durch welche die Selbständigkeit der einzelnen Länder angetastet oder wenigstens der faktischen Einigung unter einem Herrscherhause Rechnung getragen worden wäre. Daß er ein bedeutendes staatsmännisches Talent besaß, bezeugen seine reformatorischen Pläne bezüglich des österreichischen Staatswesens, die zwar nie zur Wirklichkeit gelangten, deren Konception aber den scharfsinnigen Staatsmann verrät. So beabsichtigte er unter anderem eine Organisation des österreichischen Heerwesens, dem sich eine finanzielle hätte anschließen müssen, er scheiterte aber mit allen reformatorischen Versuchen gleich bei ihrem Entstehen. Seine Hauptthätigkeit verlegte er fortan auf die Unterdrückung des Protestantismus, dem er die im Jahre 1609 errungene gesetzliche Stellung

schmälern wollte, hauptsächlich aber auf die Festhaltung der erlangten Macht, indem er hinterrücks dagegen arbeitete, daß Mathias seinem Vetter Ferdinand die Nachfolge in Böhmen und Ungarn zusicherte. Er mußte nämlich befürchten, daß Ferdinand dann die erste Stelle im kaiserlichen Rate einnehmen und daß dessen Vertrauensmänner, vor allem Herr von Eggenberg, sich des meisten Einflusses erfreuen und er selbst bei Seite geschoben würde. Der Ehrgeiz war es also, der den Direktor des geheimen Kabinets — diesen Titel führte Khlesl seit einigen Jahren — veranlaßte, dem Erzherzog Ferdinand Schwierigkeiten zu bereiten. Daß sich der Kaiser in dieser Angelegenheit von ihm leiten ließ und selbst auch mit der Bestimmung der Nachfolge zögerte, ist nur zu begreiflich, denn Niemand läßt sich bei Lebzeiten gern zu den Toten reihen. Allerdings hätte sich Mathias seines Benehmens gegen seinen Bruder erinnern und anders handeln sollen.

Ferdinand mußte sich dem Übelwollen Khlesls gegenüber ruhig verhalten, wenn er nicht den Kaiser beleidigen wollte. Um so tapferer führte aber der Erzherzog Maximilian seine Sache, aber auch er mußte im Jahre 1615 in seinen Bemühungen innehalten, als es damals hieß, daß die Kaiserin schwanger sei. Nachdem jedoch der erwartete Termin der Niederkunft vorüber gegangen war, ohne daß die Geburt eines Erben erfolgt wäre, weil wahrscheinlich die Kaiserin einem krankhaften Zustande eine andere Erklärung gegeben hatte, trat Maximilian energischer auf als je und beschuldigte den Bischof, daß er die Schwangerschaft nur ersonnen habe, um das Successionswerk in Verwirrung zu bringen. Er reiste nach Deutschland, um die katholischen Kurfürsten für die Wahl Ferdinands günstig zu stimmen und erreichte auch seinen Zweck, darauf ging er nach Prag, wo der Kaiser damals Hof hielt, um ihm und seinem Minister das Versprechen der unverweilten Erhebung Ferdinands abzuzwingen. Da ihm Khlesl „mit Wort und Handschlag und bei Verlust seiner Seligkeit“ die sorgfältigste Unterstützung versprach und namentlich der Hoffnung Worte lieh, daß Ferdinand bis Weihnachten (1616)

die böhmische Krone erhalten werde, so glaubte Maximilian mit Gewißheit, die Berufung eines Kurfürstentages und der Landtage von Böhmen und Ungarn zur Bestimmung der Nachfolge erwarten zu können und reiste beruhigt von Prag fort. Als aber das Jahr verging, ohne daß Khlesl sein Wort gehalten hätte, nahm er zur Drohung Zuflucht und schrieb ihm: „er solle sich hüten, die Verzögerung werde ihm nicht wohl zu statten kommen". Khlesl, der gerade in diesen Tagen den Kardinalshut empfing, schlug diese Drohung in den Wind und suchte zugleich das Mistrauen des Kaisers gegen seinen Bruder und Vetter zu schüren. Dies Benehmen reizte den Erzherzog derart, daß er bei Ferdinand anfragte, in welcher Weise man den Kardinal unschädlich machen könnte: ob man ihn gefangen nehmen oder gar vergiften solle. Als der Gefragte von diesen Gewaltmaßregeln abriet, ging Maximilian wieder nach Prag, um durch seine persönliche Anwesenheit den nötigen Druck auf den Kaiser auszuüben. Er langte daselbst im Januar 1617 an, aber es vergingen Monate, ohne daß er seinem Ziele näher gekommen wäre.

Dagegen wurde jetzt die Einigung zwischen den Ansprüchen Ferdinands und Philipps durch den Grafen Oñate, den der letztere zu diesem Behufe nach Graz, der Residenz des Erzherzogs, abgeschickt hatte, zu Stande gebracht. In den Verhandlungen erklärte Ferdinand, daß er bereit sei, im Falle er den Kaiserthron besteige, seinem spanischen Vetter alle Lehen in Italien zu übertragen, die vakant würden; bezüglich der geforderten Abtretung des Elsasses verwies er den Grafen nach Prag, wohin er und Oñate sich darauf verfügten. Hier vertrat der spanische Gesandte die Forderung seines Herrn bezüglich des Elsasses vor einer Commission, zu der Khlesl und einige kaiserlichen Geheimräte beigezogen wurden und verlangte noch außerdem, daß im Falle des Erlöschens der männlichen Nachkommenschaft Ferdinands die männliche Nachkommenschaft des Königs von Spanien vor den weiblichen Nachkommen Ferdinands zur Erbfolge berechtigt sein

sollte. Diese letzte Forderung wurde allseitig zugestanden, die erstere dagegen abgelehnt, und es ist der Verdacht nicht unbegründet, daß Khlesl sich blos deshalb in ablehnender Weise aussprach, um die Einigung zwischen Ferdinand und Philipp zu verzögern. Um allen Verschleppungen ein Ende zu machen, entschloß sich jedoch Ferdinand mit Vorwissen Eggenbergs, den er allein ins Vertrauen zog, zur Nachgiebigkeit, ein Entschluß, der für Khlesl und den Kaiser ein Geheimnis bleiben sollte. Er stellte dem Grafen Oñate eine Urkunde aus, in der er sich zur Abtretung des Elsasses verpflichtete, aber indirekt an den König von Spanien die Bitte richtete, dieses Opfer nicht anzunehmen, sondern sich mit den geringeren Anerbietungen von Graz zu begnügen. Gleichzeitig räumte er auch der männlichen Nachkommenschaft des Königs den Vorzug vor der eigenen weiblichen ein. Nun erklärte Oñate dem Kaiser und dem Kardinal, daß sich Philipp vorläufig mit der seiner männlichen Nachkommenschaft eingeräumten Bevorzugung begnügen wolle und entzog damit der Ausrede des Kardinals, daß die spanischen Verhandlungen zuerst beendet sein müßten, bevor die Kronen an Ferdinand übertragen werden könnten, den Boden. Maximilian, der sich bis dahin ruhig in Prag verhalten hatte, trat nun stürmischer auf als je, warf wieder mit Drohungen um sich und nöthigte dadurch schließlich den Kardinal zu dem Versprechen, daß er für den Monat August einen Krönungslandtag nach Prag berufen werde. Als beide Erzherzoge, durch dieses Versprechen zufriedengestellt, abreisten, fiel der Kaiser in eine so gefährliche Krankheit, daß man seinen unmittelbaren Tod befürchtete und der katholische Teil der böhmischen Landesoffiziere sich auf das nachdrücklichste für die unverweilte Bestimmung der Nachfolge aussprach. Von ihnen ununterbrochen belästigt, ja sogar bestürmt, namentlich aber durch die immer bedrohlicheren Krankheitssymptome des Kaisers geängstigt, willigte Khlesl endlich in die Berufung des Landtages auf den 5. Juni ein. Rasch wurden die Ausschreibungspatente veröffentlicht; kaum war dies geschehen, so erholte

sich der Kaiser, aber der gethane Schritt konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden, wie sehr Khlesl dies auch gewünscht hätte.

Daß die Gefahren, um derentwillen Ferdinand und seine Anhänger die Bestimmung der Nachfolge betrieben, nicht blos eingebildet waren, erfahren wir in verläßlichster Weise aus dem Berichte eines diplomatischen Agenten, des Freiherrn Christoph von Dohna, den der Kurfürst von der Pfalz zu Anfang des Jahres 1617 nach Böhmen und Österreich geschickt hatte, um die dortigen Verhältnisse zu studieren. Die pfälzische Partei setzte schon im Jahre 1608 große Hoffnungen auf die Zerwürfnisse in Österreich, sie hatte damals die innigsten Verbindungen mit den protestantischen Parteihäuptern angeknüpft und wollte dieselben nun verwerten. In dem Berichte, den Dohna über seine Reise erstattete, schilderte er die österreichische Monarchie als in voller Auflösung begriffen. jedes einzelne Land habe seinen Prätendenten, der nur auf den Tod des Kaisers lauere, um sein Haupt zu erheben. In Ungarn würde ein Prinz, der etwas magyarisch verstünde, mit Aussicht auf Erfolg sich um die Krone bewerben können, auf Mähren und Österreich spekuliere der Fürst von Liechtenstein; die deutsche Union aber genieße das höchste Ansehen in diesen Ländern und man wünsche, daß sie mit ihren Mitteln sparsam sein möchte, damit sie, wenn sie einmal das Schwert aus der Scheide ziehe, ausharren könne. — Gleichzeitig kam auch der pfälzische Rat Camerarius nach Prag, frischte die alten Verbindungen auf und mahnte die Freunde, um keinen Preis in die Erhebung Ferdinands einzuwilligen. Gefahr für die Habsburger war also unbestritten vorhanden.

Die Ausschreibung des Landtages zur Bestimmung der Nachfolge erregte in Böhmen großes Aufsehen und rief eine mächtige Bewegung unter den Parteien hervor. Die Katholiken begrüßten diesen Schritt mit unverholener Freude, denn es wurde ihnen die Herrschaft eines Prinzen in Aussicht gestellt, der den Protestanten gegenüber nicht die ohnmächtige Haltung der letzten

Herrscher beibehalten würde, sondern der durch seine bisherigen Leistungen den Beweis geliefert hatte, daß er nicht blos zur Verteidigung, sondern auch zum Angriffe entschlossen sei. Zur Orientierung unserer Leser wollen wir es versuchen, ein Bild von diesem Prinzen zu entwerfen, wie er sich bis dahin entwickelt hatte und in dem ersten Viertel des 17. Jahrhunderts der Welt kenntlich machte.

Ferdinand, als Kaiser später der zweite dieses Namens, war der älteste Sohn des Erzherzogs Karl und der bairischen Prinzessin Maria. Karl, dem bei der Teilung, die sein Vater Ferdinand I mit seinem Länderbesitz vorgenommen hatte, Steiermark, Kärnten und Krain zugefallen war, starb schon im Jahre 1590, als sein ältester Sohn erst zwölf Jahre alt war, so daß eine vormundschaftliche Regierung eintreten mußte. Der jugendliche Prinz setzte mittlerweile seine Studien, die er unter der Leitung der Jesuiten in Graz begonnen hatte, an der Universität Ingolstadt, die gleichfalls unter jesuitischer Leitung stand, fort, bewährte hierbei nach den Versicherungen seiner Lehrer einen anerkennenswerten Fleiß und machte tüchtige Fortschritte in den mathematischen Wissenschaften. Vor allem aber zeigte er eine tiefe Religiosität und war unermüdlich im Kirchenbesuche, in der Beteiligung an Prozessionen und im Gebete. Er hatte eine mönchische Anlage in sich, die ihn den jugendlichen Vergnügungen abhold machte, und zu ascetischen Betrachtungen und einer abtötenden Lebensweise hinzog. Diese seine natürliche Anlage brachten die Jesuiten zur vollen Entwickelung, ohne sich über die Nachteile klar zu werden, die sie dadurch ihrem Zöglinge zufügten, da sie ihn minder tauglich für die Stellung machten, zu der er berufen war. Denn indem sich Ferdinand einer skrupulösen und zeitraubenden Frömmigkeit hingab und an derselben sein ganzes Leben lang festhielt, erwarb er sich nicht die für einen Herrscher wünschenswerten Eigenschaften und brachte es wegen seiner mangelhaften Erziehung zu keinem richtigen Verständniß für die Geschäfte des Krieges und Friedens.

Nach Beendigung seiner Studien in Ingolstadt übernahm Ferdinand die Regierung in noch nicht vollendetem 17. Jahre, obwohl er dies erst nach dem 18. Jahre hätte thun sollen. Bald darauf trat er wie zur Vorbereitung eine Reise nach Italien an, traf auf derselben mit dem Papste Clemens VIII zusammen, von dem er mit großer Auszeichnung behandelt wurde, und ging dann nach dem berühmten Wallfahrtsorte Loretto, wo er nach den Versicherungen seines Beichtvaters Lamormain das Gelübde ablegte, daß er selbst mit Gefahr seines Lebens alle Sekten und Irrlehren aus den von ihm ererbten Ländern vertreiben wolle. Nachdem er in Florenz seiner Schwester, der dortigen Großherzogin, einen Besuch gemacht hatte, kehrte er nach Graz zurück. Seine Frömmigkeit steigerte sich jetzt und in den folgenden Jahren zusehends. Dem Gebete und frommen Betrachtungen widmete er täglich mindestens zwei bis drei Stunden: nach einem längeren Morgengebete hörte er nach einander zwei Messen an, wohnte auch dem Nachmittagsgottesdienste bei, widmete während des Tages eine bestimmte Zeit der Gewissenserforschung und schloß endlich diese geistlichen Übungen mit einem Nachtgebete. An Sonn- und Feiertagen hörte er regelmäßig zwei Predigten an und außerdem war die Lektüre frommer Bücher vielleicht die einzige literarische Beschäftigung, der er seine Aufmerksamkeit zuwendete. Er versicherte häufig seinem Beichtvater, daß er um keinen Preis die Interessen der Kirche schädigen und lieber betteln gehen als seiner Pflicht zuwider handeln wolle. Den Rat des Beichtvaters und einiger hervorragender Theologen des Jesuitenordens suchte er in allen wichtigen Angelegenheiten nach.

Wenn man nun frägt, in welcher Weise er sich als Herrscher geberdete, so entspricht die Antwort seiner Erziehung und seiner Frömmigkeit. Er entfaltete nie eine geregelte und eingreifende Thätigkeit in den Finanzen, in der Leitung der inneren Angelegenheiten oder im Kriegswesen, sondern beschränkte seine Teilnahme an den Regierungsgeschäften auf die Beteiligung an den

Sitzungen im geheimen Rate. Er folgte in allem den Ratschlägen seines Geheimrats-Kollegiums und namentlich dem Gutachten seines Vertrauensmannes, des Freiherrn von Eggenberg: nie entschied er selbständig. Diese Nachgiebigkeit rechtfertigte er später damit, daß er es vorziehe, seine Minister die Verantwortlichkeit in wichtigen Angelegenheiten tragen zu lassen als durch selbständiges Auftreten sein eigenes Gewissen zu belasten. Die übrige Zeit, über die er verfügen konnte, widmete er dem Vergnügen der Jagd, die er leidenschaftlich liebte; mindestens zwei bis vier Tage in jeder Woche lebte er dem edlen Waidwerke und kein noch so dringendes Geschäft konnte ihn davon zurückhalten. Neben der Jagd, die höchst bedeutende Auslagen verursachte, liebte er, wie alle Habsburger, die Musik und verwendete gleich Maximilian II die größten Geldsummen auf die Gewinnung hervorragender Künstler. Bei diesen seinen Privatvergnügungen nahm er auf die geringen Einkünfte seiner Länder und auf die schwierige Finanzlage keine Rücksicht, und noch verschwenderischer war er in der Belohnung der Dienste seiner vertrauten Diener. Wenn eine größere Geldsumme in seine Hand gelangte, konnte er sie nicht vierundzwanzig Stunden lang aufbewahren, entweder schenkte er sie ungebeten oder sie wurde ihm abgebettelt; auf die öffentlichen Bedürfnisse nahm er dabei fast keine Rücksicht. Seine kostspielige Lebensweise und seine verschwenderische Freigebigkeit enthüllen uns das Geheimnis, weshalb er trotz der von ihm verfügten riesigen Confiscationen finanziell immer tiefer sank und weshalb er nur in Böhmen, aber nicht in Deutschland die anfänglichen Resultate seiner Siege aufrecht erhalten konnte.

In einem Teile seiner Regierungsgeschäfte bewies er jedoch eine Ausdauer und Energie, welche mit seiner sonstigen schlaffen Haltung kontrastirt und ihn die größten Erfolge erlangen ließ: wir meinen in der Durchführung seines in Loretto geleisteten Gelübdes, also in der Bekämpfung der Protestanten. Als er die Regierung von Steiermark, Kärnten und Krain antrat, waren

diese Länder zum größten Teile protestantisch, nur wenige Edelleute hingen noch der katholischen Kirche an und in den Städten sowie bei der bäuerlichen Bevölkerung war es nicht viel anders. Der noch im Jünglingsalter stehende Herrscher wagte es nun, den Kampf mit den Feinden seines Glaubens aufzunehmen und sie Schritt für Schritt aus seinen Besitzungen zu verdrängen. Er begann die Durchführung seines Planes damit, daß er die protestantischen Prediger aus den Städten vertrieb, katholische einsetzte und die Bürger zur Annahme des katholischen Glaubens zwang; dann ging er auf die Besitzungen des Adels über, der Bauer wurde zum Besuch des katholischen Gottesdienstes genötigt und nur die Edelleute erfreuten sich für ihre Person einiger Schonung. Daß er seine Angriffe auch auf sie ausdehnen würde, konnte man nicht im geringsten bezweifeln; schon jetzt duldete er in seiner Umgebung und in seinem Dienstpersonal keinen Protestanten; jene Edelleute, die sich bis dahin in der Gunst des Hofes gesonnt hatten, aber ihren Glauben nicht aufgeben wollten, mußten ihre Stellung verlassen. Seine Mutter, die Erzherzogin Maria, befand sich im ersten Jahre seiner reformatorischen Thätigkeit auf einer Reise nach Spanien, wohin sie ihre Tochter, die spätere Gemahlin Philipps III, begleitete. In ihren Briefen ermahnte sie ihren Sohn zur Ausdauer, gab ihm verschiedene Ratschläge und und unterstützte nach Möglichkeit das von ihr herbeigesehnte Reformationswerk. Ihre Mahnungen waren mindestens überflüssig, ihr Sohn ging in dem Bestreben, sein Gelübde zu lösen, ganz und gar auf, er scheute keine Gefahr, die doch bei dem damaligen Mangel an den nötigen Zwangsmitteln nicht gering anzuschlagen war und schlug auch die wohlmeinenden Warnungen einzelner furchtsamen Freunde in den Wind.

Was die äußere Gestalt dieser halb mönchischen, halb fürstlichen Persönlichkeit betrifft, so zeigte sich Ferdinand als ein Mann von mittlerer Größe, gedrungener Gestalt, rötlichblondem Haar und blauen Augen. Kleidung und Schnitt des Haares

mahnten an einen Spanier, sein freundliches und höfliches Benehmen gegen alle, die mit ihm verkehrten, zeigte jedoch, daß sein inneres Wesen mehr deutsch als spanisch war. In der Zeit, in der wir ihn handelnd anführen, war er bereits Wittwer. In erster Ehe heiratete er seine Base, eine Schwester Maximilians von Baiern, die um vier Jahre älter war als er, ihm mehrere Kinder schenkte und frühzeitig in Folge von Gebrechen starb, die, wie es scheint, schon vor ihrer Heirat sich geltend machten. Zum zweitenmale heiratete er im Jahre 1622 die Prinzessin Eleonore von Mantua, und wir werden bei Gelegenheit über diese zweite Heirat näher berichten. Sein vornehmster Vertrauter und Ratgeber war der Freiherr von Eggenberg, der ursprünglich protestantisch, später katholisch geworden war und den er nach Beendigung des böhmischen Aufstandes mit fürstlichen Ehren und Würden und einem riesigen Vermögen ausstattete. Sonst hatte auch der Freiherr und spätere Graf von Harrach bei ihm einen hervorragenden Einfluß und in den böhmischen Angelegenheiten der Kanzler Zdenek von Lobkowitz.

III. Bei diesen Eigenschaften des Thronprätendenten begreifen wir die erwartungsvolle Freude der Katholiken, aber zugleich auch die bange Unzufriedenheit der Protestanten. Sie konnten nur mit Mißtrauen einem Thronwechsel entgegensehen und deshalb war es natürlich, wenn die Parteiführer unter ihnen der Erhebung Ferdinands Schwierigkeiten bereiten wollten. Aber kein einheimischer Edelmann trat an ihre Spitze, sondern ein fremder, der nie die Sprache des Landes ordentlich erlernte und doch den maßgebendsten Einfluß erlangte. Dieser Mann war der Graf Heinrich Mathias von Thurn.

Aus den ersten Lebensschicksalen des jungen Heinrich Mathias hätte man wohl nicht auf seine spätere Rolle schließen können. Er wurde nicht im Hause seines Vaters erzogen, der in Böhmen begütert war und schon im Jahre 1586 starb, sondern in frühester Jugend nach Krain geschickt und wuchs da bei seinem Vetter, dem Landeshauptmann von Krain, Grafen Hans Ambrosius

Thurn, auf. Hans Ambrosius war ein eifriger Katholik und einer der vertrautesten Diener und Ratgeber der Mutter Ferdinands II. Man darf wohl annehmen, daß in Folge dieser persönlichen und so äußerst freundlichen Beziehungen im Hause des Grafen Ambrosius von der steirischen Linie der Habsburger nur mit Achtung und Liebe gesprochen wurde und daß also die ersten Jugendeindrücke des Mathias Thurn keine für Ferdinand feindselige gewesen sein können. Ob er, der von seinem Vater her ein Protestant war, sich seinen Pflegeeltern während seiner Erziehung im Glauben angeschlossen hatte, darüber liegen zwar keine Andeutungen vor, dürfte aber immerhin möglich sein. Doch kennt man ihn von seinem ersten öffentlichen Auftreten an nur als einen Protestanten. Als junger Mann trat er in kaiserliche Kriegsdienste, kämpfte gegen die Türken in Ungarn und befehligte schließlich ein Reiterregiment. Über den Umfang und die Erträgnisse seiner Besitzungen sind keine näheren Daten bekannt, jedenfalls scheint er nicht so arm gewesen zu sein, wie man gewöhnlich annimmt.

Seit Thurn seinen Aufenthalt in Böhmen genommen hatte, wandte er den religiösen Verhältnissen des Landes große Aufmerksamkeit zu, auf dem Landtage von 1609, auf dem die Böhmen sich den Majestätsbrief erkämpften, stand er in den vordersten Reihen der Opposition und übernahm das Kommando der ständischen Truppen, als die Protestanten sich bewaffneten, um den Kaiser Rudolf II zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Obwohl ihm keine Gelegenheit geboten wurde, kriegerische Lorbeeren zu pflücken, so wurde sein Name doch in ganz Böhmen bekannt. Seine Entschlossenheit verschaffte ihm unter den Protestanten ein großes Ansehen, er wurde ebenso für deren militärisches Haupt angesehen, wie der Anhänger der böhmischen Bruderunität Herr Budowec um seiner politischen und schriftstellerischen Thätigkeit willen für ihr geistiges galt.

Das Ausschreibungspatent lud die Stände zum Erscheinen auf dem Landtage ein, damit der Erzherzog Ferdinand auf dem-

selben als König „angenommen“ werde. Das Wort „Annahme“ wurde bei der Erhebung Maximilians II und Rudolfs II auf den böhmischen Thron gebraucht und diente damals zur Kennzeichnung der habsburgischen Erbrechte. Als Rudolf jedoch von seinem Bruder gezwungen wurde, ihm die Nachfolge zuzugestehen, lud er den böhmischen Landtag im Jahre 1608 nicht zur Annahme, sondern zur Wahl desselben ein. — Bevor sich die Regierungspartei in den gefährlichen Landtagskampf einließ, beschloß sie den Boden dadurch vorzubereiten, daß sie den Versuch zur Gewinnung oder Einschüchterung der Opposition machte, wozu sich als passendstes Mittel vertraute Verhandlungen empfahlen. Unter dem Scheine, daß eine Beratung wegen Tilgung der königlichen Schulden stattfinden solle, wurden die angesehensten Mitglieder des Adels zu einer Besprechung in die böhmische Kanzlei eingeladen. Nachdem man über die Schulden hin und her verhandelt hatte, wurde das Gespräch auf die bevorstehende Erhebung Ferdinands gelenkt und diese von den Freunden des Erzherzogs als eine selbstverständliche Sache hingestellt. Die Mehrzahl der Anwesenden wurde durch die mit Zuversicht ausgesprochene Erwartung, sowie durch die Rücksicht auf den Ort, an dem sie sich befanden, teils gewonnen, teils eingeschüchtert. Einige jedoch ließen sich nicht überrumpeln; sie merkten jetzt wohl, was man mit ihrer Berufung beabsichtigt hatte, und lehnten es ab, ihre Meinung über einen Gegenstand zu äußern, über den nur auf dem Landtage verhandelt werden solle. Da sie ihre Abneigung gegen Ferdinands Erhebung durchblicken ließen, wurde ihnen von dessen Anhängern bedeutet, daß es alsdann gut für sie wäre, zwei Köpfe zu haben. Ein oder der andere von den Gegnern ließ sich durch diese Drohung einschüchtern und hielt sich selbst von den Landtagsverhandlungen fern, da es ihm an Mut zur Behauptung seiner Meinung gebrach.

Am 5. Juni (1617) wurde der Landtag eröffnet. Noch vor der ersten feierlichen Sitzung, bei der sich Mathias selbst einfinden sollte, wurden sämtliche obersten Beamte und Räte in früher

Morgenstunde nach der Kanzlei beschieden und ihnen hier der Wortlaut der den Ständen vorzulegenden königlichen Proposition mitgeteilt. Mit Ausnahme Thurns waren alle Geladenen erschienen. Der Oberstburggraf Adam von Sternberg hielt eine freundliche Ansprache, die insbesondere auf die Beschwichtigung der Protestanten berechnet war. Die Feststellung der Succession, so ließ er sich vernehmen, sei eine beschlossene und unvermeidliche Thatsache, es dürfte demnach besser sein, dieselbe ruhig und gutwillig hinzunehmen und dadurch den künftigen König zum Danke zu verpflichten, als ihn durch eine nutzlose Widersetzlichkeit zu erbittern. Hierauf forderte er die Anwesenden auf, ihre Meinung nach Amt und Pflicht abzugeben. Der erste, der es ablehnte, dieser Aufforderung nachzukommen, war Wilhelm von Lobkowitz; er erwiderte, daß er erst im Landtage seine Meinung abgeben werde und beharrte auf seiner Weigerung, trotzdem daß der Kanzler ihm als einem Rate des Königs und des Landes zu sprechen befahl. Seinem Beispiele folgte Ruppa, der seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß nur von der „Annahme" und nicht der „Wahl" eines Königs die Rede sei; er protestierte dagegen in seinem eigenen und mehrerer Freunde Namen. Der Oberstburggraf erwiderte hierauf: „Bewahre mich der Himmel vor der Vertretung einer solchen Ansicht, ich hätte denn zwei Köpfe." Der Oberstlandrichter, Herr von Talmberg, der zur königlichen Partei gehörte, entgegnete nichtsdestoweniger, er habe von Jugend auf gehört, daß den Ständen von Böhmen das Recht zustehe, ihren König frei zu wählen. „Es ist wohl richtig, lieber Freund", erwiderte hierauf der Kanzler, „daß wir uns vor anderen Völkern besonderer Privilegien rühmen und insbesondere des Rechtes, unsere Könige wählen zu dürfen, allein wenn wir dieses Recht beweisen sollten, so dürften wir übel daran sein, denn es findet sich unter unseren Privilegien keines, das für unser Wahlrecht einen Beweis abgäbe."

Nach diesen Worten begann der Kanzler, der auf Ruppa's Einwendungen wohl vorbereitet war, eine umständliche Erörterung

der böhmischen Successionsverhältnisse. Er wies nach, daß die böhmische Krone, seit das Haus Habsburg im Jahre 1526 zur Regierung gelangt sei, nicht durch Wahl, sondern durch Erbrecht von einem Besitzer auf den anderen übergegangen sei und daß die Beweise hierfür in Urkunden und Vorgängen des 16. Jahrhunderts zu finden seien. Aus seiner Auseinandersetzung ergab sich die natürliche Schlußfolgerung, daß der Vorgang des Jahres 1608 eine Neuerung gewesen sei und keine Rechtsgiltigkeit in Anspruch nehmen könne. Die Beweisführung des Kanzlers übte eine sichtliche Wirkung aus. Herr von Talmberg war der erste, der erklärte, daß er seine Überzeugung geändert habe und daß man in Böhmen nur von einer Erbkrone sprechen könne; auch jene Mitglieder des Adels, die für ihre Opposition nur in Urkunden und deren zweifelhafter Interpretation, und nicht in den Verhältnissen der Gegenwart Ursache und Nahrung fanden, wurden bedenklich und ließen von weiteren Einwendungen ab. Selbst Budowec schwieg und Ruppa wiederholte nicht mehr seine frühere Behauptung.

Was die Beweise anbetrifft, die der Kanzler für die habsburgischen Erbrechte vorbrachte, so ist ihre Richtigkeit unangreifbar. Es ist Thatsache, daß die böhmischen Stände im Jahre 1526 erklärten, das für die Luxemburger in der goldnen Bulle festgesetzte Erbrecht gelte hinfort auch für das Haus Habsburg, und es ist ebenfalls Thatsache, daß Maximilian II und Rudolf II von den böhmischen Ständen nicht zu Königen gewählt, sondern als solche angenommen wurden. Die nach der damaligen Auffassung in dem Worte „annehmen" liegende Anerkennung des Erbrechtes wurde also zweimal von den böhmischen Ständen anstandslos zugegeben. Ebenso wahr ist es aber auch, daß das Jahr 1608 eine Aenderung zuwege brachte. Damals hatte Rudolf die Stände eingeladen, seinen Bruder zum Könige zu wählen, und die Stände nahmen die Wahl vor. Wenn die Anhänger der habsburgischen Dynastie die Vorgänge in dem Jahre 1608 nicht als gültig anerkennen wollten, weil sie eine

Neuerung waren und nicht mit dem bis 1607 giltigen Staatsrecht in Einklang standen, so hatten sie mit ihrer Behauptung bezüglich der Neuerung Recht.

Mittlerweile hatten sich die Stände im Landtagssaale versammelt. Als ihnen um 9 Uhr Morgens der Kaiser entbot, daß er sich in ihre Mitte begeben wolle, gingen ihm auf diese Botschaft die obersten Beamten entgegen und geleiteten ihn in den Saal. Mathias nahm auf dem Throne Platz, ihm zu beiden Seiten die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand. Der Inhalt der königlichen Proposition ging dahin, daß der Kaiser wegen herannahenden Alters die Notwendigkeit fühle, die Nachfolge in Böhmen zu bestimmen, und da seine Brüder aus dem gleichen Grunde des vorgerückten Alters auf jede Erhebung Verzicht geleistet hätten, so habe er seine Aufmerksamkeit auf seinen lieben und theuren Vetter, den Erzherzog Ferdinand, gelenkt und bitte die Stände, denselben zum Könige „anzunehmen, auszurufen und zu krönen". Am Schlusse wurde die Urkunde vorgelesen, mittelst deren die Erzherzoge Maximilian und Albrecht ihren Rechten zu Gunsten ihres Vetters entsagten. — Die entscheidenden Verhandlungen im Landtage begannen am folgenden Tage damit, daß die obersten Beamten dem Herkommen gemäß aufgefordert wurden, ihre Ansicht über Ferdinands Erhebung auszusprechen und dies in der durch ihren Rang bestimmten Ordnung thaten. Als die Reihe an Thurn kam, protestierte er in einer ausführlichen Rede gegen die Substituierung der „Wahl" durch die „Annahme" und gegen die Ausschließung der Nebenländer; der Erzherzog Ferdinand, so fügte er gleichsam mildernd hinzu, werde es wohl vorziehen, daß seine künftige Regierung eine friedliche sei und daher nicht wollen, daß durch Mißachtung der Nebenländer Mißtrauen und Unzufriedenheit entstehe.

Statt die Stimmenabgabe weiter fortgehen zu lassen, erhob sich der Oberstburggraf und suchte Thurns Meinung mit den Argumenten des Kanzlers zu entkräften und wies dann in

schlagender Weise und unter Anführung mehrerer vorhergehenden Fälle nach, daß sich die böhmischen Stände nie um die Zustimmung der Nebenländer gekümmert hätten, wenn es sich um die Besetzung des Thrones gehandelt habe. Thurn entgegnete, daß es ihm wie jedem anderen freistehe, seine Meinung abzugeben und daß er noch immer bei derselben verharre. Die Beisitzer des Landrechtes, die nach den Landesoffizieren an die Reihe kamen, stimmten mit Ausnahme Colonnas von Fels, der mit Thurn gleicher Meinung war, für Ferdinand. Von den übrigen Mitgliedern des Herrenstandes stimmten alle für Ferdinand, selbst Ruppa fügte sich den Argumenten des Kanzlers. Graf Andreas Schlick, auf den die Opposition auch gerechnet hatte, äußerte sich, er habe ursprünglich die Absicht gehabt, auf die Berufung der Nebenländer und die Vertagung der Wahl anzutragen; nachdem er sich aber durch die hier vorgebrachten Beweise von dem Erbrechte des Hauses Habsburg überzeugt habe, fühle er sich als treuer Unterthan desselben verpflichtet, für Ferdinands Erhebung zu stimmen.

Die Ritter und Vertreter der Städte, die ebenfalls einzeln ihre Stimme abgaben, befolgten sämtlich das gegebene Beispiel loyaler Ergebenheit, und nach wenigen Minuten der namentlichen Befragung konnte der Oberstburggraf dem Landtage verkünden, daß Ferdinand beinahe einstimmig von allen drei Ständen des Königreichs zum Könige nicht gewählt, sondern „angenommen“ worden sei. Das Erbrecht der Habsburger, von diesen selbst vor wenigen Jahren fast aufgegeben, lebte in vollem Glanze wieder auf, und sein nunmehriger Repräsentant war Erzherzog Ferdinand von Steiermark, jetzt König von Böhmen.

Hatte die Opposition in der Königsfrage eine Niederlage erlitten, so suchte sie auf einem andern Gebiete einen Erfolg zu erringen. Dem Herkommen gemäß mußte der bei Lebzeiten eines regierenden Königs in vorhinein bestimmte Nachfolger das Versprechen geben, daß er alle Privilegien des Landes bei seinem Regierungsantritte bestätigen werde, ohne daß dabei von einer

eingehenden Specialisierung die Rede gewesen wäre. Diesmal wollte sich die Opposition nicht mit der bloß allgemein lautenden Formel begnügen, sondern verlangte, daß sich Ferdinand zur Bestätigung sämtlicher Privilegien „in allen Punkten und Klauseln“ verstehe und erlangte für ihren Antrag die Mehrheit auf dem Landtage. Dadurch sollte namentlich der Majestätsbrief gegen allfällige Angriffe gesichert werden, und daß diese Vorsicht am Platze war, wird uns um so klarer, wenn wir wissen, daß Ferdinand eine Beratung unter einigen hervorragenden Theologen, die dem Jesuitenkollegium in Prag angehörten, anstellen und sie fragen ließ, ob er dem Verlangen der Stände willfahren dürfe, weil dadurch der Majestätsbrief indirekt von ihm bestätigt würde. Ihre Antwort lautete einstimmig bejahend mit der Begründung, daß er den Majestätsbrief nicht hätte erteilen dürfen, aber den bereits erteilten bestätigen könne. Nachdem er diesen Rat durch die Billigung jenes von den Ständen formulierten Versprechens befolgt hatte, konnte die Krönung anstandslos vorgenommen werden, und sie fand auch unter Aufbietung der alten Pracht und Herrlichkeit am 19. Juni 1617 statt.

Daß Ferdinand jede Gelegenheit benützen werde, um die Opposition unter den böhmischen Ständen zu unterdrücken, zeigte die Behandlung, die derselben offenbar unter seinem Einflusse jetzt zu Teil wurde. Obwohl nur Thurn und Fels gegen seine Annahme als König gestimmt hatten, wurden doch sieben der vornehmsten Parteiführer in die königliche Kanzlei geladen und wegen ihrer Haltung im Landtage nicht bloß verwarnt, sondern auch bedroht. Einige Monate später wurde Thurn in einer noch empfindlicheren Weise bestraft, er wurde von seinem Posten als Burggraf von Karlstein, mit dem ein Jahreseinkommen von ungefähr 8000 Thalern verbunden war, zu der im Range zwar höher stehenden aber nur mit 400 Thalern dotierten Würde eines Obersthoflehenrichters befördert. Das war aber nur der einleitende Schritt zu weiteren strengeren Maßregeln, die die Zersetzung und Unterdrückung des Protestantismus fördern

sollten und zu denen man die Handhabe in den verworrenen Gesetzen des Jahres 1609 fand.

IV. Es ist wenig bekannt, daß der „Majestätsbrief“, den Kaiser Rudolf im Jahre 1609 zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Böhmen erteilt hatte, nicht das einzige, diese Angelegenheiten betreffende Gesetz war. Gleichzeitig mit dem Majestätsbriefe wurde ein „Vergleich“ zwischen den katholischen und protestantischen Ständen geschlossen und vom Kaiser anerkannt; dieser enthielt Bestimmungen, welche weit über den Inhalt des Majestätsbriefes hinausgingen. In dem letzteren wurde bloß festgesetzt, daß jeder Einwohner in Böhmen ohne Unterschied des Standes also der Bauer so gut wie der Edelmann, den alten Utraquismus, der an die Kompaktaten gebunden war, aufgeben und sich als Anhänger der im Jahre 1575 ausgearbeiteten, aber damals nicht zu Recht erkannten böhmischen Konfession, die sich entschieden auf protestantischen Standpunkt stellte, bekennen dürfe. Die Bezeichnung Utraquist sollte auch jetzt beibehalten werden, allein der Name hatte nunmehr eine andere Bedeutung. Das Recht des Kirchenbaues wurde im Majestätsbriefe nur den drei höheren Ständen, nämlich dem Herren- und Ritterstande, sowie den königlichen Städten eingeräumt. Dagegen bestimmte der Vergleich, 1. daß die Eigentumsansprüche zwischen den Utraquisten und Katholiken auf die Kirchen und sonstigen Stiftungen in der Weise gewahrt werden sollten, wie sie bis dahin bestanden hatten, also daß das Jahr 1609 als Normaljahr gelten solle und 2. daß die Unterthanen auf den königlichen Gütern sich eigene Kirchen bauen dürften. Diesen letzteren wurde also ein Recht eingeräumt, dessen sich im übrigen Lande nur die höheren Stände erfreuten.

Schon bei Gelegenheit der Verhandlungen, die über den Vergleich geführt wurden, bemerkten die Protestanten, daß sie entsprechend der alten Auffassung im Lande zu den königlichen Gütern auch die geistlichen Güter rechneten, und in der That hatten sie mit dieser Behauptung insofern Recht, als die Könige

von Böhmen eine Art Obereigentumsrecht über die letzteren ansprachen und über dieselben, so oft sie in finanzielle Bedrängnisse gerieten, nach Belieben verfügten. Durch ein besonderes Gesetz, das einen eigenen Artikel in der böhmischen Verfassung bildete, waren nur die Güter des Metropolitankapitels der willkürlichen Gebahrung entzogen. Der Anschauung, daß der König über die geistlichen Güter nach Belieben verfügen dürfe, huldigten auch die Katholiken, und noch wenige Jahre vor diesen Streitigkeiten hatte der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz in einem Gutachten die hergebrachten Rechte des Königs verteidigt. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn die Protestanten im Jahre 1609 in dem Vergleiche neben den königlichen Gütern auch die geistlichen Güter erwähnt hätten, es würde dadurch später jeder Streit abgeschnitten worden sein; man muß deshalb der Vermutung Raum geben, daß sie es vielleicht nur deswegen nicht gethan haben, weil sie einem unbesiegbaren Widerstande der Katholiken zu begegnen fürchteten, praktisch aber doch ihre Ansprüche durchzusetzen hofften, da das Herkommen ihre Auffassung von den geistlichen als königlichen Gütern bestätigte.

Es dauerte nicht lange, so brachen die Streitigkeiten über diesen Punkt aus. Die protestantischen Bürger von Braunau, einer dem Abte des gleichnamigen Benediktinerklosters gehörigen Stadt, beschlossen, sich eine Kirche zu bauen und stellten hiezu Sammlungen in- und außerhalb des Landes an. Als der Bau fertig wurde, klagte der Abt bei dem Nachfolger Rudolfs II, bei Mathias, und erwirkte eine Entscheidung zu seinen Gunsten. Schon Mathias war also nicht gesonnen, sich streng an die Gesetze des Jahres 1609 zu halten, oder wollte nicht, wenn sie unklar oder zweideutig lauteten, durch eine Vereinbarung mit den Ständen allen Streitigkeiten vorbeugen. Er begnügte sich nicht mit dieser Entscheidung, sondern übertrug auch dem Erzbischofe von Prag die Aufsicht über die Pfarren auf sämtlichen königlichen Gütern und bahnte dadurch ihre Reformation im katholischen Sinne an, da der Erzbischof auf allen vakanten

Pfarren nur katholisch geweihte Priester anstellte, und bei den utraquistischen Pfarren nur den Unterschied machte, daß er den neuen Pfarrern die Erlaubnis gab, die Kommunion unter beiden Gestalten zu erteilen. Auf seinen eigenen Besitzungen gab der Erzbischof im Jahre 1614 das Beispiel eines noch strengeren Vorgehens, als der Abt von Braunau. Die protestantischen Einwohner des ihm gehörigen Städtchens Klostergrab hatten nämlich auch eine Kirche erbaut, der Erzbischof verwehrte nicht bloß ihre Benutzung, sondern ließ sie versiegeln, während sich der Abt mit bloßen Klagen begnügte.

Bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Religionsgesetze des Jahres 1609 war den Protestanten auch die Befugnis erteilt worden, sich eine gewisse Anzahl Personen aus jedem Stande zu wählen, welche die Aufsicht über ihre kirchlichen Angelegenheiten führen sollten. Diese Personen, die mit dem Namen Defensoren belegt wurden, betrachteten schon seit dem Jahre 1611 mit großem Misfallen das Auftreten des Kaisers und der Katholiken. Nachdem sie längere Zeit hatten vorüberstreichen lassen, ohne mit einer Klage aufzutreten, glaubten sie bei Gelegenheit des im Jahre 1615 in Prag abgehaltenen Generallandtages nicht länger schweigen zu dürfen und so beschwerten sie sich nicht bloß wegen der Kirchen in Klostergrab und Braunau, sondern auch über die Besetzung der Pfarren auf den königlichen Gütern. Mathias würdigte sie lange keiner Antwort, erst auf wiederholtes Drängen berief er drei der Defensoren nach Brandeis an der Elbe, einem in der Nähe von Prag gelegenen Orte. Es erschienen vor ihm im Namen des Herrnstandes Graf Thurn, im Namen des Ritterstandes Ulrich von Gersdorf, und im Namen der Städte der Appellationsrat Simon Kohout von Lichtenfels. Der Kaiser empfing die genannten in Gegenwart des Kanzlers und erteilte ihnen durch dessen Mund eine Antwort, die sich bei dem Mangel aller Umschweife durch ihre ungewöhnliche Kürze und Strenge auszeichnete: „Was ihr mir“, sagte der Kanzler in des Kaisers Namen, „wegen Klostergrab und

Braunau fürgebracht habet, habe ich verstanden. Ich kann bei mir nicht befinden, daß den geistlichen Unterthanen Kirchen zu bauen zugelassen sei. Was endlich die Besetzung der Pfarren auf meinen Herrschaften betrifft, so will ich nicht weniger sein, als einer von euch, welchem Priester vom Erzbischof zu nehmen zugelassen ist." Zum Verständnis dieser letzteren Bemerkung fügen wir bei, daß es nach dem „Vergleiche" den Herrschaftsbesitzern freistand, auf ihren utraquistischen Pfarren vom Erzbischofe geweihte Priester anzustellen, falls diese sich verpflichteten die Kommunion unter beiden Gestalten zu erteilen. Es ist geradezu unbegreiflich, daß die Protestanten in diese Verfügung einwilligen konnten, da ja auf diese Weise ihre Pfarren katholisch werden konnten, denn seit dem Tridentiner Konzil durften die Bischöfe den Pfarrern erlauben, das Abendmahl unter beiden Gestalten zu erteilen. Es hing nur von dem Gutsbesitzer ab, was er zu thun für gut fand. In diesem sonderbar gefaßten Punkt bewiesen die Stände jener Zeit ihre vollständige Unfähigkeit zur Abfassung wichtiger und weittragender Gesetze. Der Kaiser wollte nun von demselben Rechte Gebrauch machen, welches in dem Vergleiche den Ständen, aber nicht ihm eingeräumt war und darauf bezieht sich die Bemerkung, daß er nicht weniger sein wolle, als einer von den Edelleuten.

Nachdem sich Mathias in dieser entschiedenen Weise ausgesprochen hatte, wollte er auf dem betretenen Wege weiter gehen und so begnügte er sich nicht mehr damit, daß er auf seinen Pfarren katholische Priester einsetzte, sondern er wollte nun auch die Bewohner seiner Güter zum Katholicismus zwingen und an ihnen so eine Bestimmung verletzen, welche die hervorragendste Errungenschaft im Majestätsbriefe war, nämlich die Gewissensfreiheit des Einzelnen. Infolge des Druckes, der auf die Protestanten geübt wurde, wanderten zahlreiche Bewohner der königlichen Güter aus denselben aus und erfüllten mit ihren Wehklagen das Land, in dem sich die Erbitterung täglich steigerte. Nicht genug damit, traf die Regierung die allerdings nur zu

billigende Anordnung, daß die sämtlichen königlichen Städte zur Aufnahme der Katholiken in den Bürgerverband verpflichtet wurden, wodurch die Bestimmung einzelner Städte, welche den Katholiken den Zutritt verwehrten, aufgehoben wurde. An diese Verfügung knüpfte sich weiter die Neuerung, daß von Seiten des königlichen Landesunterkämmerers die Räte der Städte, von denen das Regiment in denselben abhing, mehr oder weniger aus Katholiken zusammengesetzt wurden.

So weit war die Gegenreformation unter Mathias gediehen und man sieht, daß ihre Wirksamkeit sich hauptsächlich auf die königlichen und geistlichen Güter erstreckte, denn in den königlichen Städten war noch kein wesentliches Recht der Protestanten verletzt worden. Seit der Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron beschloß man aber rascheren Schrittes vorzugehen und Anstalten zu treffen, durch welche die gesamten königlichen Städte einer allmählichen Rekatholisierung zugeführt werden sollten. Die Vermutung ist nicht unbegründet, daß Ferdinand nicht nur von diesem Vorhaben wußte, sondern dasselbe förderte. Um nun zu dem angestrebten Ziele zu gelangen, wollte man zuerst den Versuch in Prag anstellen; wenn er hier in der volkreichsten und wichtigsten Stadt des Landes gelang, so konnte man mit den übrigen Städten schneller fertig werden. Zu diesem Behufe wurde für die Königsrichter der Prager Gemeinde am 4. November 1617 eine Instruktion gegeben, welche neue Bestimmungen bezüglich des bisherigen Stadtregimentes traf. Den Königsrichtern, denen seit Ferdinand I die Gerichtsbarkeit anvertraut war, wurden noch weitere Rechte zugewiesen und zwar sollten sie fortan bei allen Versammlungen der drei Prager Gemeinden den Vorsitz führen, Einsicht in alle Akten derselben nehmen, nichts sollte ohne ihr Vorwissen beraten, nichts entschieden werden, keine Sitzung des Gemeinderates ohne ihre vorher eingeholte Erlaubnis stattfinden dürfen, endlich ihnen auch alle Rechnungen der Gemeinde zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden.

So aufsehenerregend diese Instruktion auch war, da sie die Autonomie der Prager Gemeinde auf das ärgste bedrohte, so war mit den bisher erwähnten Punkten ihr Inhalt nicht erschöpft Die Königsrichter wurden auch angewiesen, das Verzeichnis sämtlicher Stiftungen jeder einzelnen Kirche nachzusehen und zu untersuchen, ob dieselben genau im Sinne des Stiftsbriefes verwaltet, und wenn dies nicht der Fall sei, darauf zu sehen, daß die Stiftungen ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben würden. Wenn man bedenkt, daß fast das ganze kirchliche Vermögen in Böhmen der vorhusitischen Zeit und jedenfalls der Zeit vor dem Jahre 1609 seinen Ursprung verdankte, so sieht man, daß dieser Punkt der Instruktion keinen andern Zweck hatte, als die Protestanten aus dem ihnen im Jahre 1609 für alle Zukunft eingeräumten Besitze zu vertreiben und denselben wieder den Katholiken zu überweisen, oder einfach zu konfiszieren. Es war nur eine Konsequenz dieser Instruktion, wenn die königlichen Kämmerer jetzt die Leistung fundierter Zahlungen an die protestantische Geistlichkeit verweigerten, weil diese nicht für die Anhänger der böhmischen Konfession bestimmt waren. Neben dieser Instruktion wurde einige Tage später ein eigenes Preßgesetz gegeben, durch welches die Veröffentlichung polemischer Schriften oder scharfer Angriffe gegen die Regierung verwehrt wurde. Jede für den Druck bestimmte Schrift sollte zuvor dem Kanzler eingereicht und nur mit dessen Zustimmung gedruckt werden.

Nach diesen zwei wichtigen Verfügungen reiste der Kaiser nach Wien ab, nachdem er zuvor zehn von den obersten Beamten mit der Regierung des Landes betraut und ihnen bei dieser Gelegenheit den Titel von Statthaltern gegeben hatte. Als er auf der Reise in der Stadt Pardubic eintraf, langte da auch eine Deputation der Braunauer Protestanten an, denen der Kanzler in seinem Namen den Auftrag gab, ihre Kirche dem Abte abzutreten, was sie trotz des mehrjährigen Streites noch nicht gethan hatten. Über die pünktliche Erfüllung des ihnen gewor-

denen Auftrages sollten sie sich vom Abte ein Zeugnis ausstellen lassen und dasselbe den Statthaltern durch eine Deputation überreichen. Wir bemerken, daß die Braunauer trotz dieser Entscheidung den Schlüssel nicht ablieferten und sich sogar den königlichen Kommissären, die auf die Nachricht von ihrem Ungehorsam nach Braunau abgeschickt worden waren, zur Wehr setzten. Es würde höchst wahrscheinlich zu einer gewaltsamen Schließung gekommen sein, wenn der Aufstand in Prag nicht mittlerweile ausgebrochen wäre.

Schneller kam der Erzbischof von Prag um diese Zeit mit den Klostergrabern zu Ende. Nachdem er, wie oben erzählt, ihre Kirche schon früher gesperrt und sie darauf mit Strafen bedroht hatte, wenn sie protestantische Predigten in der Nachbarschaft besuchen würden, ja ihnen zuletzt einen Revers abgefordert hatte, daß sie für alle Zukunft der katholischen Kirche anhänglich bleiben würden, legte er endlich Hand an ihre Kirche. Auf seinen Befehl sollte sie niedergerissen werden und dieser Befehl wurde ohne Säumen in drei Tagen (11.—13. Dezember 1617) vollführt. Wenn er dachte, daß der Widerstand damit ein Ende nehmen würde, so irrte er sich. Die Gewaltthat, zu der er sich hinreißen ließ, fand einen Widerhall in ganz Böhmen und erweiterte die Gegnerschaft gegen das kaiserliche Regiment in einer Weise, daß sich zwischen Mathias und seinen Unterthanen ein Abgrund aufthat, der nicht mehr überbrückt werden konnte.

V. Hatten die Defensoren sich mit Klagen an den Kaiser gewendet, als die Protestanten zunächst nur auf den geistlichen und königlichen Gütern bedrängt worden waren, so hatten sie jetzt tausendmal mehr Ursache dazu, als das Preßgesetz und die Instruktion für die Königsrichter sie in weit entscheidenderer Weise bedrohte und als vollends die Klostergraber Kirche niedergerissen wurde. Mit einer neuen Bittschrift wollten sie sich jedoch nicht an den Kaiser wenden, da sie sich von derselben keinen Erfolg versprachen, wenn sich nicht auch andere Personen an ihr beteiligen würden. Sie beschlossen deshalb von einem Rechte Gebrauch

zu machen, das ihnen im Jahre 1609 erteilt worden war und nachdem sie in wichtigen Fällen die protestantischen Stände des Landes zu einer gemeinsamen Beratung einberufen durften. Wenn eine solche Berufung je geboten schien, so war gewiß jetzt der Augenblick gekommen. Die Defensoren beriefen also einen Protestantentag auf den 5. März 1618, zu dem sich zumeist nur Edelleute einfanden, da die königlichen Städte von der Beschickung desselben durch den Landesunterkämmerer und andere hochgestellte Personen abgemahnt wurden, so daß nur eine geringe Zahl den Mut hatte, den Tag zu beschicken. In der ersten Sitzung, die am 6. März abgehalten wurde, dankte der Graf Thurn den Anwesenden für ihr bereitwilliges Kommen und las darauf eine längere Schrift vor, welche die Bedrückungen der Protestanten auf den geistlichen und königlichen Gütern erörterte und die Vergeblichkeit der bisher gemachten Versuche um Abhilfe nachwies. Die Audienz in Brandeis, die zerstörte Kirche in Klostergrab, die Braunauer Bedrückungen bildeten die hervorragendsten Kraftstellen des Vortrages.

Nach Beendigung desselben stellten die Defensoren die Frage, auf welche Weise den bisherigen Leiden ein Ende zu machen sei. Die Anwesenden lehnten jedoch die Beantwortung derselben ab und verlangten vielmehr die Meinung der Defensoren zu hören. Nachdem hierüber durch mehrere Tage verhandelt worden war, wurde eine Eingabe an die Statthalter und für den Fall, daß sie fruchtlos sein sollte, eine solche an den Kaiser beschlossen. Da die Statthalter die ihnen überreichte Schrift unverweilt abschlägig beschieden, so beschloß der Protestantentag, sich nicht bloß an den Kaiser selbst zu wenden, sondern gleichzeitig ein Gesuch an die Stände der böhmischen Nebenländer abzuschicken und sie um ihre Fürbitte bei dem gemeinschaftlichen Könige zu ersuchen. Gelang es ihnen, die Teilnahme der Nachbarn wachzurufen, so traten sie aus ihrer Abgeschlossenheit heraus und der Kaiser hatte es mit der ganzen Krone zu thun. Man beeilte sich nun, sämtliche Schreiben an ihre Adresse zu befördern.

Hiermit war der Zweck erreicht, um dessentwillen die Defensoren den Protestantentag berufen hatten, und sie erklärten ihn nun für aufgelöst. Erst wenn eine Antwort vom Kaiser und den benachbarten ständischen Korporationen eingelaufen sein würde, wollte man wieder zusammenkommen und da man annahm, daß dies längstens in zwei Monaten der Fall sein könnte, wurde eine erneuerte Zusammenkunft auf den 21. Mai anberaumt.

Man wartete nun mit gespannter Aufmerksamkeit auf die nächsten Schritte der Regierung. Der Kanzler reiste nach Wien, um den Kaiser über die Vorgänge in Böhmen umständlich zu unterrichten. Unzweifelhaft fanden bei Hofe ernstliche Erwägungen über das gegen die Böhmen einzuschlagende Verfahren statt. Welche Meinungen vorgebracht wurden, ob und wie verschieden sie von einander lauteten, ist nicht näher bekannt; wir wissen nur so viel, daß die Antwort des Kaisers nach einem Gutachten Khlesls formuliert und schon am 21. März abgeschickt wurde. Mathias erklärte in ihr, daß er eine Wiederholung des Protestantentages nicht dulden werde, seine Langmut sei erschöpft und er wolle dem drohenden Feuer dadurch begegnen, daß er die Urheber dieser Vorgänge vor Gericht ziehen werde. Diese Zuschrift, die die Verteidiger der Glaubensfreiheit mit schweren Prozessen bedrohte, verursachte große Erbitterung in Böhmen und rief tausendfache Verwünschungen auf das Haupt ihrer Urheber hervor. Man behauptete, sie sei von den Statthaltern verfaßt und dem Kaiser nur zur Unterschrift zugeschickt worden, aber diese Behauptung war irrig. Der wirkliche Verfasser des kaiserlichen Schreibens war, wie wir eben erwähnt haben, der Kardinal Khlesl, der es diesmal für angezeigt hielt, eine energische Sprache zu führen und, wie er sich brieflich gegen einige Vertrauenspersonen ausdrückte, es für zweckmäßig erachtete, daß der Kaiser nicht schleichend „wie ein Fuchs“, sondern gewaltsam „wie ein Löwe“ auftrete.

Als das kaiserliche Schreiben in Prag anlangte, wurden die in der Hauptstadt anwesenden Defensoren eingeladen, sich bei

den Statthaltern auf der Kanzlei einzufinden, um den Inhalt desselben kennen zu lernen und sich darnach zu verhalten. Die Defensoren kamen und entfernten sich mit dem Versprechen einer baldigen Antwort und gaben dieselbe schon nach drei Tagen dahin ab, daß es ihnen nicht möglich sei, dem Befehle des Kaisers nachzukommen, da die auf den 21. Mai anberaumte Zusammenkunft zu Folge eines Beschlusses des im März abgehaltenen Protestantentages stattfinde und es nicht in ihrer Macht stehe, diesen Beschluß rückgängig zu machen. — Mit den Drohungen und Befehlen des kaiserlichen Schreibens und mit der Vorladung der Defensoren waren die Maßregeln der Regierung gegen die Protestanten nicht erschöpft. Ihre Absicht ging auf die völlige Trennung der königlichen Städte vom Adel, damit wenn der Protestantentag zu Stande kommen sollte, wenigstens Niemand aus dem Bürgerstande sich an demselben beteilige. Ihre Bemühung war insofern von Erfolg begleitet, als einige Städte, mit Prag an der Spitze, sich in regierungsfreundlichem Sinne äußerten.

Berauscht von ihrem in der Hauptstadt erlangten Erfolge, wollte die Regierung jetzt auch den Versuch wagen, ob sie nicht einen Zwiespalt unter dem protestantischen Klerus herbeiführen und einen Teil desselben zur Wiederannahme des seit dem Jahre 1609 abgeschafften Altutraquismus bewegen könnte. Die Utraquisten hatten sich im Jahre 1609 insgesamt zur böhmischen Konfession bekannt, selbstverständlich war dies weder von Seite der Geistlichkeit noch der Laienwelt mit durchwegs gleichem Eifer geschehen; unter beiden Klassen gab es zahlreiche Personen, die gegen die längere Dauer des alten Utraquismus nichts eingewendet hätten. Das Geschlecht dieser Gleichgiltigen oder gegen die Neuerungen minder günstig Gesinnten war noch nicht ausgestorben und eine geschickte Einwirkung konnte viele von ihnen zur Lossagung von der böhmischen Konfession und zur neuerlichen Aufpflanzung des alten utraquistischen, durch die Geschichte und das Andenken an Hus in den Augen der Menge noch immer ehrwürdigen Banners veranlassen.

Eine passende Handhabe zur Herbeiführung einer solchen Spaltung bot die seit dem Jahre 1609 geltende gottesdienstliche Ordnung. Dem Volke war vom Utraquismus her die Anhänglichkeit an die feierlichen Ceremonien der katholischen Kirche geblieben, die größere Einfachheit, die seit 1609 im Gottesdienste beobachtet wurde, verstieß gegen tief eingewurzelte Neigungen und Erinnerungen. Um nun durch Benützung dieser Stimmung eine Zersetzung des Protestantismus herbeizuführen, lud der Sekretär der königlichen Kanzlei, Michna, eine Anzahl Geistlicher, denen er Mangel an Festigkeit und Vorliebe für die alten Verhältnisse zutraute, zu vertraulichen Besprechungen in sein Haus ein und wußte allmählich mehrere derselben dahin zu bereden, daß sie den Kaiser in einer Bittschrift um die Wiederherstellung des Utraquismus baten. Mit derselben sollte ein inniger Anschluß an die katholische Kirche Hand in Hand gehen und der Erzbischof als kirchliches Haupt auch von den Utraquisten anerkannt werden. Bevor noch etwas von dieser Bittschrift und den damit im Zusammenhange stehenden Plänen verlautete, wagte der Pfarrer von St. Nicolaus auf der Altstadt, offenbar einer der Gewonnenen, öffentlich einen entscheidenden Schritt zu thun: er feierte das Auferstehungsfest am Charsamstag wie die Katholiken, indem er einen feierlichen Umzug mit der Hostie veranstaltete. Das Staunen der Protestanten und ihre Wut war nicht größer, als die Freude der Katholiken über die Bresche, die sie in die Festung ihrer Gegner geschossen hatten.

Als die Statthalter nach Wien berichtet hatten, daß sich die Defensoren weigerten, den Protestantentag rückgängig zu machen, bekamen sie neuerdings die Weisung, dieselben vorzuladen und ihnen aufzutragen, die anberaumte Versammlung abzubestellen. Der Ton dieses kaiserlichen Schreibens war gegen das vom 21. März merklich herabgestimmt, es vermied alle Drohungen und machte auch dadurch einen milderen Eindruck, daß es die Ankunft des Kaisers in Prag in Aussicht stellte. Ihrem Auftrage gemäß luden die Statthalter die in Prag anwesenden

Defensoren auf das Schloß, erlangten aber auch diesmal nicht das gewünschte Versprechen.

So rückte denn der entscheidende Augenblick heran, an dem die gefürchtete Versammlung zusammentreten sollte. Schon einige Tage vor dem bestimmten Zeitpunkte waren die Urheber der Bewegung in Prag angekommen, um den Plan der nächsten Operationen festzustellen. Sie versammelten sich am 18. Mai und beschlossen zunächst die Abfassung einer Ansprache an das Volk, in der sie den gegenwärtigen Streit erläuterten und die Gesetzlichkeit ihrer Schritte behaupteten. Die Ansprache wurde Tags darauf allen Prager Pfarrern mit der Weisung zugeschickt, sie am folgenden Sonntage von der Kanzel vorzulesen und das Volk zum Gebete für das gedeihliche Wirken der Stände aufzufordern. Der Befehl wurde pünktlich erfüllt und verursachte unter der Bevölkerung Prags eine ungeheure Aufregung, man hatte wohl den Defensoren, aber nicht den Pfarrern eine solche Entschlossenheit zugetraut.

Auf die erste vertrauliche Sitzung folgte am 21. Mai die Eröffnung des zweiten Protestantentages. Schon vor der anberaumten Stunde konnte man merken, daß, aller kaiserlichen Verbote ungeachtet, die Versammlung nicht weniger besucht sein würde, als die im März. Zwar hatten von den Städten nur Kuttenberg, Kaurim, Chrudim, Beraun, Jungbunzlau und Schlan Deputierte geschickt; aber selbst dieses kleine Häufchen war nach den vorausgegangenen Drohungen der Regierung und nach der stummen Haltung Prags immerhin beachtenswert. Der Adel selbst war zahlreicher als früher vertreten. — Noch hatten sich nicht alle, die nach Prag gekommen waren, im Karolinum, wo die Sitzungen abgehalten werden sollten, zusammengefunden, als bereits zwei Beamte der Statthalterei mit einer Botschaft daselbst erschienen. Der Kaiser hatte in einem abermaligen Schreiben den Befehl zur Schließung des Protestantentages wiederholt, er hatte sich hiebei einer so milden Ausdrucksweise bedient wie das letztemal und zugleich versichert, daß er

keineswegs eine Verkürzung der ständischen Freiheit beabsichtige. Die zwei Beamten baten die anwesenden Personen, sie möchten sich auf das Schloß verfügen, um dessen Mitteilung entgegen zu nehmen.

Kaum 100 Personen mögen es gewesen sein, die dieser Einladung ursprünglich folgten, aber lawinenartig wuchs dieser Haufe an, als er die Stadt durchzog, um sein Ziel zu erreichen. Im Schlosse angelangt, wurden die Stände in den Sitzungssaal der Statthalterei eingeladen, und da nicht alle in demselben Platz hatten, mußte ein Teil vor den offenen Thüren stehen bleiben. Der Oberstburggraf ergriff für die Regierung das Wort, benachrichtigte die Anwesenden von dem Vorhandensein eines kaiserlichen Schreibens und ließ dasselbe vorlesen. Die Stände hörten die Vorlesung ohne alle Zeichen des Beifalls oder Mißfallens an.

Als sie sich am folgenden Tage im Karolinum über die auf das Schreiben zu erteilende Antwort berieten, versetzte Graf Thurn die Versammlung durch eine sorgenvolle Äußerung in nicht geringen Schrecken. Er erwähnte eines Gerüchtes, nach dem die Statthalter einen bösen Anschlag gegen die Freiheit und Sicherheit der Stände im Sinne hätten, und riet zu Vorsichtsmaßregeln. Seine Zuhörer gerieten durch die Warnung in große Aufregung und beschlossen die unverweilte Absendung einer Deputation, welche von den Statthaltern zur Beseitigung jedes Mißtrauens die Erlaubnis verlangen sollte, daß die Stände bei der Überreichung der Antwort sich bewaffnet in der Burg einfinden dürften. Es war nämlich gesetzliches Herkommen, daß niemand anders als in gewöhnlicher Kleidung mit dem üblichen Degen, nie aber in voller Rüstung auf der Burg erscheinen durfte. Hatte die Regierung wirklich einen Anschlag gegen sie im Sinne, dann waren sie allerdings in Gefahr, von der wohlbewaffneten Burgwache überwältigt zu werden und dies um so leichter, da die Burgthore geschlossen und jede allfällige Hilfe von Seite der Stadt abgeschnitten werden konnte. Als die Statthalter von den

Besorgnissen der Stände unterrichtet wurden, beeilten sie sich, dieselben zu zerstreuen und gaben die gewünschte Erlaubnis.

Es war indessen nicht Furcht, welche den Grafen Thurn zu einer solchen Fürsorge trieb, sondern ein wohlüberlegter Anschlag zur Zertrümmerung der kaiserlichen Herrschaft. Endlich war der Augenblick gekommen, in dem das Werk jahrelanger Erwägung zur Reife gediehen war. Die Erbitterung der böhmischen Protestanten gegen die habsburgische Regierung hatte den äußersten Grad erreicht und machte sie jeder That fähig, durch welche die bestehenden Verhältnisse umgestaltet werden konnten. Thurn war deshalb entschlossen das Signal zum Ausbruche des Aufstandes zu geben und an dessen Spitze zu treten. Zu seiner eigenen Sicherheit wollte er gleich im Beginne den Bruch zu einem unheilbaren gestalten, damit seinen Glaubensgenossen eine Rückkehr zu der alten Ordnung ebensowenig möglich sei, wie ihm selbst. Das passendste Mittel, um einen solchen herbeizuführen, war die Ermordung der Statthalter, und der Plan dazu entstand im Kopfe Thurns.

Die erste Andeutung über seine dahinzielende Absicht that er während der eben erzählten Zusammenkunft im Karolinum, als die den Statthaltern zu erteilende Antwort zur Verhandlung kam. Im Vertrauen äußerte er sich gegen einige ihm nahestehende Personen, daß die Bemühungen der Stände keinen Erfolg haben würden, wenn man nicht eine „Demonstration“ vornehmen würde. Seine Mienen und Bewegungen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, was er unter der Demonstration verstehe, so daß einige seiner Zuhörer ihm von jeder Gewaltthat abrieten, da dieselbe einen schweren Krieg zur Folge haben könnte. Einige Stunden später empfing er in seiner Wohnung den Besuch des Prager Advokaten Martin Fruewein und zu diesem sagte er geradezu, es bleibe nichts anders übrig, als einige Personen zum Fenster hinauszuwerfen. Die schließliche Entscheidung bezüglich der verhängnisvollen That wurde noch im Laufe des 22. Mai getroffen und zwar in einer Konferenz, die in dem Palast des

reichen Albrecht Smiřický abgehalten wurde. Dort fand die letzte Besprechung statt, als deren Teilnehmer oder Mitwisser Albrecht Smiřický, Budowec, zwei Brüder Kinský, Wenzel von Ruppa, Colonna von Fels und zwei Brüder Říčan sicher gestellt sind. Von Ruppa und Fels dürfte man behaupten, daß sie mit Thurn die ersten und einzigen Urheber der folgenden Gewaltthat gewesen sind, und daß alle übrigen, selbst Budowec nicht ausgenommen, erst später gewonnen wurden. Bei der Erwägung über die Todesart riet Ulrich Kinský, man möge die Statthalter im Lokale der königlichen Kanzlei niederstechen und Thurn schloß sich seiner Meinung an, doch erlangte sie nicht die allgemeine Zustimmung und man entschied sich für den Fenstersturz. Vielleicht wirkte auf die Wahl die Erinnerung ein, daß der Fenstersturz in Böhmen eine gewisse historische Berechtigung genieße, denn schon zu wiederholten Malen hatte sich die Erbitterung der Menge gegen mißliebige Personen in dieser Weise Luft gemacht. Man begreift nun, weshalb Thurn mit den Ständen auf dem Schlosse bewaffnet erscheinen wollte.

Unzweifelhaft ging Thurn in der Wahl der übrigen Vertrauensmänner äußerst vorsichtig vor, dennoch konnte er nicht verhüten, daß die Stadt mit dunkeln Gerüchten von einem außerordentlichen bevorstehenden Ereignisse angefüllt war und daß diese Gerüchte sogar in der Form einer nicht näher zu erklärenden Warnung bis zu den Ohren der Statthalter gelangten. Doch legten ihr gerade jene Personen, die sie am meisten hätten beherzigen sollen, nicht die verdiente Wichtigkeit bei, nur Michna, der verhaßte Sekretär der königlichen Kanzlei, beurteilte seine Gegner richtig. Das vollgerüttelte Maß des Hasses, das er sich verdient, wohl kennend, begab er sich noch am Dienstag (22. Mai) auf die Flucht nach Wien und verursachte durch diese Vorsicht seinen Gegnern zwar nicht den letzten, aber jedenfalls den bittersten Ärger.

VI. So brach endlich der 23. Mai an, der Schicksalstag von Böhmen, der „Anfang und die Ursache alles folgenden Wehs“,

wie die böhmischen Exulanten später fruchtlos in der Fremde klagten. Die Mitglieder des Protestantentages versammelten sich im Karolinum und setzten sich von da aus nach dem Schlosse in Bewegung, um den Statthaltern die beschlossene Antwort zu überreichen. Thurn selbst war schon seit früher Morgenstunde in Thätigkeit, um die letzten Vorbereitungen für das Gelingen des Aufstandes zu treffen. Gegen neun Uhr Morgens kam der Zug der Stände vor dem Schlosse an, jedermann trug Waffen, die Mehrzahl war noch überdies von einem oder mehreren Dienern begleitet. Sie versammelten sich vorläufig in den Landtagssale und ließen sich die von den Defensoren ausgearbeitete Antwort vorlesen. Dieselbe war ihrem Inhalte nach ein Protest gegen die versuchte Verhinderung ihrer Zusammenkunft, sowie gegen die angedrohte Prozessierung, griff also auch auf das erste kaiserliche Schreiben zurück und enthielt am Schlusse die Frage, ob und welchen Anteil die Statthalter an der Redaktion des Drohschreibens gehabt hätten. Die Stände begaben sich darauf in den Sitzungssaal der Statthalter, wo sich nur vier von diesen Würdenträgern eingefunden hatten: der Oberstburggraf Adam von Sternberg mit seinem Schwiegersohne, dem Burggrafen von Karlstein, Jaroslaw von Martinitz, der Oberstlandrichter Wilhelm von Slawata und der Grandprior des Malteserordens Diepold von Lobkowitz. Ihnen zur Seite befand sich der bis dahin nie genannte Sekretär M. Philipp Fabricius.

Nach einem vorangegangenen Wortgeplänkel las Paul von Řičan die Antwort vor. Für die Statthalter war jene Stelle, in der die Frage an sie gerichtet wurde, ob das kaiserliche Drohschreiben von ihnen herrühre, jedenfalls die bedeutsamste, ihre Bedenklichkeit wurde durch die am Schlusse angehängte Drohung, daß sich die Stände fortan gegen jeden Gegner Recht verschaffen würden, nicht wenig erhöht. Der Oberstburggraf und seine Kollegen verlangten vor Erteilung der Antwort, daß ihnen die Schrift überreicht werde, damit sie ihren Inhalt nochmals erwägen könnten. Diesem Verlangen wurde entsprochen, und als

sie sich darauf leise beraten hatten, verweigerte der Oberstburggraf entschieden jede Auskunft. Es sei eine unerhörte Sache, sagte er, daß man an die Räte des Kaisers, die sich durch einen Eid zur Geheimhaltung aller Verhandlungen verpflichtet hätten, eine solche Anforderung zu stellen wage. Wollten die Stände, denjenigen kennen, der dem Kaiser zu jenem Schreiben geraten, so sei es passender und einfacher, sich mit dieser Frage geradezu an Seine Majestät zu wenden. — Ob eine solche Frage, sagte Thurn, jemals an die Räte des Kaisers gestellt worden ist oder nicht, ist eine gleichgiltige Sache, wir erklären aber, daß wir nicht eher von hier weichen werden, bevor wir nicht eine entschiedene Antwort, ein Ja oder Nein haben.

Dieser Rede schloß sich ein wirres Durcheinanderschreien der einzelnen Edelleute an, die sich in vielfachen Beschuldigungen gegen Martinitz und Slawata ergossen und mit der Drohung schlossen, daß man beide als Schädiger des Gemeinwohles bestrafen müsse. Bei diesen Worten bemächtigte sich aber ein plötzliches Grauen aller Anwesenden und unschlüssig bebten sie vor dem beabsichtigten Morde zurück. Um die Stände nicht zur Besinnung kommen zu lassen, wiederholten Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz fast zu gleicher Zeit nochmals die Frage, wer der Verfasser des kaiserlichen Schreibens sei und welchen Anteil die Statthalter an demselben hätten? Nach wenigen Augenblicken der Beratung, die unter dem Einflusse wilder Blicke, drohender Geberden und blitzender Waffen stattfand, erklärte der Oberstburggraf, daß er nur dem Sturme weichend das Amtsgeheimnis verletze und daß das Schreiben nicht in Prag entworfen worden sei. Diese Erklärung, so richtig sie war, befriedigte die Stände nicht, namentlich Thurn fühlte sich enttäuscht, da es seine Absicht war, über die zwei verhaßten Statthalter wegen des Schreibens eine Art Schuldig aussprechen zu lassen und dann die Exekution vorzunehmen. Als ein vorsichtiger Mann hatte er aber diesen Fall vorhergesehen und für die Verurteilung eine andere Begründung vorbereitet. Diese andere Begründung boten

die Amnestieverhandlungen vom Jahre 1609. Als neun Jahre früher die Stände Rudolf II den Majestätsbrief abtrotzten und von ihm die Erteilung einer Amnestie für alle Akte ihres revolutionären Auftretens verlangten, fertigte er das gewünschte Patent aus und alle katholischen Landesbeamten unterzeichneten es; nur Slawata und Martinitz verweigerten beharrlich ihre Unterschrift. Damals protestierte Wenzel Budowec im Namen aller Protestanten gegen dieses Benehmen und erklärte: „Wenn in der Zukunft jemals der Majestätsbrief verletzt würde, so müßten sich die Stände dem Verdachte hingeben, daß diese zwei Herren Ursache dieser Verletzung seien, und nichts würde sie hindern, ihr Recht gegen jeden Verletzer auf Leben und Tod zu verteidigen.“ Nun erhob Paul von Říčan seine Stimme und las eine im voraus entworfene Erklärung vor, welche mit den Worten schloß, daß Slawata und Martinitz als Verletzer des Majestätsbriefes und als Feinde des Gemeinwohles anzusehen seien und fragte am Schlusse seine Freunde, ob das auch ihre Meinung sei. Ein einstimmiger Schrei bejahte diese Frage, dazwischen tönten die bedauernden Worte Einzelner, daß man nicht auch den „Langen“ d. h. den Kanzler, welcher in Wien weilte, zur Hand habe.

So waren Slawata und Martinitz für Feinde des Vaterlandes und als außer dem Gesetze stehend erklärt und die Exekution des Urteils sollte nicht lange auf sich warten lassen. Vergeblich bat der Oberstburggraf die aufgeregten Stände mit Thränen in den Augen, sie möchten doch nichts thun, was schwere Folgen nach sich ziehen könnte. Da die meisten Personen, die er erblickte, mit ihm verwandt waren, so beschwor er sie bei den Banden des Blutes um ihren Beistand. Fels faßte aber den Oberstburggrafen am Arme und befahl ihm sich zu entfernen, wenn er nicht das gleiche Schicksal mit den Verurteilten teilen wolle, und Wilhelm von Lobkowitz ergriff seinen Vetter, den Grandprior, der sich an Sternbergs Mantel angeklammert hatte. Martinitz, der wohl einsah, daß alles verloren sei, wenn sich

der Oberstburggraf entfernen würde, bat denselben auf das beweglichste, sich nicht von ihm zu trennen, die Statthalter müßten gemeinsam ihr Loos teilen, ob es auf Tod oder Leben laute. Gewiß würde Herr von Sternberg geblieben sein, war ja doch Martinitz sein Schwiegersohn, aber ihm und dem Grandprior wurde keine Wahl gelassen, sie wurden aus der Kanzlei gedrängt und gestoßen und mußten die Kollegen ihrem Schicksale überlassen.

Wilhelm von Lobkowitz drängte sich nun hinter Martinitz, ergriff seine beiden Hände und hielt sie auf dem Rücken fest, gleichzeitig packte Thurn den Slawata an der Hand und beide Statthalter wurden nun mit Hilfe der übrigen Edelleute näher ans Fenster gezogen. Mit den Füßen sich gegen den Boden stemmend und um Gnade flehend, versuchten sie den äußersten Widerstand; es half aber nichts, jeder von ihnen wurde durch ein anderes Fenster in den 28 Ellen tiefen Schloßgraben geworfen. Während dieser Scene befand sich der Sekretär M. Philipp Fabricius im Hintergrunde der Kanzlei und wagte schüchtern einige der neben ihm stehenden Herren vor den gefährlichen Folgen zu warnen. Als er sah, welches Schicksal seine Vorgesetzten traf, drängte er sich an den Grafen Schlick und flehte ihn um seinen Schutz an. Allein gerade dieses Betragen erregte die Aufmerksamkeit und entzündete den Haß, den die Stände gegen den Sekretär Michna hegten und den sie nun an dem bisher nie beachteten Fabricius kühlen wollten. Einige sprangen mit Dolchen auf ihn zu und wollten ihn niederstoßen, aber die Ermahnung der Anderen, man möge doch den Ort nicht mit Blut beflecken, war die Veranlassung, daß Fabricius ergriffen und ohne weitere Umstände zum Fenster hinausgeworfen wurde. Es war zwischen neun und zehn Uhr Morgens, als die Exekution beendet war.

Allein der Tod, der den drei Personen zugedacht war, traf sie wunderbarer Weise nicht. Martinitz und Fabricius fielen nieder, ohne sich zu beschädigen, und Slawata war nicht so sehr

durch den Fall, als durch das Anstoßen an dem Fenstergesimse und durch die Schläge, mit denen man ihn zwang, dasselbe loszulassen, beschädigt worden. Das Gefühl des Sekretärs, als er glücklich in der Nähe der beiden Herren zu liegen kam, war nicht so sehr das des Dankes gegen Gott, als des Ärgers und Erstaunens über die gleichmäßige Behandlung, die er, ein unansehnlicher Beamte, mit den zwei hochgeborenen Statthaltern erfahren hatte. Seine ersten Worte gaben diesem Gefühle Ausdruck, denn gegen Martinitz gekehrt fragte er: „Was habe ich ihnen denn gethan, daß sie mich hinausgeworfen haben?“ Martinitz erwiderte: „Herr Philipp, es ist jetzt nicht Zeit, solches zu fragen und die Antwort der Stände darauf zu erwarten. Da ihr der Frischeste von uns seid, wollen wir lieber aufstehen,' dem Herrn Slawata helfen und ihn in das (naheliegende) Haus der Frau Kanzlerin tragen.“ Kaum hatte er dies gesagt, als mehrere Schüsse fielen. Mit grenzenloser Verwunderung hatten die Gegner von den Fenstern aus dem Schauspiele zugesehen, das sich vor ihnen im Graben entwickelte. Bei den meisten wich jetzt die frühere Aufregung einer besonneneren Haltung; allein die andern wollten sich nur mit dem vollendeten Morde begnügen und schossen aus den Fenstern der Kanzlei in den Graben. Slawata und Fabricius wurden von keinem der Schüsse getroffen, Martinitz wurde von drei Kugeln gestreift, aber nur unerheblich verletzt. Jetzt kamen aber die Diener der Statthalter in den Graben gelaufen, um ihre Herren aus der bedrängten Lage zu retten, einige wurden zwar durch die unablässigen Schüsse wieder zurückgetrieben, bei anderen steigerte sich aber der Mut mit der Gefahr, sie liefen bis zu ihren Herren und ihnen folgten einige ebenso kühne als hochherzige Freunde. Bevor sie sie noch erreicht hatten, hatte sich Fabricius erhoben, war ohne Hut und Mantel aus dem Bereiche des Schlosses gestürzt und flüchtete sich, nachdem er sich beide ihm mangelnden Kleidungsstücke von einem Freunde, der ihm zufällig begegnet war, ausgeliehen hatte, aus der Stadt. Nach kurzer Rast in der Nähe von Prag setzte er seine Reise

nach Wien fort, wo er dem Kaiser die erste Nachricht von den Prager Vorfällen überbrachte. Auch Martinitz bedurfte keiner weiteren Hilfe, um sich in das Haus des Kanzlers zu retten, und nur Slawata mußte geführt und unterstützt werden, um ebenfalls dahin zu gelangen.

Kaum hatten sich die beiden Herren etwas erholt, so hörten sie den Lärm einer großen Truppe, die sich unter Waffengeklirr und Pferdegetrappel dem Hause näherte. Es waren dies Thurn und seine Anhänger, die ins Haus eindrangen und von der sich ihnen entgegenstellenden Gemahlin des Kanzlers, Polixena von Lobkowitz, zu wissen verlangten, wo die Statthalter untergebracht seien. Die edle Frau wehrte sich entschlossen und würdevoll gegen eine weitere Belästigung ihrer Schützlinge und wollte dem Grafen nicht einmal gestatten sie zu sehen. Sei es, daß ihre Worte einen Eindruck hervorriefen, sei es, daß sie den Zustand der Statthalter mit den traurigsten Farben schilderte, um so den Sterbenden ein Mitgefühl zu sichern, das den Lebenden versagt worden war, jedenfalls bewirkte sie, daß Thurn sich mit seinem Gefolge zurückzog und die Statthalter nicht weiter belästigte. Sie durften jetzt beruhigt aufatmen. Martinitz, der seinen Feinden nicht traute, floh in der folgenden Nacht nach Baiern, während Slawata, durch Krankheit an das Bett gefesselt, genötigt war zu bleiben. Seine Sicherheit wurde nicht gefährdet, doch entzog auch er sich im folgenden Jahre durch die Flucht etwaigen Nachstellungen.

Am Tage nach dem Fenstersturze beschlossen die protestantischen Stände, die nun allesammt den eingeschlagenen Weg weiter gingen und sich als Landtag konstituierten, die Errichtung einer provisorischen Regierung. Dreißig Direktoren, je zehn aus jedem der drei Stände, wurden gewählt und mit derselben betraut. Man sollte denken, daß sie alsbald die Notwendigkeit gefühlt hätten, wegen der formalen Erledigung der Geschäfte einen Präsidenten zu wählen oder einen gewissen Turnus im Vorsitze einzuführen. Erst nach einigen Wochen trugen sie aber einer der-

artigen Notwendigkeit Rechnung und betrauten einen der Direktoren aus dem Herrenstande, Wenzel Wilhelm von Ruppa, mit dem Präsidium. Die Wahl traf in der That den bedeutendsten Mann, den die Direktorialregierung aufzuweisen hatte; seit mehreren Jahren hatte er sich in den vordersten Reihen der Opposition bemerkbar gemacht und war im Lande allgemein bekannt geworden. Für die Verhandlungen mit dem Auslande, die in der nächsten Zeit in den Vordergrund treten mußten, war er eine geeignete Persönlichkeit, denn er sprach und schrieb mit großer Gewandtheit mehrere Sprachen; auch für die innere Verwaltung war er eine tüchtige Kraft, da er sich praktisch in derselben geschult hatte. Seine Kenntnisse und die Art und Weise seines Auftretens bewirkten, daß die pfälzischen Agenten schon vor dem Ausbruche des Aufstandes ihre Aufmerksamkeit auf ihn gerichtet hatten.

Was Thurn betrifft, so befand er sich nicht in der Reihe der Direktoren, da er für eine hervorragende Stellung bei der Organisierung des Heerwesens ausersehen war. Wenn irgend jemand berufen schien, an die Spitze des Landes zu treten und die Zügel der Regierung zu erfassen, so war das bei ihm der Fall. Er hatte seit Jahren den Aufstand geschürt und hatte sich schließlich um die Gnade oder Ungnade des Kaisers nicht bekümmert und seinen Bruch mit der Dynastie durch den Fenstersturz auf eine nimmer gut zu machende Weise besiegelt. Sein Name war in Böhmen in Aller Munde, er genoß das größte Ansehen und schien also ausersehen in die Fußstapfen eines Georg von Poděbrad zu treten, wohl nicht, um die Krone auf sein Haupt zu setzen, aber doch um als Gubernator bis zu einer neuen Königswahl die Geschicke des Landes zu lenken. Eine solche Stellung ging jedoch über seine Kräfte und er selbst hat sich nie nach ihr gesehnt. In dem Augenblicke, wo die provisorische Regierung geschaffen wurde, bemühte er sich keineswegs, an ihre Spitze zu treten, sondern beschränkte sich auf das Kommando der Armee. Der Grund war unzweifelhaft der, daß er der Sprache des Landes nicht voll-

kommen mächtig war. Er, der das Böhmische nur radebrechte, konnte den Landtag nicht durch die Gewalt der Rede beherrschen und nicht den großen Haufen mit sich fortreißen und deshalb wollte er nichts anderes sein, als das, womit er seine Laufbahn begonnen, ein um Sold dienender Truppenführer, der sein Glück versuchte. Da er aber nicht einmal die Fähigkeit besaß, die vorhandenen Mittel zum Kampfe zu organisieren, so erwies er sich auch dieser Aufgabe nicht gewachsen und wurde dadurch dem Gedeihen seines Werkes noch verhängnißvoller als durch den Mangel an Feldherrngaben, der sich später bei ihm kundgab.

Neben Thurn, der den Titel eines Generallieutenants erhielt, wurden Fels zum Feldmarschall, Bubna zum Generalwachtmeister und Kaplíř von Sulewic zum Generalquartiermeister ernannt. Auch die Wahl dieser Offiziere war ein großer Fehler, denn keiner von ihnen erfreute sich einer theoretischen oder praktischen militärischen Durchbildung, wie sie z. B. der kaiserliche General Graf Buquoi besaß, der auf dem niederländischen Kriegstheater ausgezeichnete Dienste geleistet hatte. Die Stärke der zu werbenden Armee wurde auf 16 000 Mann Fußvolk und Reiterei bestimmt. Nachdem der Protestantentag diese Beschlüsse gefaßt und auch bezüglich der nötigen Geldmittel Vorsorge getroffen hatte, löste er sich am 28. Mai auf. Im Lande fanden die Vorgänge in Prag und die gefaßten Beschlüsse allgemeine Zustimmung, da ja nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung zur katholischen Kirche gehörte. Nur die Städte Pilsen, Budweis und Krummau schlossen sich der Revolution nicht an, sondern harrten beim Kaiser aus und achteten des Angriffes nicht, mit dem man sie von Prag aus bedrohte.

Zweites Kapitel.

Der Ausbruch des Krieges.

I. Die ungarische Königswahl. II. Verhalten des Kaisers Mathias und des Königs Ferdinand gegenüber dem böhmischen Aufstande. Khlesls Sturz. III. Bemühungen des Kaisers und der Böhmen um die Gewinnung von Bundesgenossen. IV. Der Kurfürst von der Pfalz, der Herzog von Savoyen und der Graf Mansfeld. V. Der Ausbruch des Krieges und der Vermittlungsversuch Žerotins. VI. Versuch des Kaisers den Streit mit Böhmen in gütlicher Weise beizulegen und Verhalten der Aufständischen gegen diesen Versuch.

I. Zur Zeit, als sich in Prag die Eingangsscene jener Tragödie abspielte, die in weiterer Folge Millionen Menschen in ein unsagbares Elend stürzte, hielt sich Ferdinand in Ungarn auf, um auch dort als Nachfolger des Kaisers anerkannt zu werden. Mathias hatte zu diesem Zwecke einen Reichstag nach Preßburg (auf den 23. März 1618) berufen und von demselben verlangt, daß er den von ihm an Sohnesstatt angenommenen Vetter Ferdinand als König anerkenne und kröne: das Wort „Wahl" war auch hier sorgfältig vermieden worden. Die Absicht des Hofes und vor allem Ferdinands ging also dahin, die Uebertragung der Krone von Ungarn unter ähnlichen Bedingungen zu erlangen, wie die der böhmischen Königskrone; hatte sich der Landtag in Böhmen zur Anerkennung des Erbrechtes bequemt, so sollte dies auch in Ungarn geschehen. Da jedoch für das habsburgische Linearerbrecht hier nicht so entscheidende

Gründe sprachen und man auch nicht hoffen konnte, daß die Ungarn sich durch Verhandlungen zur Nachgiebigkeit bewegen lassen würden, so wollte man am kaiserlichen Hofe durch eine bedeutendere Truppenentfaltung den Reichstag im Zaume halten und von demselben die Annahme Ferdinands als erblichen König erzwingen. Die Umstände waren der Durchführung dieses Planes insofern etwas günstiger, als der von Mathias ebenso gehaßte wie gefürchtete Palatin Thurzo, die Seele der allfälligen Opposition, vor mehr als Jahresfrist gestorben war. Dadurch fehlte derselben nicht nur der natürliche Mittelpunkt, sondern es konnte auch ein oder das andere einflußreiche Parteihaupt mit der Aussicht auf die Palatinatswürde geködert werden.

Der Reichstag leitete den Kampf gegen die königliche Proposition damit ein, daß er vom Kaiser verlangte, er möge zuvor für die Besetzung des Palatinats Sorge tragen, da die gesetzliche Frist für die Neubesetzung bereits lange verstrichen sei. Diese Forderung war zu berechtigt, als daß sie hätte abgelehnt werden können; Mathias gab daher in seiner Antwort das Versprechen, sie unmittelbar nach der Thronbesetzung zu erfüllen und begründete den vorläufigen Aufschub nur damit, daß es sich nicht schicke, den „Diener dem Herrn vorangehen zu lassen". Ferdinand und die königlichen Kommissäre in Preßburg hofften jetzt zumeist auf die katholische Partei im Reichstag, die sich äußerst rührig benahm und zu welcher sämtliche Bischöfe und die Mehrzahl der Magnaten gehörten. Die Haltung der Prälaten und Magnaten reizte aber gerade die übrigen Mitglieder des Reichstages und trieb sie zu einer immer schärferen Opposition, so daß die Debatten bald einen leidenschaftlichen Charakter annahmen. Die Kritik bezüglich des Wortlautes der königlichen Proposition verschaffte der Opposition einen wenigstens teilweisen Sieg, denn es scheint, daß die Anhänger der Dynastie sich damit zufrieden geben wollten, wenn der Reichstag ohne weiteres Zögern Ferdinand zum König in der Weise „wählen" würde, wie dies mit Mathias und anderen Habsburgern geschehen war.

Auf diese Weise trat das von kaiserlicher Seite so sorgfältig vermiedene Wort „Wahl“ wieder in den Vordergrund und beherrschte die Debatte. Die königlichen Kommissäre gelangten im Laufe der Verhandlung bald zu der Einsicht, daß es nicht umgangen werden könne und trachteten nur seine Bedeutung durch passende Zusätze, die das Erbrecht indirekt bekräftigen sollten, zu schmälern. Dagegen verlangte die Opposition, daß Mathias vor der Wahl ein Diplom ausstelle, und in demselben, das „unbeschränkt“ freie Wahlrecht der Stände bei der Besetzung des Thrones anerkenne. Beide Parteien beriefen sich bei ihren Forderungen auf das historische Recht; was antwortet nun die Geschichte auf diese doppelte Berufung?

Die habsburgischen Prinzen und deren Anhänger beriefen sich zunächst auf die unbestreitbare Thatsache, daß die ungarische Krone seit Stephans Zeiten erblich gewesen und die Erblichkeit sich zu einem durch das Herkommen geheiligten Fundamentalgesetz des Landes entwickelt habe. Wenn der Thron durch Wahl besetzt worden sei, so sei dies ein Verstoß gegen die Gewohnheit gewesen, den man nicht bald genug wieder gut machen könne. Nach dieser Theorie war jede Dynastie, die einmal den Thron von Ungarn inne hatte, erbliche Besitzerin desselben. Die Verteidiger des Erbrechts wiesen ferner auf die zu Gunsten des Hauses Habsburg lautenden Verträge von Ödenburg (1463) und Preßburg (1491) hin, durch welche diesem Hause mit Zustimmung des Reichstags Erbansprüche auf Ungarn im Falle des Erlöschens des regierenden Königsgeschlechtes zugesichert wurden. Endlich lautete auch eine Erklärung des ungarischen Reichstags von 1547 zu Gunsten der Habsburger; auf diesem verlangten die Stände von Ferdinand I, er solle seinen Sohn Maximilian als seinen Statthalter nach Ungarn schicken, und begründeten dieses Verlangen mit den Worten: „sie hätten nicht bloß Ferdinand zu ihrem Könige erkoren, sondern sich für alle Zukunft seinen Erben als ihren Herren unterworfen“. In dieser Weise sprachen also nach der Ansicht der Kaiserlichgesinnten „das Herkommen, alte

Verträge und neuere bindende Äußerungen der Stände" für das Erbrecht der regierenden Dynastie.

Die Gegner desselben behaupteten dagegen, daß die Stände das Wahlrecht in vielen Fällen geübt hätten und wiesen auf die Vorgänge unter Albrecht II, Wladislaw, Mathias Corvinus, Wladislaw II, Ferdinand I und namentlich unter Mathias hin. Die Opposition wollte also nichts davon wissen, daß das ungarische Erbrecht ein Grundgesetz des Landes sei, sondern erkannte dasselbe nur als ein Privilegium der Arpaden an, das einer anderen Familie nicht zukomme. Gewiß ist es, daß für die einander bekämpfenden Rechtsanschauungen gewichtige Gründe vorgebracht werden konnten und daß es deshalb beiden Parteien darum zu thun war, ihrer Anschauung gerade bei dem gegenwärtigen Falle zum vollen Siege zu verhelfen. Indem sich die Majorität des Reichstags die „absolut" freie Wahl durch ein königliches Diplom für die Zukunft sichern wollte, lag es in ihrer Absicht, das Ungewisse in der ungarischen Thronfolge ein- für allemal auf Kosten der Dynastie zu beseitigen, welche letztere wiederum das gerade Gegenteil beabsichtigte.

Von der schlimmen Wendung, welche die Verhandlungen des Reichstags nahmen, wurde Khlesl durch den Erzbischof von Gran, Pazman, und den Judex Curiä Forgach, einen Katholiken, benachrichtigt. Der Kardinal bemühte sich, den beiden Herren das Unberechtigte in dem Auftreten der Majorität nachzuweisen und hatte damit keine große Mühe, da sie von vornherein seiner Meinung waren. Unter den vielen Gründen, die er für das Erbrecht der Habsburger vorbrachte, war einer, der zwar nicht juristischer Natur war, deshalb aber nicht minder schwer in die Wagschale fiel. Er wies nämlich auf die unermeßlichen Opfer hin, die das Haus Habsburg zur Behauptung der Krone Ungarn gegen die Türken gebracht habe, und wie es die darauf begründeten Ansprüche durch die Zulassung des Wahlrechts nicht so leichten Kaufes aufgeben könne. Am Schlusse seiner Argumente bemerkte Khlesl, daß es aus diesem Labyrinthe nur einen Weg

gebe: die Prälaten und Magnaten sollten bei ihren guten Gesinnungen verharren, sich von dem niederen Adel absondern und Ferdinand als König „proklamieren". Pazman und Forgach schienen dem Vorschlage Khlesls beizustimmen, aber nur der erstere verharrte bei seiner Meinung, während der letztere einen dergartigen Schritt später ablehnte. Er bewirkte aber wenigstens im Reichstage, daß die Opposition das „absolut" freie Wahlrecht nicht weiter behaupten, sondern sich zufrieden geben wollte, wenn in dem Diplom bloß von einer „freien" Wahl die Rede sei. Ja noch mehr, sie ließ sich bewegen dem Kaiser die Versicherung zu geben, daß man mit der Betonung des freien Wahlrechtes keine Ausschließung des Erzhauses beabsichtige, sondern „stets auf die Mitglieder desselben die schuldige Rücksicht nehmen werde". Mit dieser Erläuterung begaben sich am 7. April die hervorragendsten Mitglieder des Reichstags zu den königlichen Kommissären und baten sie, dieselbe zur Kenntnis des Kaisers zu bringen.

Da der letztere einsah, daß er wohl nichts mehr erlangen würde, so stellte er das gewünschte Diplom aus, und erklärte in demselben: „daß er das althergebrachte Recht der freien Königswahl", welches die Vorfahren (der gegenwärtigen ungarischen Stände) geübt und den Nachkommen hinterlassen, für diese und alle folgende Zeit bestätige, bekräftige und für unverletzbar erkläre". Im weiteren Verlaufe hieß es: „Der obige und andere Artikel des Diploms könnten vielleicht zu unrichtigen und dem Hause Österreich nachteiligen Auslegungen Veranlassung bieten, dennoch habe der Kaiser mit der Ausstellung desselben nicht gezögert, da die wichtigsten Mitglieder des Reichstags am 7. April vor den königlichen Kommissären mündlich die Erklärung abgegeben hätten: es sei weder gegenwärtig noch je die Absicht des Reichstags gewesen, bei der Königswahl von dem erlauchten Hause Österreich abzufallen, noch die demselben schuldige Rücksicht bei Seite zu setzen, noch endlich den königlichen Stamm und dessen außerordentliche Verdienste und Auslagen bei der Behaup-

tung dieses Königreichs unbeachtet zu lassen.“ — Durch diese vorsichtige Einschaltung der Reichstagsdeklaration in den Wortlaut des Diploms konnte dasselbe später eher einen Beweis für die habsburgischen Erbrechte als für das ungarische Wahlrecht abgeben.

Als der Reichstag von diesem Aktenstücke Kunde bekam, fühlte die Opposition, daß sie durch die Annahme desselben das in Anspruch genommene Wahlrecht nicht stützen, sondern nur untergraben würde, und lehnte es deshalb ab. So war es wieder ganz ungewiß, welche Richtung die Verhandlungen nehmen würden, bis der erfinderische Kardinal wieder einen Ausweg fand. Nach seinem Vorschlag sollte das Diplom fallen gelassen werden und bloß in den Reichstagsbeschlüssen über die Erhebung Ferdinands in folgender Weise berichtet werden: „Auf Unsere (des Kaisers) Empfehlung hin haben die ungarischen Stände nach mehrfachen Verhandlungen und nach ihrer alten von ihnen stets beobachteten Weise und Freiheit den Erzherzog Ferdinand einstimmig zu ihrem Könige erwählt.“ Die ungarischen Stände, deren Verlangen nach einem Diplom sich merklich abgekühlt hatte, seitdem sie den Inhalt eines solchen kennen gelernt hatten, gaben, von allen Seiten bearbeitet und wohl auch der langandauernden Verhandlungen überdrüßig, nach und nahmen die von Khlesl vorgeschlagene Formel an. War in derselben auch von einem freien Wahlrecht nicht die Rede, so konstatierte sie doch, daß Ferdinand auf Grund einer Wahl König geworden sei und fand daher Beifall. Andrerseits waren auch die königlichen Kommissäre mit ihr nicht unzufrieden, da sie ihr vorsichtsweise das Wörtchen „stets“ eingeschaltet hatten, denn die „stets beobachtete Weise“ war nach ihrer Meinung die Anerkennung des Erbrechtes und konnte, wenn sie auch in Zukunft bewahrt wurde, den Rechten des Erzhauses nicht abträglich sein. So verstand jeder Teil die Formel in einem andern Sinne und freute sich wahrscheinlich den Gegner überlistet zu haben. Der Hof und die mit ihm gleichgesinnten ungarischen Katholiken bedauerten aber trotzdem die

gänzliche Beseitigung der „Erläuterung" und ergriffen zu ihrer Rettung den einzigen Ausweg, der ihnen übrig geblieben war. Die königlichen Kommissäre nahmen bei dem Judäx Curiä ein Protokoll auf und verzeichneten in diesem ausführlich den Inhalt der Erläuterung und die Art ihrer Entstehung. Dieses vorläufig bedeutungslose Dokument konnte später großen Wert erlangen, denn es war in Gegenwart des ersten ungarischen Beamten angefertigt und von ihm unterzeichnet worden und mußte wenigstens bezüglich seines Inhalts in der Zukunft schwer in die Wagschale fallen.

Nachdem alle Schwierigkeiten geebnet waren, proklamierten am Morgen des 16. Mai die Stände im Reichstagssaale Ferdinand zum Könige von Ungarn und verfügten sich dann in seine Behausung, um ihm ihre Glückwünsche darzubringen. Am selben Tage wurde auch der neue Palatin gewählt. Unter den von der Regierung vorgeschlagenen Kandidaten fiel die Wahl auf den Judex Curiä Forgach und somit kam diese Würde in den Besitz eines Katholiken. Die königliche Partei wünschte nun die Successionsverhandlungen zu Ende zu führen und verlangte vom Reichstage die unverweilte Festsetzung des Krönungstages. Allein die Stände begannen, anstatt auf diese Forderung einzugehen, die Verhandlungen über einige Beschwerden und brachten damit zwölf Tage zu. Zwei dieser Beschwerden reichten in ihrer Bedeutung weit über Ungarn hinaus und standen in engster Beziehung zu den gesamt-österreichischen Verhältnissen; die eine betraf das Verhältnis der kaiserlichen Kriegsmacht in Ungarn, die andere die finanzielle Unterordnung dieses Landes unter die österreichische Hofkammer. Da man am Hofe in beiden Fällen den Beschwerden nicht nachgeben wollte, so suchte man sich durch eine ausweichende Antwort zu helfen. Nach mancherlei weiteren und nutzlosen Debatten wurde endlich der Krönungstag auf den 1. Juli festgesetzt. Es heißt, daß sich der König noch zwei Tage vor demselben mit dem Reichstage über eine neu entstandene religiöse Streitfrage nicht einigen konnte und daß die Opposition

noch in der letzten Stunde mit ihrer Abreise drohte. Ferdinands Nachgiebigkeit endete den Zwist und so fand die Krönung am 1. Juli statt, worauf der Reichstag geschlossen wurde.

II. Die Nachricht von dem Fenstersturze in Prag ereilte den Kaiser in Wien, den König Ferdinand in Preßburg. Er war gerade einer Einladung des Erzbischofs von Gran zu einer Mittagstafel gefolgt, als die erschütternde Kunde eintraf und die lärmende Festlichkeit plötzlich verstummen machte. Am folgenden Tage hielt Ferdinand mit Khlesl und mehreren anderen Herren eine Beratung ab, in welcher man sich darüber einigte, dem Kaiser einige Personen vorzuschlagen, die nach Prag gesendet werden sollten, um an Ort und Stelle genauere Erkundigungen einzuziehen. Habe man dann die nötige Sachkenntnis, so solle eine eigene Regierungskommission, mit einem Erzherzog an der Spitze, nach Böhmen abgeschickt werden, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

Der Kaiser kam diesem Rate nach und schickte den Freiherrn von Khuen nach Prag, der daselbst am 6. Juni eintraf, aber nicht jene Beachtung fand, auf die er gerechnet hatte. Die Direktoren nahmen auf seinen Rang als Spezialkommissär des Kaisers keine Rücksicht und behandelten ihn wie einen gewöhnlichen Privatmann, so daß er die Überzeugung gewann, man werde sich in Böhmen nicht mehr der Autorität seines Herrn beugen, wenn man nicht mit Waffengewalt dazu gezwungen würde. Da er jedoch die geringen Mittel des Kaisers für den Kriegsfall kannte, so riet er diesem das Betreten friedlicher Wege an und empfahl ihm zu diesem Behufe die Ausstellung eines Patents, in dem er feierlich die Einhaltung des Majestätsbriefes und des Vergleichs versprechen und dabei sich der Behauptung enthalten solle, als ob er beide Gesetze stets beobachtet habe. Der Kaiser sollte also nach Khuens Meinung nachgeben, vielleicht daß sich dann die hochgehenden Wogen in Böhmen legen würden.

Mathias hätte sich wohl gern diesem Ratschlag anbequemt, da er nur auf Anraten Khlesls und Ferdinands jene Maßre-

geln ergriffen hatte, durch welche die böhmischen Protestanten aufgereizt wurden. Auf einen Kampf wollte er es nicht ankommen lassen, lieber wollte er zurückweichen, um die kurze Zeit seines Lebens einigermaßen in Ruhe zu genießen. Dieser Meinung war jedoch Ferdinand nicht; eine Denkschrift, die in diesen Tagen ausgearbeitet wurde und deren Argumentation in dem Satze gipfelte, daß man den Aufstand als eine Wohlthat ansehen müsse, weil man dadurch dem Ungehorsam der Böhmen ein- für allemal ein Ende machen könne, fand seine volle Billigung. Der Verfasser der Denkschrift vertrat den Satz, daß der Kaiser nichts einbüße, wenn auch der Krieg gegen ihn ausfiele, denn er würde dadurch nur verlieren, was des Besitzes nicht mehr wert gewesen sei. Gewinne er aber, so könne er der Sklaverei, in der er bis jetzt gestanden, für immer ein Ende machen. Da die von Ferdinand empfohlene gewaltsame Bekämpfung des Aufstandes nach dem Geschmacke der Wiener Staatsmänner war, so erwog man die Mittel, welche für den Kampf zu Gebote standen. Man berechnete, daß man 15000 Mann geschulter Truppen aufstellen und diesen noch 6000 ungarische Reiter beigesellen könne; mit dieser Truppenzahl, welche durch spanische Unterstützung vermehrt werden konnte, hofften die kampflustigen Herren um so eher zum Ziele zu gelangen, als sie die Widerstandskraft der Gegner gering anschlugen.

Ferdinand und seine kriegerisch gesinnten Freunde behaupteten insofern das Feld, als sie den Kaiser bestimmten, ohne die Rückkehr Khuens abzuwarten, ein Manifest zu veröffentlichen, in dem er sich zur Beobachtung des Majestätsbriefes in der bisherigen Weise anbot und alle jene mit Strafe bedrohte, welche sich nicht zur Ruhe begeben würden. Da das Manifest sonach nicht die mindeste Rücksicht auf die allerdings noch nicht bekannten Ratschläge Khuens nahm, so goß es nach seiner Veröffentlichung nur Oel ins Feuer. Aber selbst als Khuen zurückkam und über seine Wahrnehmungen Bericht erstattete, lenkte der Kaiser, offenbar beeinflußt von Ferdinand, in die von ihm ange-

ratenen Bahnen nicht ein, sondern schickte eine neue Zuschrift an die Direktoren, welche so ziemlich den Inhalt des früheren Manifestes wiederholte. Als nun der böhmische Landtag am 25. Juni in Prag zu einer neuen Sitzung zusammentrat und die Zuschrift des Kaisers zur Kenntnis nahm, zeigte sich auch da keine versöhnliche Stimmung. Die Stände hießen die bereits angestellten Rüstungen gut und rechtfertigten ihre Notwendigkeit in einer Zuschrift an den Kaiser, in welcher der Wunsch nach einem Ausgleich mit keinem Worte angedeutet wurde.

Da die streitenden Parteien einander nicht näher kamen und die Rüstungen in Böhmen frisch betrieben wurden, so verlangte Ferdinand, daß dies auch in Wien geschehe; allein seine Mahnungen wurden nicht in der Weise beachtet, wie sie es verdienten und wie sie den nach Böhmen abgeschickten Manifesten entsprochen hätten. Entrüstung bemächtigte sich jetzt aller Anhänger des Kaiserhauses; der spanische Gesandte, Graf Oñate, gab derselben sogar in einer Denkschrift Ausdruck, die er dem Kaiser überreichte und in der er ihm auf das dringendste die Pflicht ans Herz legte, so energisch als möglich gegen den Aufstand aufzutreten.

Ferdinand und Maximilian schrieben dem Kardinal Khlesl ausschließlich die Schuld an der Verzögerung der Rüstungen zu und da sie kein Heil sahen, so lange er an der Seite des Kaisers war, so entschlossen sie sich zu einem Gewaltstreich, welcher auch von Oñate gebilligt wurde. Es handelte sich nun darum, den Kardinal an einen Ort zu locken, wo man sich seiner bemächtigen konnte. Zu diesem Zwecke stattete ihm Maximilian am 19. Juli einen Besuch ab, den Khlesl am folgenden Tage erwiderte. Als er aber in die Gemächer, die zum Erzherzog führten, eintrat, wurde er im Vorzimmer von den vertrauten Dienern desselben am Weitergehen verhindert und ihm befohlen, die Kardinalskleidung abzulegen und sie mit einem gewöhnlichen Priesterrocke zu vertauschen. Khlesl, der nun zu spät einsah, daß man Gewalt gegen ihn im Sinne habe, weigerte

sich Folge zu leisten, aber er wurde von dem Grafen Dampierre roh angefahren und mit einem schlimmen Schicksale bedroht, wenn er nicht gehorchen würde. Eingeschüchtert gab er nach und wurde nun durch einen verdeckten Gang auf die Bastei gebracht, in einen Wagen gesetzt und in Begleitung einer Reitereskorte unter Dampierre's Kommando weggeführt. Die Fahrt ging in größter Eile in der Richtung nach Wiener-Neustadt vor sich. Als der Kardinal diese Stadt erblickte, glaubte er, daß seine Reise eine Ende haben und daß er vielleicht dort in Haft gehalten werden würde; er sah sich aber in seiner Vermutung getäuscht, immer tiefer ins Gebirge ging die Fahrt und da erkannte er erst, daß sein Schicksal besiegelt sei und er in ein Gebiet gebracht werde, wohin des Kaisers Autorität nicht reichte; Thränen, die seinen Augen entstürzten, bekundeten seinen Seelenschmerz. Die Reise ging über Steiermark und Kärnten nach Tirol; wo man zu Wagen nicht fortkommen konnte, wurde zu einer Sänfte Zuflucht genommen, erst im Schlosse Ambras bei Innsbruck wurde Halt gemacht und hier der Gefangene in strenger Bewahrung untergebracht.

Die Gefangennahme des Kardinals war bewerkstelligt, aber nun handelte es sich darum, die Zustimmung des Kaisers für dieselbe zu erlangen und damit trat der schwierigste Teil ihrer Aufgabe an die Erzherzoge heran. Eine Stunde nach der Verhaftung begaben sie sich in die kaiserlichen Gemächer und ließen sich bei Mathias anmelden, der sie nicht annehmen wollte. Da auf ihre wiederholten Bitten keine andere Antwort erfolgte, so drangen sie ohne die gewünschte Erlaubnis bei ihm ein und berichteten ihm über das Geschehene. Der Kaiser erschrack auf das heftigste, sprach kein Wort und biß in seiner Ohnmacht in das Bettuch. Später ermannte er sich, nannte das Verfahren Maximilians ein rohes und verlangte die augenblickliche Freilassung des Kardinals, doch ließ er sich bald so weit beschwichtigen, daß er die Entschuldigungsgründe der beiden Erzherzoge anhörte. Es gelang ihnen nicht, ihm seine Zustimmung abzu-

ringen; sie verließen ihn unversöhnt, aber die gegen Khlesl verfügte Maßregel wurde doch nicht zurückgenommen.

Die Parteien am Hofe gerieten jetzt in eine gewaltige Gährung. Die Anhänger des Kardinals, Khuen und Trauttmansdorff, nahmen sich seiner an, während die Mehrzahl der hervorragenden Persönlichkeiten für die aufgehende Sonne, für Ferdinand eintraten und den Kaiser mit seinem Vetter zu versöhnen suchten, was ihnen nicht schwer wurde, da er ihm ja nicht übel wollte und nur durch seinen Minister in die schiefe Lage zu den Prinzen seines Hauses geraten war. Um so unversöhnlicher war die Kaiserin, welche den dem Kardinal zugefügten Streich um keinen Preis verzeihen wollte. Allein da sie noch weniger als ihr Gemahl im Stande war, ihrer Erbitterung Geltung zu verschaffen, so fügte auch sie sich allmählich in das Unvermeidliche und bekämpfte nach einem mehrtägigen Schmollen nicht weiter die gegen den Kardinal verfügte Maßregel. Khlesl wurde im Laufe der Zeit von Ambras nach Hall übergeführt und später an den Papst Gregor XV nach Rom ausgeliefert. Hier lebte er mehrere Jahre und suchte bei Ferdinand, der mittlerweile den böhmischen Aufstand niedergeworfen hatte und von Sieg zu Sieg geeilt war, um die Erlaubnis zur Rückkehr an, damit er den Pflichten eines Bischofs von Wien und Wiener-Neustadt obliegen könne. Ferdinand ließ sich versöhnen, erlaubte ihm nach einer mehr als neunjährigen Verbannung zurückzukehren und erstattete ihm das bei seiner Verhaftung konfiscierte Geld, das mehr als 300 000 Gulden betragen und ihm bei der Bekämpfung des Aufstandes gute Dienste geleistet hatte. Khlesl kam in seine Diöcese zurück und widmete sich fortan so eifrig den Pflichten seines Standes, als er sich früher der Staatsgeschäfte angenommen hatte.

III. Gleich nach dem Prager Fenstersturze knüpfte der Kaiser Verhandlungen mit den Ständen der ihm gehorsamen Länder an und ersuchte sie um ihre Mithilfe bei der voraussichtlichen Be-

kämpfung des Aufstandes. Seine Bemühungen kreuzten sich mit denen der Böhmen, die noch vor ihm die benachbarten Länder um ihre Hilfe ersuchten und hiebei entweder auf die früheren Verbindungen hinwiesen, oder den Aufstand als im gemeinsamen Interesse gelegen hinstellten. So schickten sie den berühmten Prager Arzt Jessenius nach Preßburg, um die dort versammelten ungarischen Stände für sich zu gewinnen. Er langte am 26. Juni daselbst an, und obwohl er sich auf das äußerste anstrengte und seine ganze Beredsamkeit erschöpfte, so gelang es ihm doch nicht, seine Mission durchzuführen und die Krönung Ferdinands zum Könige von Ungarn zu hintertreiben, da dieselbe am 1. Juli vor sich ging. Der Palatin und die obersten Beamten, welche in freundlichen Beziehungen zum Kaiserhause standen, nahmen sogar nicht Anstand, den böhmischen Sendling zu verhaften und nach Wien auszuliefern. Die That verstieß gegen die Sympathien der Majorität des ungarischen Reichstages, aber doch fand sich Niemand, welcher gegen dieselbe protestiert hätte. Die Majorität begnügte sich vorläufig damit, die böhmischen Stände in einer an sie gerichteten Zuschrift ihrer Sympathien zu versichern und sie zu ermahnen, die Hand zum Frieden zu bieten. Gleichzeitig wurde das Gesuch des Kaisers um Hilfe bei der Bekämpfung des Aufstandes abgeschlagen, die ungarischen Stände verharrten also in der Neutralität.

Nicht viel anders gestalteten sich die Verhältnisse im Erzherzogtum Österreich. Der oberösterreichische Landtag riet auf die Nachricht von den Prager Ereignissen dem Kaiser schon im Monate Juni zum Frieden, verwahrte sich gegen jeden Truppendurchzug, ja die Stände besetzten sogar die Pässe des Landes, um sich einem solchen mit Gewalt zu widersetzen, und erst auf wiederholtes Bitten zeigten sie sich den kaiserlichen Wünschen etwas gefügiger, indem sie sich zu einer kleinen Geldhilfe herbeiließen. In Niederösterreich dachte man zwar nicht daran, den kaiserlichen Truppen die Pässe zu verschließen, aber man wies jede Bitte um Hilfe ab und betrachtete demnach den böhmischen

Aufstand als eine fremde Angelegenheit, um die man sich nicht zu kümmern brauche. Nur Wien, dessen Bürgerschaft zum größeren Teile katholisch war, bewilligte dem Kaiser eine Hilfe von 14000 Thalern und ein Darlehn von 30000.

Bezüglich Mährens war man in Wien Anfangs besorgt, während man in Böhmen mit Zuversicht erwartete, daß die Stände dieses Nachbarlandes dem Aufstande ihre wärmsten Sympathien und bald auch ihre Mithilfe entgegen bringen würden. Wenn Karl von Zerotín, der hochgeachtete Führer der protestantischen Stände daselbst, seine Stimme für diesen Anschluß erhoben hätte, fürwahr die kaiserliche Herrschaft würde in Mähren im Handumdrehen ein Ende genommen haben. Allein dieser merkwürdige Mann gab im Widerspruche zu seinen sonstigen Wünschen, aber im teilweisen Einklange mit seiner Vergangenheit nicht dieses Signal und betrat ganz eigene Wege.

Zerotín hatte unter Kaiser Rudolf II jahrelange Bedrükkungen wegen seiner protestantischen Gesinnung und seiner oppositionellen Haltung erdulden müssen. Er hatte mannhaft alle Unbilden ertragen, für seine Partei durch seine Standhaftigkeit und seine hohe Bildung eine mächtige Stütze abgegeben und ihr endlich durch seinen Anschluß an Mathias im Jahre 1608 und den Sturz der rudolfinischen Regierung zum Siege verholfen. Von Mathias zum Lohne für die geleisteten Dienste zum Landeshauptmann von Mähren ernannt, verwaltete er dies Amt in der Weise, daß er den ständischen Freiheiten ihre volle und unverkümmerte Entwickelung gönnte, aber zugleich keinen Zweifel an seiner Treue gegen das Kaiserhaus aufkommen ließ. Im Jahre 1615 schied er aus seinem Amte, ohne daß sich die Ursache sicher stellen läßt; vielleicht war es Ermüdung, vielleicht auch Überdruß an dem Gange der kaiserlichen Politik, vielleicht auch Mißbilligung der unter den Ständen sich geltend machenden revolutionären Gesinnung.

Von seiner amtlichen Stellung befreit, zog sich Zerotín keineswegs in die Ruhe des Privatlebens zurück, sondern nahm

an den öffentlichen Vorgängen nach wie vor den lebendigsten Anteil und unterhielt mit seinen politischen Freunden einen lebhaften Briefwechsel. Seinem Urteil wurde das größte Gewicht beigelegt und alle jene, die sich nach einer Veränderung sehnten, waren begierig, seine Ansichten zu vernehmen. Wenige Tage vor dem Fenstersturze hatte sich Zerotín auch in Prag aufgehalten, daselbst seine religiösen und politischen Freunde aufgesucht und den Verhältnissen in Böhmen überhaupt seine größte Aufmerksamkeit zugewendet. So hatte er keinen Augenblick seine politische Thätigkeit eingestellt und war berufen, bei jeder Krise, die herankam, eine entscheidende Rolle zu spielen, wenn er dies wollte. Als nun der Aufstand ausbrach, dachte man in Wien und Preßburg sogleich daran, sich seiner bei einer allfälligen Vermittlung zu bedienen. Schon in den ersten Tagen des Juni forderte ihn der Kaiser auf, nach Wien zu kommen, um an den Beratungen über die Beilegung des Aufstandes Teil zu nehmen.

Trotz des Vertrauens, das man ihm entgegen trug, verhehlte man sich in Wien nicht, daß die Ereignisse diesem Manne von selbst seinen Platz anwiesen. Der Kampf in Böhmen wurzelte in dem Gegensatze zwischen Katholiken und Protestanten, wer auf die eine oder die andere Seite gehörte, mußte sich dieser anschließen, unbekümmert um die Folgen eines Sieges oder einer Niederlage, die vielleicht über das eigentliche Streitobjekt hinausgingen. Auch von Zerotín meinte man, daß er nicht werde umhin können, sich an seine Glaubensgenossen anzuschließen, ja dies vielleicht schon gethan habe und mit den Böhmen unter einer Decke spiele. Seine Berufung nach Wien entsprang eben so sehr dem Mißtrauen als dem Vertrauen, man erwartete, daß er dem Rufe nicht folgen werde, falls er sich schuldig fühle, und dann wußte man doch wenigstens, woran man mit ihm war. Die Mißtrauischen rieten sogar, man solle sich Zerotíns bemächtigen, wenn er nach Wien käme, denn seine schließliche Verbindung mit den Protestanten sei doch gewiß, habe man ihn aber festgenommen, so befände sich Mähren ohne Haupt und werde sich nicht erheben.

In Wien angelangt empfahl Zerotin die Anwendung friedlicher Mittel zur Stillung des Aufstandes und als ein solches insbesondere die baldige Absendung des Erzherzogs Maximilian nach Böhmen in der Stellung eines Vermittlers. Sein Benehmen, seine Ratschläge und sein sichtbares Interesse für das Beste des Kaiserhauses verscheuchten alles Mißtrauen gegen ihn; der Kaiser lobte selbst seine Ratschläge, befolgte sie aber nicht, denn statt den Böhmen anzuzeigen, daß Maximilian als Vermittler an sie abgesandt werden würde, schickte er ihnen jenes Patent zu, welches ihre Rüstungen verbot. In Wien wollte man sich Zerotins bloß zur Dämpfung allfälliger revolutionärer Versuche in Mähren bedienen, denn nachdem man einiges Vertrauen zu ihm gefaßt hatte, ersuchte ihn der Kaiser um seine guten Dienste bei dem nächsten Landtage. Zerotin sagte zu und reiste darauf nach Hause zurück. Er kam gerade zur rechter Zeit an, um der ständischen Zusammenkunft beizuwohnen, die in Olmütz am 26. Juni eröffnet wurde.

Es war dies die erste Versammlung der mährischen Stände nach dem Ausbruche des Aufstandes. Die Böhmen hatten zu derselben eine Gesandtschaft abgeschickt, welche die Mährer zum Anschlusse an die gemeinsame Sache aufforderte. Diejenigen, welche dem Aufstande wohlwollten, beantragten die Wahl einer Gesandtschaft, die nach Prag gehen, an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen und den Anschluß vorbereiten sollte; die Majorität verwarf aber den Vorschlag und beschloß die Absendung einer Deputation nach Wien, welche dem Kaiser zur Wahl friedlicher Maßregeln bei der Bekämpfung des Aufstandes raten sollte. Der Beschluß kam nur dadurch zu Stande, daß sich die Thätigkeit Zerotins bereits im Interesse der Regierung geltend machte. Er schritt jetzt entschlossen auf dem einmal betretenen Wege vorwärts, denn auch auf dem im August berufenen Landtage vertrat er die Bitte des Kaisers um Gewährung des Durchmarsches für seine Truppen auf ihrem Zuge gegen Böhmen. Zur größten Verwunderung und Erbitterung der Anhänger des

Aufstandes brachte er seine Bemühung auch diesmal zum erfolgreichen Abschlusse.

Die Interessen Schlesiens waren mit denen Böhmens nicht so innig verknüpft, wie die Mährens, ja es machte sich sogar seit mehr als hundert Jahren eine gewisse Feindseligkeit gegen Böhmen geltend, von der zu verschiedenen Zeiten nicht mißzuverstehende Anzeichen ersichtlich wurden. Man hätte also vermuten können, daß es dem Beispiele der anderen Provinzen folgen und eine mehr oder weniger freundliche Neutralität wahren, wenn nicht gar auf die Seite des Kaisers treten werde. Daß die Haltung der Schlesier dieser Vermutung nicht entsprach und daß sie sich für Böhmen besonders freundlich gestaltete, wurde einzig und allein durch den Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf veranlaßt. Seine Feindschaft gegen die Habsburger datierte von einem Prozesse her, den diese gegen ihn wegen des Besitzes von Jägerndorf eingeleitet hatten. Das Fürstentum war ehedem von dem König Ludwig von Böhmen dem Markgrafen Georg von Brandenburg-Ansbach und seinen Nachkommen verliehen worden. Nachdem die Linie Georgs schon mit seinem Sohne erloschen war, nahm der Kurfürst von Brandenburg Joachim Friedrich Jägerndorf für sich in Besitz und überließ dasselbe seinem jüngeren Sohne Johann Georg; aber die Habsburger wollten diese Besitznahme nicht zulassen, weil die Belehnung Ludwigs sich nur auf die Nachkommen des Markgrafen Georg bezogen habe. Auf diese Weise fehlte dem Besitze Johann Georgs der unbestreitbare Rechtstitel, er mußte fürchten, daß er früher oder später aus demselben vertrieben werden würde und deshalb schloß er sich dem Aufstande um jeden Preis an.

Als nun am 3. Juli der Fürstentag zu Breslau zusammentrat, wurde in Folge seiner eifrigen Bemühungen die Werbung von 6000 Mann beschlossen, die man jedoch vorläufig noch im Lande behalten wollte; außerdem entschied sich der Fürstentag für die Absendung einer doppelten Gesandtschaft nach Wien und Prag. Der nach Wien abgeschickte Herzog von Brieg sollte dem

Kaiser Vorwürfe machen, daß er durch seine Politik die Böhmen zum Aufstande getrieben habe; die nach Prag abgeordnete Deputation sollte zwar zum Frieden mahnen, aber die Annahme desselben nur bei Gewährung passender Bedingungen empfehlen. Unter solchen Umständen war es sichtlich, daß die Verwendung der zu werbenden 6000 Mann nicht lange auf sich warten lassen und nur zu Gunsten der Böhmen erfolgen werde.

IV. Während sich auf diese Weise die Aussichten für den Kaiser auf die Unterstützung von Seiten der von ihm beherrschten Länder immer ungünstiger gestalteten, begegneten seine Hilfegesuche auch in der Fremde keiner besseren Aufnahme. Der Herzog von Baiern und die deutschen Bischöfe blieben auf seine Bitten um Geld und Kriegsmaterial taub und nur der König von Spanien bot ihm, wie später erzählt werden wird, schon jetzt die hilfreiche Hand. Dagegen gestalteten sich die Aussichten der Böhmen auf auswärtige Hilfe günstiger, wenigstens versicherte sie einer der bedeutendsten Reichsfürsten, der Kurfürst von der Pfalz*), seiner weitgehendsten Unterstützung. In der That hatte der böhmische Aufstand nirgends eine größere Befriedigung hervorgerufen als in Heidelberg. Ohne erst eine Botschaft von den böhmischen Ständen abzuwarten, gleich auf die erste Nachricht von den Vorgängen in Prag, schickte der Kurfürst Friedrich V einen vertrauten Agenten, Konrad Pawel, dahin ab, um über die Tragweite und den Umfang der böhmischen Erhebung einen genauen Bericht zu erhalten. Was der Gesandte nach Hause schrieb, lautete im höchsten Grade befriedigend und ließ nicht bezweifeln, daß es sich um einen furchtbaren Kampf gegen die habsburgische Macht handle. Man entschloß sich deshalb zur Absendung einer hochgestellten Persönlichkeit nach Prag, von

*) Wir bezeichnen häufig den Kurfürsten von der Pfalz einfach als „Pfalzgrafen“ und bedienen uns dieser Bezeichnung gern um ihrer Kürze willen. Wir machen darauf aufmerksam mit der Bemerkung, daß, wenn ausdrücklich kein anderer Zuname angegeben ist, unter „Pfalzgraf“ stets der Kurfürst Friedrich von der Pfalz zu verstehen ist.

der man annehmen konnte, daß ihr die Stände mit Vertrauen entgegenkommen würden und durch die man weitere Vereinbarungen treffen wollte. Christian von Anhalt würde für diese Mission am besten gepaßt haben, aber bei seiner schon seit zehn Jahren hervortretenden Haltung war füglich nicht an ihn zu denken, wenn man den Kaiser nicht von vornherein beunruhigen wollte. Die Wahl traf deshalb den Grafen Albrecht von Solms, der als Oberhofmeister des Kurfürsten im Dienste desselben eine hervorragende Stellung einnahm.

Am 8. Juli Abends langte Solms in Prag an und empfing schon am nächsten Morgen einen Besuch des Grafen Hohenlohe, der sich in dieser Stadt zufolge einer Einladung der Direktoren eingefunden hatte. Die letzteren suchten nämlich für das Kommando über die Truppen neben dem Grafen Thurn noch einen zweiten Generallieutenant zu gewinnen, und richteten ihr Augenmerk auf Hohenlohe, der zur Zeit des türkischen Krieges in Ungarn nicht unrühmlich gekämpft hatte. Er war bereit ihrem Rufe zu folgen, doch machte ihm die Rücksicht auf die ausgezeichnete Stellung, die er im kaiserlichen Dienste eingenommen hatte, noch einige Skrupeln. Solms wurde darauf in seiner Wohnung von den Direktoren in offizieller Weise begrüßt. Nach der Entfernung derselben kehrten Ruppa und Budowec allein zurück und nun erfolgte zwischen ihnen ein vertraulicher Ideenaustausch über die Ursachen des letzten Aufstandes und die Notwendigkeit von Rüstungen. Beide Herren baten den Grafen auf das inständigste, er möge Hohenlohe alle ferneren Bedenken wegen Übernahme des Kommandos neben Thurn ausreden. Solms versprach dies, meinte aber, es wäre wohl das Beste, wenn zur Vermeidung der unvermeidlichen Übelstände beiden ein Obergeneral vorgesetzt würde. Budowec und Ruppa gaben dies zu, bemerkten aber, daß dies nach der Verfassung nicht möglich sei; das höchste Kommando hätten nur der König oder der Oberstburggraf zu führen. Der Gesandte lachte über diese Bedenken und meinte, wenn man den gewiß nicht in der Ver-

fassung vorgesehenen Fenstersturz gewagt habe und noch mehreres andere, so könne man wohl auch noch einen Obergeneral ernennen.

Solms benutzte die freie Zeit, die ihm nach Beendigung der mancherlei Begrüßungen übrig blieb, und suchte sich über die Stimmung in Prag genau zu unterrichten und zu erfahren, wie weit die Kriegslust um sich gegriffen habe. Die Nachrichten, die er von einem angesehenen Herrn empfing, waren nicht die erfreulichsten, derselbe berichtete, daß selbst ein Teil jener Direktoren, die den Aufstand herbeigeführt hätten, einer Aussöhnung mit dem Kaiser nicht abgeneigt sei, wofern nur einigermaßen billige Bedingungen geboten würden. Es handelte sich also für Solms darum, die friedliche Stimmung um jeden Preis zu verscheuchen und dies konnte er am besten durch Versprechungen bewerkstelligen. Nachdem er die Direktoren um die Zusendung einiger Vertrauensmänner ersucht hatte, denen er wichtige Mitteilungen zu machen habe und sich in Folge dessen Ruppa, Simřicky und zwei andere Herren bei ihm einfanden, ließ er alle Zurückhaltung fallen und erklärte im Namen seines Herrn, daß dieser den Böhmen jeglichen Beistand angedeihen lassen wolle und bereits mit einigen Fürsten der Union über ihre allfällige Unterstützung verhandelt habe. Sie hätten beschlossen, dem Kaiser keine Werbungen und Truppendurchzüge durch ihr Gebiet zu gestatten und zu verhindern, daß irgend Jemand ihm Hilfe leiste. Sollte also Spanien von Flandern aus oder ein und der andere deutsche Fürst, namentlich der Herzog von Baiern, Mathias unterstützen wollen, so werde die Union alle ihre Kräfte dagegen aufbieten. Der Pfalzgraf erbiete sich zugleich, die Sache der Böhmen bei Savoyen und Venedig zu vertreten, um ihnen von da aus eine Geldhilfe zu vermitteln. Damit wolle er sich selbst keineswegs von einer direkten Unterstützung ausschließen, sondern mache diese nur von weiteren Verhandlungen abhängig. Er wünsche vor allem zu wissen, was das eigentliche Ziel der böhmischen Bewegung sei, ob

sie zur Verteidigung oder zum Angriff gegen den Kaiser gerichtet sei.

Eine raschere und umfassendere Unterstützung, als sie der Pfalzgraf hier anbot, konnten die Böhmen füglich nicht erwarten. Ruppa ergriff für seine Kollegen das Wort und ergoß sich in den feurigsten Dankesworten für die gemachten Anerbietungen und versprach, daß das Geheimnis treu in der Brust der Direktoren bewahrt bleiben würde. Er versicherte, daß die Stände sich mit den Waffen gegen den Kaiser zu wehren gedächten und hiebei auf ein Bündnis mit der Union das größte Gewicht legten. Die Deputation teilte den Inhalt der gehabten Unterredung den übrigen Direktoren mit, die ohne Ausnahme freudig berührt wurden, selbst den Friedfertigeren wuchs der Mut, wenn sie jetzt ihre Hilfsmittel mit denen des Kaisers verglichen.

Die Hoffnung, die man in Böhmen auf die pfälzische Hilfe setzte, sollte zur selben Zeit verwirklicht werden, als die kaiserlichen Truppen in Böhmen vordrangen. Ende August langte in Prag die Nachricht an, daß der Pfalzgraf 4000 Mann unter dem Kommando des Grafen Mansfeld abgeschickt habe, und thatsächlich überschritt der letztere Anfangs September die böhmische Grenze. Was es mit seiner Person und seinen Truppen aber für eine Bewandtnis hatte, ergiebt sich aus der folgenden Erzählung.

Ernst von Mansfeld, ein natürlicher Sohn des Fürsten Peter Ernst von Mansfeld, widmete sich frühzeitig dem Waffendienste und verdiente seine ersten Sporen in Ungarn, wo er im Jahre 1603 von dem Erzherzoge Mathias mit dem Kommando über eine Leibkompagnie betraut wurde. Aus dieser ehrenvollen Stellung mußte er wegen einer schmutzigen Spiel- und Duellgeschichte scheiden; man beschuldigte ihn, daß er eine Schuld abgeleugnet habe, weil er wußte, daß dem Gläubiger sein Schuldschein abhanden gekommen sei. Als er nach Flandern zurückkam, lebte sein Vater noch und empfahl ihn dem Erzherzoge Albrecht auf das wärmste, der darauf dem jungen Manne das Kommando eines Reiterregimentes übertrug. Der Abschluß des Waffen-

stillstandes mit Holland machte seiner neuen Stellung bald ein Ende, doch blieb er nicht lange müßig, sondern trat in die Dienste des Erzherzogs Leopold, als dieser seine jülicher Werbungen anstellte. Er erhielt das Kommando über eine Reiterschaar von 200 Mann und fand jetzt Gelegenheit, sein angeborenes Talent, Truppen durch Brandschatzungen zu erhalten, auszubilden, denn von Zahlungen war bei Leopold wenig die Rede.

Bei einem dieser Raubzüge fiel er in die Hände des Grafen von Solms, der im Auftrage des Kurfürsten von Brandenburg und des Pfalzgrafen von Neuburg, der beiden Prätendenten auf die jülicher Erbschaft, Düren besetzt hielt. Er erwartete nun, daß ihn Leopold aus der Gefangenschaft auslösen werde; da dieser ihn aber bei seinem steten Geldmangel nur mit Versprechungen hinhielt, wurde Mansfeld seiner Lage überdrüßig und half sich selbst, allerdings, wie es scheint, auf ehrlose Weise. Es heißt nämlich, daß er sich dem Grafen von Solms und dessen Dienstgebern gegenüber zu einem Verrat an seinem Herrn verpflichtet habe. In der That wurde er in Freiheit gesetzt, worauf er neuerdings im Dienste des Erzherzogs 1000 Mann zu Fuß und 500 Reiter anwarb. Nachdem er lange vergeblich um die Musterung derselben gebeten hatte, wurde sie ihm endlich bewilligt und ihm ein Teil seiner neu aufgelaufenen Forderungen bezahlt. Kaum hatte er das Geld in Händen, so brachte er seine Truppen in eine solche Lage, daß sie sich der Union ergeben mußten. Mansfeld selbst suchte jeden Kampf zu verhüten und forderte die Soldaten auf, in die Dienste der Union zu treten, indem er mit dem eigenen Beispiele voranging. Er fand jedoch bei dem Übertritte nicht die gehoffte Rechnung. Der Krieg nahm ein baldiges Ende und er wäre in arge Bedrängnisse geraten, wenn ihm nicht die Union in Erwartung künftiger Dienste ein Wartegeld von 1000 Gulden jährlich, das sie später verdoppelte, bewilligt hätte.

Vier Jahre brachte der kriegslustige Mann in erzwungener Ruhe und Unthätigkeit zu, bis der Herzog Karl Emanuel von

Savoyen ihm wieder Beschäftigung gab, als er in Krieg mit Spanien geriet. Im Jahre 1617 wurde dieser durch den Frieden von Madrid beendet, der Herzog verabschiedete aber seine sämtlichen Truppen nicht gleich, weil er den Spaniern nicht traute und weil eine der Friedensbedingungen von ihnen längere Zeit nicht erfüllt wurde. Als dies, wie es scheint, im Juni 1618 endlich geschah, sollten auch Mansfeld und die von ihm geworbenen deutschen Truppen entlassen werden und ihren Rückweg durch die Schweiz antreten. Schon waren sie im Kanton Bern angelangt, als Karl Emanuel die Nachricht vom Ausbruche des böhmischen Aufstandes erhielt. Der vorsichtige Fürst bewies diesmal durch einen raschen Entschluß seinen außerordentlichen Scharfblick. Er sah in dem böhmischen Aufstande kein vorübergehendes Ereignis, sondern den gefährlichsten Angriff gegen die Habsburger. Sein Sinnen und Trachten, das sich durch Jahrzehnte in der Bekämpfung dieses Hauses abgemüht hatte, ersah in den böhmischen Vorgängen die beste Gelegenheit zur Erreichung seines Zieles und er entschloß sich zu einem für seine Finanzen empfindlichen Opfer. Ohne erst gefragt oder gebeten zu werden, teilte er Mansfeld den Entschluß mit, daß er von den 4000 Mann, die unter dessen Kommando standen, die Hälfte weiter unterhalten und den Böhmen zur Hilfe schicken wolle unter der Bedingung, daß das Geheimnis dieser Unterstützung nur drei Personen, dem Kurfürsten von der Pfalz, dem Fürsten von Anhalt und dem Markgrafen von Anspach, bekannt gegeben werde. Am Hofe von Heidelberg verursachte diese Nachricht außerordentliche Freude und erweckte die Hoffnung auf weitere Leistungen. Anhalt verwertete gleichzeitig das Geheimnis im Interesse der pfälzischen Politik, denn er beschloß auch die Böhmen über die wahre Quelle dieser Hilfe im Dunkeln zu lassen und das Verdienst dem Kurfürsten allein zuzuschreiben. So geschah es also, daß Mansfeld Anfangs September in Böhmen einrückte und sich an die Belagerung von Pilsen, eine der wenigen dem Kaiser treu gebliebenen Städte machte. Ruppa und einige in die Geheimnisse der

auswärtigen Politik eingeweihte Personen, die dem Pfalzgrafen allein für diese Hilfe danken zu müssen glaubten, wendeten ihm nun vollends ihre Sympathien zu.

V. Der Anwerbung und Ausrüstung der Armee wurde auf kaiserlicher Seite nach Khlesls Verhaftung mehr Aufmerksamkeit zugewendet, doch noch immer nicht jener Eifer bewiesen, der dringend notwendig war. Ferdinand, in dessen Interesse die Aufstellung eines möglichst zahlreichen Heeres lag, zeigte jetzt selbst eine tadelnswerte Lässigkeit; denn abgesehen davon, daß er für die Rüstungen kein genügendes Verständnis besaß, hätte er doch wenigstens dafür Sorge tragen sollen, daß man mit den vorhandenen Mitteln sparsamer umging, als es der Fall war. Mit dem Oberkommando wurde der aus spanischen in kaiserliche Dienste berufene Graf Buquoi betraut und ihm Graf Dampierre und Freiherr von Khuen an die Seite gestellt. Die Rüstungen waren auf die Anwerbung von 9600 Fußknechten und 3200 Reiter, alles sogenannte deutsche, d. h. in deutscher Weise eingeübte Truppen berechnet, dazu wurden 300 Heiducken und 1100 Husaren angeworben, so daß man anf eine Armee von 14000 Mann rechnete. Zu Ende Juli verfügte man statt dieser Zahl erst über 12000 Mann, man beschloß aber nicht länger mit dem Angriff zu säumen. Dampierre, unter dessen Kommando die eine Hälfte der Truppen gestellt war, überschritt Anfangs August von Österreich her die böhmische Grenze bei Bystritz, während Khuen an der Spitze der andern Hälfte von Mähren her gegen Polna vorrückte. Als er daselbst angelangt war, kam Buquoi aus Wien nach und traf eilige Anstalten, um die Vereinigung der getrennten Truppenkörper zu Stande zu bringen, die in der That am 9. September bei Deutschbrod vor sich ging. Er rückte hierauf gegen Časlau in der Absicht, der böhmischen Armee, die bei dieser Stadt konzentriert war, eine Schlacht zu liefern.

Auch die Böhmen hatten die Werbungen noch nicht beendet, sondern waren mit nur ungefähr 12000 Mann ins Feld gerückt.

Als die Nachricht von dem Heranrücken der kaiserlichen Truppen nach Prag gelangte, bemächtigte sich der dort tagenden Stände ein großer Schrecken. Man hielt, und zwar mit Recht, die kaiserlichen Truppen für kriegstüchtiger als die eigenen, die kaiserlichen Offiziere für geschulter als die böhmischen, und so sah man eine Niederlage als wahrscheinlich voraus. Diesem Unglücke wollte man durch vergrößerte Rüstungen begegnen und faßte deshalb den Beschluß, ein allgemeines Aufgebot im Lande auszuschreiben, durch welches die geworbene Armee um mindestens 20—30 000 Mann verstärkt werden sollte. Als die Verhandlungen auf dem Landtage über diesen Gegenstand gepflogen wurden, nahm auch der Oberstlandhofmeister Adam von Waldstein an ihnen Teil, um die Sache des Kaisers zu vertreten und die Stände zur Aussöhnung zu ermahnen. Seine Worte fanden zwar in den Herzen einzelner Personen einen entsprechenden Widerhall, allein Thurn, Ruppa und andere traten mit leidenschaftlichen Worten jeder versöhnlichen Stimmung entgegen und so wies der Landtag den Versöhnungsversuch ab und entschloß sich zur Annahme des vorgeschlagenen Landesaufgebotes. Diese Unnachgiebigkeit wurde hauptsächlich dadurch herbeigeführt, daß man in Prag seine Hoffnungen auf die von pfälzischer Seite in Aussicht gestellte Kriegshilfe setzte.

Da Thurn, der mittlerweile bei der Armee eingetroffen war, mit Vorsicht jeder Gelegenheit aus dem Wege ging, welche dem kaiserlichen General günstige Chancen zum Angriff geboten hätte, und letzterer nicht ohne sichere Aussicht auf den Sieg einen Kampf beginnen wollte, so standen sich die beiden Armeen durch einige Zeit beobachtend gegenüber. Während dieser Zeit langte eine mährische Deputation mit Karl von Žerotín an der Spitze in Prag an, wohin sie die Reise im Auftrage des Kaisers unternommen hatte, um noch einen letzten Vermittlungsversuch zu machen. Die Mährer hatten auf dem Wege aus eigener Anschauung die Leiden kennen gelernt, von denen zahlreiche Dörfer im Laufe weniger Tage seit dem Einmarsch der kaiserlichen Trup-

pen heimgesucht wurden. Zerotin, der durch die Schilderung derselben eine friedliche Stimmung in Prag anzubahnen hoffte, und mit seinen Begleitern am 17. September von den Direktoren und einer Deputation des Landtages feierlich empfangen wurde, drückte sein Bedauern über die vorgefallenen Ereignisse aus, ermahnte die Stände zur Nachgiebigkeit und zu einem demütigen Entgegenkommen gegen den Kaiser, damit der Friede wieder hergestellt werde. Die Mährer selbst seien von dem heißen Wunsche nach demselben beseelt und hätten den Kaiser ersucht, den Ausgleich durch Vermittelung einiger fürstlichen Personen bewerkstelligen zu wollen. Sie hätten zwar keine bindende Zusage erhalten, allein wenn die Böhmen ein entsprechendes Benehmen beobachten würden, so werde der Kaiser sich die Vermittlung gefallen lassen. Diese Ansprache, statt die Direktoren zur Nachgiebigkeit zu stimmen, reizte sie nur. Sie beargwohnten den Redner, daß er eine Trennung zwischen ihnen und den Ständen herbeiführen und das zu Stande bringen wollte, was dem Oberstlandhofmeister Waldstein erst vor wenigen Tagen mißlungen war. Die Audienz endigte also, ohne daß dem Unterhändler eine befriedigende Antwort zu Teil geworden wäre.

Als sich am Abende desselben Tages Ruppa und Budowec bei Zerotin einfanden, erörterte der letztere noch weiter sein Friedensprogramm und die Mittel zur Verwirklichung desselben: die Böhmen müßten zuerst die Waffen niederlegen, weil sie zuerst zu ihnen gegriffen hätten, sie könnten aber einen Revers verlangen, daß, wenn künftig die Religionsfreiheiten verletzt würden, sie den Angriff mit Gewalt zurückweisen dürften. In diesem Falle erböten sich die Mährer und Schlesier zur Bürgschaft und zur gemeinsamen Hintanhaltung jeder ferneren Verletzung. Man sieht, dieser Vorschlag bedurfte nur einer genaueren Auseinandersetzung und der Versicherung, daß Niemand gestraft würde, um für die Böhmen eine annehmbare Grundlage des Ausgleiches zu schaffen. Die böhmische Aktionspartei wollte jedoch nichts mehr von Vergleichsverhandlungen wissen, da sie sich mit dem

Pfalzgrafen noch tiefer einzulassen im Begriffe war, und so erwiderte Ruppa, daß die alleinige Basis der Unterhandlung nicht in ihrer Entwaffnung, sondern in dem Rückzuge der kaiserlichen Truppen gesucht werden müsse. Die Böhmen kehrten also den Spieß um; während man auf kaiserlicher Seite von ihnen die vorausgehende Entwaffnung verlangte, forderten sie von ihren Gegnern die Übergabe der von ihnen besetzten Plätze und die Räumung des Landes.

In den folgenden Tagen beschränkten sich die Unterhandlungen auf private Besprechungen, durch welche Zerotin und seine Begleiter von der Vergeblichkeit ihrer Friedensbemühungen überzeugt wurden. Trotzdem zögerten die Direktoren noch mit einer endgiltigen Antwort auf die Anträge der mährischen Deputation, weil sie gerade in diesen Tagen entscheidende Nachrichten aus Breslau erwarteten. In Breslau war am 12. September eine ständische Versammlung zusammengetreten, um über die neuerliche Bitte der Böhmen um Kriegshilfe Beschluß zu fassen. Die Versammlung wagte sich nicht für die Gewährung der Bitte zu entscheiden, sondern beschloß die Ausschreibung eines Fürstentages (so hießen die schlesischen Landtage) für den 1. Oktober, um diesem die Entscheidung zu überlassen. Da faßte der Markgraf von Jägerndorf, dem die Schlesier das Kommando über die von ihnen geworbenen Truppen anvertraut hatten, den Plan, auf eigene Faust in Glatz einzurücken und von dort nach Böhmen aufzubrechen, und er würde ihn durchgeführt haben, wenn er nicht von dem Herzoge von Brieg auf das strengste verwarnt worden wäre, der Entscheidung des Fürstentages vorzugreifen.

Als die Nachricht von der Vergeblichkeit der auf Schlesien gesetzten Hoffnungen in Prag anlangte, wurde man dadurch etwas stutzig. Man hatte mit Gewißheit auf ein entschiedenes Vorgehen des Markgrafen gerechnet und sah sich nun getäuscht. Vor allem galt es nun, der mährischen Deputation nicht jene abweisende Antwort zu erteilen, zu der man ursprünglich entschlossen war. Die Direktoren erklärten sich also bereit, mit dem Kaiser in Ver-

handlungen zu treten, wollten aber von einer vorausgehenden Niederlegung der Waffen nichts wissen; doch muteten sie auch dem Kaiser nicht zu, seine Truppen zurückzuziehen, sondern schlugen für die Dauer der Verhandlungen einen Waffenstillstand vor. Mit diesem Bescheide reiste die mährische Deputation Ende September nach Wien ab.

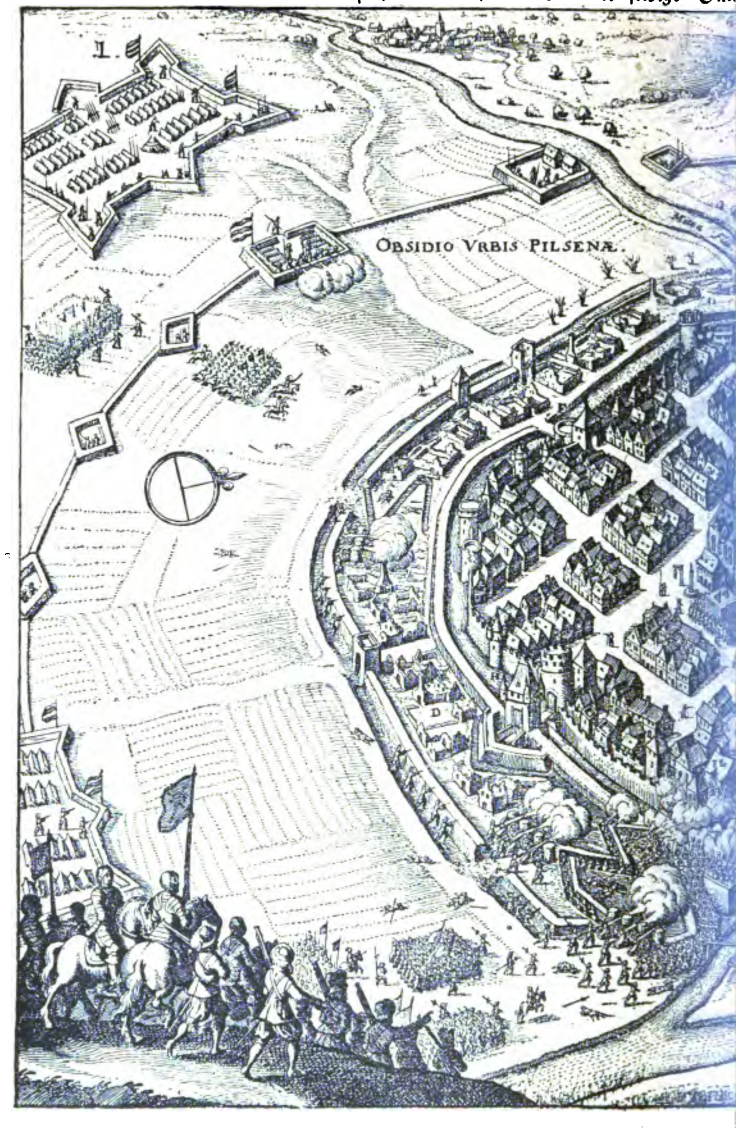
Am 1. Oktober trat der Fürstentag in Breslau zusammen, und diesmal gelang es der antikaiserlichen Partei den Beschluß durchzusetzen, den Böhmen eine Hilfe von 3000 Mann zuzusenden. Die Nachricht davon erfüllte alle Gemüter in Prag mit der höchsten Freude, man war überzeugt, daß es mit Hilfe der mansfeldischen und schlesischen Truppen leicht gelingen werde, den kaiserlichen Feldherrn zurückzuschlagen und das Land von allen ferneren Kriegsdrangsalen zu befreien, man wollte demnach auch von einem Waffenstillstande nichts mehr wissen.

Die günstigen Aussichten für den Kaiser verschlechterten sich jetzt zusehends. Die Truppenmacht seiner Gegner war der seinigen an Zahl bedeutend überlegen, da allmählich auch das Landesaufgebot sich unter die Fahnen stellte; dazu kam, daß die bäuerliche Bevölkerung den kaiserlichen Soldaten und ihren Proviantzügen nachstellte und ihnen täglich mannigfachen Abbruch that. Die Verpflegung wurde so schwierig, daß sich Buquoi, so ungern er sich zu diesem Schritte entschloß, nach dem Süden zurückziehen mußte, ohne sich mit dem Feinde geschlagen zu haben. Er trat den Rückzug Ende Oktober an, wurde aber von der böhmischen Armee verfolgt und mußte mit ihr bei Pilgram ein nachteiliges Gefecht bestehen. Die schlesische Hilfe wurde bei dieser Gelegenheit zum erstenmale verwendet. Eine noch empfindlichere Schlappe erlitt er (am 9. November) in dem drei Meilen von Budweis gelegenen Orte Lomnitz, so daß ihm nichts anderes übrig blieb, als sich nach dem befestigten Budweis zurückzuziehen, dem Kaiser über die Schwierigkeit seiner Lage zu berichten und ihm den Rat zu geben, um jeden Preis Friedensunterhandlungen anzuknüpfen. Die Wiener Kriegspartei hatte

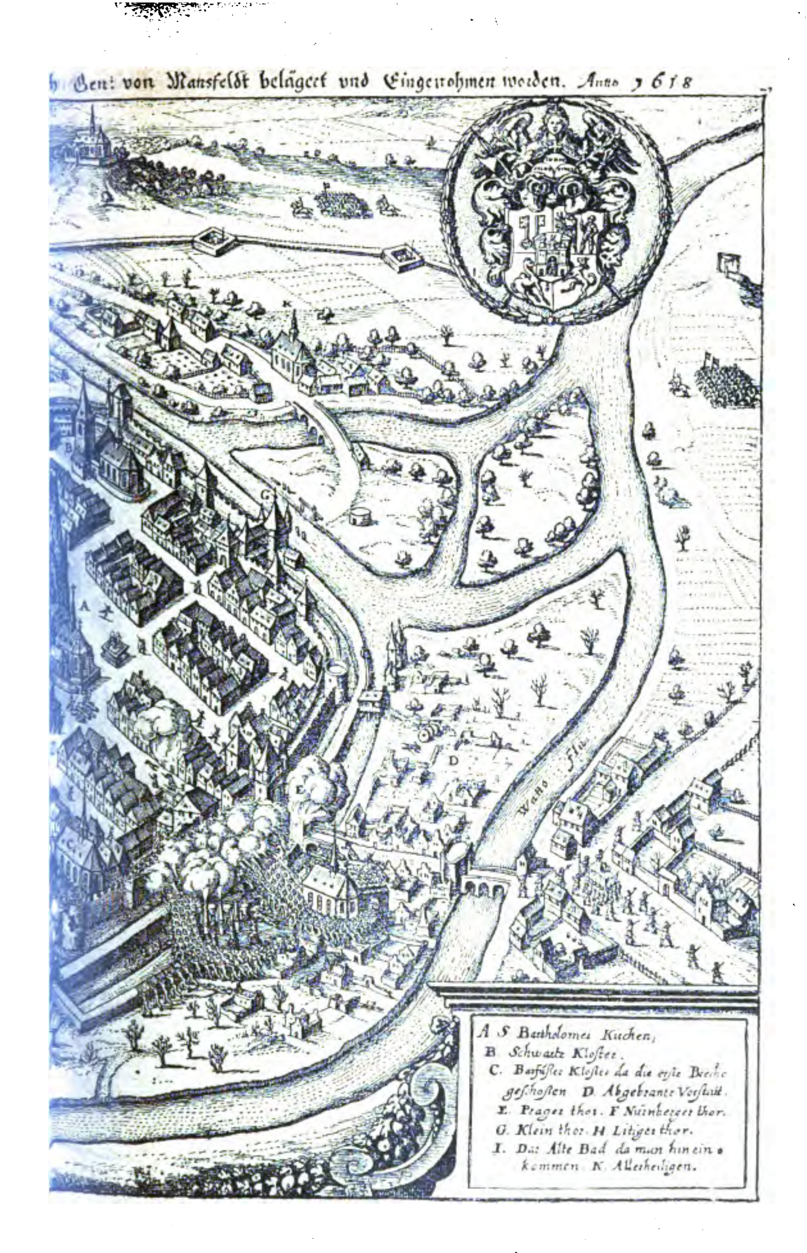
sich mit der Hoffnung getragen, daß Buquoi den Feldzug binnen wenigen Tagen zu Ende führen und Prag einnehmen würde und nun mußte sie vernehmen, daß er geschlagen sei, sich zurückziehe und vor dem Gegner zittere. Ihre Angst wurde noch vergrößert, als sie wenige Tage später die Nachricht erhielt, daß es Mansfeld gelungen sei, Pilsen (am 21. November 1618) nach mehrwöchentlicher Belagerung einzunehmen und die Hilfsmittel dieser katholischen Stadt sich dienstbar zu machen.

In Böhmen jubelte man dagegen über diesen Erfolg und über den Rückzug Buquois. Man war des Sieges bereits so sicher, daß man sich mit der geworbenen Mannschaft, die sich durch den Anschluß Mansfelds und der Schlesier auf ungefähr 18000 Mann gehoben hatte, begnügen zu können glaubte und das allgemeine Aufgebot wieder entließ, da es die Hoffnungen, die man darauf gesetzt hatte, nicht erfüllte. Statt 30000 Mann, die eigentlich hätten zusammenkommen sollen, waren kaum mehr als die Hälfte erschienen und diese litten so sehr an mangelhafter Verpflegung, daß sie mehr ein Hindernis als eine Hilfe bildeten. Für die Verpflegung des Aufgebotes wurde nämlich nicht von der Regierung vorgesorgt, für dieselbe sollten nur die einzelnen Gutsbesitzer und Städte nach der Zahl der von ihnen gestellten Mannschaft einstehen, von ihnen sollte auch der Sold gezahlt werden, und da viele, um nicht zu sagen, die meisten, ihrer Pflicht genügt zu haben glaubten, wenn sie die Mannschaft ins Feld stellten, ohne sich weiter um dieselbe zu kümmern, so trat in dem Aufgebote die greulichste Unordnung ein. Es machten sich überhaupt schon in den ersten Kriegsmonaten finanzielle Schwierigkeiten aller Art geltend, welche von da an stets zunahmen und dem Aufstand beinahe mehr Schaden zufügten, als dies der Gegner that. Vergebens bemühten sich die Direktoren die nötigen Summen durch Anleihen herbei zu schaffen, man verweigerte sie ihnen überall, und da die Steuern nicht genügend und unregelmäßig einflossen, so brachten sie das meiste Geld schon jetzt nur dadurch zusammen, daß sie auf alle

Abbildung der Statt Pilsen in Böhmen. vnd wie selbige Dü



Pilsen zur Zeit der Belager



ung durch Mansfeld (1618).

Kapitalien, die etwa durch den Tod eines Erblassers oder sonst auf eine Weise flüssig wurden, die Hand legten und sie unter dem Namen eines Zwangsanlehens konfiszierten und daß sie später zur Münzverschlechterung Zuflucht nahmen.

Die böhmische Armee war dem Grafen Buquoi bis Budweis gefolgt und da seine Truppen durch die Kriegsstrapazen sehr bedeutende Verluste erlitten hatten, so konnte sich Thurn damit begnügen, bloß ein Beobachtungskorps unter Hohenlohe gegen ihn aufzustellen und mit dem anderen Teile der Armee nach Österreich vorzurücken, um, wie man in Böhmen plante, durch einen Handstreich Wien zu gewinnen und die Entscheidung schnell herbeizuführen. Graf Heinrich Schlick überschritt am 25. November die österreichische Grenze mit 4000 Mann als Avantgarde und bahnte den Weg für die nachfolgenden Truppen. Meilenweit verbreitete sich der Schrecken vor diesem Einbruch, in Wien selbst empfand man die Wirkung desselben in zahlreichen Übelständen und in der eigenen Bestürzung. Die Zustände in Ober- und Niederösterreich, die schon früher für den Kaiser bedrohlich waren, verschlimmerten sich jetzt zusehends, die ständischen Wortführer, darunter namentlich der Freiherr von Tschernembl in Oberösterreich und Herr von Thonradel in Niederösterreich, führten die feindseligste Sprache. Würde es auf diese Männer und ihre Freunde angekommen sein, so würde das Erzherzogtum sich dem Aufstande angeschlossen haben. Da sich aber selbst unter den protestantischen Edelleuten die alte Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus geltend machte, so konnten die Feinde desselben noch keine offene Rebellion zu Stande bringen, und der Einmarsch der Böhmen hatte nur zur Folge, daß der Kaiser mehr als je mit allerlei ständischen Forderungen bedrängt wurde. Zum Glück minderte sich bald die Gefahr, die von der böhmischen Armee drohte. Die Unwegsamkeit der Straßen, sowie der Mangel an Proviant und der nötigen Kleidung in der kalten Jahreszeit verleideten ihr die Lust zum weiteren Vorrücken.

Um so eifriger waren die Böhmen jetzt darauf bedacht, die

bisherigen Erfolge in Mähren auszubeuten und dieses Land mit sich fortzureißen. Auf dem Landtage, der in Brünn im Monate Dezember zusammentrat, erschien eine böhmische Deputation, der sich auch Thurn in Begleitung einer Reitereskorte anschloß, und suchte die Stände für den unmittelbaren Anschluß an den Aufstand zu gewinnen. Auch dieses Mal suchte Žerotín seine Landsleute von diesem Schritte zurückzuhalten, indem er zugleich mit beredten Worten das von allen Seiten gegen ihn auftauchende Mißtrauen bekämpfte. Seinem Ansehen gelang es, noch dieses eine und letztemal die Mährer in der Treue gegen die Habsburger zu erhalten. Tschernembl war eigens aus Österreich zu ihm gekommen, um ihn für den Anschluß an die protestantische Sache zu gewinnen, aber alle seine Bemühungen scheiterten an der Überzeugung Žerotíns, daß die Böhmen mit ihrem Aufstande politische Zwecke verfolgten und daß namentlich Thurn und Ruppa ihre eigenen Vorteile im Auge hätten. Er hatte die Religion nie zum Deckmantel politischer Zwecke gebraucht und teilte die alten Anschauungen der böhmischen Brüder, zu denen er gehörte, daß nämlich für die Kirche der beste Zustand der der Unterdrückung sei. Wie hätte er sich also gegen seinen König erheben können, wenn er diesen nicht einmal wegen der Schmälerung der kirchlichen Freiheiten anklagen wollte?

Buquoi hatte mittlerweile, da er die Gefahr um sich stets wachsen sah, Verhandlungen mit Hohenlohe angeknüpft und sich bereit erklärt, Budweis aufzugeben, wenn ihm der Rückzug nach der Donau ungehindert gestattet werden würde. Zum Glück für den Kaiser stellte Hohenlohe unannehmbare Bedingungen, wir sagen zum Glück, denn wenn Buquoi sich mit seinen Truppen zurückgezogen hätte, so wäre schon wegen der Kriegsleiden die Opposition der Österreicher zur unüberwindlichen Höhe herangewachsen und Mathias genötigt worden, um jeden Preis mit Böhmen Frieden zu schließen. Als sich die Verhandlungen wegen der Räumung Böhmens zerschlugen, schwand auch die Gefahr, um derentwillen sie angeknüpft wurden. Die Böhmen hatten

auf ihrem Zuge nach Österreich und in den Standquartieren vor Budweis die größte Einbuße erlitten. Die Leiden des Winters, die Strapazen des Krieges, die mangelhafte Verpflegung und Bekleidung hatten eine furchtbare Sterblichkeit zur Folge, die sich im Monate Januar (1619) von Tag zu Tag steigerte und bis Ende Februar einen Verlust von mehr als 8000 Mann ergab. Mit dem Reste der übrigen Mannschaft, die so mühselig das Leben fristete, daß sie kaum die Waffen tragen konnte, ließ sich kein Angriff auf einen Gegner durchführen, der durch seine gedeckte Position wenigstens den ärgsten Unbilden der Witterung entrückt war.

VI. Die Folge davon war, daß der Krieg in den drei ersten Monaten des Jahres 1619 von selbst ein Ende nahm. Beide Pateien mußten daran denken entweder zu rüsten und durch Allianzen neue Kräfte zu gewinnen, oder durch wechselseitige Unterhandlungen einen Ausgleich herbeizuführen. In Böhmen wendete man das Hauptaugenmerk frischen Rüstungen zu, während sich der Kaiser bemühte, einen Ausgleich durch Vermittlung einiger Reichsfürsten anzubahnen. Diesen Friedensbemühungen arbeitete der Kurfürst von der Pfalz entgegen, der seine ohne Vorwissen der Böhmen angebahnten Bemühungen, den Herzog von Savoyen enger mit dem böhmischen Streite zu verknüpfen, mit größerem Eifer fortsetzte.

Sehen wir, was in Heidelberg seit dem Monat Oktober in dieser Beziehung geschehen war.

Als der Herzog Karl Emanuel durch die Absendung des Grafen Mansfeld dem Aufstande eine bedeutsame Hilfe verschaffte, war man in Heidelberg darüber außerordentlich erfreut. In der Überzeugung, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, um den im Jahre 1608 vielfach erörterten, später aber vertagten Plan bezüglich der Herrschaft des Protestantismus in Deutschland durchzuführen, rieten die pfälzischen Staatsmänner ihrem Herrn die Absendung eines Gesandten nach Turin, um über die Bedingungen einer engeren Allianz mit dem Herzoge zu verhandeln.

In Folge dieses Ratschlages reiste Christoph von Dohna im Oktober (1618) nach Italien ab, er war beauftragt, dem Herzoge die deutsche Krone nach dem Ableben des Kaisers Mathias anzubieten und ihn zu versichern, daß es dem Kurfürsten gewiß gelingen werde, die Majorität der Wähler für ihn zu gewinnen. Dafür verlangte er, daß der Herzog den böhmischen Aufstand mehr als bisher, etwa mit 7—8000 Mann, unterstütze.

Wenn man erwägt, wie zweifelhaft der Sieg des Kaisers damals war, so ist es begreiflich, daß man sich in Heidelberg der Hoffnung hingeben konnte, daß diese 7—8000 Mann hinreichen würden, den Habsburgern die böhmische Krone zu entwinden und sie auf fremde Kosten für sich zu gewinnen. Nicht so sanguinisch beurteilte aber der Herzog von Savoyen die Sachlage. Er fühlte sich durch das Angebot der deutschen Krone geschmeichelt, allein er glaubte, daß dieses Ziel nur durch eine große Allianz erreicht werden könne, bei der er selbst mit dem Kurfürsten von der Pfalz nur eine untergeordnete Stellung einnehmen könne. Die Allianz sollte nach seiner Meinung Frankreich, England und namentlich die zwei geldreichen Republiken Venedig und Holland umfassen; wenn alle diese Mächte sich ihr anschließen würden, dann war er zu weiteren Hilfeleistungen erbötig, anders aber nicht.

Als Christoph von Dohna mit diesem Bescheide nach Hause kam, sah man ein, daß man den Forderungen des Herzogs Rechnung tragen müsse und schickte deshalb den Gesandten nach England, um mit der Gewinnung Jakobs I den Anfang zu machen. Man glaubte in Heidelberg um so weniger, daß dies besonderen Schwierigkeiten unterliegen würde, als Jakob durch seine Verwandtschaft mit dem Kurfürsten, dem er seine Tochter Elisabeth zur Frau gegeben hatte, ganz besonders zum Schutze seiner Interessen verpflichtet schien.

Zum Unglück für die pfälzischen Erwartungen dachte der englische König an nichts weniger, als an eine Unterstützung des böhmischen Aufstandes. Bei den Ansichten, die er von der un-

zerstörbaren Legitimität der königlichen Rechte hatte, mißbilligte er denselben von vornherein und drückte sich wiederholt gegen den bei ihm beglaubigten spanischen Gesandten in einer für die habsburgischen Rechte freundlichen Weise aus. Als Dohna ihn nun um die Unterstützung der böhmischen Stände ersuchte und dabei andeutete, daß sie den Pfalzgrafen zum Könige wählen dürften, war er durch diese Andeutung keineswegs befriedigt und wenngleich er seinem Mißfallen keinen klaren Ausdruck gab, so bemerkte er doch, daß von einer Erhebung Friedrichs auf den böhmischen Thron kaum die Rede sein könne, bevor nicht Mathias gestorben sei und auch selbst dann nicht, wenn nicht erwiesen werde, daß die Böhmen ihre Krone durch Wahl vergeben dürften. Welche Stellung er in dem böhmischen Streite für die ihm zusagende hielt, zeigte er deutlich dadurch, daß er sich anbot, den Frieden zwischen den Aufständischen und den Habsburgern zu vermitteln und zu diesem Behufe den Lord Doncaster nach Deutschland schicken wollte. Wenn er seine Gesinnungen nicht änderte, so war es sichtlich, daß alle auf ihn gesetzten Hoffnungen zu Wasser wurden.

Noch hatte man von der ablehnenden Haltung Jakobs keine Nachricht bekommen, als sich der Fürst von Anhalt, der Markgraf von Ansbach, Graf Solms und der pfälzische Rat Camerarius in Crailsheim (am 25. November 1618) versammelten, um daselbst einen Bericht des Achaz von Dohna entgegenzunehmen, der nach Prag geschickt worden war, um die dortige Sachlage weiter zu studieren. Dohna berichtete, daß man daselbst zu wissen wünsche, ob der Pfalzgraf die Hoffnungen, die man auf ihn setze, erfüllen und ein allfälliges Anerbieten der böhmischen Krone nicht abschlagen werde. Namentlich habe sich Ruppa, der Präsident der Direktorialregierung, in diesem Sinne gegen ihn ausgelassen und um eine klare und bestimmte Antwort ersucht. Man riet nun hin und her, ob man die Frage Ruppa's bejahen solle oder nicht, und da man noch auf die englische Hilfe hoffen zu können glaubte, so einigten sich die Anwesenden dahin, dem

Kurfürsten zur Annahme der böhmischen Anerbietungen zu raten. Als Friedrich die Kunde von diesem Beschlusse erhielt, erschrack er in der Tiefe seiner Seele, denn trotz seiner Jugend und Unerfahrenheit kam ihm eine Ahnung der Gefahren, denen er sich durch die Beteiligung an den böhmischen Wirren aussetzte. Nach längerem Zögern ging er nur vorläufig auf das Anerbieten Ruppa's ein und verschob seine definitive Entscheidung bis auf die Beantwortung einiger von ihm gestellten Fragen. Achaz von Dohna sollte sich vergewissen, ob die böhmischen Stände zu einem Aufstande berechtigt seien und ob sie das Wahlrecht besäßen; für den Fall einer befriedigenden Lösung dieser für die Naivität des Kurfürsten zeugenden Gewissensfragen sollte Dohna die Schwierigkeiten erörtern, in die sich Friedrich mit der Annahme der Krone verwickeln würde, und zu verstehen geben, daß eine einfache Übertragung derselben auf seine Person ohne gleichzeitige Festsetzung eines gewissen Erbrechtes für seine Nachkommen nicht im Verhältnis zu den unvermeidlichen Auslagen stehen würde. Im übrigen versprach der Pfalzgraf den Böhmen mit einer Anleihe von 100000 Gulden unter die Arme zu greifen. Gleichzeitig schickte er den Grafen Mansfeld, der nach der Eroberung Pilsens auf dem böhmischen Kriegsschauplatze vorläufig entbehrlich war, nach Turin, um daselbst die Verhandlungen weiterzuführen und den Herzog um jeden Preis zu größeren Leistungen anzuspornen. Mansfeld fand den Herzog noch immer geneigt, den auf ihn gesetzten Hoffnungen zu entsprechen, aber diesmal nur unter einer Bedingung, von der es zweifelhaft war, ob die Böhmen oder der Kurfürst sie zugestehen würden. Karl Emanuel wollte nämlich nur dann mit seinem ganzen Vermögen für die Böhmen eintreten, wenn sie ihm die Krone ihres Landes übertragen wollten und der Kurfürst von der Pfalz sich mit dem Gewinne der vorderösterreichischen Länder begnügen würde. Für diesen Fall war er erbötig, 6—7000 Mann unter dem Kommando Mansfelds zu unterhalten und außerdem noch Subsidien im Betrage von 1½ Millionen Dukaten zu zahlen.

Als die Nachricht von diesem Plane nach Heidelberg gelangte, wurde eine neue Zusammenkunft in Crailsheim (für Ende März 1619) anberaumt, an welcher sich außer den früher genannten Personen auch der Kurfürst von der Pfalz beteiligte. Diesmal wußte man bereits, wie ablehnend sich der König von England gegen die pfälzischen Pläne verhielt, daher fand der savoyische Vorschlag keine so üble Aufnahme, wie man sonst hätte vermuten können. Man wollte Böhmen dem Herzoge überlassen und sich mit den vorderösterreichischen Ländern begnügen; man heimste ja damit einen Gewinn ein, der für die Pfalz wegen der unmittelbaren Nähe dieses Gebietes eine noch größere Bedeutung hatte als Böhmen. Und selbst die Aussicht auf die böhmische Krone hielt man sich für die Zukunft offen, denn man konnte immerhin erwarten, daß bei einer künftigen Wahl dieselbe statt auf den Sohn des Herzogs von Savoyen auf den Kurfürsten von der Pfalz fallen werde. Es genügte aber nicht, wenn man in Heidelberg den Vorschlag des Herzogs annahm, man mußte auch versuchen, die Böhmen für denselben zu gewinnen und beschloß zu diesem Ende, daß Anhalt nach Böhmen reisen und Hohenlohe und Ruppa zu einer Zusammenkunft nach Taus einladen solle, um ihnen die nötigen Mitteilungen zu machen. Die Zusammenkunft sollte am 10. April stattfinden, und man hoffte, bis zu Ende dieses Monates die weiteren Entscheidungen treffen zu können.

Wie wir sehen, benützte die pfälzische Partei die Wintermonate nur dazu, die letzten Konsequenzen des böhmischen Aufstandes zu ziehen und die Krone dieses Landes den Habsburgern zu entwinden. Anders war es aber auf der kaiserlichen Seite. Hier bemühte man sich, wie wir oben bemerkt haben, zur selben Zeit energischer als je zuvor einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Die Antwort der aus Prag zurückgekehrten mährischen Deputation und die Niederlage Buquois hatten den Kaiser überzeugt, daß er bei den einzuleitenden Unterhandlungen die Böhmen nahezu als ebenbürtige Partei anerkennen müsse. Von

der Ansicht, daß er von ihnen die Niederlegung der Waffen verlangen, selbst aber bewaffnet bleiben könnte, kam er vollständig zurück; seine ganzen Bemühungen waren jetzt darauf gerichtet, einen Waffenstillstand auf Grund des gegenwärtigen Besitzstandes abzuschließen er nahm also denjenigen Antrag an, den man in Prag den mährischen Gesandten gemacht hatte. Er schickte deshalb den obersten Landhofmeister Adam von Waldstein nach Prag, um den Ständen die Bewilligung des Waffenstillstandes anzuzeigen und eine Friedensvermittlung anzubieten, bei der einige der hervorragenden deutschen Fürsten die Rolle von Vermittlern spielen sollten, und zwar sollten dies auf katholischer Seite der Herzog Maximilian von Baiern und der Kurfürst von Mainz und auf protestantischer Seite die Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen sein. Ferdinand war mit dieser Vermittlung einverstanden, denn auch er war durch die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze erschreckt und hatte überdies zu dem Baiernfürsten das Zutrauen, daß er den Böhmen keine bedeutenden Konzessionen machen werde. Die Vermittlung selbst sollte am 20. Januar 1619 beginnen.

Allein wie sehr sich Waldstein auch bemühen mochte, die böhmischen Stände für den Waffenstillstand zu gewinnen und sie zu einem festen Versprechen bezüglich der einzuleitenden Friedensverhandlungen zu vermögen, er kam damit nicht zum Ziele: unter steten Ausflüchten suchten Ruppa und seine Freunde eine endgiltige Antwort hinauszuschieben. Ebenso vergeblich suchte Waldstein dadurch eine bessere Stimmung hervorzurufen, daß er den in Wien gefangen gehaltenen Jessenius gegen einige minder bedeutende Gefangene auslieferte, sie blieben bei ihrer zweideutigen Haltung. Schwerer wurde es den Direktoren, ihre Ausflüchte auch gegen den Kurfürsten von Sachsen aufrecht zu erhalten, als dieser sie durch einen Gesandten für den Waffenstillstand zu gewinnen suchte und sich aufrichtig für den Frieden unter Wahrung der religiösen Rechte des Landes bemühte. Als das Heidelberger Kabinet zur Kenntnis der sächsischen Bemüh-

ungen gelangte, suchte es dieselben dadurch zu vereiteln, daß es den Direktoren anriet, den Waffenstillstand von Bedingungen abhängig zu machen, in die der Kaiser nicht einwilligen könne. Auf diese Weise mußte man auf kaiserlicher Seite den Versuch aufgeben, die Verhandlungen mit dem Abschluß eines Waffenstillstandes einzuleiten und sich einfach mit der Festsetzung eines Termines begnügen, an dem dieselben beginnen sollten. Hierzu wurde der 14. April und Eger als der Ort bestimmt, wo sich die kaiserlichen und die böhmischen Gesandten einfinden sollten, um unter Vermittlung der vier obengenannten Fürsten ihre Streitfrage zu erörtern und einen Ausgleich anzubahnen.

Es bedurfte der größten Anstrengungen von Seiten des Kaisers und namentlich des Königs Ferdinand, um den Herzog von Baiern für die Vermittlerrolle zu gewinnen. Maximilian lehnte ursprünglich seine Beteiligung rundweg ab, er erklärte offen und unverhohlen, daß ihm sein Gewissen verbiete, an einer Verhandlung über die Bekräftigung oder gar Erweiterung des Majestätsbriefes Teil zu nehmen, er würde damit seine Seele nur besudeln und sich an einer fremden Sünde beteiligen. Ebensowenig wollte er sich in einen Streit darüber einlassen, ob man den Majestätsbrief habe geben oder den einmal gegebenen habe einhalten sollen. Wenn bei den Verhandlungen eine Erweiterung des Majestätsbriefes in Bezug auf die Kirchengüter verlangt würde, würde er diesen Angriff auf das Kirchengut nie billigen können und so als Störenfried und Ursache der weiteren Kämpfe angesehen werden und seinen eigenen Ruf nur schädigen. Er habe sich seit Jahren den protestantischen Reichsständen in Deutschland widersetzt: wie könne er nun in Böhmen seine bisherigen Grundsätze verleugnen? — Als König Ferdinand diese ablehnende Antwort erfuhr, schrieb er wiederholt an den Herzog und bat ihn, um Gottes Willen an den Verhandlungen Teil zu nehmen, da seine Gesinnungen die einzige Gewähr dafür seien, daß den Protestanten nicht in allen Stücken nachgegeben würde. Da er seine Bitten immer dringender wiederholte, so ließ

sich Maximilian endlich am 17. Januar zu dem Versprechen herbei, daß er über diesen Gegenstand nachdenken wolle. Wenige Tage später gab er die Zusage ab, sich an der Vermittlung beteiligen zu wollen, wenn ihm bei den Verhandlungen nichts zugemutet würde, was der katholischen Kirche zum Nachteil gereichen könne. Ferdinand war mit dieser Bedingung vollständig einverstanden, und so wurde also die Beteiligung des Herzogs an dem Egerer Tage als sicher bevorstehend angesehen.

Wir haben bisher nur bemerkt, daß die Direktoren und unter diesen namentlich Herr von Ruppa dem friedlichen Ausgleiche mit dem Kaiser feindlich gesinnt waren. Welche Stellung das Land selbst gegenüber dieser neuen Ausgleichsphase einnehmen wolle, zeigte sich, als der Landtag, der auf den 18. März (1619) einberufen wurde, zusammentrat und die Direktoren über den Zustand des Heeres und die Notwendigkeit neuer Rüstungen berichteten. Der Landtag sah ein, daß der Widerstand ohne weitere Opfer nicht aufrecht erhalten werden könne und war deshalb erbötig, durch neue Steuerauflagen Mittel zur Ergänzung des geworbenen Heeres zu schaffen und zugleich durch abermalige Einberufung des Landesaufgebotes die Zahl der Streiter zu erhöhen. Nach dem üblen Resultate, welches diese letztere Maßregel im vorigen Jahre im Gefolge gehabt hatte, darf man sich billig wundern, daß man abermals zur Einberufung so vieler Tausend kriegsungeübter und schlecht verpflegter Leute Zuflucht nahm; allein man glaubte dem Übelstande dadurch zu begegnen, daß man die Zahl der Mannschaft im Aufgebote auf ungefähr 12000 Mann beschränkte und dabei Verfügungen traf, durch welche die früher gerügten Schwierigkeiten in der Verpflegung vermieden werden sollten. Den Ausfall in den Steuern suchte man dadurch zu ersetzen, daß man den Gutsbesitzern und königlichen Städten Naturallieferungen auftrug, die allerdings, wenn sie pünktlich einliefen, mehr wert waren als Geld. Endlich beschloß man zur Konfiskation der Güter jener Edelleute Zuflucht zu nehmen, die dem Aufstande feindlich gesinnt waren. Man bediente sich

da eines sehr gefährlichen Auskunftsmittels, das sich später mit zehn- ja hundertfacher Härte gegen die Unterliegenden kehrte! Die Konfiskation traf 33 Edelleute, die fast alle das Land verlassen und dadurch ihre Anhänglichkeit an die kaiserliche Sache dargethan hatten. Schließlich wählte der Landtag diejenigen Personen aus, die sich an der Egerer Verhandlung beteiligen sollten. Er suchte dieselbe also nicht zu hintertreiben, wie dies die Direktoren offen und im geheimen thaten, aber er knüpfte den Erfolg derselben an Bedingungen, welche einen gedeihlichen Ausgang der Dinge unmöglich machten und so einer Ablehnung der Vermittlung gleichkamen. Die böhmischen Stände wollten sich nicht damit begnügen, daß in Eger die religiösen Streitigkeiten beglichen und namentlich die Kirchengüterfrage in ihrem Sinne gelöst würde, sie verlangten auch, daß der König ihnen gestatte, ein Bündnis mit den Ständen sämtlicher übrigen österreichischen Länder zu schließen, welches zum Zwecke der Aufrechterhaltung der ständischen und religiösen Freiheiten dienen und bei allfälligen Angriffen des Landesfürsten über die Mittel des Landes gegen denselben verfügen sollte. Konnte Mathias schon in diese Forderung nicht willigen, weil sie seine Macht illusorisch machte, so konnte er dies noch weniger bei einer zweiten thun, welche die Anerkennung der von dem Landtage verfügten Konfiskationen betraf. Er konnte nicht den Schimpf auf sich laden, daß er seine Anhänger um ihrer Treue willen dem Bettelstab preisgebe.

Mitten unter diesen Unterhandlungen ereilte den Kaiser der Tod. Er war schon lange gebrechlich, schon als er seinem Bruder Rudolf in der Regierung folgte, litt er an gefährlichen Gichtanfällen, und wie oben erzählt wurde, glaubte man schon im Jahre 1617, daß er kaum das Osterfest überleben würde. Zu seinen körperlichen Leiden gesellte sich seit der Entfernung Khlesls auch eine trübe Stimmung, er hatte an dem Kardinal nicht bloß einen treuen Diener, sondern auch einen Gesellschafter und Freund verloren: was Wunder, wenn er seitdem alles im schwarzen Lichte sah. Noch mehr steigerte sich seine Traurigkeit und Vereinsamung,

als seine Gemahlin ihm im Tode voranging; er sah sich jetzt nur von Fremdlingen umgeben, die sein Ende herbeisehnten, und dieses traurige Gefühl verschlimmerte natürlich seinen körperlichen Zustand. Seine letzte und einzige Unterhaltung bestand darin, daß er die Kleinodien, die ihm sein Bruder hinterlassen hatte, täglich besichtigte, in eine andere Ordnung brachte und sich an ihrem Kunstwerte erfreute. Nachdem er in den letzten Tagen seines Lebens sichtliche Zeichen einer völligen Erschöpfung gegeben hatte, starb er am 20. März 1619.

Einige Monate vor ihm, und zwar am 20. November 1618, war auch Erzherzog Maximilian gestorben. Noch in seinen letzten Lebensaugenblicken zeigte er dieselbe Sorge für das Gedeihen seines Hauses, wie er sie in so uneigennütziger Weise für Ferdinand an den Tag gelegt hatte. Als der Graf Oñate den mit dem Tode Ringenden besuchte, ermannte er sich und ersuchte ihn, dem König von Spanien seinen Scheidegruß zu überbringen und ihn in seinem Namen zu bitten, daß er seine schützende Hand über die Interessen des Gesamthauses halte. Mit der Hoffnung, daß diese Bitte Gehör finden werde, schied der Erzherzog aus dem Leben.

Drittes Kapitel.

Die Frankfurter Kaiserwahl und die böhmische Königswahl.

I. Ausbreitung des Aufstandes über sämtliche Länder der böhmischen Krone und Parteinahme der Österreicher für denselben. II. Die niederösterreichischen Protestanten vor Ferdinand. Thurn vor Wien. Der Krieg in Böhmen. III. Ferdinand reist nach Frankfurt zur Kaiserwahl. Doncasters Verhandlungen. IV. Die Absetzung Ferdinands in Prag und die Wahl des Kurfürsten von der Pfalz zum König von Böhmen. V. Annahme der dargebotenen Krone durch den Kurfürsten trotz mangelnder Zustimmung des Königs Jakob.

I. An Ferdinand war es nun, zu bestimmen, welche Stellung er gegenüber dem böhmischen Streite einnehmen wolle. Er hatte bis dahin fortwährend geklagt, daß der Kaiser nicht die nötigen Verteidigungsmaßregeln treffe und obgleich nach der Entfernung Khlesls die wichtigste Veranlassung für diese Klage weggeräumt war, so nahmen doch die Kriegsrüstungen auch später nicht die Dimensionen an, die man ursprünglich geplant hatte und die im Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln gestanden wären. Die Mißerfolge auf dem Kriegsschauplatze bewirkten, daß Ferdinand sich gegen die vom Kaiser gewünschte Friedensvermittlung nicht so feindselig bewies, wie man nach seinem ersten Auftreten hätte erwarten sollen, freilich hoffte er, daß der Herzog von Baiern die katholischen und monarchischen Interessen bei der Vermittlung wahren werde. Unmittelbar nach dem Tode des Kaisers deutete seine Haltung darauf hin, daß er sein Vertrauen auf die Unterstützung Spaniens und auf die ihm von Philipp III in Aussicht gestellte Truppenhilfe setze, denn er wolle nichts

mehr von dem Egerer Vermittlungstage wissen, sondern den Streit mit den Böhmen selbständig schlichten. Zu diesem Ende stellte er jenen Revers aus, zu dem er sich bei seiner Krönung bezüglich der Aufrechterhaltung der böhmischen Privilegien verpflichtet hatte, und schickte denselben nach Prag mit der Anzeige, daß er die obersten Beamten, die unter Mathias vor dem Ausbruche des Aufstandes die Regierung geführt hatten, in ihren Ämtern bestätige und demnach die Usurpation der Direktoren als nicht zu Recht bestehend ansehe. Da er jedoch in Erfahrung brachte, daß die Opposition auch in den anderen Ländern gegen ihn im Steigen begriffen sei und die spanische Truppenhilfe noch lange auf sich warten lassen werde, so zog er etwas gelindere Saiten auf und schickte am 22. April ein neues Schreiben an die böhmischen Stände, worin er sie aufforderte, Gesandte nach Wien zu schicken, um dort die betreffenden Streitfragen zu verhandeln. Er gestand also jetzt die Existenz eines Streites zu, war auch erbötig zu Verhandlungen darüber, ließ sich aber nicht aus, in welcher Weise er dieselben führen wolle. Als die Verhältnisse auf dem Kriegsschauplatze sich immer ungünstiger gestalteten, ging er noch einen Schritt weiter und wollte die Vermittlung zwei fürstlichen Personen übertragen und zwar dem Herzoge von Baiern und dem Kurfürsten von Sachsen, also eine „Interposition" im Sinne des projektierten Egerer Tages anbahnen.

Alle diese Anerbietungen wurden aber in Böhmen zurückgewiesen, weil man nach dem Tode des Kaisers jeden Gedanken an weitere Verhandlungen aufgegeben hatte. Man plante daselbst nur die Revolutionierung der übrigen Gebiete der böhmischen Krone, sowie Österreichs und Ungarns und hoffte damit bald zu Stande zu kommen. Der erste Schritt geschah bei den Schlesiern. Dieselben hatten sich eigentlich dem böhmischen Aufstande schon angeschlossen, da sie ihn mit Truppen unterstützten, allein das Bündnis war noch nicht so eng, wie es wünschenswert war und vor allem waren die Schlesier nicht ihren Kräften entsprechend auf dem Kriegsschauplatze aufgetreten. Da nun gerade in diesen

Tagen eine Gesandtschaft aus Breslau nach Prag gekommen war, welche sich an dem Egerer Interpositionstage beteiligen sollte, so wurden mit ihr Verhandlungen über ein engeres Bündnis eingeleitet, welche zu dem gewünschten Resultate führten. Die Gesandten versprachen, daß sich Schlesien mit allen Kräften dem Aufstande anschließen werde, wenn sie die Versicherung erhielten, daß ihr Land in dem Verbande der böhmischen Krone dieselben Rechte würde in Anspruch nehmen können, wie Böhmen. Ihre Ansprüche bezogen sich zunächst auf das Recht der Königswahl. Für den Fall der Neubesetzung des Thrones sollte sie nicht von den Böhmen allein vorgenommen, sondern auch die Nebenländer hiezu berufen werden. Weiter verlangten sie eine Trennung der königlichen Kanzlei in zwei gleichberechtigte Teile, einen böhmischen und einen schlesischen, mit einem Worte, sie verlangten die Errichtung zweier Ministerien des Innern. Von böhmischer Seite konnte man diese Ansprüche nicht bekämpfen, da man der Überzeugung war, daß man dem Aufstand ohne Beihilfe der anderen Länder nicht zum Siege verhelfen könne, und deshalb versprachen die Direktoren, die schlesischen Wünsche beim böhmischen Landtage zu befürworten und ihre Gutheißung zu bewerkstelligen. In Folge dessen wiesen die Schlesier die Ansprüche Ferdinands auf Übernahme der Regierung in ihrem Lande unter dem Vorwande zurück, daß dies erst dann geschehen könne, wenn er sie in Böhmen übernommen habe.

Auch mit der Lausitz brachten die Direktoren eine Vereinigung zu Stande, durch welche sich diese zur Stellung eines Truppenkontingentes verpflichtete, welches an der Seite Böhmens den Streit mit Ferdinand ausfechten sollte.

Von größter Wichtigkeit für das Gedeihen des Aufstandes war der Anschluß von Mähren, auf den man bisher so fest und doch vergeblich gehofft, weil Karl von Zerotin seinen ganzen Einfluß für die kaiserliche Sache aufgeboten hatte. In Böhmen glaubte man jetzt nicht anders zum Ziele zu kommen, als wenn man einen bewaffneten Einfall in das Nachbarland versuchen

und damit den Ständen die Gelegenheit bieten würde, ihren Sympathien für den Aufstand ungehinderten Ausdruck zu geben. Žerotín, von einem Freunde benachrichtigt, welchen Plan man zum Verderben der habsburgischen Herrschaft ausgebrütet, erschrak zwar über diese Anzeige, legte ihr aber keine solche Bedeutung bei, wie sie es verdiente. Von Böhmen wurde der beabsichtigte Schlag dadurch vorbereitet, daß man nicht bloß die geheimen Verhandlungen mit den gleichgesinnten Freunden fortsetzte, sondern mit Žerotín selbst noch einen Versuch machte, um ihn zu gewinnen. Der Versuch wurde jedoch möglichst ungeschickt angestellt, denn das Schreiben, welches Budowec zu diesem Behufe an ihn richtete, war scharf gehalten, überschüttete den mährischen Magnaten mit Vorwürfen und verletzte ihn durch ironische Bemerkungen. Dieses unkluge Verfahren erbitterte nur den auf seine Einsicht stolzen Mann, so daß er die Vorwürfe heftig zurückwies, und als nun Budowec in einem zweiten Briefe durch eine sanftere und einschmeichelnde Sprache den alten Freund von dem betretenen Wege abzulenken suchte, hatte dieses keinen Erfolg mehr.

Am 18. April schickten die böhmischen Direktoren dem Grafen Thurn in das Lager vor Budweis den Befehl zu, den Zug nach Mähren anzutreten. Nachdem er den Grafen Hohenlohe mit dem größeren Teile der Truppen daselbst zurückgelassen hatte, marschierte er an der Spitze einer kleineren Truppenabteilung nach Deutschbrod und verband sich auf dem Wege dahin mit einem Teile des neu organisierten Landesaufgebots, so daß sich die Gesamtzahl seiner Mannschaft auf 8—10000 Mann belief. Als er seinen Einzug in Iglau hielt, bewillkommten ihn die Einwohner in der lebhaftesten Weise, und auch von dem mährischen Adel hatte sich ein Teil zu seiner Begrüßung eingefunden. Seine Aufnahme war überall eine gleich sympathische und er konnte den Direktoren in Prag die Versicherung geben, daß mit Ausnahme einiger Personen der gesamte Adel Mährens und alle Städte auf seine Seite zu treten bereit seien.

Als Thurn darauf in Znaim anlangte, fand sich in der That ein großer Teil des mährischen Adels daselbst ein und es wurde ausgemacht, daß das Bündnis zwischen Mähren und Böhmen auf dem Brünner Landtag, den Ferdinand für Anfang Mai berufen hatte, abgeschlossen werden solle. Die Katholiken waren vor Schrecken wie gelähmt, schon suchten ihre Häupter, der Kardinal Dietrichstein und der Fürst von Liechtenstein, sich mit der Bewegung auf einen besseren Fuß zu stellen, nur Herr von Žerotín beharrte in seiner Rolle; auf einem Landgute zurückgezogen lebend, belästigte er die Führer der Bewegung weder mit Ratschlägen noch verleugnete er seine jüngste Vergangenheit durch Versprechungen, sondern wartete auf den Zusammentritt des Landtages, um da seine Stimme und zwar gewiß nicht im Sinne Thurns zu erheben.

Während des Marsches der böhmischen Armee nach Znaim waren die mährischen Truppen, die unter dem Kommando des Kardinals Dietrichstein standen, ruhig in ihren Quartieren geblieben, da ihnen keine anderen Weisungen zugekommen waren. Die Reiterei stand unter dem Kommando zweier Obersten, des Herrn Georg von Náchod und des Herrn von Sedlnicky und hatte ihr Quartier bei Brünn; die Fußknechte dagegen unterstanden dem Befehle Albrechts von Waldstein, des später so berühmt gewordenen Feldherrn, und waren in Olmütz stationiert. Náchod war ein Anhänger Ferdinands und wollte deshalb seine Truppen für den König retten und mit ihnen außer Landes marschieren, aber er kam nicht zum Ziele, da er von den Soldaten verlassen wurde. So hatte also Thurn auf dem weiteren Marsch gegen Brünn keinen Feind zu bekämpfen.

In Brünn hatten sich mittlerweile wegen des bevorstehenden Landtags der Kardinal Dietrichstein, Fürst Liechtenstein, Žerotín und ein bedeutender Teil des katholischen Adels eingefunden. Ihre ohnedies gedrückte Stimmung wurde durch den mißlungenen Versuch Náchods nur noch trüber und so hielten sie es für passend, die Gegner durch freundliches Entgegen-

kommen milder zu stimmen. Als sich der aus Znaim kommende Adel Brünn auf etwa anderthalb Meilen genähert hatte, sah er einen Zug katholischer Edelleute zu seiner Begrüßung aus der Stadt heranziehen und durfte in diesem Schritte weniger einen Akt der Höflichkeit als der Anerkennung seiner beginnenden Herrschaft erblicken. In Brünn angelangt, legten die protestantischen Stände auf offenem Platze einen Eid ab, daß sie mit Gut und Blut ihre Interessen wahren und einander beistehen würden. Am selben oder am folgenden Tage traf die Nachricht in Brünn ein, daß Waldstein mit seinem Regimente einen ähnlichen Streich wie Náchod durchführen wollte, aber gleichfalls dabei gescheitert sei.

Am Tage darauf begaben sich die Stände in die Wohnung des Kardinals und frugen ihn, ob er als der vom Landtage für die Landesverteidigung ernannte General von dem Verrate Náchods und Waldsteins Kenntnis gehabt habe. Bevor der Kardinal noch Zeit gefunden hatte, seine Unschuld zu beteuern, bedrohten ihn einige Edelleute mit dem Schicksale der böhmischen Statthalter und wiesen auf das Fenster, von wo man ihn herunterwerfen würde. Dietrichstein erschrak zu Tode und beteuerte mit all der Übertreibung, welche ihm die Angst eingab, daß er keine Ahnung, geschweige denn eine Mitschuld an dem Entschlusse der beiden Obersten gehabt habe. Er war erbötig, sein Amt niederzulegen, damit die Stände ihre Verteidigung nach Belieben sichern könnten und versprach, sich mit ihnen gegen jedermann treu und fest verbinden zu wollen. Die demütigen Versicherungen des sonst so stolzen und herausfordernden Kirchenfürsten beschwichtigten die Mordgedanken, wenn solche ja ernstlich vorhanden waren und die Stände entfernten sich, um Herrn Žerotín in seinem Hause aufzusuchen. Hier wiederholte sich die beim Kardinal abgespielte Scene, nur bewahrte Žerotín eine entschlossenere Haltung und stellte einfach jede Mitschuld in Abrede. Zuletzt begaben sich die Stände zum Fürsten von Liechtenstein, gegen den sie gleichfalls Beschuldigungen, wenn auch mit

minderer Heftigkeit erhoben; der Abschied von ihm gestaltete sich sogar ziemlich freundlich, da der Fürst nicht nur seine Unschuld beteuerte, sondern auch versprach, daß er fortan mit den Ständen auf Leben und Tod verbunden sein wolle und dieses Versprechen mit einem Handschlag besiegelte. Jedenfalls regelten die Stände noch am selben Tage ihr Verhalten gegen Liechtenstein in freundlicherer Weise als gegen den Kardinal und gegen Zerotin, denn während sie den ersteren seiner Freiheit nicht beraubten, verhängten sie über die beiden letzteren einen Hausarrest und ließen sie in ihrer Wohnung durch eine Abteilung Musketiere überwachen.

Von diesem Augenblicke an hatte Zerotin seine Rolle ausgespielt, er gehörte nun zu den politisch Toten. Er hatte mit seltener Ausdauer den Frieden zu erhalten und die Gegensätze zu versöhnen gesucht, unbekümmert darum, daß er sich die Sympathien seiner Partei entfremdete und sich dem Verdachte aussetzte, als ob er ein Verräter an der eigenen Überzeugung geworden wäre. Nachdem es zum äußersten gekommen war und die Parteien nur auf ihren gegenseitigen Untergang abzielten, war seine Friedensmission zu Ende. Seine wahre Neigung und sein religiöses Bekenntnis hätte ihn jetzt den Protestanten in die Arme führen müssen, er wollte aber nichts von dieser Verbindung wissen. Ob seine Überzeugung von der Verwerflichkeit der Gründe die zum Aufstande geführt hatten, so tief war, daß sie durch nichts erschüttert werden konnte, oder ob er vielleicht den neuen Familienbanden, in die er durch eine Heirat mit dem Waldsteinschen Geschlechte geraten war, zu sehr Rechnung trug, wer mag dies wissen? Jedenfalls gehörte er jetzt zur Partei des Königs, aber nicht mehr wie früher als thätiges Mitglied in dessen Rate, sondern als stummer Schützling. Ferdinand, von den Ständen auf das äußerste bedroht, brauchte keine Vermittler mehr, sondern energische Feldherren und als der Sieg sich für ihn erklärt hatte, brauchte er nur Untersuchungsrichter und Reformationskommissäre, die dem zu Boden liegenden Gegner vollends den Kopf zertraten.

Die eigentlichen Beratungen der mährischen Stände, die sich am 4. Mai als förmlicher Landtag konstituierten, begannen damit, daß sie einige mißliebige Personen von der Verwaltung der obersten Landesämter entfernten und sich der Regierungsgewalt vollends bemächtigten. Der Landeshauptmann Ladislaw von Lobkowitz wurde seines Amtes entsetzt und dem Kardinal das oberste Kommando und die Verwaltung der ständischen Kasse abgenommen; mit dem Kommando der einzelnen Regimenter wurden Sedlnicky, die Herren Friedrich von Tiefenbach und Ladislaw Welen von Zerotin betraut. Einige Tage später organisierten die Stände ihre Regierung nach böhmischem Muster, indem sie dieselbe dreißig Direktoren anvertrauten, zwölf gehörten dem Herren- zwölf dem Ritterstande an, sechs wurden aus der Bürgerschaft gewählt. Am folgenden Tage wurde der böhmischen Deputation, die in Brünn angelangt war, die Antwort erteilt, daß die Mährer bereit seien, mit ihnen in ein Bündnis zu treten und ihre Truppen mit den böhmischen zu vereinigen. So hatte sich Mähren dem Aufstande angeschlossen und seine Kräfte gegen Ferdinand in die Wagschale geworfen.

In Prag wollte man nun das gelungene Werk weiter fortsetzen und befahl deshalb dem Grafen Thurn, mit den eigenen und den mährischen Truppen in Österreich einzurücken. Die Hoffnung auf den Anschluß der österreichischen Stände war um so mehr gerechtfertigt, als sich seit dem Tode des Kaisers die Zerwürfnisse in Wien und Linz gesteigert hatten. Die Protestanten wollten sich der Regierungsgewalt unter dem Vorwande bemächtigen, daß den Ständen bis zu der Ankunft des Erbherrn, als welchen sie den Erzherzog Albrecht betrachteten, die Leitung der Geschäfte gebühre. In Wien vereitelte Ferdinand diese Ansprüche, indem er auf die zu seinen Gunsten lautende Vollmacht des Erzherzogs hinwies; in Linz dagegen, wo Herr von Tschernembl und Gottfried von Starhemberg das große Wort führten und wo den Anhängern Ferdinands keine bewaffnete Macht wie in Wien zur Seite stand, be-

wirkte der erstere, daß der ständische Ausschuß die Regierungsgewalt an sich riß und einen Landtag zur Beratung weiterer Schritte (auf den 2. April 1619) ausschrieb. Als derselbe zusammentrat, wählte er einen Landeshauptmann in der Person des Herrn von Polheim, übertrug ihm die Verwaltung des Landes und die Aufsicht über die Kammergüter und entzog so dem König jede Einflußnahme und zugleich die Einkünfte des Landes. In welcher Weise man später vorgehen würde, zeigte die Haltung, die man gegen die böhmischen Gesandten annahm, die nach Linz gekommen waren, um die Allianz der Oberösterreicher zu erflehen. Man war bereit ihrer Bitte nachzugeben und beschloß deshalb die Vervollständigung der Rüstungen. Nur die oberösterreichischen Prälaten widersetzten sich diesen und ähnlichen Beschlüssen aber ohne jeglichen Erfolg.

Als Ferdinand von diesen Vorgängen Kunde erhielt, und den Ständen ihre Eigenmächtigkeit verwies, erwiderten sie ihm, sie seien bereit die Sache der Böhmen als eine gerechte bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Ja sie gingen noch weiter und schickten eine Deputation an den König, die ihn um die Anerkennung der von ihnen eingesetzten Regierung ersuchen, sich gleichzeitig mit den niederösterreichischen Ständen in Verkehr setzen und ihnen die Mitteilung machen sollte, daß sie sich mit den Böhmen verbunden hätten. Man begann in Oberösterreich Kriegsmannschaft anzuwerben und auszurüsten und schickte gegen Ende April 300 Mann nach Hohenfurt, um von dieser Seite aus den Zuzug desjenigen Kriegsvolks, das in Deutschland für Ferdinand geworben wurde und nach Böhmen ziehen sollte, zu verhindern. Der Oberst der oberösterreichischen Truppen Gotthard von Starhemberg, mahnte den Grafen Thurn, ja eilends in Niederösterreich einzurücken, wo man seiner wie eines Messias harre.

Ferdinand, der von der steigenden Feindseligkeit, die in Linz um sich griff, genau unterrichtet war, suchte ihr dadurch zu begegnen, daß er den Herrn von Tschernembl zu einer persönlichen Unterredung nach Wien berief, in der Hoffnung, daß er diesen

Mann durch einige freundlichen Worte für sich gewinnen könnte. Allein Tschernembl lehnte den Ruf ab und gab in einem Briefe dem König den Rat, daß er sich der Regierung enthalten möge, da sie ihm ohnedies nicht gebühre: er solle die Stände seiner sämtlichen Länder nach Wien berufen und durch sie einen friedlichen Ausgleich beraten lassen. Es ist möglich, daß der Aufstand ein Ende genommen hätte, wenn Ferdinand diesem Rat gefolgt wäre, aber der Preis, den er dafür hätte zahlen müssen, hätte zum mindesten darin bestanden, daß der Protestantismus in Gesamtösterreich zur Herrschaft gelangt, die Regierungsgewalt in die Hände der adeligen Korporationen gekommen und das Erbrecht der herrschenden Dynastie geschmälert worden wäre. Weder der Bestand des Staates noch der Dynastie wäre bei dem Ausgleiche gesichert worden.

Das Beispiel der Linzer Stände und die Anwesenheit ihrer Deputation in Wien bewirkte, daß auch ihre niederösterreichischen Glaubensgenossen energischer auftraten, die katholischen Edelleute und den König mit verschiedenen Bitten und Forderungen behelligten, durch die sie entweder ihre eigenen Glaubensinteressen wahren oder dem König die Mittel zu seiner Verteidigung abschneiden wollten. Zu diesem Zwecke schickten sie auch eine Gesandtschaft nach Preßburg und beschwerten sich bei dem Palatin über den Zuzug der Truppen, die in Ungarn für Ferdinand geworben wurden. Ihre Glaubensinteressen suchten sie dadurch zu wahren, daß sie die Duldung der Protestanten auf katholischen Gütern und die Zulassung derselben zu allen städtischen Ämtern und zur Universität verlangten. Diese und andere Forderungen wurden von den Katholiken zurückgewiesen und so standen sich die getrennten Parteien so feindselig gegenüber, als wären sie nicht Söhne eines Landes, sondern ererbte Feinde.

Auf protestantischer Seite hoffte man nun die Entscheidung mit Gewalt herbeizuführen und zwar mit Hilfe Thurns, der endlich anfangs Mai (1619) in Niederösterreich einrückte und sich vor der Stadt Laa lagerte. Nachdem Ferdinand in Folge von Verhandlungen, durch die er Zeit gewinnen wollte, seine Truppen

aus dieser Stadt zurückgezogen hatte, konnte Thurn Laa besetzen und ohne Gefahr weiter vorgehen. Um sich des Donauüberganges zu bemächtigen, schickte er die zwei mährischen Regimenter Tiefenbach und Zerotin gegen Fischamend ab, welche vor Tagesanbruch daselbst anlangten und sich durch List sämtlicher Schiffe und vier größerer Überfuhrplätten bemächtigten. Ein heimliches Einverständnis mit dem Besitzer von Fischamend, dem Freiherrn von Teufel, erleichterte dieses Unternehmen und beseitigte fast jegliche Gefahr. Als Thurn von dem glücklichen Gelingen in Kenntnis gesetzt wurde, kam er mit dem Rest seiner Armee herangezogen und setzte mit ihr auf das rechte Ufer über. Nachdem er einige Tausend eben heranziehender ungarischer Reiter, die Ferdinand zu Hilfe kommen wollten, zurückgeschlagen hatte, näherte er sich den Wiener Vorstädten und da er dieselben unbesetzt fand, bemächtigte er sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni der ihm nächstgelegenen Teile und erwartete nun von Wien aus ein Zeichen zu weiterer Thätigkeit.

II. Als die Nachricht von dem Abmarsche Thurns von Laa in Wien bekannt geworden war, bot diese Stadt das Bild der furchtbarsten Aufregung. Die Aussicht auf eine Belagerung machte die Bürger schon an und für sich bestürzt, ihre Furcht wurde aber noch bedeutend durch die Erzählungen jener vergrößert, die sich aus den benachbarten Dörfern und Städtchen vor den Ungarn und Böhmen geflüchtet hatten und um so haarsträubenderes von ihrem Auftreten zu erzählen wußten, je weniger sie sie zu Gesichte bekommen hatten. Die Lage der Dinge gestaltete sich für Ferdinands persönliche Sicherheit zu einer äußerst gefährlichen, da er sich nicht bloß vor dem äußern Feinde, sondern auch vor dem innern zu hüten hatte und nicht wissen konnte, ob und welche Verabredungen die protestantischen Stände und ihr Anhang mit dem Feinde getroffen haben mochten. In heißem Gebete suchte er den nötigen Trost; sein Beichtvater fand ihn eines Tages bei einem Besuche hingestreckt vor einem Kruzifix: „Ich habe,“ so erklärte er dem erstaunten Pater, „die

Gefahren erwogen, die mich von allen Seiten bedrohen und da ich keine menschliche Hilfe weiß, so bat ich Gott um Hilfe; ists aber Gottes Wille, so mag ich in diesem Kampfe zu Grunde gehen."

Während Ferdinand seine frommen Übungen verdoppelte, aber dabei nicht die nötige Sorgfalt für die Verstärkung der Wiener Garnison vernachlässigte, versuchten die niederösterreichischen Katholiken, ob sie nicht durch neue Verhandlungen der drohenden Gefahr begegnen könnten und richteten deshalb am 3. Juni an die Protestanten eine Botschaft, in der sie dieselben zu einer Besprechung über die noch ausstehenden Differenzpunkte einluden. Man kann wohl annehmen, daß sie jetzt zu den weitesten Konzessionen bereit waren, aber man begreift auch, daß sie vor allem wissen wollten, ob sich die Protestanten mit ihnen verbinden und den weiteren Angriffen Thurns begegnen würden. Die Hoffnung auf eine Verständigung wurde abgeschnitten, als die letzteren erklärten, daß sie an ihrem Bündnisse mit den Böhmen festhielten und von den Katholiken den Beitritt zu demselben verlangten. So endeten die Unterhandlungen nur mit gegenseitiger Erbitterung. Die Protestanten faßten den Beschluß, jede Verbindung mit den Katholiken aufzugeben, ihre eigene Kasse zu führen und ein eigenes Regiment zur Besorgung ihrer Angelegenheiten einzurichten. Am 5. Juni verfügten sie sich gegen die zehnte Vormittagsstunde in die Burg, um Ferdinand von diesen Beschlüssen in Kenntnis zu setzen und ihm eine Schrift zu überreichen, in der sie ihr Bündnis mit Böhmen zu rechtfertigen suchten. Zum Wortführer bei dieser Audienz wählten sie den Herrn Paul Jakob von Starhemberg; doch beteiligten sich noch mehrere andere Personen an der nun folgenden denkwürdigen Unterredung, die in der Erinnerung der Zeitgenossen und später in den Geschichtsbüchern eine so hervorragende Rolle spielt.

Als nämlich die niederösterreichischen Protestanten von dem Könige empfangen wurden und Starhemberg die erwähnte Schrift überreicht und hiebei einige empfehlende Worte gesprochen hatte, ergriffen auch einige andere Edelleute das Wort,

namentlich that dies Andreas Thonradel in drastischer Weise. Die Unterredung nahm bald eine leidenschaftliche Wendung; der unterwürfige Ton, der den Verkehr zwischen Souverain und Unterthan charakterisiert, machte einer herausfordernden Sprache Platz, wobei sich insbesondere Thonradel hervorthat. Die spätere Sage beschuldigt ihn, daß er in seiner Unehrerbietigkeit den König an den Knöpfen seines Wamses gefaßt und zur Nachgiebigkeit gegen die protestantischen Forderungen gedrängt habe. Gewiß ist nur, daß die Stände verlangten, Ferdinand solle den weiteren Krieg gegen Böhmen aufgeben und daß sie sich über ihre katholischen Standesgenossen beschwerten, denen sie die Ursache der Trennung in die Schuhe schoben.

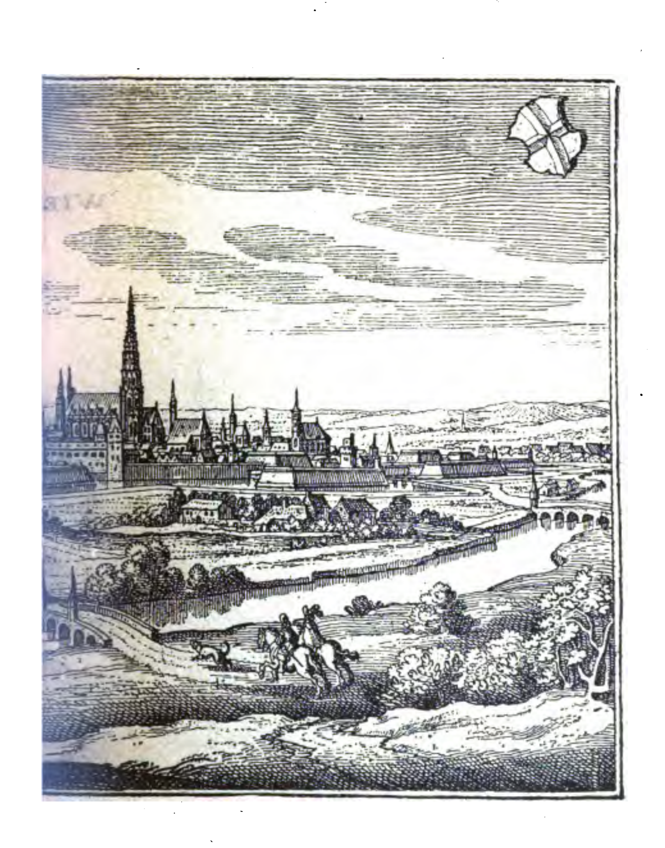
Die heftige Sprache der Protestanten und ihre in der böhmischen Frage auf sein Verderben abzielende Forderung ließen dem Könige über den furchtbaren Ernst der Situation keinen Zweifel. Er stand allein den Ständen gegenüber; keiner seiner Ratgeber war an seiner Seite, der für ihn das Wort ergriffen und den Sturm von seiner Person abgelenkt hätte. Sollte er der Heftigkeit gleiche Heftigkeit entgegensetzen, sollte er auf die Drohungen mit Anklagen antworten oder die Audienz abbrechen? Seine ascetischen Studien und Anlagen verwertete er bei dieser Gelegenheit in unbewußter und doch meisterhafter Weise. Keinen Augenblick verließ ihn die nötige Ruhe; in maßvoller Weise tadelte er die Anwesenden wegen ihrer Verbindung mit den Böhmen, sogar zu Bitten ließ er sich herab und suchte sie von dem betretenen Wege abzulenken; zeitweise appellierte er an ihren Patriotismus, indem er sie bat, sich mit ihm zur Abwehr des nahenden Feindes zu vereinen, aber er erfuhr immer wieder, daß seine Worte wirkungslos verhallten.

So hatte diese Scene nahezu eine Stunde gedauert und die Bitterkeit derselben sich für Ferdinand immer mehr verschärft, als mit einemmale ein Wechsel eintrat. Ein oder zwei Tage vorher hatte der König den Befehl gegeben, daß zur Verstärkung der Garnison die kleinen Besatzungen einiger benachbarten

Plätze nach Wien einrücken sollten, um die Verteidigung dieser Stadt zu erleichtern; die Ausführung dieses Befehls kam gerade im gelegensten Moment. Während Ferdinand in dem Audienzsaal der größten Demütigung ausgesetzt war, die ihm persönlich in seinem ganzen Leben widerfuhr und das Ende des Streites sich gar nicht absehen ließ, hörte man plötzlich das Geräusch einer rasch herankommenden Reitertruppe. Es waren vier Kornets eines Kürassierregiments, das erst in der Bildung begriffen war, die sich Tags vorher in der Stärke von 400 Mann aus Krems auf den Weg gemacht hatten und um die eilfte Vormittagsstunde in Wien anlangten, wo sich der Arsenalhauptmann Gilbert von Saint-Hilaire an ihre Spitze stellte. Ihr Erscheinen verfehlte seine Wirkung im Audienzsaale nicht. Die Stände, die durch ihr brüskes Auftreten dem Könige Angst einjagen und ihn zur Nachgiebigkeit bewegen wollten, waren ihrerseits selbst nicht ohne Sorge vor einem Handstreich der katholischen Partei. Bevor sie in die Burg gegangen waren, hatte man sie vor diesem Schritte gewarnt, eine Anzahl Handwerksburschen hatte sie im Landhause um Gotteswillen gebeten, die Burg nicht zu betreten: man werde sie daselbst gefangen nehmen, ihre Hinrichtung sei eine beschlossene Sache. Der Aufgeregtheit der Protestanten mochte dieses Gerücht insofern seinen Ursprung verdanken, als sie wohl fühlten, daß ihre auf den Untergang Ferdinands berechneten Schritte auch für diesen einen Grund abgeben konnten, ihnen mit gleicher Münze heimzuzahlen. Das plötzliche Heransprengen einer Reiterschaar, die von dem Fenster des Audienzsaales zu erblicken war, ließ sich in diesem Sinne deuten und in der That erblickten die Protestanten darin ein übles Anzeichen. Schon raunten sich einige erschrocken zu, daß es um sie geschehen sei; ihre Sprache vor einem Augenblicke kühn bis zur Verwegenheit, änderte sich plötzlich und wie mit einem Zauberschlag traten die Formen des zwischen Fürst und Unterthanen üblichen Verkehrs in ihre Geltung. Nach einigen Phrasen, die diesem Verhältnisse entsprachen, empfahlen sich die Deputierten; ihr Erscheinen auf



Wien in der ersten Hälf



des 17. Jahrhunderts.

der Straße beruhigte ihre Gesinnungsgenossen, denn in der Stadt meinte man bereits, daß ihnen etwas Schlimmes begegnet sei.

In der folgenden Nacht war es nun, daß Thurn vor Wien eintraf, die Erwartung aber, daß er mit Hilfe der dem Könige feindlich gesinnten Partei in die Stadt werde eindringen können, verwirklichte sich nicht. In wie weit übrigens diese Erwartung begründet war, läßt sich nicht mehr sicherstellen: gewiß ist nur, daß er selbst wiederholt in diesem Sinne Hoffnungen äußerte und daß die Katholiken jener Zeit die Protestanten verräterischer Anschläge beschuldigten und daß in dem Prozesse, den man von kaiserlicher Seite nach erlangtem Siege gegen die Protestanten einleitete, ein Wiener Bürger Namens Gold zum Tode verurteilt wurde, weil er seinem eigenen Geständnisse nach dem Feind den Zugang in die Stadt eröffnen wollte. Im letzten Augenblick gebrach es jedenfalls der revolutionären Partei an Mut. Die Garnison Wiens hatte durch den Anschluß zahlreicher Bürger und Studenten und durch mancherlei Verstärkungen die Höhe von ungefähr 5000 Mann erlangt und gegen diese konnten einige entschlossene Gegner, und wenn sie auch nach Hunderten zählten, keinen solchen Streich wie die Übergabe eines Thores wagen. Als sich demnach Thurn in seiner Hoffnung getäuscht sah, mußte sich ihm bei der schlechten Ausrüstung seiner Truppen und bei dem Mangel an der nötigen Artillerie die Überzeugung aufdrängen, daß sein Anschlag mißglückt sei und ihm nichts anderes übrig bleibe, als sich wieder nach Böhmen zurückzuziehen. Dahin wurde er übrigens durch die Direktoren wiederholt zurückberufen, da ihnen die täglich anwachsende Macht Buquois einen großen Schrecken einflößte.

Auf diese Weise hätte sich der Zug gegen Wien als ein gänzlich verfehltes Unternehmen herausgestellt, wenn nicht Thurn im letzten Augenblicke Gelegenheit gefunden hätte, sich mit einigen Mitgliedern des ungarischen Reichstages zu besprechen und diese für die Sache des Aufstandes zu gewinnen. Alle Anstrengungen, die die Böhmen im vorigen Jahre angestellt hatten, um die Ungarn zu

gewinnen, waren resultatlos geblieben, erst jetzt machten sich auf dem neu einberufenen Reichstage die Sympathien der Ungarn in thatkräftiger Weise geltend, indem sie beschlossen, dem Könige die Vermittlung in dem böhmischen Streite anzutragen und hiebei die Befriedigung Böhmens zu befürworten. Zu diesem Zweck wählten sie eine Deputation und schickten sie nach Wien. Bei derselben befand sich auch der Graf Stanislaus Thurzo, der bei dieser Gelegenheit Thurn in seinem Lager besuchte und ihn versicherte, daß er seinen ganzen Einfluß anwenden werde, um die Ungarn noch mehr zu Gunsten seiner Landsleute zu stimmen. Dieses Versprechen und die darauf folgenden innigen Beziehungen zu Ungarn waren das Resultat des Wiener Zuges, allerdings hätte dasselbe auch mit einem geringeren Aufwand an Kraft und Zeit erzielt werden können. In der Nacht auf den 14. Juni brach Thurn sein Lager ab und zog nach Schwechat, überschritt daselbst die Donau und trat von da seinen Rückzug nach Böhmen an. Beim Abschied wechselte er mit den niederösterreichischen Protestanten Vertröstungen auf die Zukunft und ermahnte sie zur Ausdauer.

In Böhmen waren mittlerweile die beiderseitigen Streitkräfte zu einer beträchtlichen Höhe angewachsen. Seit dem Monat März hatten die Aufständischen alle Anstrengungen gemacht, um das Heer durch frische Werbungen zu ergänzen, und da Thurn bei seinem Zuge nach Mähren fast nur von dem Landesaufgebote begleitet war, so zog Hohenlohe, der noch immer vor Budweis stand, alle die neuen Verstärkungen an sich. Wenn man die Truppen, über die Mansfeld in Pilsen verfügte, und die schlesische Hilfe dazu rechnet, so zählte seit dem Monat Mai das böhmische Heer 14000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter.

Da auch die von Buquoi kommandierte Armee stark zusammengeschmolzen war, so mußte die kaiserliche Regierung ebenfalls auf neue Werbungen bedacht sein. Bei der Geringfügigkeit seiner eigenen Mittel hatte Mathias schon gleich nach dem Ausbruch des Aufstandes den König von Spanien durch den Grafen Khevenhiller um seine Hilfe ersucht. Philipp hatte sich zuerst zu

einer Geldhilfe und im Oktober 1618 zur Ausrüstung und Unterhaltung von 3000 Mann entschlossen und vervollständigte später diese Hilfeleistung dadurch, daß er im Januar 1619 die nötigen Geldmittel zur Ausrüstung von weiteren 7000 Mann anwies, die von Flandern aus den Weg nach dem Kriegsschauplatz nehmen sollten. Einige Wochen später befahl er die Anwerbung von 17000 Mann in Italien. Diese italienische Hilfe schmolz auf dem Marsche auf weniger als die Hälfte zusammen und langte erst im Winter 1619/20 auf dem Kriegsschauplatze an. Die in Flandern angeordneten Werbungen wurden dagegen rasch beendet und traten in der Stärke von fast 11000 Mann, in welcher Zahl auch die von Ferdinand auf eigene Rechnung geworbenen Truppen inbegriffen sind, den Marsch nach Böhmen an und verstärkten gegen Ende Mai (1619) das Heer des Grafen Buquoi fast um das Doppelte.

Die Folge davon war, daß man im königlichen Hauptquartier zum Angriff zu übergehen beschloß und bei dieser Gelegenheit einen Erfolg erreichte, der den Rückzug Thurns noch mehr beschleunigte. Mansfeld war an der Spitze von ungefähr 3000 Mann aus Pilsen aufgebrochen, um Hohenlohe vor Budweis zu verstärken. Buquoi, der durch Kundschafter von der Richtung seines Marsches in Kenntnis gesetzt war, beschloß ihn zu überfallen. Nachdem er in Budweis den größern Teil seiner Truppen zur Beobachtung Hohenlohes zurückgelassen hatte, rückte er dem Gegner mit 5000 Mann entgegen. Der Zusammenstoß erfolgte (am 10. Juni) bei Záblat, einem nordöstlich von dem Städtchen Netolic gelegenen Dorfe, wohin sich Mansfeld zurückgezogen hatte, als er die Überlegenheit des herannahenden Gegners erkannte. Buquoi plänkelte anfangs bloß mit dem Gegner, weil er in der sichern Überzeugung des künftigen Sieges vorerst einige Truppenabteilungen abschickte, um dem Feind auf der voraussichtlichen Flucht den Weg zu verlegen. Als er diese Anordnungen getroffen hatte, ging er um die Mittagszeit entschlossen zum Angriffe über und erreichte dabei einen vollständigen Erfolg. Das Fußvolk wurde entweder niedergehauen

oder gefangen genommen und nur von der Reiterei rettete sich ein Teil. Waldstein, der spätere Feldherr, beteiligte sich an diesem Gefecht an der Spitze eines Reiterregimentes, welches für ihn unter den Wallonen der spanischen Niederlande geworben worden war. Mansfeld hatte sich bei dem Kampfe ebenso tapfer als unerschrocken benommen, er suchte so lange als möglich den Widerstand aufrecht zu halten, als er aber alles verloren sah, suchte er in der Begleitung von nur 15 Reitern sein Heil in der Flucht nach Moldautein. Diese Niederlage, deren Andenken sich trotz der geringen dabei verwendeten Streitkräfte bis auf den heutigen Tag erhalten hat, hatte zur Folge, daß man auf böhmischer Seite nicht länger an der angeblichen Belagerung von Budweis festhalten konnte, sondern sich zurückziehen mußte. Hohenlohe brach am 15. Juni sein Lager bei Rudolfstadt ab und zog sich nach Soběslau zurück, um dort die Ankunft Thurns zu erwarten. Buquoy benutzte die Muße, die ihm dadurch vergönnt war, zum Angriff auf alle Schlösser des südlichen Böhmens, die nicht in seiner Gewalt waren und nachdem er seine Aufgabe fast vollständig gelöst hatte, rückte er am 29. Juni gegen Norden vor, einen Tag bevor sich Thurn mit Hohenlohe verbunden hatte. Hohenlohes und Thurns vereinigte Armee mag etwa 30 000 Mann stark gewesen sein, numerisch waren also die beiden Generale dem Grafen Buquoi bedeutend überlegen, aber an Kriegstüchtigkeit der Truppen standen sie tief unter ihm. Das Landesaufgebot war ungeübt und diesem sowohl wie der geworbenen Mannschaft mangelte es an Disziplin, da die böhmischen Stände in der Bezahlung ihrer Truppen immer säumiger wurden. Die Soldaten wurden fahnenflüchtig, die Offiziere ergriffen jeden Vorwand, um sich auf kürzere oder längere Zeit zu entfernen und in Prag herumzutreiben und die hohen Befehlshaber machten es nicht anders.

Im Hauptquartier des königlichen Heeres hatte man mittlerweile beschlossen, den Angriff in der Weise fortzusetzen, daß man den Krieg nach Mähren hinüber spielte. Dampierre trennte sich

deshalb von Buquoi und rückte mit 8000 Mann in diesem Lande ein, wo er bei **Wisternitz** auf die mährischen Truppen unter Friedrich von Tiefenbach stieß, aber dabei eine Schlappe erlitt (anfangs August 1619). Obwohl Buquoi also nicht hoffen konnte, daß die Vorgänge auf dem mährischen Kriegsschauplatz die Böhmen nötigen würden, einen Teil ihrer Truppen dahin abzuschicken, und er demnach mit geringeren Kräften als früher den Kampf gegen das ihm gegenüberstehende Heer fortsetzen mußte, so munterte ihn trotzdem die in Folge der leidigen Soldverhältnisse steigende Unordnung im böhmischen Lager zum entschlossenen Vorgehen auf. Die finanziellen Uebelstände machten sich dermaßen geltend, daß das böhmische Heer nahezu seiner Auflösung entgegenging. Die Regimenter wollten nichts von Kämpfen und weiteren Strapazen wissen, sondern schickten Deputationen über Deputationen nach Prag und forderten Abstellung der mannigfachen Übelstände. Der Sold, den die Direktorialregierung den böhmischen Truppen trotz bedeutender Abschlagszahlungen noch schuldete, belief sich auf 1800000 Thaler. Diese hohe Summe wird nur dann begreiflich, wenn man weiß, daß man der geworbenen Mannschaft einen weit höheren Sold angeboten hatte, als er in Deutschland üblich war und als er z. B. den schlesischen Truppen gezahlt wurde; und wenn man ferner erwägt, daß nur äußerst selten Musterungen angestellt wurden, um den Abgang der in Folge von Verwundungen oder Krankheiten verstorbenen Mannschaft zu konstatieren und darnach die Zahlungen herabzumindern, zu denen man an die einzelnen Hauptleute oder Rittmeister verpflichtet war. Würde man diese beiden Fehler vermieden haben, so würde die Summe der Soldrückstände kaum die Hälfte betragen haben.

Buquoi nahm nun seinen Marsch gegen die feindliche Armee auf und rückte langsamen, aber unaufhaltsamen Schrittes vorwärts und kam bis Milčin, einem zwei Meilen nördlich von Tabor gelegenen Ort, ohne daß die Böhmen ihm einen Widerstand geleistet hätten, obgleich ihre Armee durch einen Zuzug

von 2000 Schlesiern und 1000 in den Niederlanden geworbenen Musketieren gestärkt, ihm an Zahl jetzt mehr als doppelt überlegen war. Im August griff Buquoi Pisek an, und wiewohl die Nachricht davon seinen Gegnern bekannt geworden war, so machten sie doch keine Anstalten die Stadt zu entsetzen und ließen es geschehen, daß dieselbe mit bedeutenden Schätzen und Proviantvorräthen in seine Hände fiel. Er zog hierauf nach Mirowitz und wollte den Grafen Mansfeld, der mittlerweile wieder frische Truppen geworben hatte und mit ihnen von Pilsen herkam, um sich mit der böhmischen Armee zu verbinden, dort erwarten und angreifen. Allein durch ein geschicktes Manöver gelang es dem bedrohten Gegner seine Absicht zu vereiteln. Hohenlohe zog sich mittlerweile nach Zaluzan zurück, um Prag zu decken und ließ dem Grafen Buquoi den Weg nach Pilsen frei: wollte der letztere gegen Prag ziehen, so mußte er erst mit seinen Gegnern eine Schlacht wagen. Hätte er den Versuch gemacht, so wäre bei dem schlechten Geist, der in dem böhmischen Heere herrschte, der Sieg unzweifelhaft auf seiner Seite geblieben, allein ein plötzliches Ereignis hinderte ihn daran und machte ihm ein längeres Verweilen auf dem böhmischen Kriegsschauplatze unmöglich. Bethlen Gabor, der Fürst von Siebenbürgen, war auf dem Kampfplatze aufgetreten, hatte sich mit den Böhmen verbunden und zog nun gegen Preßburg und Wien. Letztere Stadt konnte Buquoi nicht preisgeben und so mußte er sich zum Rückzuge entschließen und damit alle bisher erlangten Vorteile preisgeben.

III. Während dieser Vorgänge hatten sich zwei Ereignisse vorbereitet, welche auf die späteren Geschicke einen maßgebenderen Einfluß als selbst der Anschluß Bethlens ausübten und auf die wir zuerst verweisen müssen, bevor wir über die weiteren Kämpfe berichten: es waren dies die Frankfurter Kaiserwahl und die von den Aufständischen in Prag vorgenommene Königswahl.

König Ferdinand war am 11. Juli 1619 von Wien abgereist, um sich nach Frankfurt zu begeben, und war auf dem Wege dahin in Salzburg angelangt. Hier traf er den englischen

Gesandten Lord Doncaster, den Jakob als Vermittler in dem böhmischen Streite auf den Kontinent geschickt hatte. Wie sehr der englische König die habsburgischen Interessen vor jeder Schädigung bewahren wollte, zeigte er durch den Auftrag, den er seinem Gesandten gegeben hatte. Dieser sollte dafür sorgen, daß die Kaiserwahl auf Ferdinand falle (!), den böhmischen Streit aber auf der Grundlage vermitteln, daß Ferdinand als König anerkannt werde und sich dafür zur Einhaltung jener Versprechungen verpflichte, die er bei seiner Annahme als König gemacht habe. Den Protestanten sollte also die Freiheit ihres Bekenntnisses in keiner Weise geschmälert werden, die Stände dagegen die von ihnen verhängten Konfiskationen aufheben. Man sieht, Jakob wollte den böhmischen Streit nur auf die religiösen Fragen beschränken und nicht etwa die politischen Ansprüche der Stände unterstützen, überhaupt aufrichtig einen Ausgleich herbeiführen, wenn derselbe von beiden Seiten gewünscht wurde.

Doncaster hatte seine Reise nach Salzburg über Heidelberg gemacht, wo der Pfalzgraf und seine Gemahlin ihn freundlich aufnahmen und zu gewinnen suchten, was ihnen nicht schwer fiel, da ihn seine protestantische Gesinnung den habsburgischen Ansprüchen feindlich machte und er sich in Folge dessen nicht sonderlich um die Weisungen seines Herrn bekümmerte. Als er nun mit Ferdinand zusammentraf, bot er demselben die Vermittlung Jakobs aber nicht in dem Sinne seiner Instruktion an, wobei er sich einiger Ausdrücke bedient haben mag, durch welche Ferdinand nicht besonders freundlich angemutet wurde. Dieses, sowie die Fortschritte seiner Waffen veranlaßten den letzteren, die Vermittlung abzulehnen und als der erstaunte Doncaster, der von demselben Größenwahne erfüllt war wie sein Herr, sich mit diesem Bescheide nicht zufrieden gab und die Dienste Jakobs immer wieder empfahl und auf der Annahme derselben bestand, wurde er endlich von Ferdinand dahin beschieden, daß er erst in Frankfurt einen definitiven Entschluß fassen und vielleicht die Vermittlung zulassen werde, an der sich aber auch andere fürstliche Personen

beteiligen müßten. Nach dieser Entscheidung reiste Ferdinand nach München und traf da mit dem Herzog von Baiern zusammen, mit dem er die in Ingolstadt geschlossene Freundschaft erneuerte und den er bei dieser Gelegenheit auch um seine Unterstützung bat. Ohne eine feste Zusage zu geben, machte ihm Maximilian doch tröstliche Versicherungen und Ferdinand konnte gewiß sein, daß dieselben zur That würden, wenn er in Frankfurt die Kaiserkrone erlangen würde.

Die Ausschreibung des Wahltages auf den 20. Juli, welche dem Herkommen gemäß durch den Kurfürsten von Mainz geschehen war, wurde am unliebsamsten in Heidelberg empfunden. Es ist erzählt worden, daß die pfälzischen Staatsmänner den Herzog von Savoyen mit der deutschen Kaiserkrone geködert und ihm mit Sicherheit seine Wahl in Aussicht gestellt hatten, da der Pfalzgraf angeblich über die Mehrzahl der Wahlstimmen verfüge. Man sah nun das Übereilte dieser Zusage ein und bemühte sich, einen Aufschub des Wahltages zu bewerkstelligen. Der Pfalzgraf begab sich selbst zu dem Kurfürsten von Mainz und ersuchte ihn darum; aber wie sehr er sich auch anstrengen mochte, er gelangte nicht zum Ziele, denn Schweikhard von Mainz sah nur zu gut ein, welche Pläne Friedrich verfolge, und daß, im Falle er siegen würde, nicht bloß die habsburgische Herrschaft einen schweren Schlag erleiden, sondern auch die katholische Kirche in Deutschland von demselben betroffen werden würde.

Friedrich bemühte sich nun die protestantischen Kurfürsten für die Aufschiebung der Wahl zu gewinnen und schickte deshalb seinen Rat Camerarius nach Dresden, wurde aber auch da zurückgewiesen, weil Johann Georg zu den Habsburgern in freundlichen Beziehungen stand und überdies für den eigenen Kurhut besorgt war, wenn der Aufstand siegen würde. Die Herzoge von Weimar hatten nicht vergessen, in welcher Weise ihr Vorfahre Johann Friedrich durch Moritz von Sachsen um sein Land und seine Würde gekommen war, und der Umschwung in den öffentlichen Verhältnissen, der durch den böhmischen Aufstand eingeleitet

wurde, schien ihnen eine passende Gelegenheit zu sein, das Verlorene wieder zu gewinnen. Sie verhehlten ihre Hoffnungen nicht und bestärkten damit Johann Georg in seiner Freundschaft für die Habsburger.

Den Herzog von Baiern besuchte der Pfalzgraf persönlich und suchte ihn unter schmeichelhaften Versprechungen für seine Politik zu gewinnen. Aber auch hier wurde er abgewiesen und so verliefen alle seine Bemühungen resultatlos· es blieb bei dem ausgeschriebenen Wahltage, wenn er ihn nicht durch einen Gewaltakt vereiteln wollte. Auch mit diesem Plane trug sich Friedrich und die Absicht, hiefür Bundesgenossen zu gewinnen, war wohl die Veranlassung, weshalb er als Direktor der Union die Mitglieder derselben zu einer Beratung nach Heilbronn berief. Hier erhielt er aber von der Majorität nur den Rat, nochmals die Aufschiebung des Wahltages bei den einzelnen Kurfürsten zu befürworten; für eine gewaltthätige Verhinderung desselben sprachen sich nur einige wenige Mitglieder, keineswegs die Majorität aus. Er betrat also noch einmal den vorgeschlagenen Weg, erreichte aber auch jetzt nicht das gewünschte Ziel und so mußte er sich wohl oder übel entschließen, den Wahltag zu beschicken. Seinen Gesandten gab er den Auftrag, daß sie sich vor allem um die Beilegung des böhmischen Streites bemühen und erst nach Herstellung des Friedens die anberaumte Wahl vornehmen sollten. Nur für den Fall, wenn die anderen Kurfürsten auf diesen Vorschlag nicht eingingen, wurde ihnen gestattet sich an der Wahl zu beteiligen, wobei sie ihre Stimme Ferdinand nicht geben sollten.

Neben den drei geistlichen Kurfürsten, die in Person gekommen waren, erschienen die Gesandten von der Pfalz, von Sachsen und von Brandenburg in Frankfurt am Main; auch die Böhmen hatten Gesandte geschickt, um gegen die Teilnahme Ferdinands an der Wahl zu protestieren, sie wurden aber nicht zugelassen. Die Sitzungen des kurfürstlichen Kollegiums wurden mit der Beratung eröffnet, ob man die Kaiserwahl unmittelbar vornehmen

oder den böhmischen Streit zuerst beilegen solle. Ferdinand, der bereits in Frankfurt war, sich aber an den Beratungen nicht beteiligte, erklärte gegen die geistlichen Kurfürsten, daß er sich mit den Böhmen nur dann in Verhandlungen einlassen werde, wenn er als König anerkannt und die Stände als seine Unterthanen behandelt würden. Diese Erklärung wurde von den geistlichen Kurfürsten günstig aufgenommen, und da erst die Aufständischen von diesem Beschlusse in Kenntnis gesetzt werden und mancherlei Vorberatungen geschehen mußten, bevor die Verhandlungen mit ihnen beginnen konnten, so stimmten die Geistlichen in der folgenden Sitzung für die unmittelbare Vornahme der Kaiserwahl, der böhmische Streit sollte dann unter Vermittlung des ganzen kurfürstlichen Kollegiums beglichen werden. Die pfälzischen Vertreter erklärten sich ihrer Instruktion gemäß gegen diesen Vorschlag, die Brandenburger schlossen sich ihnen an und die sächsischen erklärten sich nicht für hinreichend bevollmächtigt. Auf dieses hin wurden die Vertreter der weltlichen Kurfürsten aufgefordert, neue Instruktion von ihren Herren zu erbitten, und bis zur Ankunft derselben wurden die weiteren Verhandlungen vertagt.

In der Zwischenzeit langte Lord Doncaster in der Nähe von Frankfurt an, welche Stadt er während der Kaiserwahl nicht betreten durfte, und ersuchte den Grafen von Oñate, der mit Ferdinand bis Frankfurt gereist war und sich darauf in Höchst niedergelassen hatte, um eine Unterredung, in der er sich abermals um die unmittelbare Vornahme der Friedensverhandlungen bemühte und wiederum seinen Herrn für dieses Geschäft vorschlug. Aber weder diese Unterredung noch eine zweite, zu der sich der kaiserliche Geheimrat Graf von Trauttmansdorff eingestellt hatte, führte ihn zum Ziel, er wurde mit Ausflüchten hingehalten, die ihm deutlich genug zeigten, daß Ferdinand auf den Sieg seiner Waffen rechne und daß er es nicht einmal mit der Vermittlung des kurfürstlichen Kollegiums aufrichtig meine. Welche Wut sich der pfälzischen Partei wegen der immer schrofferen Unnachgiebigkeit bemächtigte, das bewies sie in diesen Tagen, als

sie eine Reiterabteilung von 500 Mann, die im Auftrage Ferdinands in den rheinischen Bistümern geworben worden war und eben den Marsch nach Böhmen antrat, bei dem Dorfe Raden von einer dreimal größeren Truppenmacht überfallen und zersprengen ließ. Als die Nachricht von diesem Ereignisse dem König hinterbracht wurde, machte sie auf ihn keinen niederschlagenden Eindruck, sondern bestärkte ihn nur in dem Entschlusse, dem Schwerte die Lösung aller gegenwärtigen Streitigkeiten zu überlassen.

In der zweiten Hälfte des August langten die sächsischen und brandenburgischen Instruktionen für die betreffenden Gesandten an, in denen sie beauftragt wurden, sich an der Kaiserwahl zu beteiligen, wenn die Majorität der Kurfürsten sich für die Vornahme derselben vor den böhmischen Friedensverhandlungen aussprechen würde. Die Instruktionen der pfälzischen Gesandten wurden auch jetzt nicht verändert, aber da sie in der Minorität waren, richteten sie mit ihrer Opposition nichts aus. Bevor nun zur eigentlichen Wahl geschritten wurde, fand sich der Kurfürst von Trier bei Ferdinand ein und stellte an ihn offiziell die Frage, ob er sich nach der Wahl die Vermittlung des kurfürstlichen Kollegiums in der böhmischen Streitfrage gefallen lassen werde. Der König wollte dies nur in dem Falle bejahen, wenn auch der Herzog Maximilian von Baiern zugelassen würde. Da der Kurfürst diese Bedingung ablehnte, weil man dann auch andere Fürsten und namentlich den König von England nicht ausschließen könnte, die Beilegung des Streites aber eine innere Angelegenheit sei, so gab Ferdinand endlich die schriftliche Erklärung ab, daß er sich die Vermittlung des kurfürstlichen Kollegiums gefallen lasse. Einige Tage später wurden die Böhmen von diesem Entschlusse in Kenntnis gesetzt und bestimmt, daß die Verhandlungen am 10. November ihren Anfang nehmen sollten, ein Termin, der durch die nachfolgenden Ereignisse nicht zur Geltung kam.

Es begannen nun die Verhandlungen über die Wahlkapitu-

lation, wobei man die nötigen Vorlagen an jenen Kapitulationen hatte, zu denen sich einst die Kaiser Rudolf und Mathias entschließen mußten. Obwohl dieselben die Kaisermacht auf die engsten Grenzen einschränkten, bemühten sich doch die pfälzischen Vertreter, sie noch mehr einzuengen, gleichzeitig versuchten sie auch die einzelnen Kurfürsten, namentlich Trier und Köln, gegen die Kandidatur Ferdinands zu stimmen. Als Graf Solms, einer der pfälzischen Vertreter, gegen den Kurfürsten von Köln erklärte, daß sein Herr dem König Ferdinand, falls er den Kaiserthron besteigen würde, keine Hilfe gegen die Böhmen leisten werde, beschwichtigte ihn der Kurfürst mit der Bemerkung, daß sich ein Ausweg wohl finden werde. „Wenn es aber wahr sein sollte", fügte er hinzu, „daß die Böhmen im Begriff ständen, Ferdinand abzusetzen und einen Gegenkönig zu wählen, so möge man sich gleich auf einen 20-, 30- oder 40jährigen Krieg gefaßt machen, denn Spanien und das Haus Österreich würden eher alles, was sie in dieser Welt besitzen, daran setzen, als Böhmen aufgeben, ja Spanien sei selbst bereit, lieber die Niederlande fahren zu lassen, als seinem Hause die Herrschaft in Böhmen so schimpflich und gewaltthätig entwinden zu lassen." Wie sehr bestätigten die folgenden Ereignisse diese traurige Prophezeiung!

Für die eigentliche Vornahme der Kaiserwahl setzte der Reichserzkanzler, Kurfürst Schweikhard von Mainz, den 28. August fest. An diesem Tage versammelten sich die anwesenden Kurfürsten und die Gesandten der Abwesenden um 7 Uhr Morgens im altberühmten Rathause dem Römer. Hier kleideten sich die Erzbischöfe in Gewänder von rotem Tuch, Ferdinand zog ein solches von rotem Sammt an und setzte eine neue böhmische Krone auf sein Haupt, da die von Karl IV herrührende und bei diesen Feierlichkeiten verwendete in Karlstein aufbewahrt wurde und dadurch in den Besitz der aufständischen Regierung gelangt war. Nachdem sämtliche Wähler den Eid geleistet hatten, daß sie bei der nachfolgenden Wahl nach bestem Wissen und Gewissen vorgehen würden, verfügten sie sich in die Wahlkapelle, jeder

einzelne von den Kurfürsten und von den Prinzipalgesandten begleitet von drei Räten, die bei dem nun vorzunehmenden Akte als Zeugen fungieren sollten. Ein Notar las die Wahlkapitulation vor und die Wähler mußten die Verpflichtung eingehen, daß, wenn einer aus ihrer Mitte gewählt werden sollte, er die Kapitulation unverbrüchlich halten wolle. Darauf entfernten sich alle Personen mit Ausnahme der sieben Wähler.

Der Kurfürst von Mainz machte den Anfang der Wahlhandlung damit, daß er den Kurfürsten von Trier um seine Stimme ersuchte, welcher Aufforderung derselbe nachkam und den König Ferdinand, den Erzherzog Albrecht von Österreich und den Herzog Maximilian von Baiern als passende Kandidaten anführte, aber seine Stimme schließlich dem König Ferdinand gab. Der Kurfürst von Köln, der ihm folgte, erklärte, er wisse, daß sein Bruder, Maximilian von Baiern, auf jede Kandidatur verzichte und deshalb erteile er seine Stimme aus erheblichen Ursachen dem König Ferdinand. Die Reihe der Stimmenabgabe kam jetzt an diesen selbst, aber der Kurfürst von Mainz forderte ihn nicht auf, sondern wendete sich wie aus Vergeßlichkeit an den Grafen Solms als Vertreter des Pfalzgrafen. Solms zog ein Papier heraus, welches das Votum enthielt und las es vor. In demselben wurden als taugliche Personen auf evangelischer Seite der König von Dänemark, der Kurfürst von Sachsen, auf katholischer Seite König Ferdinand, Erzherzog Albrecht und die Herzöge von Baiern und Savoyen erklärt. Da der Pfalzgraf wünsche, daß das Reich ein Haupt erlange, welches den jetzigen traurigen Verhältnissen ein Ende machen möchte, so finde er den Herzog von Baiern als den geeignetsten für die kaiserliche Krone. Mainz forderte jetzt Ferdinand zur Stimmenabgabe auf, allein da dieser ersuchte, man möge erst die übrigen Wähler befragen, so wurde der sächsische Gesandte aufgerufen, der sich kurz und bündig für Ferdinand erklärte. Der brandenburgische Gesandte schlug Maximilian, König Ferdinand und den Erzherzog Albrecht vor und erklärte sich schließlich für Ferdinand

aus dem Grunde, weil Maximilian die Wahl ausschlage. Mainz gab hierauf selbst seine Stimme ab und zwar unter Mitanführung Albrechts und Maximilians für König Ferdinand. Als nun die Reihe an diesen kam, erklärte er, daß, da sich die Mehrheit für ihn entschieden habe und er nach der goldenen Bulle berechtigt sei, sich selbst die Stimme zu geben, er von diesem Rechte Gebrauch mache und sich die Stimme gebe. Der Kurfürst von Mainz legte nun dem pfälzischen Gesandten die Frage vor, ob er sich von der Majorität absondern wolle oder nicht, worauf Solms sich auch für Ferdinand erklärte. Die Wahl war also geschehen und zwar einstimmig. Tief ergriffen von der Wichtigkeit des Momentes dankte Ferdinand für die ihm übertragene Würde und versprach, dem Reiche treu und eifrig vorzustehen.

Die Wahl bedeutete nicht blos einen Sieg der Habsburger, sondern auch eine Niederlage der pfälzischen Partei, wie sie nicht entschiedener sein konnte. Himmel und Hölle hatte der Pfalzgraf in Bewegung gesetzt, um sie zu verhindern oder wenigstens aufzuschieben, er hatte zuletzt selbst zur Gewalt Zuflucht nehmen wollen, und nun waren nicht bloß seine Versuche gescheitert, sondern seine Gesandten selbst hatten, wiewohl widerwillig, dem König Ferdinand ihre Stimme gegeben.

IV. Während dieser Vorgänge in Frankfurt hatten die Direktoren einen General-Landtag der böhmischen Krone einberufen, der von den Vertretern der böhmischen Nebenländer besucht wurde und auf welchem nicht bloß die weiteren Maßregeln der Verteidigung beschlossen, sondern auch bestimmt werden sollte, welche Stellung man gegen Ferdinand einnehmen und ob man an seiner Stelle einen neuen König wählen solle. Die Verhandlungen begannen am 8. Juli und konzentrierten sich zunächst um den Entwurf einer Konföderationsacte, welche nicht bloß die Verhältnisse der Länder der böhmischen Krone unter einander regeln, sondern auch gewisse andere staatsrechtliche Bestimmungen treffen sollte. Den ersten und wichtigsten Gegenstand der Beratung bildete das Recht der Königswahl. Alle waren

damit einverstanden, daß der König nicht als Erb-, sondern als Wahlkönig anzusehen sei und daß die Wahl nicht mehr von den Böhmen allein, sondern unter Mitbeteiligung der übrigen Länder vorgenommen werden solle. Dabei sollte Böhmen zwei Stimmen, Mähren und Schlesien je eine Stimme und die Lausitz als Ober- und Niederlausitz zwei Stimmen führen dürfen.

Die weitere Verhandlung betraf das Glaubensbekenntnis. Der alte Name „Utraquist", den die böhmischen Protestanten noch bei der Erteilung des Majestätsbriefes beibehalten mußten, wurde aufgegeben und dafür der Name Anhänger des „evangelischen Glaubensbekenntnisses" substituiert. Dem böhmischen Staatswesen wurde ein protestantischer Charakter aufgeprägt: es wurde bestimmt, daß die obersten Beamten nur Protestanten sein dürften und daß ihnen bei Besetzung der Ratsstellen in den königlichen Städten ein Vorzug eingeräumt werden solle. Bezüglich der königlichen Kanzlei (des Ministeriums des Innern für die Länder der böhmischen Krone) wurden solche Einrichtungen getroffen, daß sie jeder einschneidenden Machtbefugnis entkleidet und so die Autonomie der einzelnen Länder gewahrt würde. Dieselben wahrten auch ihre Freiheit und Selbstbestimmung in allen politischen, finanziellen und militärischen Angelegenheiten. Schließlich wurde die Wahl von Defensoren in jedem einzelnen Lande anberaumt, welche eine Art Oberaufsicht über den später zu erwählenden König führen sollten: sie sollten darüber wachen, daß der König die neue Verfassung beobachte und wenn er dieses nicht thue, so sollten sie die Länder zum Widerstande mahnen. Acht Fälle wurden besonders festgestellt, in welchen dieser Widerstand für berechtigt erklärt wurde, so unter anderen, wenn der König die Religionsfreiheiten verletzen, oder wenn er widerrechtlich einen obersten Beamten ernennen würde. Am Schlusse dieser die gesammten böhmischen Länder umfassenden Bestimmungen regelte der böhmische Landtag für sich allein das Recht des Kirchenbaues dahin, daß allen Einwohnern in Böhmen ohne Unterschied des Standes das Recht zustehen solle, evan-

gelische Kirchen zu bauen; das Recht zum Bau katholischer Kirchen sollte dagegen auf die Stände des Landes: die Herren, Ritter und königlichen Städte beschränkt bleiben. Am 31. Juli waren die Beratungen zu Ende und die „Konföderationsakte“ in feierlicher Weise unter Eidesleistung sämtlicher daran beteiligter Personen in Prag verkündet.

Auch zwischen Böhmen und Österreich wurde in den folgenden Tagen ein Vertrag geschlossen. Die niederösterreichischen protestantischen Stände hatten sich von Wien entfernt und ihre Beratungen in Horn fortgesetzt und sich daselbst unter den Einflüsterungen Tschernembls im Verein mit den Oberösterreichern zur Teilnahme an diesen Verhandlungen entschlossen. In dem betreffenden Vertrage verpflichteten sich Böhmen und Österreich zur gemeinsamen Abwehr aller Feinde, welche die ständische Gerechtsame und das evangelische Bekenntnis angreifen würden. Man sicherte sich das Recht, allen Übelständen, unter denen man bisher gelitten hatte, ein Ende zu machen und solche Einrichtungen zu treffen, die für das gemeinsame Wohl ersprießlich sein dürften. Zuletzt wurde bestimmt, daß dieses Bündnis für ewige Zeit gelten und in Zwischenräumen von fünf zu fünf Jahren Generalkonvente, die von Böhmen und Österreich beschickt werden sollten, zusammentreten und über die gemeinsamen Angelegenheiten beraten werden sollten. Die Verhandlung wurde am 15. August geschlossen und am 16. der Vertrag feierlich auf dem Landtage vorgelesen und von den Direktoren und den österreichischen Gesandten beschworen.

Nachdem diese Angelegenheiten erledigt waren, lenkten die Direktoren die Aufmerksamkeit der Vertreter der böhmischen Krone auf die vorzunehmende Absetzung Ferdinands. Die Verhandlung wurde im böhmischen Landtage durch die Vorlesung einer biographischen Skizze eingeleitet, in der des Königs Thun und Lassen seit zwanzig Jahren einer eingehenden Musterung unterzogen wurde: es wurde ihm vorgeworfen, daß er in Steiermark die Protestanten unterdrückt, durch List und Betrug die böhmische Krone

erlangt und alles gethan habe, was zum Verderben des Landes gereichen konnte. Nachdem die aus der bisherigen Thätigkeit Ferdinands entnommenen Argumente erschöpft waren, wurden in einer zweiten Schrift noch andere Gründe für seine Absetzung vorgebracht; es wurde nämlich betont, welche ungeheure Schuldenlast auf Böhmen fallen würde, wenn es nicht bloß die auf die eigene Verteidigung gemachten Auslagen, sondern auch die zur Bekämpfung des Landes kontrahierten Schulden bezahlen müßte. Mit der Verlesung dieser Schriftstücke endete die Verhandlung am 18. August. Am folgenden Tage wurden die einzelnen Stände zur Abstimmung darüber aufgefordert, ob Ferdinand auf Grund der vorgelegten Angaben abzusetzen sei oder nicht. Sämtliche Personen des Herren- und Ritterstandes und nach ihnen auch die Vertreter der königlichen Städte sprachen sich für die Absetzung aus. Über dieses Votum berichtete Graf Albin Schlick an die schlesischen und Lausitzer Deputierten und forderte sie auf ihre Meinung abzugeben, während sich Ruppa demselben Geschäfte bei den Mährern unterzog. Sie verlangten einen Tag Bedenkzeit und schlossen sich am folgenden Tage dem Votum der böhmischen Stände an.

Mit der Absetzung Ferdinands trat nun die andere Frage in den Vordergrund, wer auf den Thron zu wählen sei. Drei Fürsten kamen dabei in Vorschlag und Betracht: der Herzog von Savoyen, der Kurfürst von der Pfalz und der Kurfürst von Sachsen. Über die Aussichten dieser Kandidaten und über die Verhandlungen, welche mit ihnen bis zum gegenwärtigen Augenblicke gepflogen worden waren, wird die folgende Erzählung einiges Licht werfen.

Man wird sich erinnern, daß Ruppa im November des vergangenen Jahres dem in Prag befindlichen pfälzischen Gesandten den Antrag bezüglich der Wahl seines Herrn zum König von Böhmen machte und daß er um seine Zustimmung ersuchte. Als nun aber der Herzog von Savoyen zu dem an ihn abgeschickten pfälzischen Gesandten seinen Wunsch nach der

böhmischen Krone aussprach und dem Pfalzgrafen die österreichischen Vorlande als Beute anwies, glaubte man in Heidelberg die savoyischen Pläne unterstützen zu müssen und schickte, nachdem die deshalb vorgeschlagene Zusammenkunft zwischen dem Fürsten von Anhalt und den Herren von Ruppa und Hohenlohe wegen des Todes des Kaisers Mathias zu nichte geworden war, den Achaz von Dohna wieder nach Prag, um daselbst für die savoyische Kandidatur zu wirken. Dohna eröffnete dem erstaunten Ruppa, daß das Verdienst der Mansfeldischen Hilfe nicht dem Kurfürsten von der Pfalz, sondern dem Herzog von Savoyen gebühre, daß also dieser allein den Böhmen eine wirkliche Hilfe geleistet habe. Auf diese Mitteilung hin kühlte sich allerdings der Enthusiasmus für den Pfalzgrafen etwas ab und Ruppa und Hohenlohe schienen nach dem Berichte Dohnas damit einverstanden zu sein, daß man bei der künftigen Königswahl das Augenmerk auf Savoyen richte.

Um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und Savoyen zu einer erhöhten Leistung zu vermögen, reiste nun der Fürst von Anhalt (Ende April 1619) nach Turin ab, berichtete daselbst über die günstige Aufnahme, welche Dohnas Erklärung in Prag gefunden hatte, und suchte den Herzog zum Abschluß eines bestimmten Vertrages zu vermögen. Er fand aber bei ihm nicht mehr jene günstige Stimmung, auf die er nach allen bisherigen Nachrichten rechnen zu können glaubte. Karl Emanuel hatte von seinen diplomatischen Agenten die Nachricht erhalten, daß die Hoffnungen, die er auf den Anschluß von Venedig und Frankreich setzte, nichts weniger als begründet seien, ja daß Frankreich eher seinen Plänen entgegen als förderlich sein werde. Dazu kam noch, daß von Seite Jakobs von England, auf dessen Beistand der Pfalzgraf so sicher gerechnet hatte, keine aufmunternden Zusagen einliefen und daß also die maßgebende Bedingung, unter der der Herzog Böhmen zu unterstützen bereit war, nicht erfüllt wurde. Da ihm aber der Fürst von Anhalt ununterbrochen Mut zusprach und immer und immer wieder zum Ab-

schlusse einer Allianz drängte, so gab er endlich diesem Drängen nach, aber man kann sich in Anbetracht seiner weiteren Haltung nicht des Verdachtes erwehren, daß er es nur that, um seinen Mahner los zu werden. In dem Vertrage verpflichtete er sich zur weiteren Unterhaltung von 4600 Mann im Dienste von Böhmen, zur Verhinderung spanischer Truppendurchzüge aus Italien nach Deutschland, zur Absendung von 6000 Mann nach dem Elsaß und endlich zur monatlichen Zahlung von 100.000 Dukaten an die Union. Dafür erlangte er, daß sich der Pfalzgraf zur Ausrüstung einer Armee von 10.000 Mann verpflichtete, die die Böhmen unterstützen sollten und daß er seinen Einfluß bei ihnen geltend machen sollte, damit die Krone an den Herzog übertragen werde. In einem zweiten an demselben Tage formulierten Vertragsentwurfe wurde bestimmt, daß der Herzog von Savoyen, wenn er aus irgend einem Grunde nicht auf den böhmischen, wohl aber auf den deutschen Thron gelangen würde, auch dann monatlich 100.000 Dukaten zahlen solle, vorausgesetzt daß Böhmen eine dem gemeinsamen Interesse entsprechende Königswahl treffen würde. Die Ratifikation dieser beiden zu Rivoli abgeschlossenen Verträge sollte binnen zwei Monaten erfolgen.

Nach Abschluß dieser Verhandlungen lenkte der Fürst von Anhalt seine Schritte nach Heilbronn, wo sich anfangs Juni (1619) ein Unionstag versammelte, dem er nun über den Erfolg seiner Bemühungen berichtete. In Heilbronn erschienen auch Gesandte aus Böhmen, welche um Geld und Truppen baten. Ihr Gesuch wurde insofern erhört, als die Union die Bürgschaft für ein Anleihen von 200.000 Gulden, die später von Nürnberg geliehen wurden, übernahm. Von einer Truppenhilfe wollte die Union nichts wissen, aber sie beschloß die Anwerbung von 13—15000 Mann, um den Zuzug der etwa in Flandern oder am Rhein für Ferdinand geworbenen Truppen nach Böhmen zu hindern, und wir haben gesehen, wie sie diesen Beschluß bei Raden verwertete. Von dem Unionstage reiste Anhalt nach Amberg, seiner gewöhnlichen Residenz, da er von dem Kurfürsten von der

Pfalz mit der Statthalterschaft über die Oberpfalz betraut worden war und besprach sich mit dem savoyischen Agenten de Bausse und dem Grafen von Mansfeld und gab ihnen beiden Instruktionen, in welcher Weise sie in Prag die Kandidatur des Herzogs von Savoyen für die böhmische Krone befürworten sollten.

Kaum aber waren Mansfeld und de Bausse weggereist, so bereute sowohl der Fürst von Anhalt, wie der Pfalzgraf den ihnen gegebenen Auftrag. Sie konnten es sich nicht verzeihen, daß sie auf die Krone von Böhmen zu Gunsten des italienischen Fürsten verzichtet hatten und beeilten sich deshalb, den begangenen Fehler gut zu machen, indem sie den Achaz von Dohna wieder nach Prag schickten, damit er daselbst der savoyischen Kandidatur entgegen arbeite. Dohna beeilte seine Reise und suchte alsbald den Präsidenten der Direktorialregierung, den Herrn von Ruppa, wieder für den Pfalzgrafen zu gewinnen, wobei er es natürlich an Versprechungen nicht fehlen ließ. Es bedurfte nicht allzuvieler Mühe; in Prag war man auf den Herzog von Savoyen nicht gut zu sprechen, da er seit einem halben Jahre dem Grafen Mansfeld kein Geld für die Unterhaltung seiner Truppen hatte zukommen lassen und auch jetzt, trotz des in Rivoli abgeschlossenen Vertrages jede weitere Unterstützung ablehnte, weil Jakob von England sich an der Allianz nicht beteiligen wolle. Der Herzog verzichtete durch dieses Benehmen eigentlich selbst auf jede Kandidatur und deshalb fand Dohna bei Ruppa eine doppelt gute Aufnahme und erlangte von ihm das Versprechen, daß er seinen ganzen Einfluß für die Wahl des Pfalzgrafen einsetzen werde. Nur die eine Bedingung stellte Ruppa für die Einhaltung seines Versprechens, daß der Pfalzgraf sich zur Annahme der Wahl verpflichte, falls sie auf ihn fallen sollte.

Als Dohna mit diesem Berichte nach Amberg reiste, traf er daselbst auch den Kurfürsten von der Pfalz an. Friedrich fühlte sich durch die Hoffnungen geschmeichelt, die ihm gemacht wurden, wollte aber die von ihm verlangte Zusage nicht geben, bevor er nicht der Zustimmung seines Schwiegervaters für die

Annahme der böhmischen Krone gewiß sein würde und ersuchte deshalb um einen Aufschub der Wahl bis zu dem Zeitpunkte, wo er eine Nachricht aus England erlangt haben würde. Mit diesem Bescheide reiste Dohna wieder nach Prag und traf da am 18. August ein, zu einer Zeit, wo gerade über die Absetzung Ferdinands verhandelt wurde. Er entledigte sich seines Auftrages, aber weder die Direktoren noch Ruppa wollten in einen Aufschub der Wahl willigen. Der Generallandtag war wegen derselben versammelt worden und konnte nicht vertagt werden, dazu nahmen die Dinge auf dem Kriegsschauplatze die oben geschilderte ungünstige Wendung, so daß man auf eine Besserung nur dann hoffen konnte, wenn man sich die Allianz eines bedeutenden Fürsten sicherte und ihm deshalb die Krone übertrug. Dohna bekam also zur Antwort, daß man die Wahl nicht verschieben und auf die Zustimmung Jakobs nicht warten könne.

Aus diesen Mitteilungen ersieht man, daß diejenigen Personen, die damals an der Spitze von Böhmen standen, ihr Augenmerk eigentlich stets nur auf den Kurfürsten von der Pfalz gerichtet hatten und daß sie die Kandidatur des Herzogs von Savoyen fallen ließen, sobald der erstere Miene machte, sich des Landes anzunehmen. Trotz alledem würde derselbe wohl nie die Krone des Landes erlangt haben, wenn ein anderer Kandidat, auf den zwar nicht die tonangebenden Personen, wohl aber die Mehrheit der Bewohner des Landes sehnsüchtig hinblickten, nämlich der Kurfürst von Sachsen, gewillt gewesen wäre, sich dem böhmischen Aufstande anzuschließen.

Johann Georg war der Neffe jenes Moritz von Sachsen, der durch sein Bündnis mit Kaiser Karl V die Niederlage des schmalkaldischen Bundes herbeigeführt und dafür zum Lohne Kursachsen erhalten hatte, dessen Besitzer geächtet und mit Weimar entschädigt wurde. Der Leumund, dessen sich Johann Georg erfreute, war kein günstiger, überall sprach man nur von seiner Trunksucht und seinen rohen Manieren, mit denen er seine Umgebung wie ein orientalischer Despot mißhandelte und beachtete

dabei weniger manche tüchtige Seite seines Wesens, die sich namentlich in einer musterhaften Ordnung seines Haushaltes und seines Staatswesens zeigte. In Böhmen hatte man für die Tüchtigkeit des sächsischen Regiments ein offeneres Auge, vielleicht auch deshalb, weil man durch Ausnützung der geordneten finanziellen Verhältnisse des Kurfürsten am leichtesten den Sturz der habsburgischen Herrschaft bewerkstelligen zu können hoffte. Dieser Überzeugung entsprangen auch die vertraulichen Mitteilungen, die Thurn, Andreas Schlick und Wenzel Kinsky schon im Jahre 1614 durch einen sächsischen Agenten dem Kurfürsten zukommen ließen und in denen sie ihn direkt zur Bewerbung um die böhmische Krone aufforderten. Nur die vollständige Gleichgiltigkeit, die der Kurfürst derartigen Vorschlägen entgegensetzte, bewirkte, daß dieses Thema nicht häufiger in den böhmischen Kreisen erörtert wurde.

Als der Aufstand im Jahre 1618 ausbrach, hätte es von Seite Johann Georgs nur einiger Versprechungen und kleiner Dienste bedurft, so hätten die Leiter des Aufstandes in ihm ihr künftiges Haupt gesucht; Thurn, Hohenlohe und Andreas Schlick ließen es an Winken und Äußerungen in dieser Beziehung nicht fehlen. Allein der Kurfürst blieb auch jetzt gegen alle Schmeicheleien taub, nicht die geringste Handlung ließ sich von ihm anführen, aus der man auf Sympathien für den Aufstand hätte schließen dürfen. Als nach der Záblaker Schlacht die Verhältnisse auf dem Kampfplatze eiue so schlimme Wendung für Böhmen nahmen und Mangel an Geld und Kriegsbedürfnissen aller Art sich geltend machte, schickten die Direktoren den Grafen Andreas Schlick nach Dresden, um den Kurfürsten zu einiger Hilfe zu vermögen und ihm dafür nicht nur jene Krongüter zum Pfande anzubieten, die er sich auswählen würde, sondern auch die Freigebung des sächsischen Voigtlandes von der Lehenspflicht, in der es bis dahin zur böhmischen Krone stand. Schlick beschränkte sich nicht auf diese Anerbietungen, zu denen er ermächtigt war, sondern benützte die Gelegenheit, um den Kurfürsten anzudeuten

wie groß seine Aussichten auf die böhmische Krone seien. Trotzdem lautete die Antwort auf die Bitten der Direktoren in allen Teilen ablehnend und so eisig und förmlich wie möglich.

Würde diese Antwort allgemein bekannt geworden sein, so würden sich auch die Sympathien der Menge für Sachsen abgekühlt haben, allein man suchte das Geheimnis sorgfältig zu wahren, um die ohnehin gedrückte Stimmung nicht noch mehr herabzustimmen. So blieb die große Menge, der nichts von den mit Kurpfalz eingeleiteten Verhandlungen bekannt war, auch weiter ihrer Zuneigung für Sachsen treu und wurde darin durch die eigentümliche Haltung Schlicks nur noch bestärkt. Der schwachsinnige Mann wollte es nicht begreifen, daß seine Mission gescheitert sei, er suchte noch immer die Hoffnungen auf Sachsen wach zu erhalten und entschuldigte die Zurückhaltung des Kurfürsten damit, daß die Länder der böhmischen Krone selbst nicht energisch genug ihre Absicht, einen neuen König zu wählen, kund gegeben hätten. Der Kurfürst, so behauptete er, sei der böhmischen Sache so geneigt, daß man sich dessen billig erfreuen müsse, und wer das Gegenteil davon behaupte, sage es entweder aus Unwissenheit oder Lüge. Daher kam es, daß beim Beginn der Konföderationsverhandlungen in Prag noch immer die Meinung herrschte, bei der darauffolgenden Königswahl werde Sachsen aus der Wahlurne hervorgehen. Auch der sächsische Agent glaubte dies, jedenfalls schrieb er zwei Tage vor dem Abschlusse der Konföderation, daß die vornehmsten unter den Direktoren für Kursachsen eingenommen seien und daß man emsig die Gründe erörtere, die diesen Fürsten zur Annahme der ihm dargebotenen Krone bestimmen müßten. Nach dem Abschlusse der Konföderation berichtete er, daß sich alle drei Stände gleichmäßig nach der sächsischen Herrschaft sehnten und Gut und Blut für dieselbe einzusetzen bereit seien. Doch verhehlte er nicht, daß gleichzeitig auch für einen anderen Kandidaten intriguiert werde und zwar für den Herzog von Savoyen, er glaube aber nicht, daß dieser Rival allzu gefährlich werden könnte. Trotzdem beruhten

alle diese Hoffnungen und Berichte auf Täuschung. Der Kurfürst wurde nicht gewählt, weil er die Wahl ganz und gar nicht anstrebte.

Die Wahl nahm am 26. August im böhmischen Landtage ihren Anfang. Die entscheidende Sitzung wurde mit einem Gebete eröffnet, worauf einer der Direktoren, Bohuchwal Berka, mit wenigen Worten auf die Ursache der ständischen Versammlung, nämlich die Wahl eines Königs hinwies und dann den anwesenden Feldmarschall Fels aufforderte, seine Stimme abzugeben. Fels, der zur sächsischen Partei gehörte, wollte die Wahl verzögern und verlangte deshalb, daß man vorerst noch einem feierlichen Gottesdienste beiwohne, und als er mit seiner unzeitgemäßen Frömmigkeit keinen Anklang fand, wollte er, daß die Wahl genau in der Weise vorgenommen werde, wie dies in früheren Fällen, namentlich bei Ferdinand I geschehen sei, also durch einen Ausschuß, und da er auch damit nicht durchdrang, schlug er vor, daß nach Kurien und nicht einzeln abgestimmt werden solle. Bei allen diesen Vorschlägen war es ihm nur um die Anbahnung einer endlosen Debatte zu thun, und da er keinen derselben durchsetzen konnte, verlangte er endlich geradezu die Vertagung der Wahl. Nachdem Ruppa in leidenschaftlicher Erregtheit sich gegen jede Zeitversäumnis erklärt hatte, sprach sich der Landtag in seiner überwiegenden Majorität gegen die angetragene Vertagung aus. Als nach Erledigung dieses Zwischenfalles Berka den Feldmarschall abermals zur Stimmenabgabe aufforderte, gab er seine Stimme dem Kurfürsten von Sachsen. Karl Mracky, der ihm in der Abstimmung folgte, schloß sich ihm an und nach einiger Unterbrechung noch zwei andere Mitglieder des Herrenstandes, Graf Albin Schlick und Ulrich Kinsky. Dagegen stimmten die sämtlichen übrigen Mitglieder des Herrenstandes, im ganzen etwa 34 Personen, für den Pfalzgrafen; zwei von ihnen, Paul von Řičan und Ruppa, begründeten ihre Meinungen in längerer Rede, in der sie nicht bloß die trefflichen Eigenschaften ihres Kandidaten rühmten, sondern auch auf seine bisherigen Verdienste um

die böhmische Sache und namentlich auf den erst vor wenigen Tagen bei Raben vollführten Handstreich gegen die für Ferdinand geworbenen Reiter hinwiesen. Ruppa betonte die Allianzen des Pfalzgrafen mit der Union, den Generalstaaten, mit England, Savoyen und der Schweiz und rühmte auch seinen Reichtum, der ihm eine nachhaltige Unterstützung der Böhmen erlaube. Diese Rede mag im letzten Augenblicke eine bedeutende Stimmenzahl ins pfälzische Lager geführt haben, Niemand im Landtage kannte derart die auswärtigen Verhältnisse wie Ruppa: wenn er nun mit einer nahezu apodiktischen Sicherheit von den Allianzen des Pfalzgrafen sprach, als ob sie thatsächlich beständen und sämt und sonders für Böhmen nutzbringend sein würden, wer unter den Anwesenden lauschte nicht gern diesen Worten, wer gab sich nicht dem Glauben hin, daß das Bild, welches der Redner ausmalte, wahr sei und der Pfalzgraf der Retter in der Not sein werde?

Die Abstimmung im Ritterstande ergab für die pfälzische Partei ein noch glänzenderes Resultat: 110 Personen stimmten für den Pfalzgrafen und nur drei gaben ihre Stimme dem Kurfürsten Johann Georg. Der Bürgerstand entschied sich einstimmig für den Pfalzgrafen. Nur sieben Stimmen hatten sich also im Landtag für Johann Georg erklärt, alle übrigen für Friedrich, keine für den Herzog von Savoyen.

Am folgenden Tage wurde den Vertretern der böhmischen Nebenländer das Resultat der Wahl mitgeteilt und sie aufgefordert, ihre Meinung abzugeben. Nach kurzer Beratung erklärten die Mährer ihre Übereinstimmung mit den Böhmen, ihnen folgten die Schlesier, dann die Niederlausitzer, die Oberlausitzer waren die einzigen, welche es vorgezogen hätten, ihre Stimme dem Kurfürsten von Sachsen zu geben; um jedoch in den allgemeinen Einklang keinen Mißton zu bringen, erklärten auch sie sich für den Pfalzgrafen. So war im Sinne der neuen Konföderation die Königswahl von allen Ländern der böhmischen Krone vorgenommen worden. Am 27. August um die Mittagszeit gaben

einige Geschützsalven der Bevölkerung von Prag die Nachricht, daß die Königswahl vollzogen sei.

Als der nunmehrige Kaiser Ferdinand Nachricht von derselben bekam, nahm er sie scheinbar ruhig, um nicht zu sagen verächtlich auf und bezeichnete die Urheber derselben als „närrische und aberwitzige Leute“. In Sachsen, wo man sich nie um die böhmische Krone beworben und sie auch nicht angenommen hätte, empfand man doch die Wahl eines anderen Fürsten um so unangenehmer, je bestimmter man selbst auf sie gehofft hatte und mit ihrer Ablehnung sich brüsten wollte.

V. Dagegen fühlte sich der Kurfürst von der Pfalz, der sich noch immer in Amberg aufhielt, durch die auf ihn gefallene Wahl zwar geschmeichelt aber auch beängstigt, weil man nicht auf die von ihm bedungene Zustimmung Jakobs gewartet hatte. Gegen den Fürsten von Anhalt äußerte er sich in vertrauter Weise, daß er wohl zur Annahme der Krone bereit sei, aber seine Zusage so lange aufschieben wolle, bis er von dem Könige von England, an den er über diese Vorgänge berichtete, eine zustimmende Äußerung erlangt haben würde. Der Pfalzgraf hätte sich übrigens nicht bloß um die Zustimmung und Unterstützung Englands bekümmern, sondern auch erwägen sollen, wie man in Frankreich über den böhmischen Streit urteile. Er hatte nicht notwendig, dort erst anzufragen, man gab ihm von da unaufgefordert seine Meinung kund. Der französische Staatssekretär Puysieux hatte es getadelt, als sich der Pfalzgraf der Kaiserwahl widersetzte, und geraten, daß man nach der Erhebung Ferdinands den böhmischen Streit auf friedliche Weise beilegen solle und als er jetzt die Nachricht von der in Prag vollzogenen Königswahl erhielt, warnte er den Pfalzgrafen vor der Annahme der dargebotenen Krone, weil das Haus Österreich alle seine Kräfte zur Behauptung Böhmens verwenden werde. Aber der Glanz der dargebotenen Krone blendete den jungen Fürsten, so daß er dieser Warnung kein Gewicht beilegte, wenn ihm nur die englische Unterstützung zu Teil würde.

Da er seine Hoffnung neben England auch auf die Union setzte, so berief er die Mitglieder derselben nach Rothenburg an der Tauber, um sich zu vergewissern, auf welche Mithilfe er bei ihr rechnen könne. Der Beschluß des Rothenburger Tages lautete dahin, daß die Union den Pfalzgrafen in der Behauptung seiner Erbländer unterstützen würde, falls er wegen Annahme der böhmischen Krone in ihnen angegriffen würde. Friedrich konnte sich also mit der Hoffnung tragen, daß seine Verbindung mit Böhmen ihm im äußersten Falle keinen anderen Schaden bringen werde, als den Verlust einiger Kapitalien, die er bei dem Kampfe um den Besitz der Wahlkrone verwenden werde.

Nach Abschluß des Rothenburger Tages beriet sich der präsumtive König in Heidelberg mit seinen vertrautesten Freunden, darunter namentlich mit Christian von Anhalt und dem Grafen Johann von Nassau über die Antwort, die er den Böhmen geben solle. Da sich die Mehrzahl der Räte dahin aussprach, daß er jede definitive Zusage vermeiden müsse, so lange er keine Nachricht von Jakob erhalten habe, so schrieb er in diesem Sinne an die böhmischen Stände, bedankte sich für die auf ihn gefallene Wahl, erklärte aber zugleich, er könne keine zustimmende Antwort erteilen, bevor er nicht das Versprechen der Unterstützung von seinem Schwiegervater erhalten haben würde. Eine solche Entscheidung war jedoch nicht im Geschmacke des Fürsten von Anhalt. Er kannte den englischen König zu gut, um nicht zu befürchten, daß sich derselbe mit der ersehnten Antwort nicht beeilen würde, schon deshalb nicht, um die Verantwortung späterer Unglücksfälle allein dem Pfalzgrafen zuzuschieben. Anhalt drang also in den letzteren und forderte ihn zu einem selbständigen und entscheidenden Entschlusse auf: wenn er jetzt zurückweiche, so lauteten seine mahnenden Worte, so würde er sich mit einer unauslöschlichen Schande belasten, nachdem von seiner Seite so viel für die Vornahme der Wahl geschehen sei. Diese energische Aufforderung hatte den gewünschten Eindruck zur Folge, vielleicht führte auch die Gemahlin des Kur-

fürsten, die englische Königstochter Elisabeth, eine ähnliche Sprache, wenigstens ist es gewiß, daß sie zu keiner Zeit seine ehrgeizigen Pläne mißbilligte. So entschloß sich also Friedrich (am 28. September 1619) zur Annahme der Krone, ohne die Zustimmung aus England abzuwarten und benachrichtigte hievon am folgenden Tage den englischen König. Zwei Tage später teilte er seinen Entschluß auch den böhmischen Direktoren mit, und so wußte man schon zu Anfang des Monates Oktober in Prag, daß die Wahl von dem Gewählten angenommen worden sei.

Bevor wir über die bald darauf folgende Krönung berichten, wollen wir hier andeuten, welchen Inhalt die von dem Pfalzgrafen so sehnsüchtig erbetene Erklärung aus England hatte, als sie endlich anlangte. Aus den Aufträgen, die Jakob dem Lord Doncaster gegeben hatte, ist ersichtlich, wie er sich die Interessen der Habsburger angelegen sein ließ und wie wenig er ihnen in den böhmischen Angelegenheiten feindlich entgegentreten wollte. Man konnte deshalb von vornherein vermuten, daß ihm die Nachricht von der Wahl nicht angenehm sein, die von ihrer Annahme aber geradezu erbittern werde. Als er nun am 13. September durch Christoph von Dohna von der vollzogenen Wahl verständigt wurde, wies er alle Bitten und Vorstellungen, sie gut zu heißen und sich seines Eidams anzunehmen, mit starrer Entschiedenheit ab. Vergebens bemühte sich Dohna, ihn umzustimmen; auf alles Flehen und alle Schmeicheleien des Gesandten erteilte er schließlich die Antwort, daß er sich die Entscheidung nicht abdrängen lassen, sondern ruhig über dieselbe nachdenken wolle. Ihn quälte nicht die Angst um seinen Schwiegersohn, sondern die Sorge, daß man in Spanien glauben könne, er habe bei der Wahl des böhmischen Königs seine Hand im Spiele gehabt und deshalb schrieb er an Philipp und versicherte ihn, daß er völlig unschuldig an der Erhebung seines Schwiegersohnes sei. In der That bedurfte es dieser Entschuldigung, wenn er mit seinem Lieblingsplan, den Abschluß einer innigen Allianz mit Spanien und die Heirat seines Sohnes mit der Infantin Maria

zu Stande zu bringen, nicht Schiffbruch leiden wollte. Da er jedoch nicht bloß von Dohna, sondern auch von seinem Gesandten in Haag, Carleton, im Auftrage der Generalstaaten zu einer günstigen Entscheidung für den Pfalzgrafen gedrängt wurde, mußte er sich zur Berufung des Staatsrates entschließen, in dem über die künftige Haltung Englands beraten wurde. Als während der Sitzung, die am 30. September abgehalten wurde, die Nachricht einlief, daß sich der Pfalzgraf zur Annahme der böhmischen Krone entschlossen habe, ersuchten alle Räte den König, er möchte die Entscheidung Friedrichs gut heißen und durch eine öffentliche Kundgebung das Bündnis mit ihm zur allgemeinen Kenntnis bringen, aber auch ihre Bemühungen waren vergeblich. Gegen Dohna, der zwei Tage später von ihm in Audienz empfangen wurde, ließ er den ganzen Groll aus, den er gegen seinen Schwiegersohn gefaßt hatte. Die Antwort, die er dem letzteren zukommen ließ, bestand darin, daß er nicht nur jede Hilfe verweigerte, sondern auch dessen Bitte um Verwendung bei dem Könige von Frankreich und bei der Signoria von Venedig ablehnte und ihn für seine Handlungsweise tadelte.

Trotzdem mußte der König bald darauf eine Sprache führen, als ob er die Unterstützung des Pfalzgrafen noch nicht endgiltig abgelehnt habe, denn anders konnte er sich des stürmischen Drängens einiger seiner Anhänger nicht erwehren. Einer der englischen Bischöfe trat in einem Briefe, der zu seiner Kenntnis gelangte, auf das wärmste für Friedrich und seine Sache ein, sie sei mit der des Evangeliums verknüpft und seine Unterstützung die dringendste Pflicht jedes gläubigen Fürsten. Eine ähnliche Sprache führte der holländische Gesandte in England, Noël de Caron, vor dessen dringenden Bitten sich Jakob nur mit der Ausflucht rettete, daß er den Bericht Lord Doncasters über seine Gesandtschaftsreise abwarten müsse, bevor er einen weiteren Schritt thue. Der holländische Gesandte ließ sich durch diese Ausflucht täuschen, denn er brachte aus der Audienz den Eindruck mit, als ob der König nicht lange mit der Hilfe zögern, sondern nur eine gewisse

Zeit verstreichen lassen wolle, um sich dann dem Pfalzgrafen vollständig anzuschließen. Diese Hoffnung erwies sich aber als eitel, denn in der Abschiedsaudienz, die Jakob dem Christoph von Dohna (am 6. Oktober 1619) erteilte, war von einer Hilfeleistung keine Rede, er ergoß sich nur in Klagen über seinen Schwiegersohn, der ihn durch seine unverantwortliche und voreilige Annahme der böhmischen Krone gegenüber Spanien und dem Kaiser in ein schlechtes Licht gestellt habe. Dieser seiner Meinungsäußerung entsprach auch der Auftrag, den er dem Lord Doncaster nach Deutschland zuschickte, nach welchem dieser in Haag bei den Generalstaaten erklären sollte, daß er (J.) um seiner Ehre willen an dem böhmischen Streite keinen Anteil nehmen dürfe, weil man sonst glauben könnte, daß sein Schwiegersohn mit seinem Einverständnis die Krone angenommen habe. Seinem Gesandten in Spanien trug er auf, dem König Philipp eine Abschrift der gesamten Korrespondenz, die er mit der Union in den deutschen Angelegenheiten gepflogen habe, zu übermitteln, damit man in Spanien die Überzeugung gewinne, wie verschieden seine Ratschläge gewesen seien von dem, was erfolgt sei, und wie ihm jede vorangehende Mitwissenschaft fern gelegen habe. Die Folge von dieser eigentümlichen Haltung war, daß die Generalstaaten, die seinen Schwiegersohn mit 50000 Gulden monatlich zu unterstützen bereit waren, erklärten, daß sie diese Zahlung einstellen würden, wenn Jakob jede Mithilfe verweigern werde.

Nachdem der Pfalzgraf sich zur Annahme der böhmischen Krone entschlossen hatte, raffte er in Heidelberg den größten Teil der daselbst aufgehäuften Ersparnisse zusammen und trat mit ihnen den Weg nach Prag an. Als er auf seiner Reise Amberg berührte und sich da eine Woche lang aufhielt, um die nötigen Vorbereitungen zu seinem Einzuge in Böhmen zu treffen, fand sich ein kaiserlicher Gesandter bei ihm ein. Ferdinand, der vergeblich gehofft hatte, daß er mit dem Pfalzgrafen auf seiner Rückreise von Frankfurt zusammentreffen und ihn von der ferneren Unterstützung des böhmischen Aufstan-

des abhalten könnte, wollte noch einen letzten Versuch machen und schickte zu diesem Behufe den Grafen Fürstenberg an Friedrich ab. Der Gesandte ersuchte den letzteren im Namen des Kaisers um die Zustimmung zur Berufung eines Reichstages, durch den allen bisherigen Mißhelligkeiten ein Ende gemacht werden sollte und verlangte gleichzeitig das Versprechen, daß der Pfalzgraf die angebotene Krone nicht annehmen werde. In der schriftlichen Antwort, die ihm Tags darauf eingehändigt wurde, hieß es, daß der Kurfürst von der Berufung eines Reichstages nichts gedeihliches hoffe, wenn nicht vorher die mannigfachen Beschwerden beseitigt würden, über die man in Deutschland schon seit langem klage. Was die böhmische Wahl betreffe, so wolle er über diesen wichtigen Gegenstand noch mit sich zu Rate gehen und hoffe, daß er in keinen „ungleichen Verdacht“ kommen werde, wenn er sich „der so hart bedrängten Länder auf die ergangene Wahl in etwas annehmen würde“. — Wenn wir diese geschraubte Sprache in einfache Worte kleiden, so wurde damit der Entschluß des Kurfürsten zur Annahme der böhmischen Wahl angedeutet, wenn gleich noch nicht als unwiderruflich festgestellt.

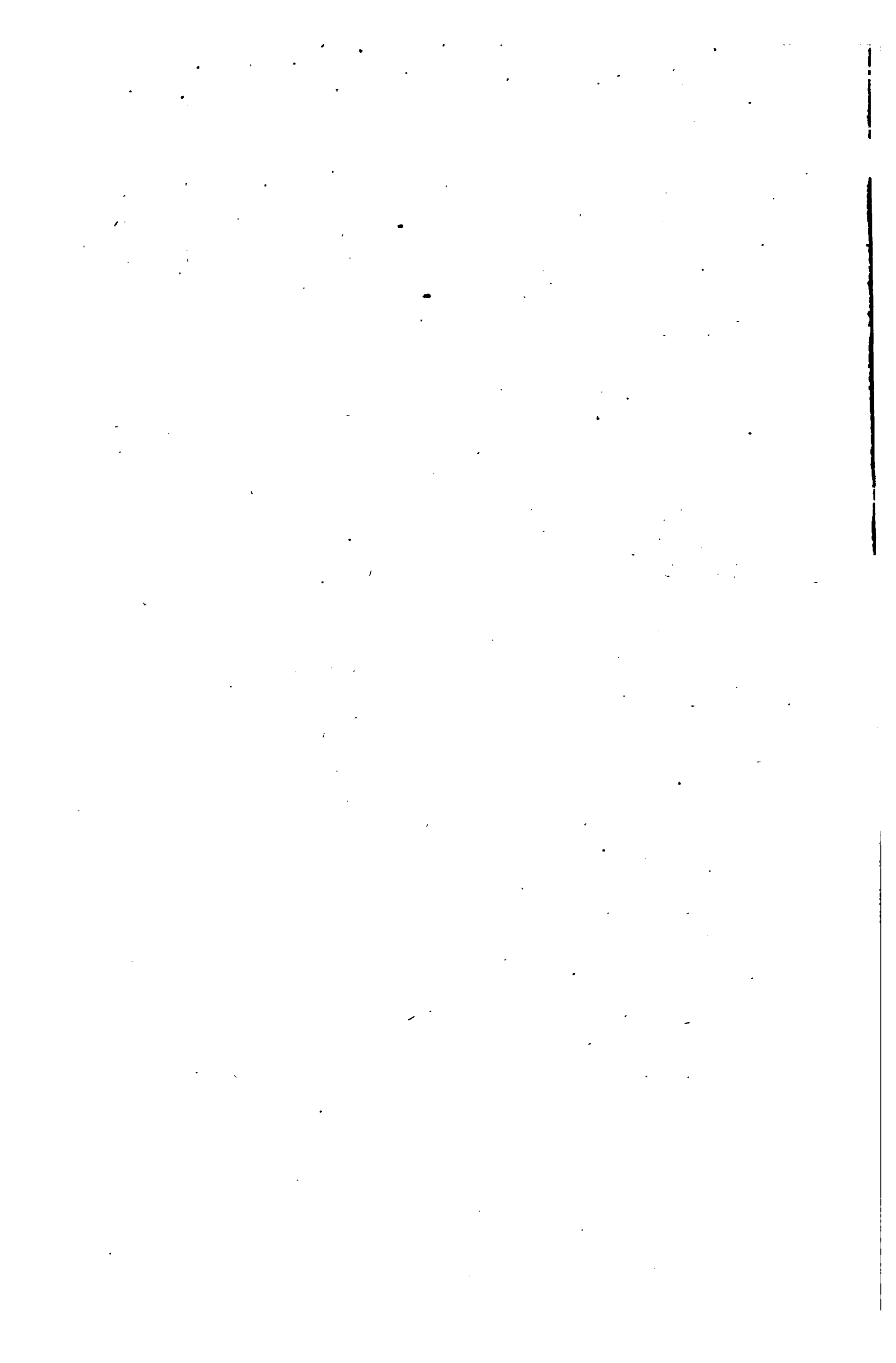
Ungefähr am 20. Oktober brach Friedrich von Amberg auf und reiste nach Waldsassen, einem nahe an der böhmischen Grenze gelegenen Orte, wo er am 23. eintraf. Hier erschien am folgenden Morgen eine Deputation von zwanzig Personen aus allen Ländern der böhmischen Krone, welche ihn im Auftrage des Wahllandtages begrüßte. Friedrich empfing sie in feierlicher Audienz in Gegenwart seines Bruders, seines ältesten Sohnes, sowie des Fürsten Christian von Anhalt und der hervorragendsten Mitglieder seines Gefolges und beantwortete die Ansprache des Grafen Andreas Schlick, der das Wort führte und die Gründe der böhmischen Königswahl berührte, in ungezwungener und freier Rede. Die Deputation verfügte sich darauf zur Gemahlin des Pfalzgrafen, und hier ergriff Ruppa das Wort, indem er der hohen Frau dafür dankte, daß sie sich den Wünschen der Böhmen freundlich gezeigt und ihren Gemahl zur Annahme der Königs-

krone aufgemuntert habe. Elisabeth beantwortete die französische Rede in derselben Sprache, sie versicherte, was sie gethan, habe sie gern und um der Religion willen gethan. Von jetzt an führte das kurfürstliche Paar den Königstitel.

Am 25. Oktober setzte Friedrich in Begleitung seines ganzen Hofstaates, der sich auf nicht weniger als 569 Personen belief und Bedienstete aller Art enthielt, seinen Weg über Eger nach Böhmen fort. In allen größeren Orten, die er berührte, wurde ihm ein festlicher Empfang bereitet, am glänzendsten ging es dort zu, wo er übernachtete. Nach dem letzten Nachtlager, das im Schlosse Bušt hrad abgehalten wurde, langte der königliche Zug am 31. Oktober früh Morgens vor Prag in dem Tiergarten an, welcher der Stern genannt wird. Vor dem Schlosse, das diesen ziert, harrten des Königs ein großer Teil des böhmischen Adels, viele Abgesandte aus den böhmischen Nebenländern und zahlreiche festlich aufgeputzte Reiterabteilungen, welche teils aus jungen Edelleuten, teils aus Prager Bürgern bestanden. Der erste Eindruck, den der junge 23jährige Mann auf die harrende Menge machte, über die er nun die Herrschaft ausüben sollte, war ein gewinnender; seine hohe, schlanke Gestalt und seine einnehmenden Gesichtszüge fanden allgemeinen Beifall. Als er der ihn erwartenden Gesellschaft ansichtig wurde, stieg er vom Wagen herab, nahm den Hut ab und reichte den vornehmsten Personen die Hand. Nach der Mahlzeit, welche das Königspaar im Schlosse eingenommen hatte, fand der feierliche Einzug in Prag durch das Reichsthor statt. Den Zug eröffneten berittene Banderien, ihnen folgte eine Kompagnie Fußknechte in niederländischer Tracht, die den Pfalzgrafen auf seiner Reise begleitet hatte, dann kam die königliche Dienerschaft und eine Abteilung berittener Leibgardisten und diesen folgten ungefähr 400 glänzend geschmückte Reiter, welche dem Herren- und Ritterstande Böhmens und der anderen Länder angehörten. Dem Adel folgten Fürst Heinrich von Münsterberg, Herzog Magnus von Würtemberg, Christian von Anhalt mit seinem



Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz
und Wahlkönig von Böhmen.



Sohne und der Pfalzgraf Ludwig, des Königs jüngerer Bruder, alle zu Roß und prachtvoll gekleidet. Hinter ihnen erblickte man Friedrich auf einem herrlichen Rosse, das mit einer silberdurchwirkten Schabracke von blauem Sammet bedeckt war, er selbst war mit einem dunkelbraunen, mit Silber gestickten Gewande angethan, zu seinen beiden Seiten schritten 24 weiß und blau gekleidete Trabanten einher. Die Königin folgte in einem Wagen, der die gleiche Farbe mit der Kleidung ihres Gatten hatte und reich mit Gold und Perlen verziert war; ihr kleiner Sohn fuhr in Begleitung der Obersthofmeisterin Gräfin Solms in einem zweiten, mit rotem Sammet ausgeschlagenen Wagen nach. Einige Wagen mit Leuten aus dem Gefolge und einige Kompagnien Reiterei und Fußvolk schlossen den Zug.

Als derselbe in der Nähe des Reichsthores anlangte, wurde er von verschiedenen Zünften und zahlreichen Bauern empfangen. Alle waren festlich und in altböhmischer Tracht gekleidet und mit jenen Waffen versehen, die in den Hussitenkämpfen ihre Berühmtheit erlangt haben. In der Stadt wurde der König von der Bürgerschaft begrüßt, welche ungefähr 4000 Mann stark in militärischer Rüstung ausgerückt war und eine festliche Reihe bildete, die von dem Stadtthor bis an die Burg reichte. In dieser selbst harrten Frauen und Mädchen aus dem Adel und dem Bürgerstande im schönsten Schmuck auf die Ankunft des Königspaares. Da die Königin hoch in Umständen war, so wurden alle Geschützsalven vermieden, um sie nicht zu erschrecken. Die Pracht des ganzen Zuges, dessen Kosten sich für die Stadt Prag allein auf 50000 Gulden beliefen, wurde von jedermann bewundert, wiewohl das unfreundliche Spätherbstwetter des Tages dem günstigen Eindrucke abträglich war. Abergläubische Leute achteten aufmerksam auf etwaige Anzeichen, aus denen man auf die Zukunft des neuen Königtums schließen konnte; selbstverständlich fanden sie, was sie wollten, die einen freuten sich ob günstiger, die andern bangten ob ungünstiger Zeichen.

Nach dem festlichen Einzuge traf man Vorbereitungen für

die Krönung in der Domkirche. Trotz der großen Umwälzung, welche seit Jahr und Tag in Böhmen vor sich gegangen war, befand sich diese Kirche noch vor wenigen Tagen im Besitze der Katholiken und das alte Metropolitankapitel versah in ihr täglich den Gottesdienst. Am 17. Oktober hatten die Domherren offenbar auf Verlangen des Pfalzgrafen von den Direktoren den Befehl erhalten, die Schlüssel zur Kirche abzuliefern und ihre Wohnhäuser im Schlosse und auf dem Hradschin zu räumen.

Die Krönung selbst fand am 4. November (1619) statt. Zur bestimmten Stunde verfügte sich Friedrich in die Wenzelskapelle und wurde daselbst mit einem prächtigen Krönungsmantel angethan, worauf er sich in feierlichem Zuge zum Hauptaltar begab. Achtunddreißig Geistliche, durchweg dem protestantischen Klerus in Böhmen angehörig, gingen voran, ihnen folgten diejenigen Herren, welche die Funktionen der Oberstlandoffiziere versahen und trugen die Krönungsinsignien, hinter ihnen kam der König entblößten Hauptes geleitet von dem Administrator des protestantischen Konsistoriums und seinem Stellvertreter. Der Königin mit ihrem Gefolge, sowie anderen hochgestellten Personen war ein besonderer Platz angewiesen, von dem aus sie der nun folgenden Krönungsceremonie zusehen konnten. Unter das Volk wurden bei dieser Gelegenheit einige Tausend Denkmünzen geworfen und seine gute Laune noch dadurch erhöht, daß in der Nähe der Burg ein Brunnen errichtet war, aus dem über eine Stunde lang weißer und roter Wein floß, der zu jedermanns Labung bereit stand. Die Kanonen blieben an diesem Tage nicht stumm, da die Königin eine weitere Schonung ihrer Nerven nicht für nötig hielt. Drei Tage nach der Krönung Friedrichs wurde auch sie gekrönt und hiebei die übliche Pracht mit dem Unterschied entwickelt, daß diesmal keine Münzen unter das Volk geworfen wurden.

Die Feier dieser Tage blieb nicht ohne Mißton. Der König hatte seit dem ersten Überschreiten der Grenze durch zuvorkommende Freundlichkeit alle Herzen bezaubert und namentlich bei dem Krönungsbankett einen lauten Jubel erregt, als er

stehend die Gesundheit der Stände ausbrachte. An ihm fand die böse Zunge der Tadelsüchtigen noch nichts, was sie hätte rügen können; dagegen blieb die Königin nicht mehr verschont. Da sie sich im Deutschen nur ganz unbeholfen ausdrücken konnte, das Böhmische gar nicht verstand und ihr Gefolge meist aus englischen Fräulein bestand, so war sie von den böhmischen Damen, von denen kaum eine französisch und keine englisch sprach, wie durch eine chinesische Mauer getrennt. Sie war nicht im Stande, durch verbindliche Worte dem ersten Zusammentreffen einen freundlichen Charakter zu geben und so war sie waffenlos der Kritik ihres Geschlechtes ausgesetzt. Es waren noch nicht vier Tage seit ihrer Ankunft verflossen, so hatte man bereits ausgekundschaftet, daß sie von keiner Ordnung etwas wissen wolle und in ihrer Tageseinteilung weder für die Mahlzeit noch für den Kirchenbesuch eine bestimmte Stunde einhalte. Vollends unverzeihlich erschien ihre Toilette, wenigstens fühlte sich das Schamgefühl der Pragerinnen durch die entblößte Brust, mit der sich die Königin und ihr Hofstaat in der Öffentlichkeit zeigten, auf das äußerste verletzt. Hätte man in Prag auch gewußt, wie die Königin über alles, was sie in Böhmen sah, die Nase rümpfte, so würde sie sich vollends alle Welt zum Feinde gemacht haben. So blieb aber ihr abfälliges Urteil ein Geheimnis der ihr nahe stehenden Personen.

In den wenigen Tagen, die seit Friedrichs Ankunft in Böhmen bis zur Krönung verflossen waren, hatten einige seiner Begleiter, namentlich der Rat Camerarius, der an Arbeitskraft und Geschäftskenntnis über alle andern hervorragte, Gelegenheit gefunden, sich ein Urteil über die allgemeinen Verhältnisse des Landes zu bilden. Daß dasselbe bezüglich der Finanzen sehr ungünstig ausfallen mußte, ist nach der Lage der Dinge selbstverständlich; aber ebenso ungünstig lautete es bezüglich der ganzen übrigen Verwaltung, die er als in heilloser Konfusion befindlich bezeichnet. Camerarius wurde durch diese Wahrnehmung so niedergebeugt, daß er einer spöttischen Bemerkung des Papstes volle

Berechtigung zuerkannte. Paul V hatte sich nämlich auf die Nachricht von der Annahme der böhmischen Krone durch den Pfalzgrafen dahin geäußert, daß derselbe sich in ein schmutziges Labyrinth begeben habe und damit seine Ansicht von dem unausweichlichen Untergange Friedrichs angedeutet. Leider war nicht zu erwarten, daß durch die Ankunft des Pfalzgrafen die Verhältnisse sich besser gestalten würden, da keiner von denjenigen, welche die Regierung bisher in so elender Weise geführt hatten, von derselben entfernt werden durfte. Alle Ratgeber, die Friedrich mitgebracht hatte, konnten ihm wohl über die traurigen Zustände im Lande berichten, bessern durften sie sie nicht, da man streng darauf hielt, daß alle höheren und niederen Posten nur mit Eingeborenen besetzt wurden, abgesehen davon, daß die Unkenntnis der böhmischen Sprache sie von jeder Verwendung von vornherein ausschloß.

Die erste Regierungsmaßregel, die Friedrich nach seiner Krönung und nach dem gleichzeitigen Rücktritt der Direktoren von ihren bisherigen Funktionen vornahm, war die Besetzung der obersten Landesämter. Der neue König durfte dieselben nicht frei besetzen, sondern war in seiner Auswahl an die Vorschläge der Beisitzer des Landrechtes und der sonstigen obersten Behörden gebunden, die ihm für jedes Amt vier Personen empfahlen. Die vorzüglichsten Urheber des Aufstandes beuteten dies zu ihren Gunsten aus, indem sie sich allesamt zu Ämtern in Vorschlag brachten, für die wohl die wenigsten die nötige Eignung besaßen. So wurde das Amt eines Oberstburggrafen dem Herrn Buhuchwal Berka zu Teil, das des obersten Hofmeisters dem Herrn Wilhelm von Lobkowitz, Oberstlandrichter wurde Graf Joachim Andreas Schlick, oberster Kanzler Herr Wenzel Wilhelm von Ruppa und Appellationspräsident Herr Budowec; Graf Thurn wurde wieder zum Burggrafen von Karlstein ernannt.

Viertes Kapitel.

Die Allianzen des Kaisers und die des böhmischen Wahlkönigs.

I. Bethlen erhebt sich gegen Ferdinand II. II. Rückzug Buquois nach Wien und Vorrücken der böhmisch-ungarischen Armee gegen diese Stadt. Die Verhandlungen in Preßburg. III. Ferdinand erlangt Hilfe von dem Könige von Spanien, von der Liga, vom Papst, von dem Könige von Polen, dem Großherzog von Toscana, ein weitgehendes Versprechen von Ludwig XIII und die Allianz von Kursachsen. IV. Die Allianzen des Kurfürsten von der Pfalz. V. Die Wahl Bethlens zum König von Ungarn und die Friedrichs zum Schutzherrn von Österreich.

I. Es ist nun an der Zeit, über den Umschwung auf dem Kriegsschauplatze, den wir oben angedeutet haben, und über die Ursache zu berichten, um derentwillen Buquoi plötzlich seinen Zug gegen Prag aufgab. Wir haben erzählt, daß Thurn während seiner Anwesenheit vor Wien (im Juni 1619) den ungarischen Magnaten Stanislaus Thurzo für die böhmische Sache gewann, derselbe erbot sich nach Siebenbürgen zu reisen, um den Fürsten Bethlen Gabor zu einem gleichen Entschlusse zu vermögen, seine Wirksamkeit machte sich aber auch in Ungarn geltend, wo die Opposition gegen das königliche Regiment kühner als je ihr Haupt erhob. Vergeblich bemühte sich Ferdinand auf dem im Monat Juli berufenen Reichstag Hilfe gegen den böhmischen Aufstand zu erhalten; trotzdem oder eben weil der Palatin Forgach und die katholische Partei sich für die Gewährung der Hilfe aussprachen, wurde sie verweigert, und so mußte er sich zuletzt zur Auflösung des Reichstages entschließen,

ohne etwas erhalten zu haben. Hätte er die Stände nicht nach Hause geschickt, so würde er vielleicht die Erfahrung gemacht haben, daß die protestantischen Edelleute die Unterstützung der Böhmen beantragt hätten. Wenigstens bemühte sich der mährische Oberst Friedrich von Tiefenbach, der eigens nach Preßburg gekommen war, sehr um ihre Allianz und es wird uns erzählt, daß mehrere von den vornehmsten protestantischen Familienhäuptern für dieselbe gewonnen waren.

Die Auflösung des Reichstages minderte vorläufig die Gefahr für Ferdinand, aber es half ihm das wenig, da nun eine neue aus Siebenbürgen gegen ihn im Anzuge war. Die ungarischen Protestanten hatten von Preßburg aus einen gewissen Herrn Zmeskal an Bethlen geschickt, der bei diesem Fürsten wahrscheinlich mit Thurzo zusammentraf, und beide suchten ihn für den Anschluß an den böhmischen Aufstand zu gewinnen. Für Bethlen war ein Moment von entscheidender Bedeutung gekommen: sollte er dem Rufe folgen und den Kampf mit Ferdinand aufnehmen oder sich mit der bereits erworbenen Macht begnügen? In einem vertraulichen Gespräche mit einigen böhmischen Gesandten, das er ein Jahr später halbberauscht bei einem Bankett führte, erzählte er mit einem Anstrich hingebenden Vertrauens, daß er die Gefahren, die ihn bei seiner Entscheidung bedrohten, nicht unterschätzt habe: in Ungarn sei tiefer Friede gewesen, als er gegen den Kaiser gezogen sei, und er habe nicht mit Gewißheit darauf rechnen können, daß sich ihm das Land nicht widersetzen werde, dennoch aber habe er den Kampf gewagt. Wir glauben indessen nicht, daß ihn die Sorge vor einem allfälligen Widerstand der Ungarn quälte, da er als Magyar und Protestant der Sympathien der meisten Einwohner gewiß war; was ihn besorgt machte, waren die Türken, die gewiß nicht ohne Nutzen für sich den Wechsel in der ungarischen Herrschaft zugegeben hätten, und wie konnte er hoffen, ihnen einen nachhaltigeren und besseren Widerstand leisten zu können, als das habsburgische Haus mit seinen reichen Hilfsquellen? Ehrgeiz und



Gabriel Bethlen, Fürst von Siebenbürgen.

Kriegslust bewirkten aber, daß er alle Besorgnisse unterdrückte und sich zum Kampfe gegen Ferdinand entschloß.

Von seinen Zeitgenossen wurde Bethlen verschieden beurteilt. Daß die Katholiken in ihm die Verkörperung alles Bösen sahen, ist selbstverständlich, aber auch unter den Protestanten in Deutschland und England hatte er gewichtige Gegner; sie hielten ihn für einen Mann, der mit den Türken eng verbunden und halb und halb ein Mohammedaner sei, so daß man ihn den christlichen Fürsten gar nicht beizählen könne. Zu dieser Anschauung mag der Umstand beigetragen haben, daß Bethlen in seiner Jugend einige Jahre in Konstantinopel zugebracht hatte und daß man von ihm erzählte, er habe sich dort beschneiden lassen. Der pedantische König Jakob hatte eine so ungünstige Meinung von ihm, daß er ihn nie mit einem Schreiben beehrte, wie sehr ihn auch sein Schwiegersohn, Friedrich von der Pfalz, darum ersuchen mochte. Auf dem Wege, den Bethlen zurücklegte, um zu seiner hohen Stellung zu gelangen, konnte er allerdings nicht immer den Tugendpfad einhalten, wie dies ein vom Schicksal in vornhinein zur Fürstenwürde bestimmter Mann thun kann und trotzdem oft nicht thut.

Dem niederen Adel angehörig, hatte sich Bethlen schon seit seinem 17. Jahre dem Kriegshandwerk gewidmet und im Laufe seines Lebens an nicht weniger als 42 größeren und kleineren Schlachten teilgenommen. Sein Vermögen war ursprünglich so gering, daß er in seinen zeitweisen Bedrängnissen Gläubigern nicht die nötigen Garantien zu bieten schien und deshalb einen Kaufmann in Kaschau einmal vergeblich um ein Darlehen von 100 Gulden ersuchte. Man rühmte an ihm, als er zur Fürstenwürde gelangt war, daß er ein ebenso treffliches Gedächtnis als Urteil besitze und für wissenschaftliche Bestrebungen Vorliebe zeige. Seine sprachlichen Kenntnisse erstreckten sich nur auf die magyarische und die lateinische Sprache, die letztere war ja allen Ungarn mehr oder weniger geläufig. Er war ein eifriger Kalviner und liebte es, sich in religiöse Gespräche ein-

zulassen und seine Partei gegen alle Angriffe zu verteidigen. In seinem Äußeren wird er als ein Mann von mittlerer Größe und nicht unbedeutender Körperfülle geschildert, sein längliches Antlitz, das von einem dichten schwarzen Bart umrahmt war, wies eine breite Stirn, aber eine häßliche, zurückgebogene, dicke Nase und einen breiten Mund auf, in dem die Zähne ziemlich weit von einander abstanden. Sein Äußeres konnte daher nicht auf Schönheit Anspruch machen, es deutete aber auf Kraft und Energie, und in der That machte er sich durch eine große Strenge gegen seine Untergebenen bemerklich, so daß er mitunter eines tyrannischen Gebahrens beschuldigt wurde. Dem Weingenuß gab er sich mit großer Leidenschaft hin, über Staatsgeschäfte konnte man mit ihm nur am Morgen verhandeln, weil er sich im weiteren Verlaufe des Tages stets im halben Rausch befand.

Bethlen nahm die Mitteilungen Thurzos und Zmeskals günstig auf und war um so entschlossener, ihren Ratschlägen zu folgen, als er früher dem Kaiser Mathias seine Allianz angetragen, aber die erwünschte Antwort nicht erhalten hatte. So entschloß er sich also, sein Schicksal mit dem der Böhmen zu verknüpfen und schrieb schon am 18. August (1619) den Direktoren nach Prag, daß er mit seinen Truppen ausrücken und im September zu ihrer Verteidigung in Mähren einziehen werde. An welchem Tage er thatsächlich seinen Marsch aus Siebenbürgen antrat und wie groß die Truppenzahl war, über die er beim Auszuge verfügte, ist nicht genau bekannt. Seine Unterανführer Rákóczi und Széchy eilten ihm voraus; der erstere sollte Kaschau angreifen, der letztere seinen Marsch nach Preßburg richten. Rákóczi langte am 3. September (1619) mit 5000 Reitern vor Kaschau an und wäre kaum im Stande gewesen, die Stadt einzunehmen, wenn der königliche Kommandant Andreas Doczi, der nur über eine kleine Besatzung, aber über hinreichende Artillerie verfügte, von der Bürgerschaft unterstützt worden wäre. Allein dieselbe wollte nichts von einem Widerstande wissen und da sich auch die Besatzung für den Feind erklärte, so konnte Rákóczi

schon am 5. September seinen Einzug in die Stadt halten. Da Kaschau fast ausschließlich protestantisch war, so durften sich die einziehenden Truppen keine Excesse erlauben und begnügten sich deshalb mit der Ermordung dreier katholischer Geistlichen, die mit Doczi in ihre Hände gefallen waren.

Währenddem zog Széchy nach Preßburg, um den Zuzug ungarischer Truppen, die im Auftrage des Palatins zur Verteidigung der Stadt geworben wurden, zu verhindern. Bethlen suchte Széchys Operationen dadurch zu unterstützen, daß er ihm noch eine starke an 12—13000 Mann zählende Truppenabteilung unter Redeys Kommando nachschickte. Um den Marsch zu beschleunigen, ließ er die Truppen ohne Gepäck abziehen und folgte nun selbst mit demselben in langsamen Tagesmärschen nach.

Das Gepäck war übrigens nicht die einzige Ursache, um derentwillen Bethlen langsamer vorwärts kam, auch andere und sehr gewichtige Gründe nötigten ihn, einige Tage in Kaschau Halt zu machen. Es handelte sich für ihn darum, seinem Unternehmen die Sanction der öffentlichen Meinung zu verschaffen und da dies durch einen Reichstag nicht möglich war, so lange Preßburg nicht in seiner Gewalt war, so wollte er sich dieselbe durch eine Art improvisierter ständischer Versammlung geben lassen. Er lud deshalb die Vertreter der oberungarischen Städte und die Magnaten von Ober-Ungarn nach Kaschau ein, um ihre Zustimmung zu seinem gegen Ferdinand gerichteten Unternehmen zu erlangen. Die Städte und der gleichgesinnte Adel folgten seiner Einladung, er erzielte mit ihnen ein inniges Einverständnis und dadurch die nachträgliche Billigung seines Unternehmens. Als die Nachricht von seinen Fortschritten nach Wien gelangte, war man überzeugt, daß ganz Ungarn sich an dem Aufstande beteiligen werde und für Ferdinand mit Ausnahme der Festungen, die zum größeren Teile mit deutschen Truppen besetzt waren, verloren sei.

Noch ehe der Monat September vorüber war, schickte Bethlen eine Gesandtschaft nach Prag; es handelte sich ihm diesmal darum, den Preis zu bestimmen, um dessentwillen er

den Böhmen zu Diensten sein wollte. In der Audienz, welche die Direktoren dem Gesandten erteilten, hob der letztere die Leistungen seines Herrn hervor: wie er sich in kurzer Zeit ganz Ober- und Nieder-Ungarn unterworfen und fast sein ganzes Vermögen zur Ausrüstung und vorläufigen Besoldung des Heeres verwendet habe. An diese Auseinandersetzung knüpfte er im Namen Bethlens die Hoffnung, Böhmen werde seine Zustimmung dazu geben, daß er sich zur Vervollständigung seines Sieges und zur vollen Niederwerfung des Feindes auch der Steiermark und der dazu gehörigen Länder bemächtige, da sie ohnedies schon einmal zu Ungarn gehört hätten. Zuletzt, und dies fiel seinen Zuhörern schwer aufs Herz, stellte er die Forderung, daß sie seinen Herrn mit einer ausgiebigen und ansehnlichen Summe Geldes unter die Arme greifen möchten, da er nicht im Stande sei, die weiteren Soldzahlungen zu leisten. Die Antwort der Direktoren ist nicht bekannt, man weiß also nicht, ob sie ihre Zustimmung zu der beabsichtigten Eroberung gegeben haben oder nicht; bezüglich der Geldforderung kann ihre Antwort jedenfalls nichts anderes enthalten haben als leere Vertröstungen.

Bevor Bethlen noch in Erfahrung brachte, mit welcher Münze man in Böhmen seine Bundesgenossenschaft bezahlen wollte, setzte er seinen Marsch gegen die österreichische Grenze fort. Als er am 9. Oktober in Tyrnau eintraf, schickte er von dort dem Grafen Thurn 10000 Mann unter Redeys Kommando nach Mähren zu Hilfe. Am 14. Oktober entschloß er sich selbst zum Angriffe auf Preßburg. Der Palatin hatte den Erzherzog Leopold, den Bruder des Kaisers, einige Tage vorher auf das dringendste um eine ausgiebige Verstärkung der Preßburger Garnison und um die Zusendung Dampierres mit allen seinen Truppen ersucht. Leopold kam diesen Bitten nur in sofern nach, daß er die Garnison verstärkte, indem er 1500 Mann zu Fuß und 500 Reiter nach Preßburg abschickte und mit deren Kommando Rudolf von Tiefenbach, einen Bruder des mährischen Obersten, betraute. Wie geringfügig die Bedeutung der undisziplinierten

und meistens aus Reitern bestehenden ungarischen Truppen auch war, diese Zahl genügte nicht gegen den zehnfach überlegenen Feind. Als Bethlen die königlichen Truppen in der Vorstadt von Preßburg angriff, schlug er sie vollständig, Tiefenbach konnte sich nur mit 800 Mann retten, mit denen er eilig auf das rechte Donauufer übersetzte und nach Bruck zog, seine Geschütze mußte er in den Fluß versenken. Die Stadt Preßburg verwehrte dem Sieger den Einzug in ihre Mauern nicht; nur in dem Schlosse, wo die Krone aufbewahrt wurde, behauptete sich der Palatin noch einige Zeit. Da er aber an eine erfolgreiche Verteidigung nicht denken konnte, so übergab er Schloß und Krone, willigte auch trotz seiner Anhänglichkeit an Ferdinand in den Wunsch Bethlens und schrieb einen Reichstag auf den 11. November aus, wiewohl er hiezu ohne Zustimmung des Königs nicht berechtigt war.

Die Nachricht von der Einnahme von Preßburg verursachte in Wien einen großen Schrecken, der durch die zahlreichen Flüchtlinge aus Ungarn, namentlich Mönche und Nonnen, noch vermehrt wurde. Ihre Ankunft scheuchte diejenigen, welche sich vor dem Aufstand aus Böhmen und Mähren nach Wien wie nach einem sicheren Zufluchtsorte gerettet hatten, aus ihrer Sicherheit auf und nun begann eine neue Auswanderung. Der Fürst von Liechtenstein floh mit Weib und Kind in die Alpen, der Kardinal Dietrichstein und viele andere Personen geistlichen Standes suchten gleichfalls ihr Heil in weiterer Flucht. Selbst der Kaiser, der eben von Frankfurt zurückgekehrt war, glaubte sich in Wien nicht sicher und lenkte seine Schritte nach Graz, wohin ihm einige hundert Flüchtlinge vorausgeeilt waren. So war Wien sich selbst überlassen und der Jammer der armen Bevölkerung, die keine Mittel zur ihrer Abreise und nur unzureichende zu ihrem Unterhalte fand, war grenzenlos.

II. In Böhmen hatte sich die erste Kunde von dem Anschlusse Bethlens und seinem beabsichtigten Aufbruch aus Siebenbürgen anfangs September verbreitet. In der Mitte dieses

Monats langten schon die ersten Nachrichten von den Erfolgen seiner Waffen gegen die kaiserlichen Besatzungen in einzelnen ungarischen Städten an und man begreift also, daß Buquoi Wien für gefährdet halten mußte und deshalb nicht zögerte, Böhmen zu verlassen. Am 19. September brach er sein Lager bei Mirowic ab und trat seinen Marsch nach dem Süden an. Nie war seinen Gegnern eine günstigere Gelegenheit für einen erfolgreichen Angriff geboten als jetzt, wenn sie ihn auf dem Rückzuge ununterbrochen verfolgt und belästigt hätten. Jeder Angriff versprach einen Erfolg, da Buquois Heer mit einem großen Troß belastet war, der ausgedehnte Schutzlinien in Anspruch nahm und zahlreiche Kranke mitgeschleppt wurden, die den Rückzug noch mehr erschwerten. Allein zu den mancherlei Unordnungen im böhmischen Heere gesellte sich gerade in diesem Augenblicke der Umstand, daß ihm die oberste Leitung fehlte. Der böhmische Landtag, auf dem die Königswahl vorgenommen wurde, hatte auch einen Wechsel im obersten Kommando veranstaltet und mit demselben den Fürsten von Anhalt statt des Grafen Thurn betraut, welchem letzteren wieder die Mährer die Führung ihrer Streitkräfte überließen, weil Tiefenbach gichtkrank geworden war. Da Thurn schon am 18. September nach Mähren abgereist war, um den Befehl über die dortige Armee zu übernehmen, so führte, weil sich Anhalt noch nicht eingefunden hatte, Hohenlohe den Oberbefehl und dieser wollte in der That die günstige Gelegenheit benutzen, dem Feinde nacheilen und ihn angreifen. In diesem vielverheißenden Augenblicke sagten ihm aber die Truppen den Gehorsam auf und erklärten, nicht früher ihre Stellungen verlassen zu wollen, als bis ihnen ein Teil des schon seit langem nicht mehr bezahlten Soldes zugeschickt würde. Statt den Feind zu bedrohen, bedrohten die Truppen das eigene Land. Ein höherer Offizier eilte nach Prag und beschwor die Direktoren, ihre Pflicht zu erfüllen; Hohenlohe ließ ihnen sagen, wenn man die Soldaten noch länger mit leeren Worten hinhalten würde, so möge man nicht nur auf

einen Angriff von ihnen gefaßt, sondern auch sicher sein, daß sich das zur Verzweiflung getriebene Landvolk zu gleicher Zeit erheben würde.

Man kann den Vorwurf gegen die Direktorial-Regierung erheben, daß nur Drohungen und die unmittelbare Gefahr sie an ihre Pflicht erinnerten, für die nötigen Geldmittel zu sorgen. Wenn die im August gefaßten Steuerbeschlüsse nur zum Teil durchgeführt worden wären, so wäre jedenfalls eine ausreichende Summe verfügbar gewesen, da sich mittlerweile auch mehrere außerordentliche Einnahmsquellen eröffnet hatten. Die an die Generalstaaten abgeordnete Gesandtschaft hatte so viel bewirkt, daß sich dieselben bereit erklärten, Böhmen mit 50000 Gulden monatlich vom Mai 1619 angefangen zu unterstützen, und thatsächlich war die erste Rate bereits angelangt. Ferner waren in Nürnberg jene 200.000 Gulden ausgeliehen worden, für welche die Union die Bürgschaft übernommen hatte, endlich ergaben die Einkünfte aus Strafgeldern und willkürlichen Beschlagnahmen gleichfalls eine beträchtliche Summe. Es sind mit den letzteren nicht die Güterkonfiscationen gemeint, die bei dem Mangel an zahlungsfähigen Käufern jetzt keinen Vorteil brachten, sondern die Beschlagnahme von Kapitalien, die sich in dem Nachlasse reicher Leute befanden, für die den Erben Schuldscheine, zahlbar in unbestimmter Zeit, ausgefolgt wurden. Zu allem dem gesellte sich endlich die Konfiscation aller in einzelnen Klöstern Prags, namentlich auf dem Strahow, aufbewahrten silbernen und goldenen Gefäße, die unter dem Vorwand verfügt wurde, daß man die Verschleppung derselben in die Fremde verhindern und sie deshalb besser aufbewahren wolle. Zu diesen verschiedenen Einnahmen kam zuletzt noch die Münzverschlechterung.

Durch die außerordentlichen Einkünfte und durch diese Operationen war die Regierung im September in den Besitz einer Geldsumme gelangt, welche man vielleicht auf 400.000 Gulden schätzen kann und die, wenn vor dem bestimmten Termin ins Lager geschickt, jedenfalls die Truppen freundlicher gestimmt hätte,

obwohl sie die Höhe der verlangten Abschlagszahlung nicht erreichte Die Soldaten hatten mittlerweile nach der Abreise jenes Offiziers nach Prag den inständigen Bitten ihrer Generale nachgegeben und den Marsch nach Tabor angetreten, um dem Feinde den Weg zu verlegen. Die Wahrscheinlichkeit des Erfolges war allerdings eine geringe, da Buquoi durch die meuterischen Vorgänge einen Vorsprung von drei Tagen gewonnen hatte. Als sie bei Tabor erfuhren, daß ihnen eine geringere als die erwartete Abschlagszahlung geleistet werden solle, kannte ihre Wut keine Grenzen. Sie kündigten ihren Generalen zum zweitenmale den Gehorsam auf und erklärten auf die Güter der Direktoren ziehen und sie so lange besetzt halten zu wollen, bis sie sich bezahlt gemacht hätten. Wiederum bedurfte es zweier Tage, ehe sie den Bitten der Generale und ihrer übrigen Anführer nachgaben, das dargebotene Geld annahmen und zum Gehorsam zurückkehrten. Hohenlohe und Fels mußten aber hoch und teuer schwören, daß binnen acht Tagen der Rest des Geldes nachfolgen werde. Durch diese Versprechungen etwas beruhigt und durch das Zurückweichen des Feindes ermutigt, zogen sie nun weiter gegen Süden, aber von einem erfolgreichen Angriffe gegen Buquoi konnte keine Rede mehr sein; dieser hatte mittlerweile seine Schritte nach Mähren gelenkt, sich da mit Dampierre vereint und dann nach Österreich zurückgezogen. Auch Hohenlohe verband sich in Mähren mit Thurn, zu dem am 5. Oktober 10000 Ungarn unter Redeys Kommando gestoßen waren. Die beiden böhmischen Generale glaubten nun einen Angriff auf den kaiserlichen General wagen zu dürfen, ohne erst den Zuzug Bethlens abwarten zu müssen. Der Zusammenstoß fand am 24. Oktober bei Ulrichskirchen in Österreich statt, es kam aber zu keinem entscheidenden Kampfe, da Buquoi demselben auswich, sich über die Donau zurückzog und in der unmittelbaren Nähe von Wien sich lagerte.

Da die Kaiserlichen die Brücke über die Donau hinter sich abgebrochen hatten, so war den nachrückenden Gegnern die Mög-

lichkeit abgeschnitten, die Donau an dieser Stelle zu überschreiten. Thurn und Hohenlohe reisten deshalb nach dem Gefechte bei Ulrichskirchen nach Preßburg, um mit Bethlen Gábor die weiteren Operationspläne zu besprechen und wurden auf das schmeichelhafteste empfangen, ihre Freude darüber erhielt aber dadurch einen bittern Nachgeschmack, daß sie von ihm um Geld bestürmt wurden. Nur unter der Bedingung war er erbötig, sich den Böhmen anzuschließen, wenn sie ihn alsbald mit 400 000 Gulden unterstützen und weitere Zahlungen für die Zukunft versprechen würden. Gleichzeitig verlangte er ihre Zustimmung zu der von ihm beabsichtigten Eroberung Österreichs, Steiermarks, Kärntens und Krains und erbot sich dafür mit Ungarn, das er bereits als sein Eigentum betrachtete, dem deutschen Reiche beizutreten, wenn man ihm die kurfürstliche Würde erteilen würde. Da die beiden Generale nicht das Recht hatten, ihm eine zusagende Antwort zu geben, so schickte er zu diesem Behufe Redey nach Prag, der daselbst bereits den neuen König antraf und ihm sein Anliegen vortragen konnte. Er fand aber nicht das erwartete Entgegenkommen, denn Friedrich hatte kein Geld und konnte Bethlen höchstens mit Versprechungen vertrösten. Bezüglich Österreichs und der andern Alpenländer wollte er um dieser Länder und um Deutschlands willen den Eroberungsgelüsten Bethlens um so weniger Zugeständnisse machen, als er selbst die Herrschaft über dieselben zu erwerben gedachte.

Bevor Bethlen von dem Mißerfolge der Redeyschen Gesandtschaft unterrichtet war, einigte er sich mit Thurn über die Fortsetzung der Kriegsoperationen, worauf das böhmische Heer am 21. November die Donau bei Preßburg übersetzte und dann mit den Ungarn vereint in der Stärke von ungefähr 42 000 Mann gegen Wien vorrückte. Der Vormarsch des Bundesheeres war durch Unthaten aller Art gebrandmarkt, sämtliche Dörfer und Städte auf dem Wege nach Wien wurden ausgeplündert, wobei sich namentlich die Ungarn durch die Grausamkeit hervorthaten, mit der sie nach Geld und Geldeswert suchten. Am

26. November zog das Bundesheer durch Bruck an der Leitha und langte am Ende des Monates vor Wien an.

Ferdinand hatte sich mittlerweile daselbst wieder eingefunden, da er es für seine Pflicht halten mochte, den gesunkenen Mut der Wiener durch seine Anwesenheit aufzurichten. Der winterlichen Jahreszeit wegen war die Reise von Graz nach Wien äußerst langsam vor sich gegangen, im Kloster zu Schottwien mußte er wegen Unbill der Witterung einen mehrtägigen Halt machen und was die Reise noch unangenehmer machte, das waren die Klagen, die er von seiner Umgebung zu hören bekam. Alles jammerte über Mangel an Geld, Kleidung und Wäsche; flüchtige Mönche und Nonnen vertraten ihm um Almosen flehend den Weg und nun sollte er nach Wien gehen, wo die Not noch größer war, wo an 2000 Verwundete durch ihren Jammer die Gesunden zur Verzweiflung brachten, wo alles im Preise gestiegen und so „wert geworden war, wie das Auge im Kopf“. Als Buquoi sich nach Wien zurückgezogen hatte, quartierte er den größten Teil seiner Truppen bei den Bürgern ein, so daß mancher von ihnen 20 bis 30 Mann beherbergen mußte. Da es an Zufuhr gebrach, so wurde der Mangel an Lebensmitteln täglich fühlbarer und wenn ja noch Bauern einiges zu Markt bringen wollten, so wurden sie von den kaiserlichen Soldaten vor den Thoren der Stadt ausgeplündert. Dieselben wetteiferten mit dem Feinde in der Aussaugung des Landes, in Wien beraubten sie am hellen Tage die Frauen ihrer Mäntel und Hüte und ihrer silbernen Gürtel; sie glaubten sich zu allen Missethaten berechtigt, weil man auch bei ihnen mit der Soldzahlung im Rückstande war.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Bundesheer zu seinem Ziele der Eroberung von Wien gelangt wäre, da es ihm an Belagerungsgeschützen mangelte, und so würde sein ferneres Verweilen keine andere Folge gehabt haben als steigende Verwüstung und Hungersnot und schließlichen Rückzug in der winterlichen

Jahreszeit. Ein plötzliches Ereignis, eben so unerwartet und durchgreifend, wie der Anschluß Bethlens an Böhmen, nötigte aber das Bundesheer schon am 5. Dezember zum Rückzuge nach Preßburg.

Die Ursache dieses plötzlichen und unvorgesehenen Ereignisses lag in dem Vorgehen des ungarischen Edelmanns Drugeth de Homonna. Dieser war eine jener abenteuerlichen Gestalten, wie sie in Ländern von so eigentümlich verwickelten Verhältnissen, wie Ungarn, erzeugt werden. Ursprünglich protestantisch war er später zum katholischen Glauben übergetreten, hatte darauf sein Augenmerk auf Siebenbürgen geworfen und wollte sich der Herrschaft über dieses Land bemächtigen und Bethlen stürzen. Als der letztere seinen Zug gegen Ungarn antrat, merkte Drugeth wohl, daß derselbe auch gegen ihn gerichtet sein dürfte und sammelte deshalb eine Truppenschar von 8000 Mann, erlitt aber gegen einen der Generale Bethlens eine Niederlage, die ihn zur Flucht nach Polen zwang. Hier bemühte er sich um die Anwerbung eines Kosakenheeres und wurde darin von zwei Gesandten, die Ferdinand zu gleichem Zwecke nach Warschau geschickt hatte, gefördert. Der eine war der Graf Althan, der den König Sigismund und einige polnischen Edelleute um ihre Unterstützung ersuchte und ihnen für ihre Dienste eine Belohnung in den zu konfiszierenden böhmischen Gütern versprach, der andere war der Erzherzog Karl, des Kaisers Bruder, der seine Bitten mit denen Althans vereinte. Nicht bloß diese beiden Gesandten, auch Drugeth fand freundliche Aufnahme, da nicht allein das gleiche Glaubensbekenntnis den König für die Wünsche Ferdinands geneigt machte, sondern auch verwandtschaftliche Verhältnisse, denn er hatte eine Schwester des Kaisers zur Frau genommen. Mit seiner und einiger Edelleute Unterstützung wurden ungefähr 11 000 Kosaken angeworben und unter Drugeths Kommando gestellt. An der Spitze dieser Schar trat er am 21. November seinen Zug über die Karpathen an und schlug bei dem Schlosse Ztropko den ihm entgegenkommenden Rákóczi bis zur

Vernichtung. Die Nachricht davon gelangte wahrscheinlich am 4. Dezember zu Bethlen und veranlaßte ihn gleich am folgenden Tage zum Rückzuge, denn er mußte fürchten, wenn Drugeth noch weitere Erfolge erreichte, daß er ihn von Siebenbürgen abschneiden würde. Durch diesen Rückzug wurden die Kriegsoperationen zwischen dem Kaiser und seinen Gegnern vorläufig zum Stillstande gebracht.

Dem Kaiser war es jetzt vor allem darum zu thun, sich seine Gegner vom Leibe zu halten, bis er im Frühjahr durch Verwertung neuer Allianzen und frische Rüstungen mit Übermacht über sie herfallen könnte. Um jeden Preis wollte er sich deshalb den siebenbürgischen Fürsten vom Halse schaffen, denn gegen Böhmen reichten seine bisherigen Kriegsmittel aus. Kaum hatte sich also Bethlen von Wien zurückgezogen, so schrieb Ferdinand an den in Preßburg weilenden Palatin und bot sich zu Verhandlungen an, indem er seinem Gegner bedeutende Vorteile in Aussicht stellte. Bethlen schlug die Anerbietung des Kaisers nicht in den Wind, aber da ihm die Allianz mit den Böhmen doch lieber war, so wollte er sein Schicksal von ihnen nicht trennen, bevor er nicht gewiß war, daß er von ihnen kein Geld erlangen würde. Er bestürmte deshalb die bei ihm befindlichen Grafen Thurn und Hohenlohe abermals um Geld, und da weder sie noch die böhmischen Gesandten, welche zu dem eben in Preßburg tagenden Reichstag von Prag abgeschickt worden waren, ihm solches bieten konnten, sondern ihn nur mit Versprechungen beruhigen wollten, so sah er ein, daß das Bündnis mit Böhmen ihn nicht in die Lage versetzen würde, die Kriegskosten auf die Dauer zu tragen. Er entschloß sich deshalb die ihm vom Kaiser gebotene Hand um so mehr anzunehmen, als ihm die größten Geldvorteile in Aussicht gestellt und ihm so die Möglichkeit geboten wurde, sich später wieder seinen bisherigen Feunden anzuschließen.

Nicht so egoistisch dachte der ungarische Reichstag, den der Palatin dem Wunsche Bethlens entsprechend nach Preßburg berufen hatte und der zumeist nur von Protestanten besucht

war: er war für die energische Fortsetzung des Kampfes gegen den Kaiser und beschloß indirekt seine Absetzung als König, indem er am 8. Januar (1620) den Bethlen zum Fürsten von Ungarn erwählte und dadurch unverhohlen die Absicht kundgab, demselben auch die Königskrone zu übertragen. Gleichzeitig trat er in Unterhandlungen mit den in Preßburg weilenden böhmischen Gesandten und schloß mit ihnen einen Bundesvertrag ab, welcher festsetzte, daß keiner von beiden Teilen ohne Zustimmung des andern mit dem Kaiser Frieden schließen dürfe.

Man sollte glauben, daß die Wahl Bethlens zum Fürsten von Ungarn, welche von ihm nicht abgelehnt wurde, ihn mit dem Kaiser unversöhnlich verfeinden und eine Einigung zwischen ihnen unmöglich machen mußte, allein dem war nicht so. Er setzte die mit den in Preßburg angelangten kaiserlichen Gesandten begonnenen Verhandlungen auch nach seiner Wahl fort und fand hiebei ein entsprechendes Entgegenkommen, da sie sich um den Beschluß des Reichstages nicht kümmerten.

Die Besprechungen drehten sich hauptsächlich um zwei Fragen: die erste betraf die Bedingungen des Waffenstillstandes, der dem weiteren Kampfe ein Ende machen sollte, die zweite den Preis, den der Kaiser für die bewilligte Waffenruhe an Bethlen zahlen sollte. Man sollte wohl denken, daß beide Fragen eng zusammenhingen und nur gemeinsam verhandelt werden konnten, aber Bethlen legte ein Gewicht darauf, daß beide Angelegenheiten selbständig geführt wurden. Ferdinand erklärte sich bereit, an den Fürsten und seine Nachfolger für ewige Zeiten vier ungarische Komitate und das Schloß Munkács samt dem dazu gehörigen Gebiete abzutreten und wollte ihm überdies noch neun ungarische Komitate auf Lebenszeit überlassen. Nicht genug mit diesen Anerbietungen, die der Verzichtleistung auf fast zwei Drittel seiner bisherigen Herrschaft in Ungarn gleichkamen, wollte Ferdinand den Fürsten von Siebenbürgen auch in den Reichsfürstenstand erheben und ihm die Fürstentümer Oppeln und Ratibor überlassen, sobald er wieder

in ihren Besitz gekommen sein würde. Wir vermuten, daß die zwei letzten Bedingungen auf das Andringen der kaiserlichen Kommissäre eingeschaltet und damit andere Forderungen Bethlens abgelehnt wurden; sie mochten sich schmeicheln, daß er durch dieselben an die Sache des Kaisers gekettet und von der weiteren Begünstigung des böhmischen Aufstandes zurückgehalten werden würde.

Nachdem sich die Gesandten mit Bethlen über die ihm einzuräumenden persönlichen Zugeständnisse geeinigt hatten, begannen sie über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen ein Waffenstillstand abgeschlossen werden und der endgiltige Friede auf einem bald zu berufenden neuen Reichstage zustande kommen sollte. Hier spannte Bethlen seine Forderungen noch höher, so daß die Gesandten die Verhandlung abbrechen wollten. Der Artikel, der hauptsächlich ihren Unwillen erregt haben mag, war unzweifelhaft derjenige, der Bethlen die Verwaltung aller Teile von Ungarn, in deren Besitze er sich augenblicklich befand, bis zum künftigen Reichstage übertragen, also seine Herrschaft noch über die oben erwähnten dreizehn Komitate hinaus erweitern sollte. Aber ihr Widerstand mußte bald ein Ende nehmen, da sie wohl wußten, daß der Kaiser im Augenblick nicht über die Mittel gebot, um nur einen Fußbreit ungarischen Landes mehr an sich zu reißen, als ihm Bethlen bewilligte, und weil sie fürchten mußten, daß der letztere den Böhmen in die Arme getrieben würde, im Falle man ihm jenes Zugeständnis verweigerte. Zu dem langten ungünstige Nachrichten aus Oberungarn ein; der Einfall Homonnas, der eine glänzende Diversion für die Sache des Kaisers verheißen hatte, blieb ohne die gehofften Resultate, da von allen Seiten ungarische Truppen herbeigeeilt waren und die Polen zum Rückzuge genötigt hatten. Mußten die Gesandten nicht befürchten, daß bei längerer Zögerung der Angriff gegen den Kaiser erneuert und sich auch auf Steiermark und die südlichen Provinzen ausdehnen würde?

So kam denn am 16. Januar auch ein Waffenstillstands-

vertrag zustande, in dem bestimmt wurde, daß Bethlen Gabor vorläufig im Besitze alles dessen verbleiben solle, was er inne habe und daß Homonna sich mit den polnischen Kosaken zurückziehen und falls er dies nicht thue, mit den Waffen dazu gezwungen werden solle. Bezüglich Böhmens und Österreichs enthielt der Vertrag folgende eigentümliche Bestimmung: „Seine kaiserliche königliche Majestät wird, wenn er darum ersucht wird, gegen die Böhmen und nach Zustand und Gelegenheit auch gegen die Ober- und Niederösterreicher unter gerechten und billigen Bedingungen die Waffen ruhen lassen.“ Nach Abschluß dieser Verhandlungen reiste Bethlen am 17. Januar nach Kaschau, nachdem er zuvor die Auflösung des Reichstages verfügt hatte. Man sieht, der Kaiser hatte den Waffenstillstand mit Bethlen durch die Preisgebung seiner Herrschaft in Ungarn und durch Erteilung eines unbestimmten Versprechens bezüglich Böhmens und Österreichs erkauft. Wir bemerken, daß sich die späteren Verhandlungen um dasselbe drehten und daß Bethlen wegen Nichtbefriedigung der auf dieses Versprechen gesetzten Hoffnungen mit dem Kaiser von neuem brach. Aber da einige Monate darüber vergingen, so hatte Ferdinand hinreichend Zeit gewonnen, neue Allianzen zu schließen und alte wieder herzustellen und so erfüllten sich für ihn die auf den Waffenstillstand gesetzten Hoffnungen.

III. Sowohl der Kaiser wie sein Gegner, der Pfalzgraf, sahen wohl ein, daß sie den Kampf nicht zur Entscheidung bringen würden, wenn sie nicht durch Gewinnung neuer Freunde und Hilfsmittel ein Übergewicht erlangten und deshalb war während des Herbstes und Winters 1619/20 all ihr Streben auf dieses eine Ziel gerichtet. Die Bemühungen beider Gegner galten zunächst der Gewinnung der eigenen Glaubensgenossen, aber während der Kaiser hier keine Fehlbitte that, fand Friedrich nicht nur kein gleiches Entgegenkommen, sondern sogar Gegner, die sich schließlich dem kaiserlichen Lager anschlossen.

Als bei dem Tode des Kaisers Mathias sich sein Nach-

folger in einer verzweifelten Lage befand, trotzdem aber den Kampf weiter führen wollte, suchte man in Wien nach allen möglichen und unmöglichen Auskunftsmitteln, um einen Umschwung zum bessern herbeizuführen. Unter den Plänen, mit denen man sich damals trug, befand sich auch die Errichtung eines katholischen Bundes, dessen Mitglieder sich durch Geldbeiträge zur Anwerbung und Unterhaltung eines Heeres verpflichten sollten. Wenn man die Anstrengungen erwog, denen sich das christliche Abendland im 12. Jahrhundert zur Gewinnung des heiligen Grabes unterzog, und wenn man bedachte, daß die katholische Kirche in Österreich und Deutschland von den Protestanten fast ebenso gefährdet wurde, als in früheren Jahrhunderten die Christen in Asien und Afrika von den Mohammedanern, so glaubte man, daß der Appell an die Opferwilligkeit reicher Klöster und Edelleute nicht vergeblich, sondern von glänzenden Erfolgen begleitet sein werde. Die Statuten zu diesem christlichen Vertheidigungsbunde wurden von dem kaiserlichen Rate Arnoldin von Klarstein entworfen. Es zeigte sich jedoch, als man an die Durchführung des Unternehmens ging, daß man kaum etwas anderes einheimste, als einige leeren Versprechungen, und daß Niemand geneigt war, sich einer Steuer zu unterziehen, vor deren Größe jedermann erschreckte. Bevor das Jahr 1619 um war, wußte man in Wien, daß man mit diesem Bunde ein totes Kind zur Welt gefördert hatte.

Praktischer gestalteten sich jene Bemühungen, die auf die Gewinnung einer entsprechenden Hilfe von Seite einiger befreundeter Fürsten gerichtet waren. Unter allen Fürsten des damaligen Europas setzte man in Wien wegen des verwandtschaftlichen Verhältnisses und wegen des stets bethätigten Glaubenseifers auf den König Philipp III von Spanien die größte Hoffnung. Schon Mathias hatte von ihm eine nachhaltige Unterstützung erlangt und wir haben gesehen, daß die in den Niederlanden geworbenen Truppen im Frühjahr nicht nur den völligen Ruin in Böhmen hintanhielten, sondern den Sieg wieder an Buquois

Fahnen fesselten. Alle bisherigen Unterstützungen an Geld und Mannschaft waren aber nicht ausreichend, um den Nachfolger des Mathias aus der seit Bethlens Auftreten mit jedem Tage wachsenden Bedrängnis herauszureißen. Dies wurde auch allgemein anerkannt und Erzherzog Albrecht schrieb aus Brüssel an den König von Spanien, daß Ferdinand nicht zu retten sei, wenn er sich nicht zur Ausrüstung einer neuen großen Armee herbeilasse. Der Letztere richtete auch selbst gleiche Vorstellungen und Bitten an seinen Schwager.

Am energischesten bemühte sich jedoch Graf Khevenhiller, der schon seit den Tagen des Kaisers Mathias in Spanien als Gesandter verweilte, für die Unterstützung seines neuen Herrn. Er suchte den spanischen Minister den Herzog von Uzeda und den Beichtvater des Königs Aliaga für dieselbe zu gewinnen, fand aber bei beiden nicht das gewünschte Gehör. Gereizt durch die ablehnende Haltung des Beichtvaters stieß er die Drohung aus, daß Ferdinand in seiner Verlassenheit mit den Protestanten Frieden schließen, Böhmen und Ungarn preisgeben, sich dafür aber an den italienischen und niederländischen Besitzungen des Königs schadlos halten werde. „Seht zu, daß ihr euch nicht um den Hals redet“, unterbrach ihn Aliaga mit der Miene eines Großinquisitors. Khevenhiller erwiederte, er wolle gern sein Leben im Dienste der Wahrheit und seines Herrn verlieren, aber mit dem Beichtvater wolle er nicht tauschen, denn sein Platz in der Hölle werde tiefer sein als der Luthers und Calvins. Ueberzeugt nach diesem Vorgang, daß er mit den königlichen Würdenträgern nicht zum Ziele gelangen werde, begab er sich zum Könige und teilte ihm den Inhalt seiner Unterredung mit Aliaga mit. Dies geschah anfangs Januar (1620), als Philipp noch unter den Nachwehen einer Krankheit litt, die ihn im November ergriffen und dem Tode nahe gebracht hatte und er somit noch unter dem Eindrucke der Furcht vor dem göttlichen Gerichte sich befand. Khevenhiller schlug nun die richtige Saite an, indem er die Unterstützung Ferdinands nicht als eine Familien- sondern als eine Gewissenssache hinstellte

und ihm auseinandersetzte, welche schwere Verantwortung er auf sich lade, wenn er sich von seinen Dienern gängeln lasse und durch seine Nachlässigkeit das Verderben der katholischen Kirche herbeiführen würde. Beim jüngsten Gericht werde er sich dann nicht verantworten können; Tausende und aber Tausende werden den Allmächtigen gegen ihn um Rache anflehen, weil er trotz seiner reichen Mittel nichts gethan habe, um ihre Seelen in diesem Kampfe vor dem Verderben zu bewahren. Der Eindruck, den die Rede des kaiserlichen Gesandten auf den Monarchen hervorbrachte, wurde durch diejenigen Personen, mit denen er sich in den folgenden Tagen beriet, nur noch verstärkt; es waren dies die Erzherzogin Margaretha, eine Tochter Maximilians II, die in Madrid in einem Nonnenkloster lebte und für die Kirche und ihre Rechte schwärmte, der Herzog von Infantado, der Kardinal Çapata und Balthasar von Zuñiga, welche alle die Unterstützung des Kaisers auf das angelegentlichste befürworteten. So faßte er denn am 12. Januar einen entscheidenden Entschluß und unterzeichnete ein Schreiben an den Erzherzog Albrecht, in dem er ihn benachrichtigte, daß er 12000 Mann aus Italien und Spanien nach Flandern schicken und noch Geld für weitere Truppenwerbungen hergeben werde, damit man von Flandern aus einen Angriff auf die Unterpfalz unternehmen und so eine bedeutsame Diversion herbeiführen könne. Zu gleicher Zeit erbot er sich, im Dienste des Kaisers 12000 Fußknechte, 4000 Reiter und 3000 polnische Kosaken, also eigentlich die gesamte kaiserliche Armee zu besolden. Eine großartigere Hilfeleistung konnte nicht erwartet werden. Am 13. Februar (1620) langte die Nachricht von dem Entschlusse in Wien an und verursachte eine grenzenlose Freude.

Trotzdem würden alle diese Versprechungen nicht hingereicht haben, um den Kaiser in seine frühere Herrschaft einzusetzen, wenn sich ihm nicht auch ein Teil von Deutschland angeschlossen hätte. Den ersten Platz unter den deutschen Bundesgenossen nahm die wiedererstandene Liga ein. Die Liga wurde, wie bekannt, im Jahre 1609 zur Abwehr der von der deutschen Union

befürchteten Angriffe begründet, hatte sich aber nach einer Dauer von mehreren Jahren hauptsächlich wegen der Ungunst, die ihr Kaiser Mathias bewies, aufgelöst. Als der Aufstand in Böhmen ausbrach, suchte man von Wien aus die Hilfe der katholischen Fürsten in Deutschland zu gewinnen und beschickte dieselben durch einige Gesandte. Alle Bemühungen waren jedoch umsonst, keiner der Fürsten und Bischöfe war zu einer Leistung erbötig, nur der Kurfürst von Mainz gab nach vielfachen Bitten etwas Geld her. Aber als die Gefahr sichtlich wuchs und man in Deutschland die Überzeugung gewann, daß in Böhmen nicht blos die Besitzungen des Kaisers, sondern auch die katholische Kirche angefochten werde, da berieten die Bischöfe in einer Versammlung in Oberwesel über ihre weitere Haltung und waren bereit, Hilfe zu leisten, machten sie aber von der Neubegründung der Liga abhängig. Maximilian von Baiern, der von diesem Beschlusse in Kenntnis gesetzt war, erklärte sich bereit, ihm beizutreten und das Kommando über die zum Schutze des Kaisers zu werbenden Truppen zu übernehmen; er stellte aber die Bedingung, daß die Rüstungen in einer Weise betrieben würden, die den Erfolg verbürge. Die Bischöfe hatten also ihre Mithilfe von der Wiederaufrichtung der Liga abhängig gemacht, deren Leitung Maximilian jetzt eben so wie bei ihrer Begründung in die Hand nehmen sollte. Man sieht, dieser Fürst erfreute sich eines bedeutenden Ansehens bei den Katholiken, jedenfalls mußte ihm die Schärfe, mit der er seine Teilnahme an der Interposition ablehnte und nur auf inständiges Bitten und unter Wahrung seines Standpunktes endlich dieselbe zusagte, ihre Zuneigung gewinnen. War seine Entschiedenheit die Folge strenger Gläubigkeit oder tiefer Überzeugung oder vielfacher Erfahrung? Es verlohnt sich der Mühe unseren Lesern die bisherige Entwicklung Maximilians vorzuführen, um auf dieser Grundlage diese Frage zu beantworten, denn wir haben es in ihm, wie die Folge lehren wird, mit dem bedeutendsten katholischen Fürsten seiner Zeit zu thun, dessen Einfluß den mächtigsten Königen die Wage hielt.

Maximilian der älteste Sohn des Herzogs Wilhelm von Baiern und der Prinzessin Renata von Lothringen wurde im Jahre 1573 geboren und erhielt in seiner Jugend eine streng katholische Erziehung, da sich das Elternpaar auf das innigste der alten Kirche angeschlossen und jede Neuerung von sich mit Abscheu fern gehalten hatte. Der Knabe wurde nicht nur eifrig in den Wissenschaften unterrichtet, sondern auch zu frommen Übungen, wie Wallfahrten, Prozessionen und fleißigem Kirchenbesuch angehalten. Da er über ein bedeutendes Talent gebot und einen unermüdlichen Lerneifer bethätigte, so machte er schon in München bedeutende Fortschritte in den Studien, er wurde in der Kenntnis der alten Sprachen durch die Lektüre der Kirchenväter so eingeschult, daß er in seinen späteren Lebensjahren sich in die Werke des Cäsar, Tacitus und Xenophon vertiefen konnte, ohne auf sprachliche Schwierigkeiten zu stoßen. An der Universität zu Ingolstadt, wo er seine Studien unter der Leitung von Geistlichen und Laien fortsetzte, erweiterte er seine sprachlichen Kenntnisse durch das Studium der italienischen und französischen Litteratur und gleichzeitig verlegte er sich auch auf die Jurisprudenz und des Ingenieurwesen. Nachdem er vier Jahre in Ingolstadt zugebracht, wurde er von seinem Vater nach München zurückgerufen und in die Regierungspraxis eingeführt, wo er sich durch seine Kenntnisse und durch sein umsichtiges Urteil als eine schätzbare Kraft bewährte und bedeutende Leistungen für die Zukunft verhieß. Um sich weiter auszubilden und mit den hervorragendsten Persönlichkeiien bekannt zu machen, unternahm er eine Reise an den kaiserlichen Hof nach Prag, ging dann nach Italien, wo er eine Reihe der hervorragendsten Städte besuchte und später seine Schritte nach Rom lenkte. Vom Papste Clemens VIII in besonders freundlicher Weise empfangen, da ihm offenbar der Ruf seiner Tüchtigkeit voranging, benutzte er die ihm in Rom zugemessene Zeit zu kunst- und politischen Studien, besuchte auch den Dichter des befreiten Jerusalems Torquato Tasso, der die ihm erwiesene Auszeichnung in einem Sonette

besang. Von Italien reiste Maximilian über die Schweiz nach Lothringen, besuchte in Nancy die Familie seiner Mutter und lernte zugleich seine Base und spätere Frau die Prinzessin Elisabeth kennen.

Die prachtvolle Lebensweise, der sich der Großvater und Vater Maximilians hingegeben hatten, hatte allmählich den letzteren in eine große Schuldenlast gestürzt, aus der er keine Rettung wußte. In der Verlegenheit nahm er seinen Sohn, in dessen reifes Urteil und wirtschaftliche Ordnung er das größte Vertrauen setzte, nach seiner Rückkehr zum Mitregenten an und dieser trat fortan nicht bloß dem Vater hilfreich zur Seite, sondern trug gleich im Beginn die ganze Last der Regierung. Die Stände zeigten sich gegenüber dem jungen Erbprinzen, der kraftvoll und selbstbewußt auftrat, zu größern Steuerleistungen geneigt als bisher, aber trotzdem besserten sich die Finanzen nicht, da der riesige Hofstaat des alten Herzogs und seine unvernünftige Freigebigkeit allzugroße Summen verschlang. Um das Jahr 1598 betrugen die auf Baiern lastenden Schulden ungefähr 5 Millionen Gulden und man wird die Höhe dieser Ziffer richtig würdigen, wenn man weiß, daß damals die gesamten österreichischen Staatsschulden die dreifache Summe kaum überstiegen Der Bankerott stand in drohender Nähe. Als Wilhelm seine Augen vor den schlimmen Folgen seiner Wirtschaft nicht länger verschließen konnte, entschloß er sich abzudanken und die Regierung ganz und gar seinem erst 25jährigen Sohn zu übertragen. Für seinen eigenen Unterhalt bedang er sich die Zahlung von jährlich 40 000 Gulden und Lebensmittel im Werte von 13 000 Gulden und wiewohl dies hätte hinreichen können, wenn man bedenkt, daß dieses Geld damals in Baiern den 15fachen Wert der gleichen Geldsumme in unseren Tagen hatte, so kam er doch nicht aus und behelligte in den folgenden Jahren seinen Sohn mit ununterbrochenen Klagen, die dieser aber, wie es scheint, nie besonders würdigte. Der Ordnungs- und Sparsinn hatte sich in Maximilian im Gegensatz zu der Lebensweise

seiner Vorfahren entwickelt und diesem fiel der eigene Vater selbst zum Opfer.

Seine Regierung richtete nun der junge Herzog in der zweckmäßigsten Weise ein. An die Stelle der Lebemänner, die unter seinem Vater die wichtigsten Posten in der Verwaltung inne gehabt hatten, berief er talentvolle, fleißige und rechtschaffene Leute, streng hielt er darauf, daß seine Beamten unbestechlich seien, das Amtsgeheimnis bewahrten und unermüdlich in der Erfüllung ihrer Pflichten seien. Die Wissenschaften und Künste fanden bei ihm trotz seiner Armut und Sparsamkeit Würdigung und Unterstützung; einige hervorragende Werke, die seiner Anregung ihre Entstehung danken, kennzeichnen noch heute sein Regiment. Vor allem aber zeigte sich die Wirksamkeit seiner Thätigkeit in der allmählichen Ordnung der trostlosen Finanzverhältnisse, die zunächst dadurch angebahnt wurde, daß er die Auslagen für seinen Hofhalt, der sonst 400 000 Gulden kostete, auf 122 000 Gulden reducierte, daß er die gegen hohe Zinsen aufgenommenen Anleihen zurückzahlte, indem er solche gegen niedrige Zinsen aufnahm, daß er seine Güter besser bewirtschaftete und die ungünstig gelegenen verkaufte, daß er die Salzwerke durch Anlage kunstvoller Solenleitungen zu einer Goldgrube gestaltete und überhaupt tüchtig wie ein Handelsmann mit dem Gelde und seinen Einkünften umzugehen wußte.

Nachdem er durch alle diese Maßregeln in wenigen Jahren das erstrebte Ziel erreicht hatte, lud er (im Jahre 1612) den ständischen Ausschuß zu sich und teilte den Mitgliedern desselben zu ihrer größten Überraschung mit, daß er die väterlichen Schulden insgesamt zurückgezahlt und bereits eine namhafte Summe erübrigt habe. Zu dieser bemerkenswerten Leistung trug auch viel der Umstand bei, daß er auf alle Klagen der Stände wegen Steuerüberbürdung nie Rücksicht nahm und keinen Widerspruch gegen seine Verfügungen duldete. Jetzt betrat er auch das Gebiet der Gesetzgebung, indem er auf Grundlage eines alten Gesetzbuches und zahlloser Verordnungen eine einheitliche Legislatur

schuf. Ist sein Streben auch in dieser Richtung anerkennenswert so läßt sich doch der Tadel nicht unterdrücken, daß er keine selbständige Regung im Lande duldete, sondern alles in bestimmte Ordnungen einzwängte. Alles mußte sich seineu Maßregeln fügen, Handel und Gewerbe die ihnen angewiesene Richtung einhalten, Hohe und Niedere Zucht und Ordnung wahren und für jede Übertretung in empfindlichster Weise büßen, selbst der Clerus, der gern nur über die Laien zu Gericht saß, mußte sich den reformatorischen Dekreten des Herzogs fügen, der mit der Strenge eines Inquisitors nicht nur die ketzerischen Meinungen, sondern jede unpassende Lebensweise ahndete. — Der Industrie in seinem Lande suchte er einen glänzenden Aufschwung zu geben, indem er aus den spanischen Niederlanden vorzügliche Arbeiter berief oder zahlreiche Waisenknaben dahin schickte, sie daselbst zu tüchtigen Handwerkern heranbilden ließ und dann nach Hause zurückrief. Bei dieser Tüchtigkeit seiner Wirtschaft, die sich auch in der Organisierung seines Heerwesens bewährte, ist es begreiflich, daß die deutschen Katholiken ihre Aufmerksamkeit auf ihn lenkten, als sie im Jahre 1609 gegen die ein Jahr zuvor errichtete Union einen Gegenbund, später allgemein die Liga genannt, schlossen und daß er neben dem Kurfürsten von Mainz zum Direktor desselben ernannt wurde, thatsächlich aber allein die Geschäfte leitete.

Der päpstliche Nuncius Caraffa entwarf auf Grund einer näheren Bekanntschaft, die er mit dem Herzog im Jahre 1623 angeknüpft hatte, mit jener den italienischen Diplomaten eigenen Meisterschaft, eine Charakteristik von demselben, die im ganzen auch für das Jahr 1619 zutrifft und vollinhaltlich durch die Handlungsweise Maximilians bestätigt wird und mit der wir deshalb unsere Schilderung schließen wollen. Er sagt: „Maximilian ist ein Mann von hervorragender Urteilskraft und Klugheit, der sich um alles kümmert, mag es den Staat oder seine Familie betreffen. Er wird von den Seinigen wegen seiner Strenge auf das äußerste gefürchtet und seine Befehle werden

blindlings befolgt. Seine Hofhaltung ist auf glänzendem Fuße eingerichtet, wiewohl er seinen Dienern nur einen geringen Jahresgehalt gibt. Eifersüchtig wahrt er seine Rechte und seinen Besitz und durch kluge Maßregeln weiß er sein Einkommen stetig zu vermehren." Der Umstand, daß Maximilian stets über die nötigen Geldsummen verfügte und noch einen Schatz aufspeicherte, flößte dem Nuncius einen besonderen Respekt ein. „Man sagt, so berichtet er weiter, daß der Herzog durch die Beschaffung des Proviants für die Liga und durch die Erwerbung der Beute, die sein Heer wegen der zahlreichen Siege im Feindesland gemacht habe, große Geldsummen gewinne." Obwohl Caraffa behauptet, daß er an diese Einnahmsquellen nicht glaube, kann man doch versichert sein, daß er diesen Verläumdungen das Ohr nicht ganz und gar verschloß, denn er konnte so wenig als die andern Zeitgenossen begreifen, wie es der Herzog bei der geringen Ausdehnung seines Gebietes anstelle, daß er stets für die Unterhaltung des Heeres und die Bezahlung seiner Beamten vorsorgen könne. Wir sind aber überzeugt, daß seine Sparsamkeit und seine befruchtende Regierungsthätigkeit allein diese Wunder zuwege brachte, denn von den Gold- und Silberschätzen, die die Ligisten später erbeuteten, fand nur die in Prag gemachte Beute Zugang in seinen in München aufgespeicherten Schatz. Und wenn er bei der Beschaffung des Proviants für die ligistischen Truppen ja ein und das anderemal seine Rechnung gefunden haben mag, so hat er gewiß niemanden übervorteilt und nur den Gewinn des Handelsmannes eingestrichen.

Unser Urteil über Maximilian möchten wir also schließlich dahin bestimmen, daß er ein kluger und scharfsinniger Mann war, eifersüchtig auf seine fürstlichen Rechte, aber durchdrungen von der Überzeugung, daß er auch Pflichten gegen sein Volk habe und für dessen Wohlergehen sorgen müsse. Allen ideellen Neuerungen abhold, suchte er nur auf dem Boden der alten Anschauungen und Lehren sein Ziel zu erreichen, materiellen Verbesserungen und Umänderungen war er dagegen zugänglich und

suchte sie im Interesse seines Staatswesens zu verwerten. In seinen Familienverhältnissen benahm er sich musterhaft, nie wurde er eines unziemlichen Schrittes beschuldigt und so wie er keinen Fehler an sich duldete, forderte er eine gleiche Sittenreinheit von seiner Umgebung und seinen Unterthanen. Er hielt sich für deren Vater, der über sie die eingehendste Strafgewalt besitze.

Das Bild, das uns von Maximilians äußerer Erscheinung entworfen wird, zeigt, daß er nicht mit blendenden Vorzügen ausgestattet war. Er war von mittelgroßer Gestalt, hager und rothaarig und erfreute sich keiner festen Gesundheit, sondern litt nnunterbrochen an katarrhalischen Affektionen und war deshalb außerordentlich mäßig im Essen und Trinken. Seine Stimme klang wie die eines Kastraten. Sein Äußeres war also nicht bestechend und deutete weder seine zähe Ausdauer noch seine Arbeitskraft an, aber trotz seiner Kränklichkeit leistete er mehr als die kräftigsten Fürsten und brachte es bei seiner vorsichtigen Lebensweise zu dem hohen Alter von mehr als 78 Jahren.

Als Ferdinand zur Kaiserwahl nach Frankfurt reiste, traf er mit Maximilian in München zusammen und bat ihn inständig um seine Hilfe. Der Herzog sagte ihm diese zu und unter seinem Einfluße hielten die süddeutschen katholischen Stände (am 25. August 1619) in Eichstädt eine Versammlung, worin die unmittelbare Vornahme der Rüstungen beschlossen wurde, welchem Beschluß fast gleichzeitig auch die rheinischen Bischöfe beitraten. Als Ferdinand von Frankfurt zurückkehrte und wieder in München eintraf, erfuhr er daselbst, daß man einen wichtigen Schritt vorwärts gethan habe. Aber doch war damit für ihn nicht alles geschehen. Maximilian wollte die ligistischen Truppen nur dann im Interesse Ferdinands verwenden, wenn er einen Vertrag mit ihm abgeschlossen und ihm die Entlohnung für seine Dienste und seine voraussichtlichen Auslagen zugesichert haben würde, er wollte also dem Kaiser die Hilfe nicht umsonst leisten, wie dies die Bischöfe zu thun erbötig waren. Ferdinand mußte diesem Wunsche nachgeben und so schloß er am 8. Oktober 1619 in München

einen Vertrag ab, in dem er sich verpflichtete, seinem Vetter für seine Auslagen und für die Verluste, die er erleiden würde, vollen Ersatz zu leisten. Für die Einhaltung dieses Versprechens setzte Ferdinand die sämtlichen Provinzen seines Hauses zum Pfande ein und ermächtigte seinen Bundesgenossen, sobald er einen Teil des Erzherzogtums Österreich in seine Gewalt gebracht habe, darin alle Rechte eines Landesfürsten auszuüben, so lange er nicht seine volle Entschädigung erlangt haben würde.

Neben diesen schriftlich abgefaßten Zugeständnissen erteilte der Kaiser noch mündlich ein doppeltes Versprechen, dessen Bedeutung weit über den schriftlichen Vertrag hinausreichte. Er versprach nämlich dem Herzog die Belehnung mit der pfälzischen Kur, im Falle der Pfalzgraf wegen Annahme der Krone von Böhmen geächtet werden würde, und jenen Teil der pfälzischen Besitzungen, dessen er sich im Laufe des Krieges bemächtigen würde. Ob diese Besitzungen als freies Eigentum oder als Pfandschaften versprochen wurden, darüber entstand im folgenden Jahre zwischen ihm und dem Kaiser ein Streit, auf den wir in vorhinein verweisen. — Der spanische Gesandte Graf Oñate, der sich bei Gelegenheit dieser Verhandlungen in München aufhielt, suchte den Eifer des Herzogs dadurch anzuspornen, daß er ihm die Erhaltung eines Reiterregimentes aus spanischen Mitteln anbot; thatsächlich zahlte später König Philipp III für die Unterhaltung desselben monatlich 24000 Gulden. Nachdem das Bündnis zwischen dem Kaiser und seinem Vetter abgeschlossen war, berief der letztere einen Ligatag, der anfangs Dezember in Würzburg zusammentrat, und beantragte auf demselben die Vervollständigung der bisherigen Rüstungen bis zur Höhe von 21000 Fußknechten und 4000 Reitern. Der Antrag wurde angenommen und das Oberkommando ihm übertragen. Es war mit Gewißheit zu erwarten, daß im Frühjahr 1620 die bestimmte Truppenmacht beisammen sein werde.

Auch den Papst suchte Ferdinand II für seine Unterstützung zu gewinnen. Paul V hatte schon einige Monate nach dem

Ausbruche des Aufstandes seinem Vorgänger Mathias mit monatlichen Subsidien im Betrage von 10 000 Gulden unter die Arme gegriffen und später erklärt, daß er der Liga, wenn sie wieder errichtet werden sollte, eine Unterstützung von 200 000 Gulden zukommen lassen würde. Während des Winters von 1618/19 wurde er ununterbrochen von Spanien aus um Erhöhung seines Geldbeitrags gebeten und auch Maximilian suchte ihn durch die Absendung einer Gesandtschaft zu höheren Leistungen zu bewegen. Alle diese Bemühungen hatten lange Zeit kein Resultat, da der Papst seine Ersparnisse nur für seine Nepoten und nicht für andere Angelegenheiten verwenden wollte. Im November 1619 konnte er aber nicht umhin, auf die stets aufs neue wiederholten Bitten dem nunmehrigen Kaiser Ferdinand die Erhöhung der monatlichen Subsidien auf 20000 Gulden, aber erst vom künftigen März an zahlbar, zu versprechen. Nun kam aber auch die Liga und verlangte die Einhaltung des schon im vorigen Jahre gegebenen Versprechens. Um diesem Verlangen nachzukommen, schrieb der Papst einen Zehent von allen kirchlichen Einkünften in Italien aus, und wiewohl wir über den Ertrag dieser Steuer nicht hinreichend unterrichtet sind, so betrug sie doch zum mindesten einige Hundertausend Gulden und kam der Liga in der zweiten Hälfte des Jahres 1620 zu gute.

Von Polen konnte sich Ferdinand keine eigentliche Hilfe versprechen, er hoffte nur, daß die Freundschaft seines Schwagers des Königs ihm die Anwerbung von einigen Tausend Kosaken gestatten werde und thatsächlich bot derselbe dazu die Hand, indem er die Werbungen Homonnas unterstützte. Als der letztere von Bethlens Truppen später geschlagen und wieder über die Karpathen zurückgedrängt wurde, schickte König Sigismund die Kosaken durch Schlesien und Mähren nach Österreich und verstärkte ihre Anzahl, indem er zu Ostern 1620 noch einige Tausend Mann ihnen nachschickte. Ferdinand mußte sich zu ihrer Unterhaltung verpflichten und ihnen das Versprechen geben, daß alles dasjenige, was sie auf ihrem Zuge gegen seine Feinde

erbeuten würden, ihnen gehören solle. Die Kosaken leisteten auf dem Schlachtfelde dem Kaiser nur sehr geringe Dienste, da sie weder kriegsgeübt noch diszipliniert waren, aber dadurch, daß sie auf ihrem Zuge alle jene Gegenden, wo sie stationiert waren, meilenweit ausraubten und verwüsteten, fügten sie seinen Gegnern den empfindlichsten Schaden zu und erfüllten so den Zweck, um dessentwillen sie berufen waren.

Auch ein zweiter Schwager des Kaisers, der Großherzog von Toscana, entschloß sich auf seine Bitten zur Anwerbung eines Kürassierregimentes und nahm die Bezahlung desselben vorläufig auf sich.

Alle diese Hilfeleistungen hatte Ferdinand nur in Folge seiner dringenden Bitten erlangt, dagegen bot ihm zu Ende des Jahres 1619 ein Fürst seinen Beistand an, ohne daß er ihn darum ersucht hatte. Es war dies niemand anderer als der Herzog von Savoyen, der jetzt im Begriffe war seine Allianz zu wechseln. Er ging nicht gern daran und würde viel lieber an dem Bündnis mit dem Pfalzgrafen festgehalten haben, wenn die Bedingung, unter der er es thun wollte, eingehalten worden wäre, aber Jakob von England wollte von keinem Anschluß etwas wissen. Dazu kam noch, daß der Herzog durch den an seinen Hof residierenden französischen Gesandten von der Unterstützung des Pfalzgrafen abgemahnt wurde und so zu seinem Schrecken bemerkte, daß die Boubonen die altererbte Politik nicht befolgen und die Habsburger nicht schädigen wollten. Er wendete sich jetzt an den österreichischen Gesandten in Spanien, den Grafen Khevenhiller, und trug ihm die Hand seiner Tochter für den seit mehreren Jahren verwittweten Kaiser an und gleichzeitig eine bewaffnete Hilfe in dem von ihm geführten so „gerechten" Krieg. Mit denselben Anträgen schickte er später einen Gesandten nach Wien, er wollte jetzt 12000 Mann für den Dienst des Kaisers anwerben und unterhalten und verlangte dafür nur den Königstitel und eine gewisse Berücksichtigung im Falle das Mantuanische Erbe, dessen Besitzer keinen männlichen Nachkommen hatte, vakant

werden würde. Seine Anerbietungen wurden jedoch in Wien nicht freundlich aufgenommen. Obwohl man von seiner Teilnahme an den böhmischen Händeln und seinem Vertrage mit dem Pfalzgrafen keine Kenntnis hatte, so vermutete man doch, daß er in irgend einer Weise die Hand im Spiele habe, und deshalb wollte der Kaiser weder seine Tochter noch die angegebotene Allianz annehmen und ließ diese ablehnende Antwort dem savoyischen Gesandten durch den Freiherrn von Eggenberg zukommen. Als nun Spanien von dem Herzog verlangte, daß er den aus Italien nach Deutschland zur Unterstützung des Kaisers abzuschickenden Truppen den Durchzug durch sein Territorium gestatte, mußte er wohl oder übel nachgeben, um nicht die Habsburger allzusehr zu reizen, da er sich vorläufig auf keine Unterstützung von Frankreich verlassen konnte. Dem englischen Gesandten Wake teilte er die Erlaubnis zum Truppendurchzug unter Bedauern mit und erklärte dabei, daß er auch jetzt noch anders handeln würde, wenn der König von England sich für Böhmen erklären würde.

Trotzdem war der Umschwung in der Haltung des Herzogs von Savoyen nicht so sehr eine Folge von Jakobs Widerwillen gegen die Unterstützung der Böhmen, als vielmehr der in Frankreich geltend gewordenen Anschauungen, die eine Anfeindung der Habsburger ausschlossen. Am französischen Hofe wie in der höheren Pariser Gesellschaft urteilte man über den Kampf, der in Böhmen ausgebrochen war, nicht nach seinen politischen, sondern nach seinen religiösen Beziehungen. Die Geistlichkeit fand diesmal die Interessen der Bourbonen und Habsburger identisch und diese Beurteilung brach sich auch allmählich bei den französischen Staatsmännern Bahn, denen noch überdies die an den böhmischen Statthaltern verübte Frevelthat mißfiel. Die Folge war, daß Ludwig XIII gegen die deutschen Habsburger eine wohlwollende Haltung bewahrte und weder von ihm noch von seinen Ministern ein Wort gesprochen wurde, das der Pfalzgraf und seine Partei als eine Aufmunterung auffassen

konnte, sich in den böhmischen Streit zu mischen. So konnte der englische Gesandte Edward Herbert, der sich bemühte, die französischen Staatsmänner für den böhmischen Aufstand freundlich zu stimmen, mit seinen Bemühungen kein Resultat erzielen. Nun geschah es, daß der Herzog von Luines ihm die Hand der Prinzessin Henriette, der Schwester des Königs, für den Prinzen von Wales anbot, offenbar um die damaligen Heiratsverhandlungen zwischen England und Spanien zu durchkreuzen. Als Jakob dies erfuhr, gab er darauf keine Antwort, denn ihm war die spanische Heirat viel lieber als die französische, und wies so stillschweigend die französische Prinzessin zurück, wodurch er die französische Eigenliebe arg verletzte. Hätte er anders gehandelt, so wäre nicht zu zweifeln, daß Frankreich in dem weiteren Streite der Habsburger mit Böhmen und dem Pfalzgrafen eine andere Haltung angenommen und seinen religiösen Sympathien Schweigen geboten hätte.

Mittlerweile wurde die traurige Wendung, welche die Angelegenheiten Ferdinands seit Bethlens Auftreten nahmen, immer mehr und mehr ruchbar in Frankreich und in mancherlei Berichten noch schlimmer geschildert, als sie thatsächlich war. Die Geistlichkeit erwärmte sich zusehends für die Unterstützung des verfolgten und angefeindeten Kaisers, der päpstliche Nuncius schürte im Auftrage Pauls V diesen Eifer und die Jesuiten thaten alles, was in ihren Kräften stand, um die öffentliche Meinung in gleichem Sinne zu bearbeiten. Trotzdem wollten der König und sein Staatssekretär, der Marquis von Puysieux, aus ihrer neutralen Stellung nicht heraustreten, so daß der Graf Fürstenberg, den Ferdinand mit der Bitte um Hilfe nach Paris geschickt hatte und der anfangs Dezember (1619) daselbst eingetroffen war, seinem Herrn keine tröstlichen Berichte schicken konnte. Dennoch gab sich der Gesandte noch nicht verloren, sondern suchte die Unterstützung einflußreicher Personen zu gewinnen und es gelang ihm dies auch mit dem Beichtvater des Königs, dem Jesuiten Arnoult, der wahrscheinlich nur den Weisungen seines

Generals folgte, wenn er sich dem kaiserlichen Gesandten zu Diensten erbot. — Am Weihnachtstage mahnte der Pater den König an seine Verpflichtung, dem bedrängten Kaiser Hilfe zu leisten und seine Beredsamkeit feierte denselben Sieg, wie einst Bernhard von Clairvaux, als er fast fünf Jahrhunderte früher an gleichem Tage vom Altar aus den König Konrad III zum Kreuzzuge mahnte. Am Abend fand sich ein Bote bei Fürstenberg mit der Nachricht ein, daß der König entschlossen sei, dem Kaiser mit einer Armee zu helfen. Im künftigen Monat März sollte sie in der Champagne konzentriert werden und dann den Marsch nach Deutschland antreten.

Man kann sich denken, welche Überraschung und Freude diese Nachricht dem Grafen verursachte und wie andererseits der englische Gesandte betrübt war, als er sie erfuhr. Aber schon im Monat Januar machte sich ein Umschwung am Hofe geltend: man bereute das voreilig abgegebene Versprechen und suchte sich demselben auf irgend eine Weise zu entziehen. Der Präsident Jeannin erhielt den Auftrag, ein Memoire über die politische Sachlage auszuarbeiten, das als Grundlage einer daran sich anschließenden Beratung im königlichen Staatsrate dienen sollte. Jeannin kam dem Auftrage nach und rechtfertigte in dem Memoire zuerst die bis dahin von den französischen Königen gegen die Habsburger beobachtete feindselige Politik mit der allzugroßen Macht dieses Hauses. Jetzt sei aber die Besorgnis vor derselben geschwunden, die Habsburger seien alt geworden, ihre Macht gebrochen und der Kaiser nahe daran, alle seine Besitzungen zu verlieren. Würde er zu Grunde gehen, so würde die katholische Religion unterdrückt und der geistliche Besitz in Deutschland eine Beute der Protestanten werden. Nun sei der Sieg der letzteren für Frankreich schon um der Hugenotten willen nicht zu wünschen und deshalb sei es gut, wenn der König einen passenden Frieden vermitteln würde. Ob bei der Friedensverhandlung die Restitution Ferdinands in seinen früheren Besitz zur Bedingung gemacht werden solle oder nicht, darüber ließ sich das Memoire nicht

aus, es erörterte nur den Weg, auf welchem der Friede erreicht werden könnte und schlug dazu die Absendung einer aus hervorragenden Personen bestehenden Gesandtschaft nach Deutschland vor. Die Absendung derselben würde das Ansehen des Königs von Frankreich heben, dem bedrängten Kaiser einige Hilfe schaffen und die weiteren Verhandlungen in einen guten Fluß bringen. Nur wenn der Kaiser zum Frieden geneigt sei, die Gegner aber beharrlich sich weigern würden, denselben anzunehmen, nur dann sei für Frankreich der Moment gekommen, seine Macht zu Gunsten des Kaisers in die Wagschale zu legen.

Die Auseinandersetzung Jeannins fand den Beifall des Staatsrates, an dessen Sitzungen sich der König beteiligte, und so wurde anfangs Februar die Absendung einer Gesandtschaft beschlossen, die das Vermittlungsgeschäft in die Hand nehmen sollte. Die Hoffnung auf die französische Hilfe, der man sich durch einige Zeit in Wien hingegeben hatte, wurde zwar getäuscht, aber es war doch von unendlicher Wichtigkeit für den Kaiser, daß er Frankreich nicht zu seinen Gegnern zählte. Die Abschickung der Gesandtschaft blieb übrigens nicht ohne Nutzen für ihn, da dieselbe einige Zeit lang zu seinen Gunsten vermittelte. — Als sich das Gerücht von der kaiserfreundlichen Schwenkung der französischen Politik in Deutschland verbreitete, schickte die Union nacheinander zwei Gesandte nach Paris ab, um die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen, aber beide erreichten ebensowenig ihr Ziel, als ein Agent, den der Fürst von Anhalt zu gleichem Zwecke dahin geschickt hatte.

Alle katholischen Fürsten, die der Kaiser um ihren Anschluß ersucht hatte, waren seinen Bitten nachgekommen und auch von Frankreich hatte er so viel erlangt, daß er volle Ursache hatte, sich zufrieden zu geben. Daß er aber auch Protestanten für sich gewinnen und zur Bekämpfung des böhmischen Aufstandes verwenden würde, darauf war man auf Seite seiner Feinde nicht gefaßt und doch trat dieses unerwartete Ereignis ein.

Ferdinand hoffte ursprünglich in seiner Naivität, daß sich nach vollzogener Kaiserwahl alle Stände des Reiches, vielleicht mit Ausnahme des Pfalzgrafen und seines Anhanges, um ihn scharen und ihn bei der Wiedereroberung von Böhmen unterstützen würden. Und in der That, wenn es mit seiner Erhebung auf den deutschen Thron ernstlich gemeint war, so konnte doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Stände des Reiches verpflichtet seien, ihn in der Behauptung seines Eigentumes zu unterstützen, sowie auch ihm dieselbe Pflicht den Reichsständen gegenüber oblag. Da er keinen Reichstag berief, um auf diesem seine Bitte vorzutragen, so schickte er eigene Gesandte zu den einzelnen protestantischen Fürsten, allein die Aufnahme, die dieselben fanden, überzeugte ihn bald, daß er auf keine Unterstützung rechnen könne. Nur bei Kursachsen und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt fanden seine Bitten freundliches Gehör. Der Kurfürst fühlte sich je länger je mehr durch die böhmische Königswahl beleidigt, trotzdem er nur durch seine ablehnende Haltung die Stimmen auf den Pfalzgrafen gelenkt hatte. Dazu kam die Angst vor den Weimarer Vettern und ihren Ansprüchen auf seine Kurwürde und seine Kurlande, und zu alledem gesellte sich noch, daß sein Hofprediger Hoë ihm täglich in den Ohren lag und ihn mit seinen giftigen Äußerungen je länger je mehr gegen die Böhmen einnahm. Hoë hatte vor einigen Jahren eine bittere Kränkung in Prag erfahren, er hatte sich daselbst nach Erteilung des Majestätsbriefes als Prediger der deutschen Gemeinde niedergelassen und geriet, da er ein entschiedener Anhänger der Augsburger Konfession war, mit den Anhängern der böhmischen Konfession in mannigfachen Streit, der damit endigte, daß man ihn in seiner Wohnung überfiel, beschimpfte und ihn zur Auswanderung zwang. Er fand in Dresden nicht blos freundliche Aufnahme, sondern auch eine vorzügliche Stellung und in dieser wollte er den ihm angethanen Schimpf rächen. Der kaiserliche Gesandte Elvern, der damals mit ihm zusammentraf, war über den Haß, den der Hofprediger gegen die böhmischen Rebellen in

seinem Herzen barg, nicht wenig in Verwunderung gesetzt und bemerkte, daß er es nie für möglich gehalten hätte, Hoë könne den Katholiken so zugethan sein, wie er es ausspreche. Man begreift bei dieser Gesinnung Hoës, daß die Geschenke, die ihm Elvern im Namen des Kaisers antrug, von ihm freundlich aufgenommen wurden und seine Feindseligkeit gegen die Böhmen steigerten.

Anfangs Januar 1620 kam der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt nach Dresden, um sich mit dem Kurfürsten über die öffentliche Sachlage und die dabei zu beobachtende Haltung zu beraten. Johann Georg erklärte, daß er von dem Rechte des Kaisers auf Böhmen ebenso überzeugt sei wie von der Pflicht der deutschen Fürsten, ihm zu helfen. Er wolle zu diesem Behufe die Stände des obersächsischen Kreises zu einer Beratung berufen und dasselbe auch mit den niedersächsischen thun; doch sei es nötig, daß zuerst eine Schwierigkeit beseitigt werde. Der Kaiser müsse nämlich den Ständen den ungestörten Besitz der ehemaligen katholischen Stifter, deren sie sich seit dem Passauer Vertrage bemächtigt hatten, zusichern. Thäte er dieses und würden die Protestanten mit den Klagen, die bisher gegen sie erhoben wurden, verschont, sie ein- für allemal in ihrem Besitze gesichert sein und der Passauer Vertrag auf diese Weise eine zweite Auflage erleben, so sei auf ihren Anschluß zu hoffen. Ludwig solle daher mit den Häuptern der Liga zusammenkommen, diese Angelegenheit ins Reine bringen, dann sei der Kurfürst erbötig, sich ihnen anzuschließen und deshalb mit ihnen an einem Orte zusammenzukommen.

Der Landgraf berichtete über diese Unterredung an den Kurfürsten Schweikhard von Mainz und dieser berief eine Versammlung der ligistischen Fürsten, um sie über die sächsische Forderung beraten zu lassen. Auf der Versammlung, die (am 18. Februar 1620) in Würzburg zusammentrat, erklärte der Herzog von Baiern durch seine Gesandten, er sei damit einverstanden, daß den Ständen der sächsischen Kreise die Kirchengüter

weder durch Gewalt noch im Prozeßwege entrissen werden sollten. Ihren Besitz wollte er also nicht antasten, dagegen wollte er ihnen für denselben nicht Sitz und Stimme im Reichstage zuerkennen. Die bischöflichen Vertreter wollten nicht so weit gehen wie Maximilian, sie waren nur erbötig, gegen die Protestanten keine Gewalt anzuwenden, aber den Prozeßweg wollten sie sich höchstens auf eine Anzahl von Jahren abschneiden lassen. Die Anerbietung Kursachsens zu einer gemeinsamen Beratung wurde angenommen.

Bevor der Kurfürst von Sachsen und die ligistischen Fürsten zusammentrafen, ließ sich der erstere auch gegen den Kaiser über die Bedingungen aus, unter denen er zu einer Hilfeleistung erbötig sei, stellte aber dabei größere Forderungen auf, als jene waren, die er dem Landgrafen Ludwig kundgegeben hatte, denn außer der Versicherung der protestantischen Stände in dem Besitze der geistlichen Güter verlangte Johann Georg das Versprechen, daß Ferdinand die Lutheraner in seinen Ländern nach erlangtem Siege nicht verfolgen, daß er ihm die Ober- und Niederlausitz für die Kosten seiner Unterstützung verpfänden und endlich, daß er ihm ein deutsches Fürstentum, das bei der Ächtung seiner Gegner vakant würde, übertragen wolle. Auf die erste dieser Forderungen antwortete der Kaiser, daß er zuvor die Entscheidung seiner ligistischen Freunde abwarten müsse, auf die zweite, daß er den Majestätsbrief gegen diejenigen, die sich ihm unterwerfen würden, beobachten, auf die dritte, daß er die Lausitz dem Kürfürsten verpfänden und endlich, daß er nach Zeit und Umständen ihm gern ein Fürstenthum übertragen werde.

Als der 11. März, der Tag, an dem sich die ligistischen Fürsten mit dem Kurfürsten von Sachsen in Mühlhausen versammelten, herangekommen war, war also eigentlich schon die Allianz zwischen dem Kaiser und Kursachsen abgeschlossen und es hing die Verwirklichung derselben nur davon ab, daß man sich über die Kirchengüterfrage einige. Außer Kursachsen und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt fanden sich daselbst

die Kurfürsten von Mainz und Köln ein, während Maximilian und die übrigen Bischöfe nur durch Gesandte vertreten waren. Nachdem sich die Fürsten und ihre Begleiter in der freundlichsten Weise begrüßt und sich den Kalvinisten gegenüber durch gemeinsame Interessen für verbunden erklärt hatten, begannen die Verhandlungen über die Kirchengüterfrage. Nach mancherlei Debatten einigte man sich dahin, daß den ober- und niedersächsischen Kreisständen die Zusicherung erteilt wurde, sie aus ihrem Besitz in keiner Weise zu verdrängen, aber diese Begünstigung sollte nur so lange dauern, als sie sich ruhig verhalten, sich gegen den Kaiser als gehorsame Reichsstände benehmen und nicht Anspruch auf Sitz und Stimme im Reichstag erheben würden. Die Liga reservierte sich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich das Klagrecht, aber da diese Reservation nicht in die betreffende Vertragsurkunde eingetragen wurde, so hätten die Katholiken aus derselben später keine weiteren Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Nachdem dieser Gegenstand erledigt war, einigte man sich über die dem Kaiser zu leistende Unterstützung. Johann Georg verpflichtete sich, die Stände des ober- und niedersächsischen Kreises für das Bündnis zu gewinnen.

In Mühlhausen erörterte man auch die Frage, ob der Kaiser den Kampf damit beginnen sollte, daß er den Pfalzgrafen wegen der Annahme der böhmischen Krone mit der Acht belege. In dem Wunsche des Herzogs von Baiern lag es, daß die Achtserklärung sobald als möglich ausgesprochen werde, denn nur so war ihm die Aussicht auf den Kurhut gesichert. Aber der Kurfürst von Sachsen wollte von einer Verhängung der Acht nichts wissen, er scheute sich doch, durch sein Bündnis mit dem Kaiser den Besitz eines protestantischen Kurfürsten preiszugeben; er wollte lieber, daß man einen Waffenerfolg erlange, als daß man die Gegner durch die Verhängung der Acht aufreize, die doch keine Bedeutung haben konnte, wenn sie nicht gleichzeitig durch Siege auf dem Schlachtfelde besiegelt wurde. Man beschloß

also, dem Kaiser zu raten, daß er vorläufig die Schädiger seiner Rechte nur mit der Verhängung der Acht bedrohen solle. Von diesen Beschlüssen wurde Ferdinand in Kenntnis gesetzt und so sah er, wie zu dem Gebäude seiner Allianzen Stein zu Stein hinzugefügt wurde und dasselbe zu einem stolzen Bau sich zu erheben im Begriffe war.

Nachdem zu Mühlhausen das Bündnis mit Kursachsen zustande gekommen war, ließ Ferdinand dem Kurfürsten die Vollmacht, welche ihn zum Einmarsch in die böhmischen Länder und zwar nach Schlesien und der Lausitz berechtigte, am 22. April übermitteln. Dem Kurfürsten wurde zur Erleichterung seiner Mission das Recht eingeräumt einzelne Rebellen zu begnadigen, in Bezug auf die religiöse Frage dagegen enthielt die Vollmacht keine Weisungen, weder Versprechungen noch Drohungen gegen die Protestanten. Als man sie in Dresden kennen lernte, wünschte man eine Ausdehnung derselben, der Kurfürst wollte auch zum Einmarsch in die nördlichen Kreise Böhmens bevollmächtigt und in den religiösen Angelegenheiten klarer informiert sein. Auf die entsprechenden Vorstellungen von Dresden antwortete Ferdinand, daß ihm jede Verfolgung der Bekenner der Augsburger Konfession sowie jede Schmälerung des Majestätsbriefes fern liege. Diese Versicherung befriedigte den Kurfürsten um so mehr, als das Exekutionspatent seinen Wünschen entsprechend umgearbeitet und er zum Einmarsch in Böhmen bevollmächtigt wurde. Das umgearbeitete Patent wurde ihm am 6. Juni zugeschickt und am selben Tage ein solches auch für Maximilian von Baiern ausgefertigt.

IV. Einen nahezu entgegengesetzten Verlauf nahmen die Bemühungen des Pfalzgrafen und gegenwärtigen Wahlkönigs von Böhmen, sich durch Allianzen für den Kampf zu stärken. Während man in den Verhandlungen von 1618 auf pfälzischer Seite den Mund vollnahm, wenn man die Böhmen zur Ausdauer im Kampfe gegen den Kaiser ermahnte und ihnen — wir wollen gern zugeben nicht in lügnerischer Übertreibung son-

dern in aufrichtiger Überzeugung — die Hilfe von halb Deutschland, von Frankreich, England, Holland und Venedig in Aussicht stellte und diese zahlreichen Bundesgenossen auch ununterbrochen in den Verhandlungen mit Savoyen figurierten, zeigte sich jetzt zur größten Überraschung des Pfalzgrafen und zu seinem noch größerem Schmerze, daß diese Allianzen kaum mehr als Luftgebilde seien. Schon zur Zeit seiner Krönung in Prag war es dringend notwendig, daß er sich um eine ansehnliche Geld- und Truppenhilfe bemühte, wenn er den Kampf mit dem Kaiser zu einem halbwegs gedeihlichen Ausgange führen und namentlich die Allianz mit Bethlen Gabor aufrecht erhalten wollte. Die nächste Hilfe hoffte er bei der Union und bei den übrigen deutschen Protestanten zu finden und deshalb berief er unter dem Titel eines „Korrespondenztages“ nicht blos die Mitglieder des genannten Bundes, sondern fast sämtliche protestantischen Fürsten Deutschlands und den König von Dänemark zu einer gemeinsamen Beratung nach Nürnberg. Schon die Hoffnung, daß alle Geladenen dem Rufe folgen würden, erwies sich als irrig, denn Mitte November (1619), auf welche Zeit der Korrespondenztag bestimmt war, erschienen in Nürnberg außer ihm und den Mitgliedern der Union nur noch der Pfalzgraf von Neuburg und drei Herzöge von Sachsen-Weimar persönlich, und durch Gesandte waren bloß der Kurfürst von Brandenburg und die Herzoge von Lüneburg und Braunschweig vertreten. Das allein waren die neuen Freunde, die sich dem Pfalzgrafen anzuschließen im Begriffe waren, aber auch von diesen konnte man vermuten, daß sie nach Nürnberg mehr um zu hören als um zu helfen gekommen waren und daß sie ihn kaum mit etwas anderen als mit guten Ratschlägen unterstützen würden.

Als Friedrich in Nürnberg anlangte, versuchten seine pfälzischen Ratgeber ein Bündnis zwischen Böhmen und der Union zustande zu bringen, durch welches die letztere verpflichtet werden sollte, an dem böhmischen Streite teilzunehmen und allenfalls ihre Truppen nach Böhmen zu schicken; die Union wollte

jedoch in kein derartiges Bündnis willigen, sie wollte nur zum Schutze der Pfalz zu den Waffen greifen. Dieser Anschauung entsprach auch die Antwort, die sie dem Freiherrn von Kufstein erteilte, als derselbe in Nürnberg erschien, und sie zu einem Bündnis mit Niederösterreich zu bewegen suchte. Seine Bitte wurde wohl freundlich aufgenommen und ebenso beantwortet, aber thatsächlich lehnte die Union eine Hilfeleistung ab, denn so wenig sie sich in den böhmischen Streit direkt einmengen wollte, ebensowenig wollte sie Österreich im Kampfe gegen den Kaiser unterstützen.

Diese allmählich immer schärfer hervortretende Politik des Unionstages, sich nur auf Deutschland zu beschränken, zeigte sich auch darin, daß derselbe den Pfalzgrafen tadelte, weil er sich bei seinem Einzuge in Böhmen von einem Teile der Unionstruppen begleiten ließ. Der Pfalzgraf sollte die Truppen unverweilt zurückschicken und auch auf den Gehalt von 6000 Gulden monatlich, den er als Oberanführer der Unionstruppen bekam, verzichten, weil er ja diesen Dienst nicht leisten könne. Obwohl man von pfälzischer Seite diese beiden Beschlüsse um jeden Preis rückgängig machen wollte, so beharrten die Unionsmitglieder doch auf denselben und nötigten den Pfalzgrafen zur Nachgiebigkeit. Man sieht, der Korrespondenztag, auf den die böhmische und pfälzische Partei so große Hoffnungen gesetzt und in dem man bereits das ganze protestantische Deutschland vereint erblickt hatte, erfüllte keine der auf ihn gesetzten Erwartungen und stellte den Böhmen weder Geld noch Truppen zur Verfügung. Friedrich mußte sich auf den Rückweg begeben, ohne die Thatsache irgendwie verheimlichen zu können, daß die Union sich nur auf Deutschland beschränken wolle.

Der traurige Erfolg nötigte ihn abermals zu dem Versuche, seinen Schwiegervater umzustimmen und sich an dessen abweislichen Bescheid nicht zu kehren. Er schickte zu diesem Behufe den Herrn Achaz von Dohna nach England ab und dieser kam daselbst im Januar (1620) an, erhielt aber auch diesmal

keine tröstlichere Zusicherung. Wohl verlangte der König von ihm eine Auseinandersetzung der Gründe, mit denen die böhmischen Stände ihr Wahlrecht belegen könnten, es war aber ersichtlich, daß er dieses Begehren nicht stellte, um nach der Antwort sein weiteres Benehmen zu regeln, sondern um Zeit zu gewinnen. Nur in einem Falle wurde er jetzt nachgiebiger. Der Pfalzgraf hatte einen Schottländer Namens John Gray mit dem Kommando über ein Regiment betraut, dessen Anwerbung er in England angestellt wissen wollte. Als Gray diese Bitte bei dem Könige vorbrachte und seine Zustimmung verlangte, konnte Jakob nicht anders als sie geben, denn er hatte auch anderen Fürsten, und namentlich dem Könige von Spanien eine ähnliche Erlaubnis erteilt. Den Gesandten, den die Union zu gleicher Zeit mit einer Bitte um Geld an ihn abschickte, wies er ebenso ab wie die Geldforderungen seines Schwiegersohnes und doch bot sich nie eine günstigere Gelegenheit, die Sache Friedrichs wenigstens mit Geld zu unterstützen, als diesmal. Der ganze englische Klerus vom Bischof bis zum letzten Kaplan war für den böhmischen Streit und dessen Vertreter begeistert und zu freiwilligen Beiträgen, sowie zur Anstellung von Kollekten bereit. Die Kaufleute waren erbötig, jede Summe darzuleihen, wenn der König sich dafür als Bürge erkläre, und das Parlament wollte diese Bürgschaft auf sich nehmen, wenn er das Schwert für das Evangelium zog. Alle diese Opferwilligkeit war aber Jakob ein Gräuel. Er duldete nicht die Beschaffung eines Darlehens, wenn dabei irgendwie sein Name genannt würde, und nur mit Mühe gestattete er die Anstellung von freiwilligen Sammlungen, die bei seinem Übelwollen schließlich nur die kleine Summe von 13 000 Pfund eintrugen. — Alles wozu er sich bewegen ließ, bestand darin, daß er seinem Schwiegersohne 25000 Pfund für die Verteidigung der Pfalz zu zahlen versprach und eine Anleihe von 50 000 Pfund bei seinem Schwager, dem König von Dänemark, vermittelte. — Auf solche Weise hatte der Pfalzgraf nur einen einzigen opferwilligen Freund und das waren

die Holländer, die schon nach dem Ausbruch des Aufstandes den Böhmen mancherlei Unterstützungen zu Teil werden ließen und dieselbe zuletzt auf die Summe von 50 000 Gulden monatlich festsetzten, diese zahlten sie und wenn sie auch manchmal die Drohung aussprachen, daß sie kein Geld hergeben würden, wenn der König von England sich nicht an der Unterstützung beteiligen würde, so war es damit nicht ernst gemeint.

In Böhmen mußte man also an die Anspannung der eigenen Kräfte denken, wenn man Bethlens Allianz, die durch die Nichterfüllung seiner Geldforderungen und durch seine Verträge mit dem Kaiser verloren gegangen war, wieder gewinnen wollte. Zunächst wollte man die böhmischen Nebenländer zu stärkeren Leistungen heranziehen als bisher und dann auf einem Generallandtag, der im März 1620 zusammentreten sollte, die Bedingungen der ungarischen Allianz endgiltig formulieren: Zu diesem Ende wurden zuerst die ständischen Versammlungen nach Brünn und Breslau berufen. Nachdem der König einige Wochen nach seiner Nürnberger Reise in Prag zugebracht und während dieser Zeit die Umgestaltung der Domkirche vorgenommen und sie zum unendlichen Verdrusse der Prager Bevölkerung von allen Gemälden und sonstigen kirchlichen Gerätschaften gesäubert hatte, reiste er nach Brünn ab, nahm auf dem daselbst versammelten Landtage die Huldigung entgegen, erlangte aber von den Mährern nur eine Vermehrung ihres Truppenkontingentes aber kein Geld, und ebenso war das Resultat des von ihm nach Breslau am 23. Februar 1620 berufenen Fürstentages beschaffen. Denn auch dieser entschloß sich nach vollzogener Huldigung zu nichts mehr als zu neuen Rüstungen und zur Beschaffung der dazu nötigen Geldmittel.

Obwohl man also von pfälzischer Seite nach dem kläglichen Scheitern aller Bemühungen dem Fürsten Bethlen kein Geld anbieten konnte, so bemühte man sich doch, ihn zum Wiederanschlusse und zum Bruche des mit dem Kaiser abgeschlossenen

Waffenstillstandes zu bewegen, und schickte deshalb den Christoph von Dohna nach Kaschau ab, wo Bethlen eben weilte.,

Der Kaiser hatte die Preßburger Verträge ratificiert, aber den Waffenstillstand auf Böhmen nicht ausgedehnt und als Bethlen um so eifriger auf der Bewilligung desselben beharrte, bekam er zur Antwort, daß die Waffenruhe nur dann auf Böhmen ausgedeht werde, wenn dieses von vornherein seine Unterwerfung anböte. Der Fürst konnte sich nicht verhehlen, daß der Kaiser seine Waffen gegen ihn kehren werde, wenn er einen Sieg über die Böhmen erfochten haben würde und so beschloß er (17. März 1620) den böhmischen Einflüsterungen nachzugeben und den Kaiser abermals anzugreifen, wenn dieser im letzten Augenblicke nicht nachgeben würde. Ja einige Tage später wollte er sich nicht bloß mit dem Zugeständnis der Waffenruhe begnügen sondern verlangte, daß sich Ferdinand mit den ihm von Prag angebotenen Friedensbedingungen, wonach er auf die Herrschaft über Böhmen für eine Jahrespension von 300 000 Gulden verzichten solle, zufrieden stelle. Wenn binnen 25 Tagen von Wien keine zusagende Antwort einlaufen würde, so wollte er seine Waffen wieder mit den Böhmen verbinden. Dies war der Inhalt eines Schreibens, das der Fürst am 31. März nach Wien richtete und das man dort als einen Absagebrief auffassen konnte.

Einige Tage vorher schickte er auch den Grafen Emerich Thurzo nach Prag, um das bereits in Preßburg abgeschlossene Bündnis durch neue und genauere Bestimmungen zu erweitern und sich gleichzeitig auch durch ihn bei der Taufe des später iu England so berühmt gewordenen Prinzen Rupert vertreten zu lassen. Als Thurzo in Prag anlangte, tagte daselbst der Generallandtag, zu dem sich auch Gesandte aus Österreich eingefunden hatten. Die Verhandlungen über ein Bündnis zwischen Böhmen, Ungarn und Österreich wurden bald zu Ende geführt. Die Bedingungen desselben lauteten dahin, daß die Länder der böhmischen Krone den Ungarn einen jährlichen Betrag von 103 000 Thalern, Ober- und Niederösterreich je 30000 Thalern zahlen

und daß außerdem im Notfalle die genannten Länder einander wechselseitig mit Truppen unterstützen sollten. Am 25. April wurden die Beratungen geschlossen und die ungarisch-österreichisch-böhmische „Konföderation" feierlich ihrem Inhalte nach in der Domkirche verlesen. Auf demselben Generallandtage wurde auch der älteste Sohn des Königs als Nachfolger auf den böhmischen Thron gewählt was dem Vater so viel Freude verursachte, daß er lustig in dem Saale herumsprang, als ihn eine Deputation von diesem Beschluße in Kenntnis setzte. Zu welchen abfälligen Urteilen dieses kindische Gebahren Anlaß gab, ist leicht begreiflich.

Obwohl nun Bethlen im Mai den Böhmen einige Tausend Reiter zu Hilfe schickte, da der Kaiser in die verlangten Bedingungen nicht einwilligen wollte, hielt es der letztere doch für klüger, dies nicht als Bruch des Waffenstillstandes anzusehen, um nicht den direkten Angriff gegen sich heraufzubeschwören und die in den Preßburger Traktaten vorgesehenen Verhandlungen auf einem neuen ungarischen Reichstag nicht unmöglich zu machen. Zu Ende Mai berief der Fürst von Siebenbürgen einen solchen nach Neusohl, der über die Zugeständnisse des Kaisers Beschluß fassen sollte. Auch die Böhmen und Österreicher schickten Gesandte zu demselben ab. In Prag glaubte man, daß man in Neusohl die Absetzung Ferdinands beschließen und die ungarische Krone an den Pfalzgrafen übertragen würde: kein geringerer Plan beschäftigte demnach die böhmischen und pfälzischen Staatsmänner, als daß die gesamte österreichische Monarchie in Friedrich ihren Herrn erkennen solle.

V. Als Bethlen die Reichstagsverhandlungen mit einer feierlichen Ansprache eröffnete, schob er die Schuld aller gegenwärtigen Wirren auf den Kaiser und forderte den Reichstag auf, daß dieser sich über die Vorbereitungen zum Kriege und über die Bewilligung der nötigen Geldmittel für die allfälligen Kriegskosten berate. Der Reichstag ging auf seine Ansuchen ein, verweigerte den Gesandten, die der Kaiser nach Neusohl abgeschickt hatte, um

den Bruch zu verhindern, williges Gehör und brach zuletzt jede Verständigung dadurch ab, daß er den Bethlen zum König von Ungarn wählte (August 1620). Der Kaiser bewahrte diesmal nicht die Ruhe, die er bei der Nachricht von der böhmischen Königswahl gezeigt hatte, er nannte Bethlen „eine Bestie", eine Ausdrucksweise, deren er sich nur in der höchsten Erregung bediente. Der Reichstag traf darauf die nötige Vorsorge für den unvermeidlichen Kampf, sprach die Konfiskation über den katholischen Besitz aus und ordnete zugleich an, daß die Zahl der Bistümer auf drei reduziert und jedem Bischof nur ein Gehalt von 2000 Gulden ausbezahlt werde.

Gegen die böhmischen Gesandten versicherte Bethlen während den Reichstagsverhandlungen unablässig, daß er mit etwa 40 000 Mann zum Angriffe schreiten wolle, da ihm aber das Geld zu den notwendigen Auslagen mangle, so müsse er auf der Auszahlung von 400 000 Gulden oder mindestens von zwei Drittel dieser Summe bestehen. Als man in Prag auf die Nachricht von dieser Unterredung die Überzeugung gewann, daß man den Fürsten nicht länger mit bloßen Hoffnungen hinhalten könne, entschloß man sich, ihm wenigstens eine Abschlagszahlung von 100 000 Gulden zuzusenden. Friedrich selbst verpfändete einen Teil seines Silbergeschirres und zahlreiche Kleinodien bei jüdischen und christlichen Handelsleuten und brachte so die erwähnte Summe zusammen, die darauf durch die Herren von Plessen und den Doktor Jessenius nach Neusohl abgeschickt wurde. Als der Fürst das Geld in Empfang nahm, empfand er die größte Freude und versicherte die beiden Überbringer seiner innigsten Anhänglichkeit. In wiederholten Besprechungen erörterte er vor Plessen seinen Kriegsplan, durch welchen er den Grafen Buquoi zu einer Schlacht zwingen wollte, die nur mit seiner Niederlage endigen würde. Plessen billigte den Plan, wünschte aber, daß Bethlen den Sultan um Hilfe ersuche, da man bei den steigenden Gefahren sich nicht anders des Feindes erwehren könne. Der letztere scheute sich dagegen,

die Türken zu Hilfe zu rufen: seiner Überzeugung nach war es das beste, wenn man sich einer wohlwollenden Neutralität von ihrer Seite erfreute und sie nicht herbeirief, denn wer bürgte dafür, daß sie im Falle des Erfolges denselben nicht für sich allein ausnützen würden. Auf die vielfachen Mahnungen und Ratschläge Plessens beschwichtigte er seine Skrupel und erklärte sich bereit, die Türken im Falle der Gefahr herbeizurufen. Thatsächlich ging von Neusohl eine Gesandtschaft, die zum Teil aus Ungarn, zum Teil aus Böhmen und Österreichern bestand und mit ihrem zahlreichen Gefolge an 100 Personen zählte, mit großen Geschenken nach Konstantinopel, um daselbst die türkische Hilfe anzuflehen. Die Gesandtschaft trat die Reise am 27. August (1620) an und konnte also, wie aus dieser Zeitangabe ersichtlich ist, in Konstantinopel erst am 27. November, also 19 Tage nach der Schlacht auf dem weißen Berge, eintreffen und sonach viel zu spät die Türken um ihre Hilfe ersuchen. Sie wäre ihnen aber auch dann nicht zu Teil geworden, wenn die Entscheidung noch nicht eingetreten wäre, denn wiewohl die Gesandten sich einer freundlichen Aufnahme erfreuten und mancherlei Versprechungen zu hören bekamen, so meinten es die Türken mit denselben nicht ernstlich, da ihre Aufmerksamkeit damals hauptsächlich von Polen und Persien wachgehalten wurde. Gegen diese beiden Staaten waren alle ihre Rüstungen gerichtet, an dem österreichischen Streite wollten sie sich höchstens mit Versprechungen beteiligen, da es ihnen nur genehm sein konnte, wenn der Kampf zwischen dem Kaiser und seinen Gegnern längere Zeit wütete und beide Teile sich so viel als möglich schwächten.

Fassen wir das Resultat der Allianzbemühungen Ferdinands und Friedrichs zusammen, so stellt sich heraus, daß der erstere außer den eigenen Mitteln mit Geld und Truppen von Spanien, mit Truppen von der Liga, von Kursachsen, von Polen und von Toscana, mit Geld vom Papste und mit Versprechungen und diplomatischen Diensten von Frankreich unterstützt wurde. Dagegen verfügte der Pfalzgraf zur Verteidigung der böhmischen

Krone bloß über das Bündnis mit Oesterreich und Ungarn und über die holländische Geldhilfe; zur Verteidigung seiner eigenen Besitzungen stand ihm nur die Truppenhilfe der Union, das dänische Anlehen und das englische Geldalmosen zu Gebote. Wohin der Sieg sich unter diesen Umständen neigen würde konnte in vorhinein nicht zweifelhaft sein.

Fünftes Kapitel.

Der Krieg im Jahre 1620 bis zur Schlacht auf dem weißen Berge.

I. Der Krieg in Österreich und Böhmen in den ersten Monaten des Jahres 1620. II. Der Vertrag von Ulm und die französische und englische Gesandtschaft in Wien. III. Einmarsch der ligistischen Armee in Österreich und Verbindung derselben mit den Kaiserlichen. IV. Maximilian und Buquoi rücken in Böhmen ein.

I. Als sich die Böhmen und Ungarn im Dezember 1619 von Wien zurückzogen, mußten sie durch vierzehn Tage am rechten Donauufer verweilen, weil die Schiffbrücke bei Preßburg wegen des reißenden Stromes abgebrochen worden war und nur mit Mühe wieder hergestellt werden konnte. Wie groß die Verwüstung war, welche die Ungarn bei ihrem Einfalle in Österreich ringsumher verbreitet hatten, erfuhren die böhmischen Truppen jetzt zu ihrem Schaden, denn sie fanden nicht einmal Schutz gegen die Unbilden der Witterung, da die Ungarn die Bauernhäuser nicht bloß ausgeraubt, sondern in ihrer sinnlosen Wut auch die Fenster und Öfen in denselben zertrümmert hatten. Die Mannschaft einzelner Truppenabteilungen bekam durch viele Tage keinen Bissen Brod und höhere Befehlshaber keinen Tropfen Wein, man mußte zu Wurzeln und Gemüse greifen, um den Hunger zu stillen und seinen Durst mit dem Donauwasser löschen.

Da es im böhmischen Heere auch wieder an der nötigen Bekleidung gebrach, so stieg das Elend zu einer Höhe, die an die Schreckenstage des vorigen Winters mahnte und die Krankheiten

wüteten in einer Weise, daß die blutigste Schlacht nicht mehr Opfer hätte fordern können. Das Regiment Thurns, das sich zur Zeit seiner Werbung auf 3000 Mann belief, sank auf 1200 Maun herab, wobei mindestens derselbe Verlust auf Rechnung der jüngsten Strapazen zu setzen war, und im selben Verhältnisse waren die übrigen Verluste im böhmischen Heere, so daß man im Ganzen nicht mehr als 5000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter unter den Fahnen zählte. Auch die mährischen und schlesischen Truppen litten entsetzlich, obwohl die Not bei ihnen geringer war, weil ihnen der Sold regelmäßiger ausgezahlt wurde. Da Thurn schon während seines Zuges gegen Wien die Notlage mit grellen Farben geschildert und nun dringend weitere Soldzahlungen für die böhmischen Truppen verlangt hatte, so ersuchte man in Prag den Fürsten von Anhalt um ein Darlehen von 60000 Gulden und nachdem man diese Summe ergänzt hatte, schickte man anfangs Dezember dem Heere einen Monatssold nach. Aber die mit der Überbringung des Geldes betrauten Herren fürchteten sich von den Ungarn beraubt zu werden, weil diese den Übergang über die Donau bei Preßburg besetzt hielten und man bei ihnen vorbeipassieren mußte, wenn man zu den Böhmen kommen wollte. So blieb das Geld in Mähren und man kann es wohl begreiflich finden, daß die Soldaten jenen fluchten, die zu dem Zuge über die Donau geraten hatten.

Vor Weihnachten übersetzten die Truppen endlich die Donau und teilten sich: die Böhmen zogen nach Österreich in die Gegend von Langenlois, die Mährer gegen Brünn und die Schlesier in ihre Heimat. Die Armee war somit zersprengt und die Böhmen konnten nur dadurch dem voraussichtlichen Angriff Buquois die Stirn bieten, weil sich ihnen jetzt die österreichischen Protestanten anschlossen und ihnen ihre Truppen zur Verfügung stellten. Ferdinand gab sich alle Mühe, die Stände von diesem feindlichen Beschlusse abzuhalten, aber alle Vorstellungen scheiterten an dem Widerstande des bekannten Herrn von Thonradel, der mit leidenschaft-

lichem Eifer zum entschlossenen Vorgehen mahnte. Die furchtbaren Kriegsleiden, von denen Niederösterreich jetzt heimgesetzt wurde und welche die Armut in die Häuser jener brachte, die sich sonst keine Genüsse zu versagen brauchten, hatten einen tiefen Haß erzeugt, so daß man nicht mehr davor zurückschrak, auch sein Leben und seine Zukunft in die Schanze zu schlagen. So faßten die Stände am 14. Januar in Horn, wohin sie sich aus Wien zurückgezogen hatten, den Beschluß, die kaiserlichen Truppen als Feinde anzusehen und demgemäß zu behandeln. In Folge des Anschlusses der Niederösterricher stieg die böhmische Armee bei Langenlois auf ungefähr 9000 Mann.

Der erste Zusammenstoß zwischen den Gegnern fand am 1. Februar 1620 bei Nikolsburg statt, welches feste Schloß von den mährischen Truppen belagert und zur Üebergabe gezwungen wurde. Bald darauf setzte jedoch Dampierre über die Donau, zog die Kosaken aus Polen an sich und schloß mit ihrer Hilfe Nikolsburg wieder ein und zwang es schon am 6. Februar zur Übergabe. Dieser Erfolg wurde wenige Tage später durch einen gelungenen Angriff Buquois auf die böhmisch-österreichischen Truppen bei Langenlois vervollständigt. Die Niederlage war hauptsächlich die Folge des Mangels an einheitlichem Kommando im böhmischen Heere, da der Oberanführer desselben, der Fürst von Anhalt, noch immer nicht bei den Truppen eingetroffen war. Nunmehr aber säumte er nicht länger mit seiner Ankunft und da gleichzeitig die böhmischen Truppen durch einige Werbungen vervollständigt wurden, so konnte der Fürst daran denken, seinem Gegner die Schlappe bei Langenlois zu vergelten. Als er denselben bei Meißau angriff, fügte er ihm einen beträchtlichen Verlust zu, allein der stete Mangel, unter dem seine Truppen auch jetzt litten, verhinderte ihn, den Sieg auszunützen. Die böhmisch-österreichische Armee verbreitete meilenweit Not und Elend um sich her, da trotz aller vorangegangenen Zusagen wieder kein Sold gezahlt wurde und die Soldaten durch Zwangsrequisitionen ihre Bedürfnisse decken mußten. Auch die kaiser-

lichen Truppen und unter ihnen namentlich die Kosaken lebten nur vom Raub und geberdeten sich als wahre Teufel. In einer Klagschrift, die die Horner Stände trotz ihrer Teilnahme am Aufstande an den Kaiser richteten, beschuldigten sie die Wallonen und Kosaken der mutwilligen Einäscherung zahlreicher Dörfer und Städte, der Beraubung von arm und reich, der Schändung von Knaben und Mädchen und der Verübung unmenschlicher Grausamkeiten. Um Geld zu erpressen, binde man Männer und Frauen an Stricke und rüttle sie dann, man presse sie zwischen Hölzer, reiße ihnen mit der Zange Fleisch aus dem Leibe, bohre ihre Kinnbacken, Schienbeine und Kniescheiben an und hänge sie an den Füßen auf. Tausende von Personen seien den mannigfachen Qualen erlegen, da man Niemanden schone, der lutherisch sei. Der Abt von Melk, also ein Mann, an dessen Treue kein Verdacht und kein Makel klebte und der von den Kaiserlichen hätte geschont werden sollen, klagte, daß sich täglich eine große Anzahl kaiserlicher Soldaten, Polen, Wallonen, Italiener und Deutsche in seine und seiner Freunde Schlösser, Märkte und Dörfer eindrängten und überall nach Herzenslust raubten, die Leute „in unerhörter Weise schädigten, marterten und niederhieben“ und zum Raub zuletzt den Brand hinzufügten. Noch schlimmer lauteten die Klagen der Bewohner der kaiserlichen Kammergüter in Niederösterreich, also derjenigen, deren Wohl im speziellen Interesse des Kaisers lag. Wenn ihnen auch nichts anderes übrig geblieben sei, so schrieben sie an Ferdinand, als ihre Felder und Weingärten, so hätten sie sich doch der Hoffnung hingegeben, daß sie unter dem Schutze der kaiserlichen Waffen beides bebauen und das nackte Leben weiter fristen würden, aber die Schmach, die ihnen jetzt widerfahre, mache ihnen das Leben unerträglich. Täglich zögen die Kosaken in Scharen von 200 bis 300 Mann nach allen Richtungen und begnügten sich nicht mit dem Raube, sondern hieben Mann und Weib und Kind in den Feldern nieder oder mißhandelten Frauen und Mädchen in bestialischer Weise. Lieber wollten sie tausendmal tot

sein, als noch länger diese an ihrem Fleisch und Blute verübte Schmach ertragen. — Infolge dieser Bitten und Vorstellungen richtete Ferdinand an den Grafen Buquoi eine energische Mahnung dafür zu sorgen, daß seine Truppen sich nicht so bestialischen Exzessen hingäben, die ja sonst die Strafe Gottes unmittelbar nach sich ziehen müßten, er selbst könne sich keine Hoffnung auf den Sieg seiner Waffen machen, sondern schwebe in steter Furcht und Sorge, daß ihn ein gerechtes Verhängnis ereilen werde. Alle diese Mahnungen fruchteten aber nichts und so mußte Niederösterreich den bittern Kelch des Kriegsleidens bis auf die Hefe leeren. Die Leiden nahmen nur da ein Ende, wo die Menschen die heimische Scholle verlassen hatten und Öde an die Stelle fleißiger Geschäftigkeit getreten war. Es war ein Elend, welches an die Zeiten der Völkerwanderung mahnte, und gewiß die hunnischen Scharen konnten nicht grausamer vorgehen, als diesmal die Soldaten beider Parteien, die man als den Abschaum aller Länder ansehen kann.

Da man auf böhmischer Seite um jeden Preis wenigstens für eine geregeltere Verpflegung der Truppen sorgen mußte, weil man jeden Tag von einer Meuterei bedroht war, so eilte der Fürst von Anhalt nach Prag, um bei dem eben versammelten Generallandtage die Gewährung der nötigen Geldmittel zu erwirken. Seinen Vorstellungen kann man es zum Teil zuschreiben, daß sich die böhmischen Stände zu größeren Zahlungen als bisher verpflichteten. Da auch der König zu einem Darlehen von 200 000 Gulden sich entschloß, so kam auf diese Weise eine Summe zusammen, mit der man einen dreimonatlichen Sold decken konnte und den man rasch nach Österreich abschickte. In der Zeit, während welcher Anhalt in Prag weilte, erlitten die Truppen in zwei Gefechten bedeutende Verluste. Das erste Gefecht fand am 12. April bei Sinzendorf statt und kostete dem Freiherrn von Fels mit ungefähr 600 Mann das Leben; im zweiten Gefecht (am 30. April) bei Gars wurde ein niederösterreichisches Regiment aufgerieben.

Da man auf böhmischer Seite neue Werbungen angestellt und sich die Mährer und Schlesier auch wieder nach Niederösterreich verfügt hatten und endlich auch die Ungarn anfangs Mai auf dem Kriegsschauplatze erschienen und einige Tausende Reiter zu dem Bundesheere abschickten, so verfügte Anhalt, als er von Prag am 15. Mai nach Österreich abreiste, über ein beträchtliches Heer, das auf etwa 30000 Mann berechnet werden kann. Er versuchte am 10. Juni einen Angriff auf die Stadt Hadersdorf, die er mit überlegenen Streitkräften umzingelte und zur Kapitulation zwingen wollte, allein Buquoi hatte die Besatzung rechtzeitig verstärkt und so den Angriffsplan vereitelt. Erbittert darüber, daß ihm ein für sicher gehaltener Erfolg mißlungen war, schickte Anhalt einen Trompeter an den Grafen ab und bot ihm eine Schlacht an, welche dem Kampfe ein Ende machen sollte. Der kaiserliche General lehnte diese Aufforderung ab, weil der Kampfplatz für ihn keine günstigen Chancen bot und weil seine Truppenmacht der feindlichen weitaus nicht gleich kam. Noch hatten weder die Ligisten noch der König von Spanien die gemachten Versprechungen erfüllt, ihre Truppen befanden sich erst im Anmarsch und so verfügte er bloß über die alte nur durch einige frische Werbungen ergänzte Mannschaft.

Trotz der Weigerung Buquois würde Anhalt vielleicht eine passende Gelegenheit zu einer Schlacht gefunden haben, wenn nicht wegen ausgebliebenen Soldes wieder (am 30. Juni) eine Meuterei unter seinen Truppen ausgebrochen wäre. Das Regiment Thurn weigerte sich, einen neuen Obersten in der Person des Grafen Solms anzunehmen und zu gleicher Zeit sagten die mährischen Regimenter den Gehorsam auf, obwohl ihre Soldrückstände nur unbedeutend waren, und dem gegebenen Beispiel folgte auch das böhmische Regiment Hohenlohe. Durch Versprechungen und Verhandlungen und durch den Hinweis auf die nach Prag geschickten Unterhändler brachte man nach zwei oder drei Tagen die Soldaten wieder zum Gehorsam, allein schon am 9. Juli brach eine neue Revolte aus. An diesem Tage sagte

das Regiment Thurn abermals den Gehorsam auf und wurde nur durch die äußerste Anstrengung des Grafen Hohenlohe besänftigt. Als jedoch die Nachricht in Eggenburg anlangte, daß Maximilian von Baiern in Oberösterreich eingedrungen sei, lösten sich die Bande der Ordnung wiederum auf. Das Beispiel gab diesmal das mährische Regiment Žerotin, welches am 27. Juli alle seine Offiziere verjagte. Auf alle Ermahnungen und Vorstellungen Anhalts entgegneten die Meuterer, daß sie die Rückkehr der Boten, die der Fürst nach Prag um Geld geschickt hatte, nur noch bis zum morgigen Tage erwarten wollten.

Da diese Boten zur bestimmten Zeit nicht eintrafen, so rückte das Regiment aus seinen Quartieren nach Stockerau, wählte einen einfachen Musketier zu seinem Obersten und erklärte, daß es fortan die kaiserlichen Truppen nicht als Feinde ansehen werde. Die Meuterer erwarteten, daß sich die Regimenter Thurn und Hohenlohe ihnen anschließen würden, und als dies nicht geschah, traten sie ihren Marsch nach Znaim allein an, um sich mit Gewalt in Mähren bezahlt zu machen. Als jedoch Anhalt ihnen einen Oberstlieutenant nachschickte, um sie an ihre Pflicht zu mahnen, bereuten viele das gegebene Ärgernis und zwei Tage später waren sie bereit, zu ihrer Pflicht zurückzukehren. Allein jetzt wurde es dem Fürsten wieder schwer, das Regiment Thurn bei seiner bessern Gesinnung zu erhalten, denn als er es wegen seiner Haltung belobte, antworteten ihm die Soldaten, daß sie nur noch drei Tage auf die Befriedigung ihrer Forderungen warten und im Falle der Nichtbefriedigung sich mit Gewalt bezahlt machen würden. In dem Augenblicke also, wo Maximilian gegen Linz im Anzuge war, lag die Gefahr nahe, daß ein Teil der Truppen das Lager bei Eggenburg verlassen und die Armee sich auflösen werde. Diese Gefahr wurde durch die am 2. August erfolgte Rückkehr der Boten aus Prag vorläufig beseitigt, da sie die Nachricht brachten, daß ein dreimonatlicher Sold für die Armee auf dem Wege sei. Man hatte den-

selben teils durch ein Anlehen bei den Prager Bürgern, teils durch eine barbarische Bedrückung der Juden, teils endlich durch eine gegen die Katholiken geübte Erpressung zusammengebracht. Wir bemerken zum Schlusse nur noch, daß Buquoi die Anschuldigung, die man gegen seine Fähigkeiten erhob, diesmal in hohem Grade verdiente, denn wenn er einer derartig desorganisierten Armee gegenüber keinen Angriff versuchte, so mangelte es ihm jedenfalls an der für einen Feldherrn nötigen Initiative.

Während die Verhältnisse auf dem österreichischen Kriegsschauplatze unentschieden hin und her schwankten, gestalteten sie sich noch schlechter auf dem böhmischen. Hier hatte der Oberst Marradas, der die Besetzung von Budweis und einigen anderen Plätzen aufrecht hielt, seit dem Monate Mai verschiedene Angriffe auf einige anderen Plätze unternommen. Da man die Aufstellung einer eigenen Operationsarmee gegen ihn nicht für notwendig erachtet hatte, so fügte er den Besatzungen von Soběslau und Wodňan tüchtige Schlappen zu und wagte sich sogar an das feste Prachatitz, das er am 8. Mai jedoch vergeblich angriff. Um weitere Fortschritte zu hindern, bekam der Graf Mansfeld, der bis dahin in Österreich geweilt hatte, den Auftrag, sich nach Böhmen zu verfügen und einige neugeworbene Regimenter sowie einen Teil des wiederum ausgerüsteten Landesaufgebotes unter seinem Kommando zu versammeln und mit diesen Truppen, die sich ungefähr auf 10000 Mann beliefen, den Oberst Marradas in Schach zu halten. Während er dem Befehl mit Erfolg nachkam, wurde die böhmische Sache von einem neuen Unfalle betroffen. Im Bechiner und Prachiner Kreise erhoben sich die Bauern, um gegen die unsäglichen von Freund und Feind an ihnen geübten Bedrückungen Rache zu nehmen. Obwohl ihre Erhebung durch Gewalt und Versprechungen bald wieder zur Ruhe gebracht wurde, so war doch das Beispiel gegeben und die weiteren Monate, in denen der Aufstand sein Leben fristete, waren fortwährend von Bauernaufständen begleitet und erschöpften vollends die Widerstandskraft des Landes. Nie

war aber eine stärkere Anspannung der Kräfte nötig, denn gerade jetzt betraten die ligistischen und die in den Niederlanden geworbenen spanischen Truppen den Kriegsschauplatz.

II. Die Rüstungen der Liga nahmen den Herbst des Jahres 1619 und den Winter des Jahres 1620 ein. Auf allen Straßen Deutschlands sah man um diese Zeit Scharen von Kriegern ziehen, welche sich nach den verschiedenen Werbeplätzen verfügten. Von Seiten der Union wollte man die Werbungen anfangs verhindern und zu diesem Ende die eigenen Truppen auf geistlichem Gebiete einquartieren. Als man nämlich auf dem Nürnberger Korrespondenztage die Ausrüstung einer Armee beschlossen hatte, aber noch nicht wußte, ob der Kaiser die Pfalz angreifen würde und man dort also werde kämpfen müssen, fürchtete man, daß man sich durch die Erhaltung des geworbenen Heeres erschöpfen könnte. Deshalb wollten die Unionsfürsten die Erhaltung desselben den Geistlichen aufbürden, da sie sich ohnedies mit dem Plan der Konfiskation ihres Besitzes trugen und die Durchführung desselben auf diese Weise einleiten wollten. Den Widerstand der Bischöfe fürchteten sie nur wenig, wohl aber den des bedeutendsten katholischen Fürsten Maximilians von Baiern, um den sich im Falle des Angriffes die Bischöfe scharen würden. Der Kurfürst von der Pfalz und die Union beschlossen deshalb in Unterhandlungen mit Maximilian zu treten, um ihn zur Neutralität zu bewegen. Sollte er Schwierigkeiten machen, so war Friedrich erbötig, die Einquartierung auf Mainz, Würzburg, Eichstädt und das Stift Ellwangen zu beschränken und die dem Herzog nahe gelegenen Bistümer Augsburg, Freising und Regensburg zu verschonen. Mit der Verhandlung in München wurden der Graf Solms und der Herr von Plessen betraut und diese beiden traten ihre Reise nach der Auflösung des Korrespondenztages an. Sie sollten außer dem Gesuch um Neutralität auch noch Klage über mancherlei Vergewaltigung führen und Forderungen stellen, die sich auf wichtige Reichsangelegenheiten bezogen, so z. B. auf die Gleichberechtigung

der religiösen Parteien in der Besetzung der Stellen des Reichshofrates und Reichskammergerichtes. Sie sollten von Maximilian eine klare und bündige Antwort binnen zwei Monaten verlangen, widrigenfalls die Union ihre „Gelegenheit und Notdurft in Acht nehmen", das heißt zum Angriffe gegen die Katholiken schreiten würde.

Maximilian, der den ehrgeizigen Bestrebungen des Pfälzers schon lange mit Unwillen zugesehen hatte und entschlossen war, dieselben im Bunde mit dem Kaiser zu bekämpfen, erschrak nicht im mindesten über die drohende Botschaft, die ihm jetzt zukam, er benützte auch nicht die ihm zugestandene Frist, sondern ergriff die Gelegenheit, um mit seiner Antwort nicht hinter den Nürnberger Drohungen zu bleiben. Er verwies es also zunächst als eine Überhebung, wenn die Protestanten über Verkürzungen klagten, im Gegenteile, die Katholiken hätten Ursache zu den mannigfachsten Klagen und warnte dann die Gegner, zu den Waffen zu greifen, wenn ihren Wünschen nicht augenblicklich Genüge geschehe: das Kriegsglück sei zweifelhaft und ziehe oft derjenige, der es nicht vermeine, den kürzeren. Mit dieser Antwort gaben sich die Gesandten nicht zufrieden, sie führten eine noch drohendere Sprache und gaben schließlich der Hoffnung Ausdruck, der Herzog werde der Union nicht entgegentreten, sobald sie sich mit Gewalt Recht schaffen werde. Aber auch auf diese Erklärung blieb er eine scharfe Antwort nicht schuldig. — Als die Liga sich (anfangs März 1620) in Würzburg versammelte, um über die mit dem Kurfürsten von Sachsen einzuleitenden Verhandlungen Rats zu pflegen, war sie mit dem Bescheide, den Maximilian den Gesandten erteilt hatte, einverstanden und ließ an den Kurfürsten von der Pfalz noch eine eigene Antwort abgehen, in der sie ihn mit seinen Beschwerden auf einen zu berufenden Reichstag verwies und dagegen protestierte, daß deren Abstellung so kategorisch gefordert würde. Wollten aber die Protestanten einen Krieg haben — so schloß ungefähr die Zuschrift — so würden die Katholiken ihn ohne Furcht annehmen. — Die Absicht, die

Gegner durch Schrecken einzuschüchtern, die offenbar den Pfalzgrafen und seine Freunde in Nürnberg leitete, erwies sich als verfehlt und es blieb der Union nichts anderes übrig, als das Kriegsvolk auf ihrem eigenen Boden zu unterhalten, da die Katholiken durch die mittlerweile eingeleiteten Rüstungen ihre Besitzungen hinreichend zu wahren imstande waren. Die Markgrafen von Anspach und Baden sprachen wohl ab und zu davon, daß man die katholischen Rüstungen mit Gewalt hintanhalten solle, aber da es ihnen doch immer an Mut hiezu gebrach, so geschah es, daß die Liga ebenso wie die Union ihre Rüstungen ungehindert zustande brachte und beide Parteien gegen Ende Mai 1620 ihre Scharen an der Donau konzentrieren konnten. Die Unionstruppen lagerten bei Ulm 13000 Mann stark, die Ligisten bei Lauingen und Günzburg 24000 Mann stark, also weit zahlreicher als ihre Gegner.

Als Friedrich von der Pfalz von der Konzentration der ligistischen Streitkräfte Kunde bekam, versuchte er noch im letzten Augenblicke, den Herzog von Baiern von dem voraussichtlichen Angriffe auf Böhmen zurückzuhalten und schickte seinen Rat Camerarius nach München. Es war aber auch jetzt vergeblich, den Herzog zu einer für den Pfalzgrafen freundlichen Haltung zu gewinnen, Camerarius wurde kalt behandelt und mußte sich unverrichteter Dinge zurückziehen. Dieser Förderer der pfälzischen Pläne erkannte nun vollständig die Gefahr, in die sich sein Herr gestürzt hatte; er sah, wie viel besser gerüstet und stärker die Gegner waren und wie die eigenen Mittel zu ihrer Bekämpfung nicht ausreichten.

Die Nähe der beiderseitigen Armeen hätte leicht einen blutigen Zusammenstoß herbeiführen können, aber einen solchen wollte Maximilian vermeiden. Er schickte deshalb zwei seiner Räte an die in Ulm befindlichen Anführer des Unionsheeres und bot ihnen den Frieden an, das heißt, er verlangte von ihnen die Erklärung, daß die Union in Deutschland den Frieden wahren und kein ligistisches Gebiet angreifen wolle. Zu der-

selben Gegenerklärung war auch er bereit und wollte demnach nur zulassen, daß beide Teile ihre Streitkräfte nach Böhmen dirigieren und dort den Kampf als Freunde und Gegner des Pfalzgrafen ausfechten sollten. Die Union wollte jedoch nicht nach Böhmen ziehen, weil sie die Erwerbung deutscher Bistümer im Auge hatte, wenn sie also in Deutschland den Frieden nicht stören durfte, so wollte sie lieber ihre Truppen auflösen. Sie war nur dann erbötig, auf die Forderungen Maximilians einzugehen, wenn ihr die Versicherung gegeben würde, daß auch die erblichen Besitzungen des Pfalzgrafen nicht angegriffen würden, wenn also die in Flandern stationierten spanischen Truppen nicht in der Niederpfalz, sondern etwa nur in Böhmen verwendet werden dürften. Ein solches Versprechen zu geben, lehnte Maximilian jedoch ab, weil der Erzherzog Albrecht, der mit seiner Gemahlin, der Infantin Isabella, die spanischen Niederlande beherrschte, kein Mitglied der Liga sei und er (Maximilian) demnach nicht Verpflichtungen eingehen könne für einen, dem er keinen Befehl zu erteilen berechtigt sei.

Man weiß nicht, welches Resultat diese Verhandlungen zur Folge gehabt hätten und ob sich vielleicht die Gegner nicht unmittelbar in die Haare gefahren wären, wenn nicht in diesem Augenblicke die von Ludwig XIII schon seit Monaten angekündigte Gesandtschaft auf deutschem Boden erschienen wäre. An derselben beteiligte sich in erster Reihe der Herzog von Angoulême und neben ihm die Herren von Bethune und Préaux; diese suchten nun ihrem Auftrage nachzukommen und den Streit zwischen dem Kaiser und seinen Gegnern zu vermitteln. Ihre Instruktion erteilte ihnen zwar keine bestimmte Weisung, auf welcher Grundlage die Vermittlung vor sich gehen solle, ob der Kaiser vollständig zu restituieren sei oder nicht, aber die Ansichten, die im königlichen Kabinete vorherrschten, ließen sie nicht im Zweifel, daß Ludwig XIII die Verhandlungen hauptsächlich zu Gunsten des Kaisers einleiten wolle. Aus diesem Grunde stellten

sie sich nach ihrer Ankunft in Ulm auf die Seite Maximilians von Baiern und forderten von der Union, daß sie von ihm keine Bürgschaft für den Erzherzog Albrecht verlange. Da sie bei dem Herzoge von Würtemberg und dem Markgrafen von Anspach diese Ansicht mit Entschiedenheit vertraten und die Ungnade ihres Herrn in Aussicht stellten, so blieb diesen und anderen Unionsführern nichts anderes übrig, als nachzugeben und mit Maximilian einen Vertrag zu schließen, der am 3. Juli 1620 unterzeichnet wurde. In demselben verpflichteten sich die Union und die Liga wechselseitig, ihre Besitzungen nicht anzugreifen, der Union blieb es ebenso wie der Liga freigestellt, ihre Truppen nach Böhmen marschieren zu lassen und dort sich an der Verteidigung oder am Angriffe zu beteiligen. Thatsächlich konnte die Union, auch wenn sie gewollt hätte, von dieser Erlaubnis keinen Gebrauch machen, sondern mußte sich mit der Bekämpfung der bald darauf gegen die Niederpfalz vorrückenden Spanier beschäftigen und so hatte Maximilian bei dem Angriffe gegen Böhmen freie Hand. Als man in Prag von dem Ulmer Vertag Kenntnis erhielt, faßte man die Sachlage auch nicht anders auf und war über denselben ebenso entsetzt wie erbittert.

Nach dem Abschluße des Vertrages reisten die französischen Gesandten nach Wien und wurden daselbst mit Auszeichnung empfangen. Die Erwartung aber, die sie hegten, daß man ihnen von kaiserlicher Seite das Vermittlungsamt übertragen und daß die Verhandlungen nun erst recht ihren Anfang nehmen würden, wurde getäuscht. In Wien wollte man die Lösung der Streitfragen nur dem Schwerte überlassen und suchte deshalb die Gesandten von der Unrechtmäßigkeit aller in Böhmen und Ungarn begangenen Handlungen zu überzeugen. Diese Haltung beleidigte die Gesandten, sie erklärten ihre Aufgabe für gelöst und beschloßen unverrichteter Dinge abzureisen. Jetzt wurde man doch stutzig, man erwog, ob man sie zurückreisen lassen und so der Welt erklären solle, daß die Allianz mit Frankreich zu Ende sei oder ob man, allerdings nur zum Scheine, eine Unterhand-

lung durch sie anbahnen lassen solle. Man entschied sich für das letztere Auskunftsmittel und gewann dadurch Zeit, denn nun mußten die Franzosen einen Agenten nach Böhmen und Ungarn abschicken und zur Teilnahme an der Verhandlung einladen, mittlerweile aber konnte mit Hilfe der bereits in Österreich weilenden ligistischen Truppen ein entscheidender Schlag geführt werden, worauf man jede Verhandlung abbrechen konnte und es dann gleichgiltig war, ob die französischen Gesandten noch länger in Wien weilten oder nicht.

Als die Franzosen mit der Vermittlung betraut wurden, schickten sie einen Herrn von Saint Catherine an den Fürsten von Anhalt und einen Herrn von Sigogné an Bethlen nach Neusohl. Anhalt, der wohl einsah, daß man es von kaiserlicher Seite nicht ernst meine und von den Ansprüchen auf Böhmen nicht ablassen würde, empfing den französischen Agenten ziemlich unfreundlich und entschuldigte sich mit mangelhafter Vollmacht, wenn er auf die Vermittlungsvorschläge nicht eingehe. In Neusohl wurde Sigogné wohl besser empfangen, aber eines Erfolges erfreute auch er sich nicht, kurz alle kriegführenden Parteien suchten die Entscheidung nur auf dem Schlachtfelde und nicht in unfruchtbaren Verhandlungen. Die französischen Gesandten waren daher genötigt zu warten, bis ein Ereignis auf dem Schlachtfelde die Parteien einander näher brächte und verbrachten seit Mitte August ihre Zeit in Wien mit nutzlosen Mahnungen und Vorstellungen, die sich zumeist auf die ungarischen Verhältnisse bezogen.

Gegen Ende August erschien ein englischer Gesandter am kaiserlichen Hofe, Wotton mit Namen, der auch die Vermittlung in die Hand nehmen wollte. Jakob hatte auf die steten Klagen und Bitten seines Schwiegersohnes endlich damit geantwortet, daß er sich zur Absendung dieser Gesandtschaft an den Kaiser entschloß, um das von Doncaster unternommene aber nicht vollführte Werk von neuem zu versuchen. Den Beschluß hatte er im Monate Juni (1620) gefaßt und später dahin

vervollständigt, daß er auch zu seinem Schwiegersohne eine Gesandtschaft, bestehend aus den Rittern Conway und Weston abordnete, um diesen zu bestürmen, daß er allfälligen Anträgen und Forderungen des Kaisers ein geneigtes Ohr leihe. Conway und Weston langten im Juli in Brüssel an und ersuchten daselbst den Erzherzog um die Zusage, daß die in Flandern angesammelten Truppen nicht zu einem Angriffe auf die Niederpfalz verwendet würden, erlangten aber nur ausweichende Antworten. Wenige Tage nach ihrer Abreise schrieb Albrecht an die Unionsfürsten und teilte ihnen mit, daß er seine Truppen unter dem Kommando des Marques Spinola vorrücken lassen werde, um einen Befehl des Kaisers, welcher dem Marques die Exekution gegen den rebellischen Pfalzgrafen aufgetragen habe, zu vollführen. Thatsächlich rückte der letztere am 5. September bei Mainz über den Rhein, griff am 10. Kreuznach, eine in der Niederpfalz gelegene Stadt, an und begann so den Krieg, über dessen Resultat am gelegenen Orte berichtet werden wird.

Conway und Weston reisten mittlerweile nach Dresden, wo sie den Kurfürsten für das Interesse des Pfalzgrafen zu erwärmen suchten, aber nicht zum Ziele kamen, sondern noch eine schmähliche Behandlung erfahren mußten, da man ihre Koffer untersuchte, ob sie nicht Gold und Silber für den Pfalzgrafen mitführten. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte man dasselbe konfisziert, da man aber nichts anderes in den Koffern fand, als einiges Reisegeld zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse, so behelligte man sie weiter nicht und ließ sie ziehen. Sie langten am 20. Oktober in Prag an und entledigten sich ihres Auftrages bei Friedrich, selbstverständlich ohne jeden Erfolg, da derselbe gar nicht in die Lage kam, mit dem Kaiser eine Verhandlung anzuknüpfen und seine Anträge zu erörtern oder abzuweisen.

Wotton war schon Ende August nach Wien gelangt, und wurde vom Kaiser am 2. September in Audienz empfangen. Er bemühte sich, demselben die Annahme der eng-

lischen Vermittlung zu empfehlen, so daß Ferdinand jetzt auch von englischer wie früher von französischer Seite um die Zulassung derselben bestürmt wurde, während er thatsächlich von beiden Anträgen nichts wissen wollte. Und nicht genug mit der Empfehlung Jakobs als Vermittler ereiferte sich Wotton auch für die Annahme eines Vorschlags, der bei Gelegenheit der Ulmer Verhandlung zur Sprache gekommen war. Dort hatte man von Seite der Union den französischen Gesandten erklärt, daß der Ausgleich nur auf der Grundlage getroffen werden könnte, wenn der Kaiser auf die Regierung in Böhmen, die von den Ständen geführt werden solle, Verzicht leisten und sich mit dem Genuße der königlichen Einkünfte begnügen würde. Auch der Pfalzgraf sollte den königlichen Titel aufgeben, aber nach dem Tode des Kaisers ihn wieder führen und die Rechte desselben üben dürfen. Wir bemerken, daß der Gesandte diesen Vorschlag auf eigene Verantwortung machte, aber er handelte wie alle damaligen englischen Diplomaten. Die Vertreter Jakobs in Frankreich, in Savoyen und Deutschland nahmen sich der Interessen des Pfalzgrafen auf das wärmste an, trotzdem daß der König ihnen andere und zum Teil entgegengesetzte Instruktionen gab. Wotton wurde mit seinem Vorschlage abgewiesen und so leistete er zur Zeit, als die Ligisten bereits nach Böhmen vordrangen, den französischen Gesandten in unnützen Plaudereien eine von diesen nicht verschmähte Gesellschaft.

III. Während Maximilian in Ulm mit der Union über die wechselseitige Neutralität verhandelte, suchte er sich mit dem Kurfürsten von Sachsen über einen gemeinschaftlichen Angriffsplan zu verständigen. Er wollte in Österreich einrücken, den dortigen Aufstand niederschlagen und dann nach Böhmen ziehen, dagegen wünschte er, daß der Kurfürst von Sachsen die Lausitz und Schlesien angreifen und so die böhmischen Kräfte zur Teilung zwingen solle. Als Johann Georg von diesem Plane in Kenntnis gesetzt wurde, war er mit demselben nicht zufrieden, er wünschte, daß die beiden Heere gleich von vorn-


ILL.mus ET EXCELL. D.D. IOA. TSERCLAES S.R.I. COMES DE TILLY &c. S. CÆS. MA. SER. ELECTORIS BAVARIÆ ET VN. CATH. GENERAL.
Amling sculpsit. 1677.

Tilly.

herein die Exekution gegen Böhmen beginnen und einander da die Hand reichen sollten. Er fürchtete nämlich, daß wenn das ligistische Heer in Österreich einrücken würde, ein zu weiter Raum ihn von demselben trennen und er schutzlos einem allfälligen Angriff von böhmischer Seite preisgegeben sein würde. Maximilian kümmerte sich nicht um die Bedenken Sachsens, die von zu großer Furchtsamkeit zeugten und beschloß, ohne weiteres Zögern in Österreich einzurücken. Er trat den Marsch dahin nicht mit dem ganzen Heere, sondern nur mit 22000 Mann an, 7000 Mann schickte er nach Furth und diese sollten nötigen Falls den Sachsen Hilfe leisten.

Obwohl Maximilian alle Anordnungen für den Krieg getroffen hatte und von der Liga mit dem obersten Kommando betraut worden war, so entschlug er sich doch der eigentlichen Kriegsleitung und übertrug dieselbe mit dem Titel eines Generallieutenants dem ehemals in kaiserlichen Diensten als Oberst verwendeten, aber jetzt im Dienste der Liga stehenden Freiherrn von Tilly. Einige Tage vor der Überschreitung der österreichischen Grenze fanden sich bei Maximilian Deputierte der oberösterreichischen Stände ein, welche die Frage an ihn stellten, was es mit dem Anrücken des ligistischen Heeres für eine Bewandnis habe. Der Herzog versprach, diese Frage durch einen eigenen Gesandten in Linz beantworten zu lassen und schickte den Herrn von Wensin dahin ab, der unverblümt die Erklärung abgab, daß sein Herr die Oberösterreicher zum Gehorsam und zur Huldigung zwingen wolle. Die Zusendung einer zweiten Deputation hatte keine andere Folge, als daß Maximilian, der am 24. Juli die österreichische Grenze überschritt, seinen Marsch beschleunigte.

Daß die ligistische Armee so schnell vorrücken und ohne weiteres Verhandeln über die Grenze schreiten würde, das hatte man weder in Linz noch in Prag erwartet, und so kam es, daß man keine Anstalten getroffen hatte, um die verfügbaren Streitkräfte an die Grenze zu dirigieren. Erst bei Haag traf die ligistische Armee auf den Widerstand von einigen Tausend

Bauern, die die Straße mit Bäumen verrammelt hatten, die aber, da es ihnen an jeglicher Kriegsübung und an ordentlichen Waffen fehlte, bald auseinander getrieben wurden. Obwohl nur wenige Soldaten in diesem Kampfe gefallen waren, mußten doch die Bauern ihre Auflehnung hart büßen, denn die ligistischen Truppen wüteten unter ihnen in unmenschlicher Weise, indem sie die umliegenden Dörfer niederbrannten und überhaupt alles mit Feuer und Schwert verwüsteten. Auch in den folgenden Tagen wurde diese barbarische Kriegführung fortgesetzt, so daß die Wohnhäuser in der Umgebung von Haag und Aistenheim auf einige Meilen in der Runde niedergebrannt und Mensch und Tier zur Flucht in die benachbarten Wälder gezwungen wurden. Es waren also nicht bloß die Ungarn und Polen, sondern auch die frisch geworbenen und gut gezahlten ligistischen Truppen, welche sich durch eine rohe Zerstörungswut auszeichneten, der Unterschied bestand jedoch darin, daß die Anführer des ligistischen Heeres an dieser grausamen Kriegsweise keinen Gefallen fanden. Denn als Maximilian durch die Klagen der oberösterreichischen Stände von der von seinen Truppen verübten Verwüstung Nachricht erhielt, befahl er die Schuldigen zu strafen und einige sogar ans Kreuz zu schlagen und verbot auf das strengste die Wiederholung ähnlicher Barbareien. Infolge seiner strengen Verfügungen wurde eine bessere Mannszucht eingeführt und als sich die Nachricht hievon verbreitete, trug sie nicht wenig zur Beilegung des Widerstandes bei.

Der rasche Vormarsch der ligistischen Armee, die am 31. Juli bereits bei Wels stand, und die Ablehnung aller Unterhandlungen belehrten die oberösterreichischen Stände von dem furchtbaren Ernst ihrer Lage und von der Notwendigkeit, sich entweder dem Kaiser zu Füßen zu werfen oder auf Tod und Leben zu verteidigen. Da ihnen zu letzterem der Mut gebrach, so schickten sie wieder eine Deputation an den Herzog ab und boten ihm ihre Unterwerfung unter der Bedingung an, daß ihre politischen und religiösen Freiheiten, wie solche unter dem Kaiser Maximilian

und Mathias gegolten hätten, nicht geschmälert und daß ihnen eine allgemeine Amnestie zugestanden würde. Daß sie ihre Lage noch nicht für so schlimm hielten, als sie in der That war, beweisen nicht nur diese Bedingungen, sondern auch die daran geknüpfte Forderung, daß das ligistische Heer alsbald aus Oberösterreich abziehen und keine Städte daselbst besetzt halten solle. Auch die ihnen zugemutete Auflösung der „Konföderation" mit Böhmen lehnten sie ab, weil ihnen das zum Schimpf gereichen würde, es genügte nach ihrer Behauptung, wenn der Kaiser die Konföderation für ungiltig erkläre. Als Maximilian jede Verhandlung bis zu seiner Ankunft in Linz verschob, erklärten die Gesandten, daß die Stände erbötig seien, ihm Stadt und Schloß zu übergeben. Die Oberösterreicher hatten also jeden Widerstand aufgegeben, ihre einzige Hoffnung beruhte auf den Verhandlungen, zu denen sich der Herzog bereit erklärte.

Diese Hoffnung sollte sich jedoch als eitel erweisen, da Maximilian von Wien aus bedeutet wurde, sich in keine Verhandlungen einzulassen. Als er demnach in Linz angelangt war, verlangte er von den Ständen die bedingungslose Huldigung und verwies sie mit der Bitte um eine allgemeine Amnestie an den Kaiser. Die Stände suchten den Beweis zu liefern, daß sie ohne Gewissensskrupel den Eid bedingungslos nicht leisten könnten, besannen sich aber zuletzt eines andern und benachrichtigten den Herzog, daß sie die vorläufige Huldigung leisten wollten, allerdings in der Voraussetzung, daß dies ihren Rechten und Freiheiten nicht zum Abbruch gereichen würde. Als sie sich (am 20. August) zur Leistung derselben einfanden, erklärte Maximilian, daß er ihnen bezüglich der Religion keine beruhigende Versicherung geben könne; bezüglich ihrer politischen Privilegien gab er ihnen aber eine solche, indem er bemerkte, daß die Huldigung ihnen ebenso wenig wie der Hoheit und den Rechten des Kaisers präjudizierlich sein solle. Das Bündnis mit Böhmen wurde durch die von ihnen nicht länger verweigerte Auslieferung der Konföderationsurkunde für ungiltig erklärt.

Während Maximilian gegen Oberösterreich im Anzuge war und scharf blickende Leute die Gefahr, welche den Österreichern und Böhmen drohte, wohl erkannten, steigerte sich in Retz, wohin die niederösterreichischen Stände ihre Beratungen schließlich verlegt hatten, die Feindseligkeit gegen den Kaiser bis zum äußersten Grade. Nachdem nämlich die Stände, obgleich sie ihre Waffen mit denen Böhmens verbunden hatten, noch immer über eine Aussöhnung mit Ferdinand verhandelten, aber auf ihre Forderungen stets nur einen abschlägigen Bescheid erhielten und die dem Kaiser treugebliebenen Stände endlich ohne Rücksicht auf sie die Huldigung leisteten, beschlossen sie (am 1. August) die Verhandlungen abzubrechen und den König von Böhmen zu ihrem „Schutzherrn“ zu wählen und sich durch einen Eid zum treuen Festhalten zu verbinden. Als man in Wien Nachricht von diesem Beschlusse erhielt, beeilte man sich noch nicht mit der Verhängung der Strafe, erst als Maximilian von Linz aus in Niederösterreich eingerückt war, publizierte man ein Patent, durch welches 33 Personen, die sich an jener Eidesleistung beteiligt hatten und den angesehensten Geschlechtern des Landes angehörten, ihres Lebens und Besitztums für verlustig erklärt wurden und leitete dadurch die Massenkonfiskation ein, die später in Böhmen einen so traurigen Abschluß fand.

Am 23. August brach Maximilian von Linz auf, um seine Vereinigung mit Buquoi zu bewerkstelligen. Da es ihm an den nötigen Schiffen gebrach, welche die Armee von Linz nach Krems hätten überschiffen und so die Vereinigung beschleunigen können, so mußte der Marsch zu Lande angetreten und hiebei wegen der Unwegsamkeit der Straßen die größten Schwierigkeiten überwunden werden, so daß die Ligisten erst am 8. September mit Buquoi zusammentrafen. Die Vereinigung lag nicht im Wunsche des kaiserlichen Feldherrn, der auf den Herzog eifersüchtig war, weil er erfahren hatte, daß er den Kaiser um das Oberkommando über sämtliche Truppen ersucht hatte. Obwohl Ferdinand der Bitte nicht nachgegeben und Buquoi in seiner selbständigen

Stellung gelassen hatte, so sah dieser wohl ein, daß er im Falle der Vereinigung neben dem Herzog nur die zweite Rolle spielen würde und suchte sie deshalb zu verhindern, indem er dem Herzog den direkten Einmarsch in Böhmen empfahl. Dadurch würde Anhalt zur Teilung seiner Streitkräfte gezwungen und es so Buquoi leicht geworden sein, die auf die Hälfte reduzierte Armee des Gegners zu schlagen. Von diesem Vorschlage wollte man aber im bairischen Hauptquartier nichts wissen und so mußte Buquoi wohl oder übel die Hand zur Vereinigung bieten.

Als dieselbe vor sich gegangen war, bekam man die Nachricht, daß Anhalt sich mit seinen Truppen nach Drosendorf zurückgezogen habe und wahrscheinlich einem Angriffe nicht Stand halten werde. Man hielt nun Rat, was zu tun: sollte man den Gegner, der sich offenbar nach Mähren zurückziehen wollte, nachfolgen und die Verbindung mit der Donau aufgeben, oder sollte man Anhalt außer Acht lassen und den Marsch nach Böhmen antreten? Es war möglich, daß Anhalt folgen, aber auch, daß er sich mit Bethlen, der mit einer bedeutenden Truppenmacht heranzog, verbinden und gegen Wien rücken werde. Nach mancherlei Erwägungen beschloß man dieser Gefahr nicht zu achten, indem man auf die Besatzung von Wien und ihren Widerstand rechnete und den Grafen Dampierre mit einigen Tausend Mann an die ungarische Grenze abschickte, um durch diesen wenigstens den von Bethlen drohenden Angriff abzuwehren. Wir bemerken gleich hier, daß Dampierre sich energisch an die Lösung seiner Aufgabe begab, rasch gegen Preßburg vorrückte und einen Angriff auf das daselbst gelegene Schloß unternahm, aber bei dieser Gelegenheit am 9. Oktober den Tod fand. Der Zweck seiner Sendung wurde jedoch erreicht, Bethlen unternahm keinen Angriff auf Wien, sondern schickte nur noch 8000 Reiter dem Fürsten von Anhalt zu Hilfe, welcher mittlerweile nicht die Verbindung mit ihm gesucht, sondern den Marsch nach Böhmen angetreten hatte. Diese Reiterschar zog so langsam vorwärts, daß sie erst in der Nähe von Prag anlangte,

als die entscheidende Schlacht auf dem weißen Berge geschlagen war. An den Kämpfen mit der böhmischen Armee nahmen also nur jene ungarischen Reiter teil, welche Bethlen in verschiedenen Abteilungen seit dem Monate Mai seinen Bundesgenossen zu Hilfe geschickt hatte und deren Gesamtzahl sich auch auf 8000 Mann belaufen haben mag.

Nachdem sich Maximilian mit Buquoi bezüglich des weiteren Vorgehens geeint und den Marsch nach Böhmen beschlossen hatte, überschritten beide die Grenze dieses Landes (am 20. September) und rückten gegen Budweis vor.

IV. In Böhmen selbst hatten zu Ende des Monats Juli die Grafen Mansfeld und Thurn, welcher letztere auch dahin beordert worden war, einen glücklichen Angriff auf die Schanze bei Wallern gemacht, um den Zuzug der aus Passau heranrückenden kaiserlichen Truppen zu verhindern. Gleichzeitig wurde das allgemeine Aufgebot durch neue Aushebungen vervollständigt und endlich ging man sogar an die Aufstellung eines Kriegsrates, welcher die gesamten militärischen Angelegenheiten, die Verproviantierung und Bezahlung der Truppen und die Befestigung einiger wichtigen Orte besorgen sollte. Die Errichtung einer derartigen Behörde entsprach dem Bedürfnisse, nur hatte man viel zu spät zu derselben Zuflucht genommen, als daß sie noch von irgend einem Nutzen hätte sein können. Zu Mitgliedern des Kriegsrates wurden unter anderen der niederösterreichische General Hoffirchen, Erasmus von Tschernembl und der Böhme Kaplíř von Sulewic ernannt. Wie Tschernembl in Oberösterreich einen maßgebenden Einfluß geübt und durch die Gewalt seiner Beredsamkeit die Oberösterreicher zum Aufstande getrieben hatte, so entwickelte er auch in dieser neuen Stellung eine hervorragende Thätigkeit. Er empfahl die Ausschreibung neuer Steuern, er riet zur Vermeidung unnützer Ausgaben, zur Verminderung des Gehaltes der hohen Offiziere, zu Zwangsanlehen, zur Münzverschlechterung und zur Aufhebung der Leibeigenschaft, damit der gemeine Mann sich opferwillig an dem Kampfe beteilige, wenn ihm ein

so hoher Lohn winke. Alle diese Vorschläge waren der einzige Rettungsanker, an den sich die böhmische Sache noch klammern konnte, allein da dieselben, wie zum Beispiel die Erhöhung der Steuern oder die Aufhebung der Leibeigenschaft, den Ansichten und Standesvorurteilen des Adels widersprachen, so wurden sie abgelehnt, und der Kriegsrat übte keine bemerkenswerte Tätigkeit aus, es sei denn, daß wahrscheinlich unter seinem Drucke und infolge des von Maximilian gegebenen Beispieles sich Friedrich zur Abreise zu seiner Armee entschloß und deshalb am 28. September Prag verließ.

Als Friedrich sich zur Armee des Fürsten von Anhalt begab, stand dieselbe bereits in Böhmen und zwar bei Klingenberg, einem an der Mündung der Wottawa in die Moldau gelegenen Schlosse. Nach langem Marsch und vielfachen Umwegen war Anhalt dort angelangt, er hatte ursprünglich seine Schritte von Drosendorf nach Znaim gelenkt, um die ligistische Armee nach sich zu ziehen und sie von ihren Magazinen zu entfernen. Da die Gegner jedoch nicht in die Falle gingen, so mußte Anhalt seine Marschrichtung ändern und gleichfalls nach Böhmen ziehen. Die Truppenzahl, über die er jetzt verfügte, läßt sich nur annähernd bestimmen. Auf böhmischer Seite berechnete man ihre Stärke unmittelbar vor dem Rückzuge aus Eggenburg auf 30000 Mann, und zwar bestand sie aus 9000 Mann Fußvolk und 3500 Reitern, welche die eigentliche böhmische Armee ausmachten, aus 4000 Mann nieder-österreichischer und 4000 Mann schlesischer Truppen, 8000 ungarischen Reitern und einer nicht näher bestimmten Zahl mährischer Söldlinge. Seit dem Abzuge von Eggenburg hatten jedoch diese Truppen große Einbußen erlitten, so daß ihre Gesamtzahl bei weitem nicht mehr diese Höhe erreichte. Bei Neuhaus, wohin sich Thurn und Mansfeld von Wallern zurückgezogen hatten, dürfte Anhalt auf seinem Zug nach Böhmen keine Verstärkungen an sich gezogen haben, denn Mansfeld war mittlerweile mit seinen Truppen nach dem Westen gezogen, um den Einmarsch jener 7000 Ligisten abzuwehren, die Maximilian

nach Furth und Taus dirigiert hatte. — Die ersten kriegerischen Erfolge erlangten Maximilian und Buquoi nach ihrem Einmarsch in Böhmen vor Wodñan und Prachatic, welche beiden Orte von ihnen mit Sturm genommen wurden. Ein gleiches Schicksal erfuhr einige Tage später Pisek, dessen sich die Böhmen wieder bemächtigt hatten und das bei dieser Gelegenheit in gräulicher Weise verwüstet und geplündert wurde. Statt von Pisek nach Prag zu ziehen, beschloß man, die Armee gegen Pilsen zu dirigieren, um diese feste Stadt, durch welche die Verbindung mit Deutschland unterbrochen werden konnte, zur Kapitulation zu nötigen. Als die Kaiserlichen und die Ligisten auf dem Marsche dahin in die Nähe von Grünberg gelangten, bekamen sie die böhmische Armee in Sicht. Seite an Seite marschierten die beiden feindlichen Truppenkörper bis gegen Pilsen, in dessen Nähe sich die Kaiserlichen lagerten, während die Böhmen ihre Quartiere hauptsächlich um Rokyzan aufschlugen.

Das unglückliche Land, in dem der Krieg seinen Anfang genommen hatte, mußte nun wieder alle Drangsale desselben erdulden. Auf böhmischer Seite brandmarkten sich wie immer die ungarischen Reiter durch eine ungezügelte Grausamkeit und Raublust, sie überfielen den bairischen General Haslang, der infolge der Kriegsstrapazen am Fieber erkrankt war und deshalb nach Baiern reisen wollte, beraubten ihn aller seiner Habseligkeiten und selbst seiner Stiefeln, setzten ihn dann barfuß auf ein Pferd und brachten ihn so in das Lager bei Rokyzan. Friedrich und Anhalt suchten ihn über die erlittenen Mißhandlungen zu trösten, seine dringendste Bitte, ihn aus den Händen des ungarischen Generals Bornemissa zu befreien, konnten sie aber, so gern sie wollten, nicht erfüllen, da Bornemissa um keinen Preis ihnen den Gefangenen abtreten wollte und so starb Haslang schon nach wenigen Tagen aus Mangel an Pflege. Das Rauben und Plündern wurde von den Ungarn in größerem Maßstabe betrieben als je und war nicht bloß gegen die Feinde gerichtet. Machten sie Gefangene, so wurden diese nackt ausgezogen, wie

sie denn bei einem Überfall eine Anzahl bairischer Offiziersfrauen nicht bloß alles Geldes und Schmuckes, sondern auch sämtlicher Kleidungsstücke beraubten. Sie schweiften meilenweit nach allen Richtungen und überfielen zuletzt das königliche Gut Zbirow, nahmen daselbst den Bauern all ihr Hab und Gut weg und thaten dasselbe auf den königlichen Maierhöfen. Alle Dörfer, in denen das böhmische Heer seit Ende September einquartiert war, verschwanden fast spurlos, sie wurden nicht angezündet, aber alles Holzwerk wurde von den Häusern herabgerissen und damit die Lagerfeuer unterhalten. Nach den gleichzeitigen Versicherungen einer Edeldame sah es in allen ehemaligen Lagerplätzen so leer aus, als ob die Gegend mit einem Besen ausgekehrt worden wäre. Mansfeld hatte vor der Ankunft der heranrückenden Heere von Pilsen aus das Raubwesen in ein bestimmtes System gebracht, er überfiel mit großer Truppenmacht nach einander die Güter der reicheren Edelleute, namentlich des Oberhofmeisters Wilhelm von Lobkowitz und raubte da alles Vieh, mochte es dem Herrn oder den Unterthanen gehören. Aber alle seine Räubereien und die der böhmisch-ungarischen Truppen blieben noch hinter den Übelthaten zurück, die dem Lande durch die kaiserliche Armee zugefügt wurden.

Ferdinand hatte in wiederholtem Schreiben an Maximilian denselben ersucht, bei seinem Vormarsche die Güter katholischer Herren zu schonen, mochten sie auch in protestantischen Händen sein und eine gleiche Schonung auch den Juden angedeihen zu lassen, da sie sich heimlich zur kaiserlichen Partei bekannten. In der Antwort verteidigt der Herzog die ligistische Armee gegen allfällige Vorwürfe, da er jeder Ausschreitung, soweit dies möglich sei, mit Strenge entgegentrete, er bemerkte aber gegen Ferdinand, daß seine Mahnungen am Platze seien, wenn er sie an seine eigene Armee richten würde und schilderte zum Beweise dieser Behauptung das ganze gräßliche Elend, das mit ihrem Einmarsch in Böhmen einzog. „Ich kann“, so schreibt Maximilian, „Euer k. Majestät nicht verhehlen, daß derselben

Armada ungeachtet meiner vielfältigen wohlmeinenden Erinnerungen mit Rauben, Plündern, Bremnen, ja sogar Niederhauung unschuldiger katholischer Personen beiderlei Geschlechts, mit Ranzionierung der Gehorsamen, mit Entführung der Weibspersonen und Jungfrauen, mit Plünderung von Kirchen und Klöstern in ärgster Weise um sich wütet und selbst meinen eigenen Proviant räuberisch anfällt. Der gemeine Mann ist ruiniert und zur äußersten Verzweiflung getrieben und wird sich in vielen Jahren nicht erholen können, wie dann auch E. M. im Falle des Sieges durch viele und lange Jahre aus diesem verderbten und devastierten Königreiche keines Einkommens sich erfreuen werden. . . . . Ich schreibe dies E. M., weil mir derartige Klagen von unterschiedlichen Orten fast täglich zukommen und ich zum Teile selbst mit Augen sehe, wie berechtigt sie sind."

Bei dieser barbarischen Behandlung, der die Eingeborenen ausgesetzt waren, wird man es nur zu natürlich finden, daß das Land von neuen Bauernaufständen verwüstet wurde. Bauernhaufen in der Stärke von 4—7000 Mann rotteten sich in jenen Gegenden zusammen, wo der Feind sie nicht gleich niederschlagen konnte, und diesmal verteidigten sie sich nicht etwa gegen die Raubsucht der Soldaten, sondern griffen selbst an. Zahlreiche Schlösser wurden von ihnen überfallen, ausgeraubt und in gräulicher Weise verwüstet. Hätte die Schlacht auf dem weißen Berge nicht rasch dem Kriege ein Ende gemacht, so würde Böhmen vollends zu einer Wüste geworden sein. Man muß übrigens anerkennen, daß es die obersten Landesbeamten in diesen verhängnisvollen Tagen weder an Fleiß noch an Energie fehlen ließen, um das böhmische Heer und seine Forderungen zu befriedigen. Tag für Tag wurden mehrere Tausend Laib Brod in Prag gebacken und den Truppen zugeschickt; man bemühte sich, die nötigen Getreidevorräte von nah und fern herbeizuschaffen, man ordnete den Ankauf von Tuch an, um die fehlende Kleidung zu liefern, vor allem aber bemühte man sich, das nötige Geld aufzubringen, indem man von den Städten den Erlag der rück-

ständigen Steuern und versprochenen Darlehen rücksichtslos eintrieb. Alle diese Fürsorge trat aber viel zu spät ein, um dem drohenden Unglück zu begegnen.

Als sich das kaiserliche Heer Pilsen näherte, erschien bei Buquoi ein Bote des Grafen Mansfeld, der sich damals mit seinen Truppen in diese Stadt zurückgezogen hatte, und ersuchte im Auftrage seines Herrn um die Anknüpfung von Unterhandlungen, da dieser entschlossen war, sein Schicksal von dem der Böhmen zu trennen. Seit mehr als Jahresfrist war der Sold weder ihm, noch der von ihm geworbenen Mannschaft ausgezahlt worden und da er an dem Siege der Gegner nicht zweifeln zu dürfen glaubte, so wollte er noch vor dem Zusammenbruch des pfalzgräflichen Thrones seinen Ausgleich mit dem Kaiser schließen und sich eine Entschädigung sichern. Er verlangte die Auszahlung von 400 000 Gulden und volle Amnestie für sich und bot dafür an, daß er mit dem ihm unterstehenden Kriegsvolke sich so lange in Pilsen ruhig verhalten wolle, bis diese Bedingungen vom Kaiser angenommen würden. Maximilian und Buquoi waren mit dem Vorschlage einverstanden und der erstere scheint ihm 100 000 Gulden vorausbezahlt zu haben, um in ihm das Zutrauen auf die Einhaltung der weiteren Bedingungen zu erwecken und ihn um so sicherer in Ruhe zu halten.

Da die Kaiserlichen demnach Pilsen nicht berücksichtigen mußten, so beschlossen sie, den Zug fortzusetzen und zwar nach Prag. Man schwankte nur über den einzuschlagenden Weg, schlug man die direkte Straße ein, so stieß man bei Rockyzan auf das feindliche Heer, das wollte man aber nicht und so beschloß man durch eine Scheinbewegung die Aufmerksamkeit des Gegners zu täuschen und auf einem Umweg Prag zu erreichen. Tilly zog deshalb mit Buquoi nördlich von Pilsen ab, gleichsam als ob sie die Absicht hätten, sich in dem nördlichen Teile des Landes festzusetzen, aber kaum waren sie bis Kralowic gekommen, so wandten sie sich gegen Osten. Der Fürst von Anhalt war jedoch diesen Bewegungen aufmerksam gefolgt und so zog er mit seinen

Truppen dem ligistisch-kaiserlichen Heer nach Rakonic entgegen.

Die Lage der in mittelalterlicher Weise befestigten Stadt sowie die umliegende Terrainformation schien dem Fürsten so günstig für die Verteidigung zu sein, daß er hier den Angriff des Feindes abzuwarten beschloß und in aller Eile seine Position durch neue Schanzen und Gräben zu befestigen suchte, ja er wollte sich nicht einmal auf die Verteidigung dieses Terrains beschränken, sondern auch noch eine Anhöhe, die sich vor der Stadt hinzog, gegen das heranrückende feindliche Heer behaupten. Maximilian wollte diese Absicht durch einen raschen Angriff vereiteln und stürzte sich mit dem Vortrab seines Heeres auf den Feind. Sein Angriff war von einem glänzenden Erfolge begleitet, denn wiewohl die Böhmen ihre Truppen eilig verstärkten, verursachten die Ligisten unter ihnen doch eine solche Verwirrung, daß sie eine größere Niederlage erlitten hätten, wenn die Nacht dem Kampfe nicht ein Ende gemacht haben würde. Dieser Erfolg feuerte den Mut der Ligisten so sehr an, daß sie am folgenden Tage den Feind zu einer Schlacht zu drängen suchten, bei einzelnen böhmischen Heeresabteilungen machte dagegen die Mutlosigkeit jetzt reißende Fortschritte, so floh bei einem Zusammenstoß eine Reitertruppe von 250 Mann vor 18 bairischen Reitern. Friedrich selbst wurde ganz verzagt und schickte einen Boten nach Prag, um seine Frau zur Abreise aufzufordern. Nur der Widerstand der obersten Landesbeamten, welche dieselbe nicht zugeben wollten, und der Mut Elisabeths, die voller Unwillen den Rat des Gatten mißachtete, verhinderten, daß es nicht schon jetzt in Prag offenkundig wurde, wie schlimm die Verhältnisse standen.

Trotzdem gelang es weder dem ligistischen noch dem kaiserlichen Heere, den Fürsten von Anhalt von Rakonic zu verdrängen, erst der Angriff, den Tilly am 30. Oktober versuchte, hätte von einem bedeutenden Erfolge begleitet sein können, wenn Buquoi nicht zu spät in den Kampf eingegriffen hätte. Jedenfalls gelang

es aber beiden Feldherren in der darauffolgenden Nacht ihre Truppen bis unmittelbar an das feindliche Lager zu führen, rasch die nötigen Verschanzungen aufzuwerfen und so gedeckt den Feind im offenen Felde zu belagern. Da man auch damit nicht zum Ziele gelangte, so beschloß man abzuschwenken und den Marsch durch eine neue Umgehung des Feindes nach Prag fortzusetzen. Es gebrach jedoch an Lebensmitteln und so mußte man zuerst die Zufuhr der Proviantkolonnen abwarten. Man vertrieb sich auf kaiserlicher Seite die unfreiwillige Muße damit, daß man dem Feind höhnende Beschimpfungen zurief und Worte wie Ketzer, Rebellen, Bauern, Komödianten tönten den ganzen Tag zu ihm hinüber. Die Böhmen blieben die Antwort nicht schuldig und betitelten die Kaiserlichen als Papisten, Räuber, Mordbrenner und gaben den Baiern noch eine besondere Bezeichnung, indem sie sie Schweine nannten, ein Name, welcher damals auf diesen Volksstamm häufig angewendet wurde. Das homerische Gelächter, mit dem man von beiden Seiten auf die Beschimpfungen antwortete, zeigte, daß man an dieser Art von Kriegführung Geschmack fand. In diesen Tagen geschah es auch, daß der Herzog von Baiern von einem Witzbold, den er um seine Ansicht über den Ausgang des Krieges befragte, die Antwort erhielt, es werde wohl so wie bei dem Kartenspiel gehen, wo die Sau (so hieß das Aß zu jener Zeit) den König sticht. Der Gefragte deutete auf diese derbe Weise an, daß der Baiernherzog über König Friedrich den Sieg davontragen würde.

Mittlerweile versuchte Tilly trotz des vorangegangenen Beschlusses nochmals, ob er nicht den Feind aus seiner Stellung verdrängen könne. Er griff deshalb einen bei Rakonic gelegenen und von den Böhmen besetzten Kirchhof an und es gelang ihm, die kleine Besatzung zu vertreiben. Dagegen mißglückte ein Angriff Buquois auf jene Stelle des feindlichen Lagers, die von den Ungarn eingenommen wurde. Die glückliche Abweisung Buquois belebte wieder den gesunkenen Mut im böhmischen Heere,

so daß Anhalt den Versuch machen wollte, den verlorenen Kirchhof wieder zu gewinnen, aber die kampfbereite Stellung der ligistischen Armee schreckte ihn davon ab. Am 3. November versuchten es die kaiserlichen Heerführer mit einer Kanonade, da sie auch jetzt keinen sonderlichen Erfolg erlangten und noch am selben Tage der langersehnte Proviant anlangte, trafen sie Vorbereitungen zu dem Marsch nach Prag. Buquoi wollte in der folgenden Nacht noch einen letzten Versuch machen, ob er die Ungarn nicht aus ihrer Stellung vertreiben könne, wurde aber an dieser Unternehmung durch eine Überschwemmung gehindert, die durch die Öffnung der Schleusen eines Teiches verursacht wurde. Am Tage darauf wurde er durch einen Schuß in den Weichteilen verwundet, der ihn durch längere Zeit am Reiten hinderte, so daß er dem Heere nur zu Wagen folgen konnte. Nun säumte man aber nicht länger mit dem Abmarsch und trat ihn am 5. November an.

Sechstes Kapitel.

Die Schlacht auf dem weißen Berge und ihre Folgen.

I. Die Schlacht auf dem weißen Berge und die Flucht Friedrichs und seiner Anhänger. II. Ausnützung des Sieges durch die Sieger. III. Unterwerfung Mährens, der Lausitz und Schlesiens. IV. Die Strafprozesse in Böhmen, Mähren und Österreich und der Beginn der Gegenreformation.

I. Als man im böhmischen Lager den Abzug des Feindes in Erfahrung brachte, vermutete Anhalt ganz richtig, daß er nach Prag gezogen sei und als gegen Abend Kundschafter diese Vermutung bestätigten, rückte das böhmische Heer eilig vorwärts, um noch vor dem Feinde die Hauptstadt zu erreichen. Bei Unhošť, zwei Meilen von Prag, wurden die beiden Armeen einander ansichtig und vielleicht wäre ein Kampf da entbrannt, wenn nicht Anhalt den Marsch noch mehr beschleunigt hätte. Er langte in der Nacht vom 7. zum 8. November auf dem weißen Berge an, einer eine Stunde von Prag gelegenen Anhöhe, und beschloß dem kommenden Angriffe dadurch zu begegnen, daß er zwei Schanzen anlegen ließ und seine wenigen Kanonen in denselben postierte. Die ungarische Reiterabteilung blieb unterhalb des weißen Berges im Dorfe Rusin stehen, wurde aber daselbst von einem rasch vorrückenden kaiserlichen Reiterregiment überfallen und in die Flucht getrieben. Dieser gelungene Überfall zeugte von der steigenden Unentschlossenheit, um nicht zu sagen Mutlosigkeit im böhmischen Heere, denn ob-

wohl Rusin vom weißen Berge nur einige Hundert Klafter entfernt liegt, geschah doch nichts, um den angegriffenen Ungarn zu Hilfe zu kommen.

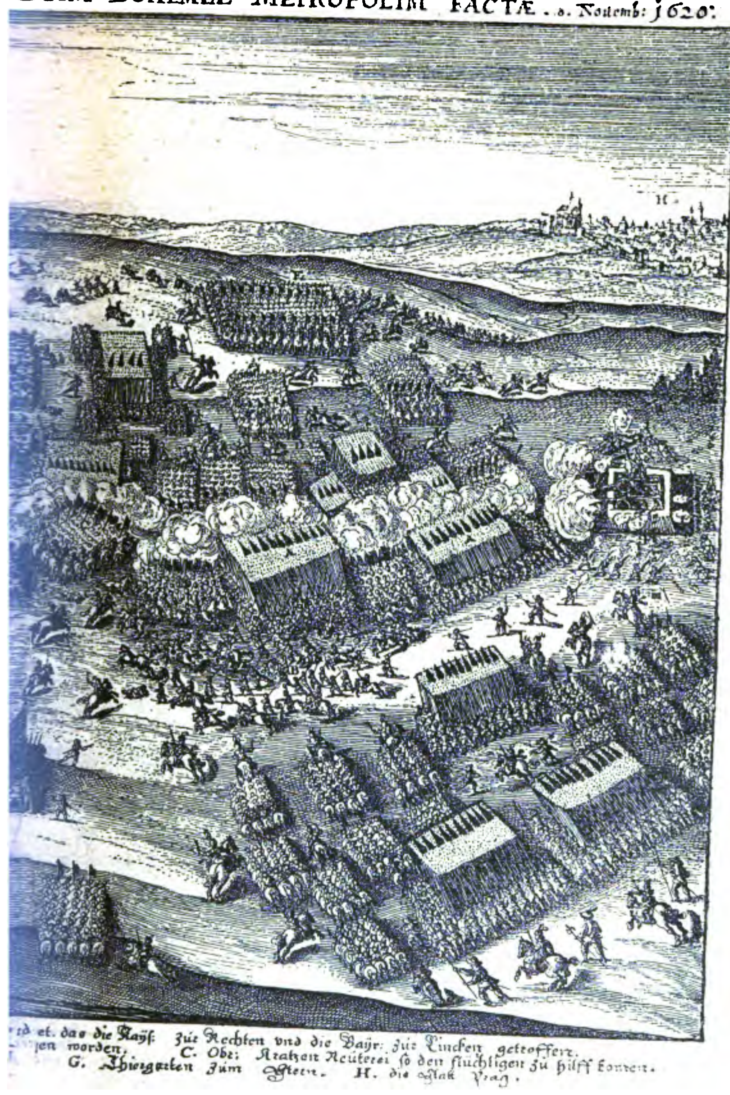
Am folgenden Tage kamen die Ligisten und Kaiserlichen herangezogen, die ersteren bildeten die Avantgarde, die letzteren die Nachhut. Tilly war entschlossen eine Schlacht zu wagen und rückte deshalb eilig über den Bach vor, der sich am Fuße des weißen Berges hinzieht und setzte sich dadurch der Gefahr aus, von den Gegnern mit Vorteil angegriffen zu werden. Allein da der Fürst von Anhalt und seine Truppen an nichts weniger als an einen Angriff dachten, so konnte die kaiserliche Armee bequem heranmarschieren, rechts von der ligistischen sich aufstellen und allmählich bis an den Fuß des Berges vorrücken. Vor dem Beginne der Schlacht hielten Maximilian, Tilly und Buquoi und die hervorragendsten Obersten eine Beratung über die zu ergreifenden Maßregeln ab. Maximilian und Tilly waren für den unmittelbaren Angriff, Buquoi dagegen wollte denselben vermeiden und schlug deshalb vor, daß man den Feind links lassen und durch das Košířer Thal gegen Prag vorrücken solle. Wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, so hätte er das unglücklichste Resultat zur Folge haben können, denn wenn sich die böhmische Armee nach Prag zurückgezogen hatte, so war ein erfolgreicher Angriff auf dieselbe und auf die Stadt nahezu unmöglich oder es bedurfte wenigstens langwieriger Vorbereitungen. Gewiß waren es nur die Folgen der in Rakonic erlittenen Verwundung, die die Urteilskraft Buquois in diesem Augenblicke trübten und seine sonstige Tüchtigkeit lähmten. Seine Ansicht wurde nicht bloß von Tilly, sondern auch von dem Oberstlieutenant Lamotte, der die feindlichen Stellungen rekognosziert und nicht besonders stark gefunden hatte, bekämpft; beide verwarfen den Zug nach Prag, da nach ihrer Ansicht nur zwei Wege offen ständen, entweder der unmittelbare Angriff oder der Rückzug. Der Oberst Spinelli, einer der Teilnehmer der Konferenz wollte vermitteln, er schlug einen partiellen Angriff, eine Art Scharmützel

TABVLA I DELINEATIONIS ACIEI ET PVGNÆ AD PI



A. Anfang der Schlacht darzu 2. Keys: vnd 2. Bayrisch: Battaglionen sambt der Reüterei
B. Kays: Reüterei vnd fuß volck so in vnordnung gerahten in welcher der Obr: Preuner
D. der Böhmen Armee. E. die Vngarn, F. der Böhmen Schantzen vnd

Die Schlacht auf dem weißen



e bei Prag (8. November 1620).

vor, während dessen man wahrscheinlich weitere Beschlüsse fassen sollte. Noch hatte man keinen festen Entschluß gefaßt, als nach dem Berichte des Dr. Angelini, eines der Begleiter des Karmilitermönches P. Dominicus, der als eine Art oberster Feldkaplan dem Ligistenheere sich angeschlossen hatte und große Verehrung bei dem Herzoge von Baiern genoß, der genannte Mönch hervortrat und die Anwesenden ermahnte eine Schlacht zu wagen, indem er sie auf den göttlichen Schutz verwies. Seine Worte fanden um so mehr Würdigung, als Buquoi mit seiner Weigerung allein stand und so beschloß man zum Angriff zu schreiten. Das Kommando über das Ligistenheer führte Tilly, über das Kaiserliche der Oberst Tiefenbach. Buquoi blieb wegen seiner Verwundung am Fuße des Berges in Gesellschaft des Herzogs von Baiern, der sich auch nicht an dem folgenden Kampfe beteiligte.

Was die beiderseitigen Armeen anbetrifft, so mögen die Gegner an Zahl einander ziemlich gleich gewesen sein. Die Ligisten hatten durch Krankheiten sehr gelitten, so daß sie nicht mehr als etwa 12000 Mann zählten, während die kaiserlichen Truppen kaum die Zahl von 15000 Mann erreichten. Die böhmische Truppenmacht mag ungefähr gleich groß gewesen sein, allein der große moralische Unterschied zwischen beiden Armeen — auf der einen Seite gut genährte und pünktlich gezahlte und deshalb kampflustige Soldaten, auf der andern Seite eine durch vielfache Entbehrungen mißgestimmte und deshalb stets zur Meuterei aufgelegte Mannschaft — machte das wirkliche Stärkeverhältnis zu einem sehr ungleichen.

Der Kampf entspann sich am 8. November, einem Sonntage, ungefähr um die Mittagszeit und wurde durch einen Angriff der kaiserlichen Reiterei auf das Regiment des Grafen Thurn, das am äußersten Ende des linken böhmischen Flügels postiert war, eingeleitet. Die Kaiserlichen wurden zurückgedrängt und da zu gleicher Zeit der junge Fürst von Anhalt an der

Spitze eines Reiterregiments einen kühnen Ausfall unternahm und nicht bloß die kaiserliche Reiterei zum Weichen, sondern auch zwei Infanterieregimenter in Unordnung brachte, so schien sich die Entscheidung für die Böhmen günstig gestalten zu wollen. Als Buquoi Kunde von dem Erfolge des jungen Anhalt erhielt, regte ihn dies so auf, daß er trotz der Schmerzen seiner Wunde einen Klepper bestieg, um durch seine Anwesenheit die Kämpfenden zur Ausdauer zu mahnen: er wurde jedoch bald durch die Nachricht getröstet, daß der Angriff mit Hilfe der Ligisten zurückgeschlagen worden sei. Diese selbst griffen den rechten feindlichen Flügel an, wurden zwar durch die in einer der feindlichen Schanzen postierten Kanonen etwas in Unordnung gebracht, aber durch Tillys rasches und entschlossenes Eingreifen zur Ausdauer aufgemuntert und brachten nun ihre Gegner zum Weichen. Bei dieser Gelegenheit that sich auf böhmischer Seite ein mährisches Infanterieregiment am meisten hervor, da es aber nur wenig Unterstützung fand, wurde es in die allgemeine Niederlage verwickelt. Bald waren die beiden Schanzen mit sämmtlichen Geschützen in den Händen der Sieger und das böhmische Heer nicht im Rückzuge, sondern in regelloser Flucht begriffen. Es war vergebens, daß einige Obersten sich den Flüchtenden entgegenwarfen und es versuchten, sie zum Stehen und zu neuem Widerstand zu bringen, ein panischer Schrecken war in das ganze Heer gefahren und riß alles mit sich fort. Die schlechtesten Dienste leisteten die ungarischen Hilfstruppen, denn während das übrige Heer wenigstens dem feindlichen Angriff begegnet war, ja einzelne Abteilungen hervorragendes leisteten, beteiligten sich diese ganz und gar nicht am Kampfe und jagten mit verhängten Zügeln davon, sobald sie die Niederlage des Vordertreffens bemerkten. Vergebens versuchte der Herzog von Weimar, der als Oberst ein Regiment kommandierte, die Fliehenden zum Stillstand zu bringen und ihr Ehrgefühl zu wecken, indem er auf seine fliehenden Landsleute zeigend. sagte: er wolle heute kein Deutscher, sondern ein Ungar sein:

er mußte sich nur zu bald überzeugen, daß er mit dieser neuen Landsmannschaft keine Ehre einlegen würde. All ihr sonstiger, bei hundert kleinen Angriffen bewährter Mut war dahin und so flohen sie nach der Richtung, die ihr Entkommen am meisten zu fördern schien, also nicht nach der Stadt, sondern über die Abhänge des weißen Berges nach dem Moldauflusse, den sie auf einem daselbst errichteten Wehr zu übersetzen suchten, nicht ohne daß dabei an 1000 Mann aus ihrer Mitte den Tod in den Fluten gefunden hätten.

So war nach Verlauf von kaum einer Stunde der Sieg der kaiserlichen Sache entschieden und dadurch die Herrschaft des Kaisers in Böhmen wieder neu begründet. Über die Zahl der Gefallenen sind wir nicht genau unterrichtet. Auf böhmischer Seite wird die Zahl derselben auf ungefähr 5000 Mann angegeben, sie mag aber geringer gewesen sein, wenigstens versichert ein beglaubigter Bericht, daß man auf dem Schlachtfelde nur 1600 Leichen aufgefunden habe und wenn man dazu die 1000 Ungarn zählt, die bei der Flucht über die Moldau den Tod fanden, so würde die Gesamtzahl nur 2600 betragen haben, was in Anbetracht der kurzen Dauer der Schlacht immerhin glaubwürdig erscheint. Auf Seite der Sieger sollen nicht mehr als 250 Mann gefallen sein. Unter den höheren Offizieren zeichnete sich namentlich der kaiserliche Oberst Verdugo durch seine Tapferkeit und durch anhaltende Verfolgung des Feindes nach der Schlacht aus. Er selbst schrieb sich ein solches Verdienst zu, daß er sich rühmte, er habe dem Kaiser an diesem Tage die böhmische Krone wieder aufs Haupt gesetzt. Ferdinand lohnte ihm später mit einem Geschenk von 30000 Gulden und mit einigen Gütern in Böhmen.

An der Schlacht hatte sich der Pfalzgraf nicht beteiligt. Er hatte sich Tags vordem von seiner Armee getrennt und war in das Prager Schloß geeilt, um da besser der Ruhe zu pflegen, als es ihm unter seinen Truppen in einem improvisierten Lager möglich gewesen wäre. Am folgenden Morgen hatte er

von dem Fürsten von Anhalt die Nachricht erhalten, daß eine Schlacht unmittelbar bevorstehe und dieser Nachricht war gleichzeitig die Bitte beigefügt, er möge auf das Schlachtfeld eilen um durch seine Anwesenheit den Mut der Truppen zu beleben. Trotzdem glaubte er noch Zeit genug zu einer Unterredung mit den zwei in Prag weilenden englischen Gesandten zu haben und eine Malzeit mit ihnen halten zu können. Eben war dieselbe zu Ende, als er die Nachricht empfing, daß der Feind vorrücke und der Kampf sich entspinne. Nun wollte er nicht länger säumen, ließ sein Pferd vorführen und begab sich in Begleitung einer Reiterabteilung auf den Weg nach dem weißen Berg. Kaum war er aber bis zu den Schanzmauern bei dem Reichsthore angelangt, als er zu seinem Entsetzen die flüchtigen Schaaren seiner Truppen erblickte und unter ihnen Anhalt, Thurn und Hohenlohe, wodurch ihm ohne weitere Worte das Schicksal des Tages klar wurde. Er war Zeuge, wie sich Anhalt vergeblich bemühte, die flüchtenden Truppen zurückzuhalten, aber Niemand ihn hörte und alles vom Hradschin über die Moldaubrücke nach dem auf dem rechten Ufer gelegenen Stadtteil, der sogenannten Altstadt, flüchtete. So mußte auch er ihrem Beispiele folgen, nachdem er zuvor nach dem Schloß geeilt war und seine Gemahlin aufgefordert hatte, ihn zu begleiten. Nachdem er sich in einem Hause auf der Altstadt einquartiert hatte, beriet er sich mit Anhalt, Thurn, Hohenlohe und den übrigen Obersten und Kriegsräten, ob er sich in Prag halten oder die Stadt augenblicklich verlassen solle. Unter den Anwesenden riet Herr von Tschernembl zum weiteren Widerstande, indem er auf die gefährlichen Folgen aufmerksam machte, die eine übereilte Flucht nach sich ziehen würde. Man würde den letzten Rest der Kriegsvorräte, sowie alle noch im Schlosse befindlichen Schätze preisgeben und der Widerstandsfähigkeit des Landes einen tödlichen Stoß versetzen, wenn man nicht wenigstens einige Tage Stand halten, die zerstreute Armee sammeln und dann einen geordneten Rückzug antreten würde, ja er schlug einen Überfall der Feinde

während der Nacht vor und erinnerte die Entmutigten an die Siege, welche die Husiten bei Prag gegen das vielfach überlegene Kreuzheer unter Sigismund erfochten hatten. Der jüngere Thurn schloß sich den Ratschlägen Tschernembls an; er behauptete, daß die Stadt unter allen Umständen verteidigt werden müsse, und seine Meinung wurde durch die Bitten der Prager Bürger gestützt, die mittlerweile auch Zutritt gefunden hatten und sich zu einem Geldbeitrag erboten. Alle diese Vorstellungen konnten nur dann beachtet werden, wenn die Demoralisation bei den Truppen nicht zu weit um sich gegriffen hatte. Dieser letztere Umstand war es jedoch besonders, der Anhalt bewog, sich gegen die Verteidigung Prags zu erklären; er beschuldigte die Soldaten, daß sie ihre Waffen aus Feigheit weggeworfen hätten und im Stande seien, mit dem Feinde in Unterhandlungen zu treten; er behauptete, daß die Bürgerschaft einer Verteidigung gänzlich abgeneigt sei und daß zwischen ihr und den Soldaten ein Haß bestehe, der leicht zu blutigen Zusammenstößen führen könnte, bei denen das Leben des Königs gefährdet sei. Der alte Graf Thurn schloß sich dieser Meinung an.

Obwohl sich Friedrich der Flucht zuneigte, so gab er dieser Neigung noch keinen Ausdruck, sondern beschied die englischen Gesandten zu sich, um ihren Rat einzuholen. Die beiden Herren empfahlen die Anknüpfung von Unterhandlungen und boten dabei ihre Dienste an. Ihr Anerbieten wurde mit Hast ergriffen und noch am selben Abend schickten sie ein an den Herzog von Baiern und an Buquoi gerichtetes Schreiben ab, in dem sie um freies Geleite ersuchten, weil sie ihnen wichtige Mitteilungen zu machen hätten. Da jedoch viele Stunden vergingen, ehe sie eine Antwort erhielten, entwarfen sie ein zweites Schreiben und schickten es am frühen Morgen ab.

Als der neue Tag angebrochen war und die Generale sich wieder beim Könige versammelt hatten, schien die frühere Mutlosigkeit mit den Schatten der Nacht gewichen zu sein; man versicherte jetzt die englischen Gesandten, daß der König sich in Prag

halten wolle und nur seine Gemahlin mit ihrem jüngsten Kinde wegschicken werde. Mittlerweile war es neun Uhr geworden und da noch immer keine Antwort von Maximilian angelangt war, beschloß man die Abreise der Königin zu beschleunigen und ließ den Reisewagen herrichten. Jetzt aber verließ den König die zur Schau getragene Entschlossenheit. Als Elisabeth mit ihrem Sohn auf dem Arme den Wagen bestieg, ließ auch er sich nicht mehr halten, sondern bestieg sein Roß und gab damit das Signal zur allgemeinen Flucht. Alle seine hohen Offiziere, seine Räte und selbst einige der hervorragendsten böhmischen Landesbeamten schlossen sich ihm an und in unabsehbarer Reihe bewegte sich der traurige Zug dem Thore zu. Denn außer den Flüchtigen, die alle beritten waren, folgten dem Wagen der Königin zahlreiche Packwagen, in denen sie einen Teil ihres Hausrates zu retten suchte, und da die anderen Flüchtlinge das gleiche Bedürfnis empfanden, so wurde die Wagenreihe von Minute zu Minute länger. Man hatte auch daran gedacht, die Krone mitzunehmen, da man aber fürchtete, daß die Altstädter Bürger sich dem widersetzen würden, gab man den Gedanken wieder auf. Eine schützende Eskorte von einigen hundert Reitern begleitete den Zug, von dem Niemand wußte, wohin er ging. Friedrich nahm einen kurzen Abschied von den ihm traurig nachblickenden Bürgern, der oberste Kanzler, Herr von Ruppa, der es nicht übers Herz bringen konnte einzugestehen, daß er gleichfalls sein Heil in der Flucht suche, gebrauchte ihnen gegenüber die Ausflucht, daß er und die andern Landesbeamten dem Könige nur während einer kurzen Strecke das Geleit geben und dann zurückkehren würden.

Von allen, die jetzt die Stadt verließen, kehrte nur ein einziger zurück und das war der junge Graf Thurn, der nach einer halben Stunde wieder nach Prag zurückeilte, um dem Feinde den Übergang über die Prager Brücke zu wehren und so die Flucht des Königspaares zu sichern. Jedenfalls bedurfte es des Zuspruches und der Bemühungen eines angesehenen Mannes, wenn

die Soldaten noch Widerstand leisten und einen geordneten Rückzug antreten sollten. Es zeigte sich jedoch, daß Thurn weder die Brücke verteidigen, noch die Soldaten zum Verbleiben bei den Fahnen bewegen konnte, denn die Hälfte des Heeres flüchtete sich in aufgelösten Reihen und folgte so dem Beispiel seiner Führer, während die andere Hälfte wohl in Prag zurückblieb, aber nicht um zu kämpfen, sondern um die Bezahlung des rückständigen Soldes zu verlangen; bei ihnen war jede Spur von Disziplin geschwunden, jedes ihrer Worte war ein Fluch auf den König und die Stände. Mit solchen Leuten war an eine Verteidigung nicht zu denken und in der That dachte auch Niemand mehr daran, dem jungen Thurn war es auf solche Weise ganz unmöglich, seine Absicht zu erfüllen.

II. Sowohl Buquoi als Maximilian hatten dem Kaiser Nachricht von dem erlangten Siege gegeben, aber während der Bericht Maximilians auf dem Wege wahrscheinlich verloren ging, traf der von Buquoi infolge mancherlei Fährlichkeiten erst am 23. November in Wien ein. Die Freude über den glänzenden Erfolg war groß, noch größer wurde sie, als einige Tage später eine Kiste in Wien anlangte, welche das dem Kaiser infolge der Schlacht zugefallene Beutestück enthielt. Es waren dies die Privilegien des Landes samt dem Majestätsbriefe, sie waren ihm jetzt preisgegeben, er konnte sie vernichten und damit den augenscheinlichen Beweis liefern, daß er durch keine Satzungen gebunden sei, sondern selbständig über die weiteren Geschicke des Landes verfügen könne. Es heißt, daß der Kaiser von dem Majestätsbrief selbst das Siegel herabgerissen und ihn der Mitte nach zerschnitten habe. Ob diese Angabe richtig ist, wissen wir nicht anzugeben, aber thatsächlich hat sich die Urkunde des Majestätsbriefes nur in dieser verletzten Gestalt bis auf den heutigen Tag erhalten.

Die hohen Offiziere seines Heeres belohnte der Kaiser in verschwenderischer Weise, wie dies an dem Beispiele Verdugos ersichtlich ist. Graf Buquoi, der bereits im Anfang des Jahres

1620 mit Gütern im südlichen Böhmen beschenkt worden war, wurde diesmal nur in seinem Schwager, dem Grafen Biglia, dem Überbringer der Siegesnachricht ausgezeichnet. Zeigte der Kaiser seinen Anhängern Dankbarkeit, so unterließ er es auch nicht, Gott für den erlangten Sieg zu preisen. Schon am folgenden Tage, nachdem er die Nachricht erhalten, beteiligte er sich mit seinem Hofstaate an einer Prozession, die unter der Führung des Kardinals Dietrichstein von der Augustinerkirche in den Stephansdom ging und da mit einer den Verhältnissen angepaßten Rede von dem genannten Kardinal beschlossen wurde. Auch in den übrigen Kirchen Wiens fanden ähnliche Feierlichkeiten statt und die Prediger wurden nicht müde darauf hinzuweisen, daß der Sieg des Kaisers an dem Tage erfochten worden sei, an welchem in der Kirche das Evangelium gelesen wird: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist". Die Gelegenheit zu Angriffen und Ausfällen gegen die Protestanten wurde mehr oder weniger leidenschaftlich ausgenützt, die schärfsten Worte kamen jedoch aus dem Munde des Kapuziners P. Sabinus, dessen Rednergabe sich einer solchen Berühmtheit erfreute, daß sich auch der Kaiser bei seiner Predigt einfand. Nachdem der Pater ihn an all die Beschimpfungen erinnert hatte, die er von den Böhmen hatte erdulden müssen, mahnte er ihn an die Pflicht, welche der erlangte Sieg ihm auferlege; er müsse nach den Worten des Psalmisten vorgehen: „du wirst sie mit eiserner Rute züchtigen und wie ein irdenes Gefäß zertrümmern". Die hochgestellten Rebellen müsse er niederschlagen, so daß sie ihre Häupter nicht wieder erheben könnten; dem Volke müsse er alle Freiheiten nehmen und den Majestätsbrief vernichten, dann werde er über treue und unterwürfige Unterthanen herrschen. Wolle er dagegen Milde walten lassen, so werde binnen kurzer Zeit noch größeres Unheil über ihn kommen als das, welches er eben überstanden habe. Jetzt sei eine große Zeit, der Kaiser müsse entschlossen vorgehen, sonst werde die Drohung des Propheten gegen Ahab: „Weil du einen zum Tode Verurteilten freigelassen

hast, wirst du und dein Volk sein Sklave sein", an ihm selbst in Erfüllung gehen! Diese Worte fielen auf fruchtbaren Boden und ohne es zu wissen entwickelte Sabinus das künftige Programm der Regierung.

Wiewohl mit der Schlacht auf dem weißen Berge die Erwerbung der böhmischen Länder für Ferdinand noch nicht vollendet war, so führte sie doch die Entscheidung zu seinen Gunsten herbei. Frägt man nach den Ursachen dieser Niederlage und nach den Gründen des darauf folgenden Zusammenbruches des böhmischen Staatswesens, so ergibt sich die Antwort aus unserer bisherigen Erzählung gleichsam von selbst, aus ihr tritt klar hervor, daß zumeist die finanzielle Not die Niederlage herbeiführte. Welche Leistungen konnte man von einem Heere erwarten, das sich seit Jahresfrist in einem permanenten Zustande der Meuterei befand und das sich nicht gegen den Feind, sondern gegen den eigenen Herd kehrte! Ein guter Teil der Schuld an der schlechten finanziellen Gebahrung trifft die Direktorial- und die spätere königliche Regierung, welche die vorhandenen Mittel nicht ordentlich verwertete und die Stände, die sich nicht opferwillig genug zeigten; doch muß man, wenn man billig sein will, auch anerkennen, daß die Anforderungen, die im Jahre 1620 nach einem zweijährigen Krieg an Böhmen herantraten, außer Verhältnis zu dem Einkommen dieses Landes standen. Abgesehen von den Streitkräften, die Ferdinand mit Hilfe der ihm untergebenen Länder, des Papstes und des Königs von Polen aufstellte, hatte er auch die Truppen der reichen und bis dahin durch keine Kriegslasten bedrückten ligistischen Fürsten und die von Philipp III mit den Schätzen Amerikas unterhaltenen Heeresmassen auf seiner Seite. Wie konnte Böhmen einen so ungleichen Kampf bestehen, da es bei seinen Nebenländern stets nur eine halbe Unterstützung fand und die anderen Bundesgenossen eigentlich seine Hilfe suchten und nur geringes leisteten! Im Jahre 1620, als Ferdinand über alle seine Bundesgenossen verfügte, war demnach für die Böhmen keine Rettung mehr möglich, wohl aber hätte ihnen der

Sieg im Jahre 1619 zu Teil werden können, als er noch nicht von allen Seiten unterstützt wurde, wenn sie einen Mann an ihrer Spitze gehabt hätten, der neben der nötigen Kriegstüchtigkeit auch staatsmännische Begabung besessen und der die Verbündeten zum schnellen und werkthätigen Anschlusse bewogen hätte. Aber indem Niemand in Böhmen die Regierungsgewalt als eine Art Diktator in die Hand nahm, Niemand für die Organisation der Militärbehörden sorgte, die das stete Hin- und Herfahren von den Lagerplätzen nach Prag und umgekehrt erspart hätten, Niemand streng und unnachsichtlich auf die Erfüllung der Pflichten drang, gelangte die gräulichste Unordnung zur Herrschaft und bereitete so die spätere Niederlage vor.

Das siegreiche Heer nützte am Tage der Schlacht den gewonnenen Sieg nicht vollständig aus, denn da es keine Ahnung von der Auflösung der feindlichen Armee hatte, ließ es sich durch einige Kanonenschüsse, die von einigen Nachzüglern von den Schanzen abgefeuert wurden, von dem unmittelbaren Angriffe auf die Stadt abschrecken und lagerte sich in einer angemessenen Entfernung. In der Nacht jedoch versuchte das wallonische Infanterieregiment Buquoi die Befestigung durchzubrechen und es gelang dies an einer Stelle, wo in die Stadtmauern ein Gefängnis eingebaut war. Als Buquoi, der mit dem Herzog Maximilian im Sternschloß übernachtete, die Meldung hievon erhielt, befahl er dem Obersten Verdugo, das Eindringen der Soldaten um jeden Preis zu verhindern, da man die Stadt vor Plünderung schützen wolle. Auch der Herzog von Baiern erließ ein gleiches Verbot und ordnete im Verein mit Buquoi an, daß zwei Regimenter vorrücken und sich des Stadtthores bemächtigen sollten. Damit der Einmarsch im Einverständnis mit den städtischen Behörden geregelt werde, wurde ein Kapitän mit einem Trommelschläger auf die Kleinseite geschickt, um den dortigen Bürgermeister und einige Ratspersonen zur Einleitung der betreffenden Verhandlungen aufzufordern. Dem langsam einherschreitenden Parlamentär erschien die Stadt wie ausgestor-

ben, kein Verkehr auf den Straßen und kein Geräusch in den Häusern, da alle Arbeit ruhte. Auf dem Wege von den Schanzmauern bis zum Rathaus, der ungefähr eine halbe Stunde lang ist, begegnete der Kapitän kaum einigen Menschen an den Thoren der Häuser, oder erblickte hie und da ein furchtsam und neugierig am Fenster lauerndes Gesicht. Der Schrecken über die furchtbare Niederlage und die Angst vor den kommenden Ereignissen übten diesen lähmenden Eindruck aus.

Während Maximilian und Buquoi ihre Anordnungen trafen, hatten sich die Vertreter der Prager Städte und die in Prag anwesenden Stände versammelt und dahin geeinigt, die Sieger durch eine Deputation begrüßen zu lassen und ihnen die Unterwerfung anzuzeigen. Die Kleinseitner waren die ersten, die diesen Entschluß durchführten, sie schickten ein Schreiben an Maximilian, in welchem sie ihn ihrer Freude über seinen Sieg und seine Ankunft versicherten. Etwas später traf ein Schreiben der Stände ein, in dem zwar auch von keinem weiteren Widerstande die Rede war, aber Maximilian doch um einen dreitägigen Waffenstillstand ersucht wurde. Seine Antwort war kurz und ablehnend, er erklärte dem Boten, daß er den Ständen nicht drei Stunden zugestehen werde, es sei an ihnen, sich ohne Zögern und unbedingt zu unterwerfen.

Da man sich im Laufe des Vormittags des Reichsthores und der anliegenden Schanzen bemächtigt hatte, so stand dem Einmarsche der Sieger kein Hindernis entgegen und in der That hielt Buquoi schon um 11 Uhr Vormittags seinen Einzug in die Stadt und um 1 Uhr Nachmittags folgte ihm Maximilian. Die Soldaten stürzten sich auf die im Schloßhofe aufgestellten und vollbepackten Wagen, die der Pfalzgraf nicht mehr hatte retten können, sowie in die unbewohnten Gemächer und erbeuteten neben der zurückgebliebenen königlichen Garderobe und zahlreichen Gerätschaften von Gold und Silber einen Teil der geheimen Kanzlei, durch die der Kaiser zur Kenntnis aller seit Jahren auf sein Verderben gerichteten Verhandlungen gelangte. Am

selben Nachmittag fand sich eine ständische Deputation unter der Führung des Oberſthofmeisters Wilhelm von Lobkowitz beim Herzog ein und übergab ihm eine Schrift, in der die Bedingungen auseinandergesetzt waren, unter denen die Stände den Kaiser wieder als ihren Herrn anerkennen wollten, sie wünschten die Aufrechterhaltung ihrer religiösen und politischen Freiheiten und die Sicherung ihrer Person und ihres Besitzstandes vor Strafe und Konfiskation. Maximilian verhehlte der Deputation nicht, daß der Kaiser eine bedingungslose Unterwerfung verlange, doch versprach er, sich für sie verwenden zu wollen. Eine Zusage glaubte er ihnen aber schon jetzt geben zu können, nämlich die, daß man ihr Leben verschonen werde. Der Kaiser bekümmerte sich später nicht um diese Zusage und Buquoi, der bei der Audienz zugegen war, schien dies vorauszusehen, denn er protestierte gegen dieselbe und bemerkte, die Stände hätten samt und sonders den Tod verdient. Stumm nahmen die Abgesandten diese Erklärungen entgegen, nur Thränen rannen von ihren Wangen herab. Das war die einzige Antwort, die den Besiegten fortan gestattet war.

Nachdem sich die Alt- und Neustadt zur Unterwerfung bereit erklärt hatte und Maximilian einen Teil seines und des kaiserlichen Heeres über die Brücke hatte vorrücken lassen, entstand für ihn die Frage, was er mit dem in der Stadt weilenden Kriegsvolk thun solle. Dasselbe hatte ihn durch eine Deputation um die Auszahlung des rückständigen Soldes und um freien Abzug ersucht. Maximilian wollte weder diese Söldlinge bezahlen, noch die führerlose Mannschaft gefangen nehmen, weil er sich damit ihre Verpflegung aufgebürdet hätte, er wünschte nur, daß sie sich zerstreuen und jeder in seine Heimat zurückkehren solle. Er ließ deshalb der versammelten Mannschaft erklären, daß gegen sie als gegen Rebellen wider des Kaisers Majestät eigentlich mit Strenge vorgegangen werden sollte, daß er aber Gnade walten lassen und ihnen einen freien Abzug unter der Bedingung gönnen wolle, wenn sie Prag augenblicklich verlassen würden. Da von

einer Soldzahlung keine Rede war, so fühlte sich die Mannschaft durch die angebotene Gnade keineswegs befriedigt und verlangte zum mindesten die Erlaubnis, sich für ihre Forderungen auf den Gütern der Stände schadlos halten zu dürfen. Dieses durch die Not zwar gerechtfertigte Verlangen konnte unmöglich bewilligt werden, es wäre gleichbedeutend gewesen mit der Ausstellung eines Freibriefes zur Beraubung des gesamten Adels im Lande. Der Abgesandte Maximilians drohte ihnen deshalb, wenn sie sich nicht gutwillig aus der Stadt entfernten, so würde man Gewalt gegen sie brauchen und erreichte bei dem entmutigten Haufen seinen Zweck. Der größte Teil verließ am folgenden Tage Prag, nur eine geringe Zahl blieb zurück, indem sie bei Bekannten und Verwandten ein Versteck suchte, wurde aber in den folgenden Tagen größtenteils erschlagen.

Bei allen Verhandlungen hatten die Prager Schonung des Eigentums verlangt und es war ihnen auch ein gewisses Versprechen gegeben worden, allein von der Einhaltung war nichts zu spüren. Maximilian suchte wohl die Ordnung unter seinen Truppen aufrecht zu erhalten, aber trotzdem mögen sich viele der Seinigen an den nachfolgenden Raubscenen beteiligt haben. Bei dem kaiserlichen Heere griff in den Tagen nach der Schlacht eine größere Zuchtlosigkeit als je um sich, der Buquoi nicht zu steuern vermochte, da er wegen seiner Wunde größtenteils das Bett hüten mußte. Die Gelegenheit zum Plündern war übrigens günstiger als je zuvor. Abgesehen davon, daß die großen Herren, die mit Friedrich geflohen waren, in ihren Palästen den größten Teil ihres wertvollen Eigentums zurücklassen mußten und daß die Einwohner Prags in ihren Häusern den letzten Rest ihrer Habe verwahrten, waren zu Ende des vorigen Monates aus den vom Feinde bedrohten Kreisen zahlreiche Viehheerden und Tausende von Fuhren mit Geld, Schmuck, Kleidern und Gerätschaften aller Art nach Prag gekommen, die nicht in den Häusern untergebracht werden konnten, sondern unter freiem Himmel bleiben mußten. Man brauchte sich sonach nur umzusehen, um irgend

eines wertvollen Gegenstandes habhaft zu werden. Die Begehrlichkeit der Plünderer begnügte sich übrigens nicht lange mit den in den Straßen und Hofräumen aufgestellten Gegenständen, sie drangen ohne Scheu und ohne Widerstand in alle Häuser und Paläste und raubten sie der Reihe nach aus. Dem Herrn Wilhelm von Lobkowitz half es nichts, daß er einen Teil seiner Schätze in der Judenstadt versteckt hielt, sie wurden ausgekundschaftet und siebzehn Kisten voll Gold und Silbergeräte wurden eine Beute der Sieger. Später setzte man die Räubereien auf offener Straße wieder fort und riß den Leuten sogar die Kleider vom Leibe. Man hatte nicht die geringste Rücksicht für die Besiegten; alles Flehen der Bittenden rief statt Mitleid nur ein höhnisches Gelächter hervor, man begnügte sich nicht mit dem Raube, sondern that den Beraubten noch jeglichen Schimpf an. Ein Franzose war so schamlos, nackt auf einem Pferde mit dem Gesicht nach rückwärts sitzend und den Schweif desselben haltend in Begleitung dreier Geiger durch die Stadt zu ziehen und gegen den Pfalzgrafen und seine Gemahlin, sowie gegen das böhmische Volk schmutzige Schimpfreden auszustoßen.

Maximilian von Baiern, der von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt, ließ die Sache nicht auf sich beruhen, sondern forderte den kaiserlichen Feldherrn in einem scharfen Schreiben zur Abstellung der gräßlichen Bedrückungen auf. Gegen den Kaiser wiederholte er den schon mehrmals gegebenen Rat, Ordnung im Lande zu halten und das Eigentum der Unterthanen nicht der Raubsucht seines Heeres preiszugeben. Das Elend, so schloß er einen seiner Briefe, sei in Böhmen so furchtbar, daß zuletzt auch die Freunde des Kaisers zur Verzweifelung getrieben werden müßten.

III. Während in Böhmen durch die Schlacht auf dem weißen Berge der Aufstand zu Ende war, war es nicht sichergestellt, ob auch die übrigen Länder die Waffen niederlegen würden. Graf Thurn eilte, nachdem er sich von Friedrich ge-

trennt hatte, nach Mähren und suchte die Stände dieses Landes zum weiteren Widerstand zu ermuntern. Gleiche Mahnungen folgten auch von Bethlen, der die Mährer, im Falle sie sich dem Kaiser unterwerfen würden, mit seiner Rache bedrohte. Trotz aller dieser Mahnungen und Drohungen hielten aber die Stände die Sache des Aufstandes für verloren und entschlossen sich zur Wahl einer Deputation, die dem Kaiser die Unterwerfung anbieten sollte, wenn er seinerseits dieselbe durch die Gewährung jener Bedingungen erleichtern würde, die auch die Österreicher und Böhmen jedoch vergeblich gestellt hatten. Bevor noch die Stände zur Wahl dieser Deputation geschritten waren, war das kaiserliche Volk in Mähren eingedrungen und hauste daselbst in üblicher Weise. Wie trübe sich nun auch die Aussichten auf die Gewährung der gewünschten Bedingungen gestalteten, Mut zu weiterem Widerstand besaß Niemand mehr, denn jetzt bot sogar der Landeshauptmann Welen von Zerotin, der in Mähren die Stellung eines Thurn und Ruppa eingenommen hatte, seine Unterwerfung an.

Die mittlerweile gewählten Deputierten begaben sich nun auf den Weg nach Wien, aber da ihre Bagagewagen trotz des erteilten freien Geleites von einigen Hundert Polen und Wallonen überfallen und ausgeplündert wurden, blieb ihnen nichts anderes übrig, als wieder nach Brünn zurückzukehren und sich von neuem mit Kleidern und Geld zu versehen. Am 22. Dezember traten sie zum zweitenmale die Reise an und diesmal gelangten sie ohne weitere Gefährdung nach Wien. Sie hatten von den Ständen den Auftrag erhalten, den Kaiser in tiefster Ehrfurcht zu begrüßen, ihm den Sieg in dem weiteren Kampfe gegen seine Feinde zu wünschen und ihn ihrer unbegrenzten Reue wegen des Aufstandes zu versichern. Sie sollten ihn bitten, daß er das Beispiel Gottes nachahme, der dem bußfertigen Sünder aus bloßer Gnade seine Schuld verzeihe, und deshalb möge er nicht so sehr auf die jüngsten Unthaten als auf die Verdienste hinsehen, die sie sich in früherer Zeit um seine Vorfahren erworben hätten,

ihnen insgesamt verzeihen und die Aufrechterhaltung ihrer politischen und religiösen Freiheiten versprechen.

Als die Gesandten zur Audienz bei dem Kaiser vorgelassen wurden, erschien dieser in Begleitung des Kanzlers in strenger Haltung und würdigte sie keines Wortes, nachdem sie ihre bittende Rede geendigt hatten. Statt seiner ergriff der Kanzler das Wort und ergoß sich in heftigen Vorwürfen gegen die Stände Mährens wegen ihrer Teilnahme an dem Aufstande, um derentwillen ihre hier anwesenden Vertreter nicht einmal würdig seien, vor das Antlitz des Kaisers vorgelassen zu werden. Einige Tage darauf erhielten sie eine schriftliche Antwort, in der von keiner Verzeihung und keinem Versprechen die Rede war, sondern ihnen nur mitgeteilt wurde, daß der Kaiser den Kardinal Dietrichstein zum Statthalter in Mähren ernannt habe. In einer weiteren Zuschrift wurde die schon einmal vom Kanzler abgegebene Erklärung wiederholt, daß der Kaiser eigentlich die Gesandten gar nicht vor sein Antlitz habe treten lassen sollen und nur aus überschwenglicher Güte dies gethan. Der Kardinal werde in Mähren eine Untersuchung gegen die Teilnehmer des Aufstandes vornehmen, man werde dann gegen jeden nach seinem Verdienste vorgehen, die Schuldigen strafen, die Unschuldigen aber in Schutz nehmen. Die kaiserliche Regierung bemühte sich nun, die Auflösung der mährischen Truppen, die noch im Lande weilten, herbeizuführen. Die Verhandlungen führten zum Ziele, zwei mährische Regimenter traten von ihren Obersten kommandiert in kaiserliche Dienste, der Rest, dem man einen Teil des schuldigen Soldes auszahlte, scheint nach der Auflösung größtenteils zwischen die kaiserlichen Regimenter verteilt worden zu sein.

Fast ebenso leicht ging die Unterwerfung von der Lausitz und von Schlesien vor sich.

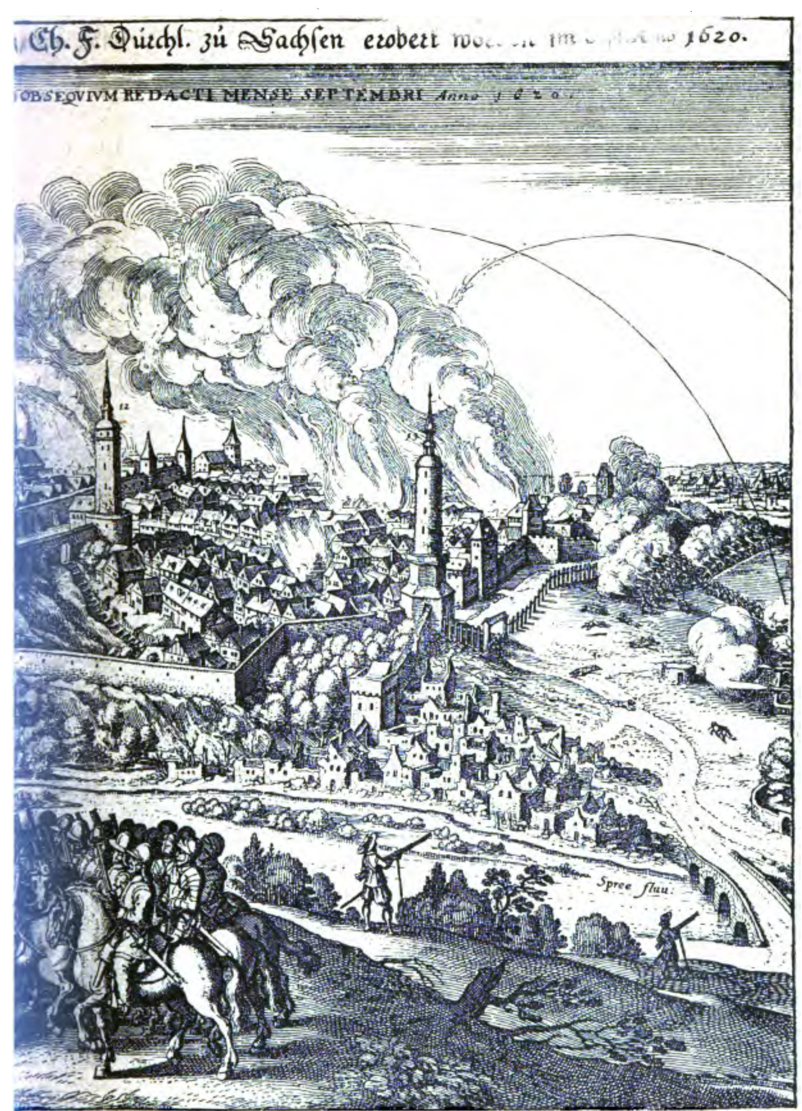
Wir haben oben erzählt, welche Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten von Sachsen und Maximilian über die Exekution eingeleitet wurden und daß der Kurfürst mit dem Feldzugsplane seines Bundesgenossen nicht einverstanden war. Da der letztere aber

Abbildung der Statt Büdissin oder Bautzen, wie dieselbe von

DELINEATIO BUDISSINI OBSESSI AB ELECTORE SAXONIÆ AD

Anweisung der ziffer. 1. Das Schloß. 2. S. Nicolaus 3. Schüler Thor. 4.
8. Reichenthor. 9. Mühlthor. 10 Alte Wasserkunst. 11. die grosse Muhl

Bautzen zur Zeit der Belagerung dur



...hloßbrunnen. 5. Gerbergassen. 6. Haupt Kirch S. Peter. 7. Das Rahthauß.
12. Lauwenthor. 13. die Newe Wasserkunst. 14. F. Ch. F. Durchl. 15. gefangne:

...ch den Kurfürsten von Sachsen (1620).



nicht nachgab, so zögerte Johann Georg mit der Ausführung der ihm übertragenen Exekution, bis er von allfälligen Erfolgen des ligistischen Heeres sichere Nachricht erlangt haben würde. Ende August liefen dieselben zahlreich ein und so beschloß er gegen die Lausitz vorzurücken. Die Schlesier und die Lausitzer verbanden ihre Truppen zur Abwehr dieses Angriffes und stellten sie unter das Kommando des Markgrafen von Jägerndorf. Vor seinem Einmarsche schickte Johann Georg einen Gesandten an die Stände der Niederlausitz, um sie zur Unterwerfung zu mahnen. Da seine Mahnung fruchtlos blieb, rückte er am 13. September gegen Bautzen vor und zwang dasselbe nach einer mehrwöchentlichen Belagerung am 5. Oktober zur Übergabe. Infolge seines Einmarsches und gleichzeitiger schlimmer Nachrichten aus Böhmen meldeten sich schon im September viele niederlausitzer Edelleute zur Unterwerfung und anfangs November waren alle zu derselben bereit. Vergeblich bemühte sich der Markgraf von Jägerndorf die Stände zur Ausdauer zu bewegen: dem Beispiel der Niederlausitz folgte auch die Oberlausitz. Am 13. Januar 1621 erklärten die Stände dieser Markgrafschaft sich zur Unterwerfung bereit, wenn ihnen ihre politischen und religiösen Freiheiten versichert würden. Der Kurfürst von Sachsen war erbötig, darauf einzugehen, er führte demnach nicht die Sprache Maximilians, wollte die Länder nicht in ihren Freiheiten namentlich nicht in den religiösen schädigen und nahm deshalb die gestellten Bedingungen an. Wir bemerken, daß der Kaiser diese Nachgiebigkeit tadelte, aber da Johann Georg an der Aufrechterhaltung der zugesagten Bedingungen festhielt, so gab auch Ferdinand nach.

In Schlesien gestalteten sich die Sachen nicht so rasch, wenn auch noch weniger blutig, wie in der Lausitz. Friedrich von der Pfalz hatte sich nach seiner Flucht von Prag nach Breslau begeben und die Stände zum weiteren Widerstande zu bereden gesucht. Allein auch hier fehlte es an Entschlossenheit, weil die Jämmerlichkeit des Wahlkönigs nur zu sehr zu Tage trat, er selbst fühlte sich nicht sicher und flüchtete, nachdem er Frau und

Kinder vorausgeschickt hatte, am 23. Dezember in das Gebiet des Kurfürsten von Brandenburg. Die schlesischen Stände verhandelten nun mit Sachsen über die Aussöhnung mit dem Kaiser und schickten deshalb eine Gesandtschaft nach Dresden ab, die in den letzten Januartagen daselbst anlangte und ihre Unterwerfung unter der Bedingung in Aussicht stellte, daß neben der allgemeinen Amnestie sämtliche politischen und religiösen Freiheiten samt dem Wahlrechte der schlesischen Stände bei der Besetzung des Königsthrones aufrecht erhalten würden. Der Kurfürst bot ihnen die volle Verzeihung und die Aufrechterhaltung der politischen und religiösen Freiheiten an, über das Wahlrecht schwieg er. Dafür verlangte er aber, daß sie 500000 Gulden dem Kaiser als erste Steuer zahlen sollten, mit welcher Summe ihr begangenes Verbrechen gleichsam gesühnt werden sollte. Diese Anerbietungen wurden dem nach Liegnitz auf Anfang Februar 1621 berufenen Fürstentag berichtet und da man glaubte, nichts besseres als das Gebotene erlangen zu können, begnügte man sich. Nur verlangte man eine Herabminderung der auferlegten Steuer, welchem Begehren der Kurfürst nachgab, so daß sie auf 300000 Gulden festgesetzt wurde. Am 28. Februar unterzeichnete er den mit den schlesischen Ständen abgeschlossenen und später unter dem Namen „Accord“ bekannten Vertrag. In demselben wurde ausdrücklich erklärt, daß die Stände Schlesiens „den Kaiser als ihren rechten, erwählten, gekrönten und gesalbten König, Herrn und Oberherzog in Schlesien angenommen haben.“ Wie so es kam, daß in diesem Accord von dem „gewählten“ König die Rede war und so das Wahlrecht anerkannt wurde, wissen wir nicht anzugeben.

Als Ferdinand davon Kunde bekam, daß sich die schlesischen Stände zu Verhandlungen bereit erklärt hätten, wünschte er, wie zuvor bezüglich der Lausitz, daß sich der Kurfürst zu keinen Versprechungen herbeilassen, sondern sie unbedingt zur Erneuerung der früheren Huldigung anhalten solle, ja er verlangte sogar, daß derselbe keinen allgemeinen Pardon verheiße, sondern ihm die

Verfügung über das Leben und die Güter der Rädelsführer in Schlesien vorbehalte. Wäre der Kurfürst diesem Wunsche nachgekommen, so würde Schlesien von demselben Schicksal betroffen worden sein wie Österreich und Mähren, aber Johann Georg wollte nicht strenger sein als in der Lausitz und führte die Verhandlungen im Sinne des später geschlossenen Accords weiter fort. In Wien glaubte man sich durch die von ihm geübte Milde betrogen und verlangte von ihm nochmals die strenge Behandlung Schlesiens. Das betreffende kaiserliche Schreiben traf am 27. Februar in Dresden ein, also einen Tag bevor der Accord unterzeichnet wurde. Aber auch jetzt wollte der Kurfürst nichts von der ihm zugemuteten Strenge wissen sondern ersuchte um die Bestätigung des Accords, indem er des längeren die Motive auseinandersetzte, die ihn zu einer so glimpflichen Behandlung der Schuldigen vermocht hätten und die hauptsächlich darin bestanden, daß er dieselben nicht zur Verzweiflung treiben und das Land bei dem folgenden Kriege nicht der Verwüstung preisgeben wollte.

Als man in Wien von dem geschlossenen Accord Nachricht erhielt und den Wortlaut desselben kennen lernte, fand man, daß der Kurfürst den kaiserlichen Mahnungen nicht nur kein Gewicht beigelegt, sondern sich auch zu einzelnen Zugeständnissen herbeigelassen habe, die große Gefahren für die Zukunft in ihrem Schoße bargen. In der That hatte es seine bedenkliche Seite, wenn sich der Kurfürst zum Garanten des Accords machte und die Stände in der Verteidigung ihrer Religionsfreiheiten zu schützen versprach, wenn ferner das ständische Wahlrecht anerkannt und den Ständen das Recht zur Unterhaltung eigener Truppen eingeräumt wurde. Der Kaiser richtete deshalb eine neue Zuschrift nach Dresden, in der er diejenigen Punkte, auf die er nicht eingehen wollte, genau bezeichnete. Auch diese Einwendungen fanden keine Berücksichtigung; der Kurfürst vermerkte es übel, daß man an seinem Accord mäkelte und verteidigte denselben Punkt für Punkt. Dadurch, daß er von dem „erwählten" Könige gesprochen habe, habe er sich keinesfalls in die Streit-

frage, ob Wahlrecht oder Erbrecht, einmischen oder Partei nehmen wollen, was er ja damit gezeigt, daß er die schlesischen Stände zur Anerkennung der Herrscherrechte Ferdinands in der Weise verpflichtet habe, wie dies im Jahre 1617 geschehen sei. Sei die Erhebung Ferdinands damals auf Grund des Erbrechtes geschehen, so komme dasselbe ihm auch jetzt zu Gute und er brauche sich nicht an den Ausdruck „erwählter“ zu stoßen. Auf die Besorgnis, daß die Schlesier das Recht zur Anwerbung von Truppen künftighin in Anspruch nehmen dürften, gab der Kurfürst keine klare Antwort, sondern bemerkte nur, daß die von ihnen unterhaltenen Truppen zur Verteidigung des Landes und der Rechte ihres Herrschers ausdrücklich bestimmt seien. Zum Schlusse verlangte er, daß Ferdinand den Accord ohne weitere Einschränkung bestätige. Obwohl durch diese Einwendungen die geltend gemachten Besorgnisse nicht zerstreut wurden, so fehlte dem Kaiser doch die Entschlossenheit, auf ihnen zu beharren, und er genehmigte den Accord nach seinem vollen Inhalt und Wortlaut. Neben demselben bestätigte er auch eine Reihe speziell angeführter Privilegien und befriedigte auf diese Weise jeden Wunsch, den man billiger Weise erheben durfte. Die Stände Schlesiens wurden ebenso wie die der Lausitz wegen ihrer Vergehen amnestiert, Niemand sollte in seinem Besitz verletzt werden, nur der Markgraf von Jägerndorf, dem der Kaiser nicht verzeihen wollte, verlor sein Fürstenthum und außerdem mußten einige Lausitzer Edelleute eine Geldstrafe erlegen.

IV. Die Entschiedenheit, mit der man in Wien bei der Besiegung des Aufstandes darauf beharrte, daß die Stände der einzelnen Länder bedingungslos ihre Unterwerfung erklären sollten, deutete hinreichend an, daß man die günstige Gelegenheit zu radikalen Reformen in religiöser und politischer Beziehung benützen wollte. In der That beriet man sich in dem Grade, als die einzelnen Länder unter den Gehorsam zurückkehrten, über die anzubahnenden Reformen und so kam zuerst Böhmen, dann Mähren und endlich Schlesien an die Reihe.

Das Gutachten jener kaiserlichen Räte, die bezüglich Böhmens um ihre Meinung befragt wurden, lautete dahin, daß die Landesordnung in dem Paragraphe, in dem von der Wahl des Königs die Rede ist, geändert und die Erblichkeit der Krone genau bestimmt, daß weiter sämtliche Privilegien des Landes revidiert und nur jene bestätigt werden sollten, die nicht gegen die königliche Autorität verstießen. Die Anhänger der böhmischen Brüderunität und die Kalviner sollten ungesäumt vertriebeu werden, bezüglich der übrigen Protestanten solle man vorläufig duldsamer auftreten, aber auch ihre Unterdrückung im Auge behalten. Am schärfsten lauteten die Ratschläge auf die Frage, in welcher Weise der Aufstand an dem Eigentum der Besiegten gerächt werden sollte, denn sie empfahlen die weitestgehenden Konfiskationen. Schon vor ihnen hatte übrigens Slawata, noch bevor die Entscheidungsschlacht geschlagen worden war, dem Kaiser den Rat erteilt, die Güter der Aufständischen zu konfiszieren.

Es handelte sich nun darum, genau zu bestimmen, wer als Teilnehmer des Aufstandes anzusehen und wie die größere oder geringere Schuld zu bestrafen sei. Das dem Kaiser überreichte Gutachten unterschied drei Kategorien der Schuldigen. Die erste Kategorie umfaßte die hervorragenden Teilnehmer des Aufstandes, diese sollten ihr gesamtes Vermögen verlieren und eine Anzahl von ihnen auch mit ihrem Leben oder ihrer Freiheit büßen. Die zweite Kategorie, zu der man alle jene rechnete, die vor dem Aufstande ein Amt innegehabt und sich später demselben angeschlossen hatten oder die überhaupt in den Dienst des Pfalzgrafen getreten waren, sollte ihr halbes Vermögen verlieren. Die dritte Kategorie umfaßte jene, die sich dem Aufstande einfach angeschlossen hatten, diese sollten mit der Verschlechterung ihres Besitzes bestraft werden, es sollte ihr Allodbesitz in Lehnbesitz umgewandelt oder ein jährlicher Zins ihnen auferlegt werden. — Das Gutachten fand die Billigung des Kaisers, da man aber auf diese Weise die Versprechungen des Herzogs Maximilian,

nach denen der Besitzstand größtenteils nicht angegriffen werden sollte, verletzte, so wollte man sich in Wien zuerst seine Zustimmung verschaffen, bevor man das Gutachten in Böhmen verwirklichte und schickte deshalb den Grafen von Hohenzollern an ihn ab. Der Herzog machte keine besonderen Einwendungen gegen diese Mitteilungen und so säumte man nicht länger mit dem Prozeß gegen die Hauptteilnehmer des Aufstandes, an welchen Schritt sich dann die übrigen oben angedeuteten Maßregeln schließen sollten.

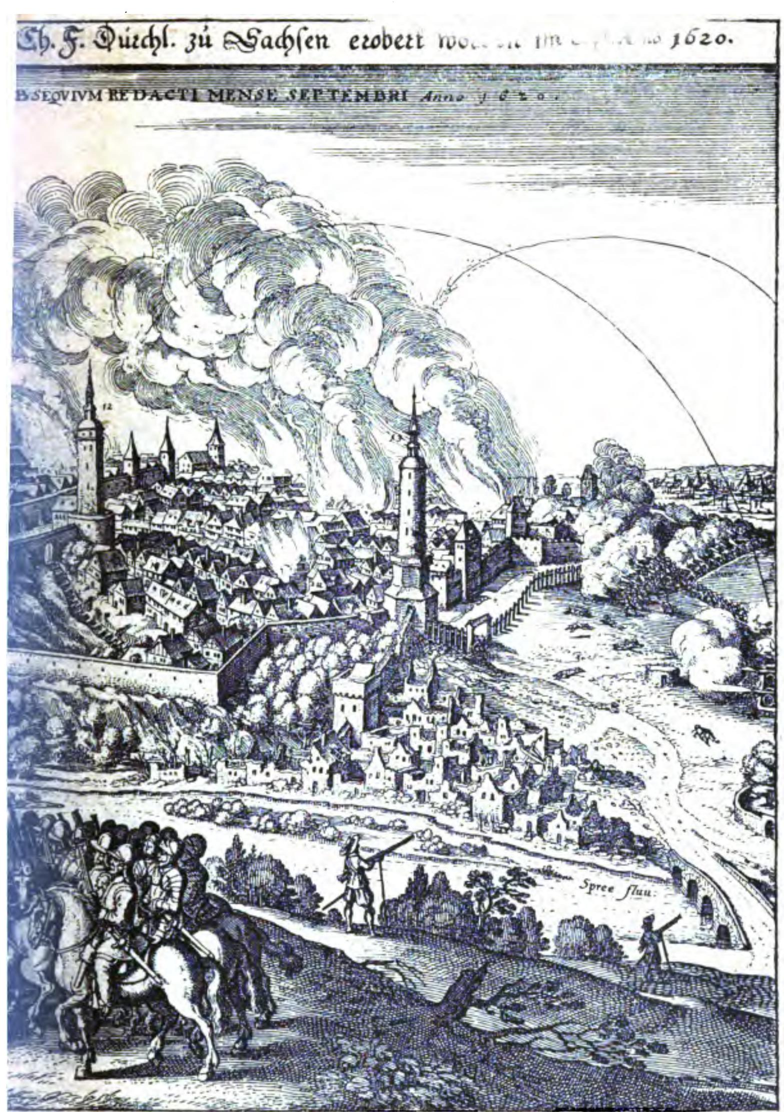
Von Wien aus hatte man dem Fürsten von Liechtenstein, der von Maximilian vor seiner Abreise aus Prag zu seinem Stellvertreter und später vom Kaiser zum Statthalter von Böhmen ernannt worden war, wiederholt angedeutet, daß er sich der gravierteren Personen bemächtigen solle. Er befolgte jedoch diese Andeutungen aus Angst vor dem Wiederausbruch eines Aufstandes nicht und man wird das begreifen, wenn man weiß, daß Mansfeld um diese Zeit noch immer einige Plätze in Böhmen besetzt hielt, weil sich die Einigung mit dem Kaiser zerschlagen hatte. Unsere Leser werden sich erinnern, in welcher Weise derselbe mit dem Herzoge von Baiern und mit Buquoi Verhandlungen eingeleitet hatte, als diese vor Pilsen lagerten und die böhmische Armee bei Rokytzan aufgestellt war und wie er damals die böhmische Sache gegen das Versprechen einer Geldzahlung verriet. Die Bereitwilligkeit, mit der man sich zu diesem Versprechen entschlossen hatte, nahm aber ein Ende, als es zur Zahlung kommen sollte, und namentlich Liechtenstein glaubte den Sieg auf dem weißen Berge auch gegen Mansfeld ausbeuten zu können. Als dieser merkte, daß man die ihm gemachten Versprechungen nicht einhalten wolle, suchte er nicht nur seine Position in Pilsen zu verstärken, sondern auch sein Heer durch frische Werbungen zu vergrößern und durch Plünderung zahlreicher Orte im westlichen Böhmen sich die nötigen Geldmittel zu verschaffen. Gleichzeitig stellte er sich dem eben von ihm verratenen Pfalzgrafen zur Verfügung und begab sich

sogar persönlich nach Heilbronn, als der Unionstag daselbst zusammentrat und bat um eine Geldhilfe. In Heilbronn wurden ihm nur Versprechungen zu Teil, dagegen nahm der Pfalzgraf gern die dargebotene Hand an, indem er ihm 30000 Gulden in Nürnberg anwies und noch weitere Geldsendungen versprach. Da zugleich der kühne Parteigänger über die Mittel der nahegelegenen Oberpfalz verfügen konnte, so nahmen seine Truppenwerbungen im Februar 1621 bedeutende Dimensionen an. Während er aber in der Oberpfalz weilte, traf ihn in Böhmen ein schwerer Schlag. Als er sich nämlich von Pilsen entfernt hatte, wurde ihm durch die ligistischen und kaiserlichen Truppen die Rückkehr in diese Stadt abgeschnitten. Der Besatzung daselbst war es längst kein Geheimnis, daß er sich mit dem Kaiser wegen der Übergabe dieses Platzes in Unterhandlungen eingelassen habe und sie befürchtete, daß er von der dafür bedungenen Summe den Löwenanteil für sich behalten werde. Aus diesen Gründen gab sie gern den Einflüsterungen kaiserlicher Emissäre nach und trat auf eigene Faust in Unterhandlungen mit Tilly, die am 26. März (1621) zu einem Vertrag führten, in dem ihr gegen die Übergabe Pilsens das Recht des freien Abzuges und die Sicherheit ihrer Bagage zugestanden und außerdem eine Summe von 150 000 Gulden ausbezahlt wurde. An den Verlust von Pilsen schloß sich auch der einiger anderer von Mansfeldischen Truppen besetzten Orte, namentlich Falkenaus und Ellbogens an, und da mittlerweile der Kurfürst von Sachsen auch Eger zur Kapitulation gezwungen hatte, so wurden nur noch Tabor und Wittingau von Besatzungen gehalten, die den Pfalzgrafen als ihren König anerkannten. Im November 1621 fiel Tabor und am 2. März 1622 Wittingau in kaiserliche Hände, erst von diesem Tage an war die letzte Spur des Aufstandes vertilgt.

In Wien war man keineswegs gesonnen, die Prozesse so lange zu verschieben, bis der Boden von Böhmen vom Feinde gereinigt sein würde, ja man wollte nicht einmal die Einnahme von Pilsen abwarten und erteilte demnach dem Fürsten von



Bautzen zur Zeit der Belagerung dur



...loßbrunnen. 5. Gerbergassen 6. Haúpt Kirch S. Peter. 7. Das Rahthauß.
12. Laúwenthor. 13. die Newe Wasserkunst. 14. F. Ch. F. Durchl. 15. gefangne.

...h den Kurfürsten von Sachsen (1620).

nicht nachgab, so zögerte Johann Georg mit der Ausführung der ihm übertragenen Exekution, bis er von allfälligen Erfolgen des ligistischen Heeres sichere Nachricht erlangt haben würde. Ende August liefen dieselben zahlreich ein und so beschloß er gegen die Lausitz vorzurücken. Die Schlesier und die Lausitzer verbanden ihre Truppen zur Abwehr dieses Angriffes und stellten sie unter das Kommando des Markgrafen von Jägerndorf. Vor seinem Einmarsche schickte Johann Georg einen Gesandten an die Stände der Niederlausitz, um sie zur Unterwerfung zu mahnen. Da seine Mahnung fruchtlos blieb, rückte er am 13. September gegen Bautzen vor und zwang dasselbe nach einer mehrwöchentlichen Belagerung am 5. Oktober zur Übergabe. Infolge seines Einmarsches und gleichzeitiger schlimmer Nachrichten aus Böhmen meldeten sich schon im September viele niederlausitzer Edelleute zur Unterwerfung und anfangs November waren alle zu derselben bereit. Vergeblich bemühte sich der Markgraf von Jägerndorf die Stände zur Ausdauer zu bewegen: dem Beispiel der Niederlausitz folgte auch die Oberlausitz. Am 13. Januar 1621 erklärten die Stände dieser Markgrafschaft sich zur Unterwerfung bereit, wenn ihnen ihre politischen und religiösen Freiheiten versichert würden. Der Kurfürst von Sachsen war erbötig, darauf einzugehen, er führte demnach nicht die Sprache Maximilians, wollte die Länder nicht in ihren Freiheiten namentlich nicht in den religiösen schädigen und nahm deshalb die gestellten Bedingungen an. Wir bemerken, daß der Kaiser diese Nachgiebigkeit tadelte, aber da Johann Georg an der Aufrechterhaltung der zugesagten Bedingungen festhielt, so gab auch Ferdinand nach.

In Schlesien gestalteten sich die Sachen nicht so rasch, wenn auch noch weniger blutig, wie in der Lausitz. Friedrich von der Pfalz hatte sich nach seiner Flucht von Prag nach Breslau begeben und die Stände zum weiteren Widerstande zu bereden gesucht. Allein auch hier fehlte es an Entschlossenheit, weil die Jämmerlichkeit des Wahlkönigs nur zu sehr zu Tage trat, er selbst fühlte sich nicht sicher und flüchtete, nachdem er Frau und

Abendmahl aus seinen Händen empfing. Die meisten Gefangenen bewahrten im Angesichte des Todes eine würdige Haltung, bei einzelnen machte sich jedoch auch Kleinmut geltend oder die eitle Hoffnung auf Begnadigung verbitterte ihre letzten Augenblicke. In der Nacht auf den Montag wurden die Gefangenen samt und sonders auf das Altstädter Rathaus abgeführt, vor dem die Exekution stattfinden sollte.

Die Regierung hatte Vorbereitungen getroffen, um alle Störungen hintanzuhalten und hatte deshalb die Prager Garnison beträchtlich vermehrt, die Stadtthore wurden gesperrt und auf dem Altstädter Ring eine starke Truppenmacht konzentriert. Ein Kanonenschuß, der am 21. Juni (1621) ertönte, war das Zeichen, daß die Exekution ihren Anfang nehmen solle. In Gegenwart des Altstädter Rates und der Königsrichter der Prager Städte wurden nach und nach die einzelnen Gefangenen vorgerufen und die Todesstrafe an ihnen vollzogen. Graf Schlick war der erste, Budowec der zweite und so weiter die anderen. Von den vierundzwanzig Personen, die enthauptet wurden, wurde dem Bohuslaw Michalowic zuerst die Hand abgehauen und dem berühmten Arzt Jessenius die Zunge ausgeschnitten; drei Bürger wurden gehängt. Die traurigen Exekutionen bezeichnen den Abschluß der alten und selbständigen Entwicklung Böhmens, Söhne der bedeutendsten böhmischen Adelsgeschlechter, hervorragende Bürger und Gelehrte, also die Repräsentanten seines gesamten Kulturlebens, endeten hier und mit ihnen ihre Bestrebungen. Die Geschicke des Landes wurden fortan von Fremden geregelt, die für die frühere Entwicklung kein Verständnis und keine Teilnahme besaßen. — Den folgenden Tag wurden einige Personen öffentlich gestäupt und dann eingekerkert oder des Landes verwiesen, andere blieben von dieser entehrenden Strafe verschont, wurden aber später im Schlosse Zbirow untergebracht und daselbst in Haft gehalten.

Gleichzeitig mit den Prozessen gegen die Hingerichteten beschäftigte sich der Gerichtshof in Prag auch mit dem Urteil

gegen die flüchtigen Rebellen. Sie alle wurden zum Tode in contumaciam verurteilt und ihr Grundbesitz konfisziert. Die Gütermasse, die man um diese Zeit eingezogen hatte und zwar so weit sie den verstorbenen, den flüchtigen und den eben verurteilten Rebellen gehörte, hatte nach der Abschätzung des Jahres 1621 einen Wert von 5 000 000 Thalern. Die Regierungspartei betrachtete jedoch diese hohe Strafsumme, die nach heutigem Gelde mindestens die Summe von 30 000 000 Thalern repräsentiert, keineswegs als genügende Buße, sondern wollte ihr Programm vollständig durchführen und für den Aufstand jeden verantwortlich machen, der nur irgend eine Billigung desselben ausgesprochen hatte. Demgemäß beriet man sich in Wien, in welcher Weise man gegen die übrigen Edelleute und gegen die königlichen Städte vorgehen solle. Der Fürst Liechtenstein war mit den gegen die Städte beabsichtigten Maßregeln nicht ganz einverstanden, denn er fürchtete, daß bei der Verfolgung der Bürger das wichtigste Steuerobjekt zugrunde gehen würde. Seine Befürchtungen fanden jedoch in Wien keine Berücksichtigung, man wollte, daß der Prozeß gegen den gesamten übrigen Adel und gegen die Bürger schleunig in Angriff genommen werde, um aus den weiteren Konfiskationen die täglich wachsenden Staatsbedürfnisse decken zu können.

Trotz dieser so ernstlich festgehaltenen Absicht mußte man wegen der unsichern Lage auf dem Kriegsschauplatze noch einige Zeit mit der Durchführung der geplanten Konfiskation warten. Dagegen arbeitete man um so eifriger an einem andern Punkte des von den kaiserlichen Räten entworfenen Reformprogramms nämlich an der Unterdrückung des Protestantismus. Das Gutachten der Wiener Staatsmänner empfahl nur ein allmäliges Vorschreiten und wenn man die empfohlene Schonung geübt hätte, so wäre man erst nach Jahren zu Ziele gekommen, allein ein derartiges Vorgehen war nicht nach dem Geschmacke der Eiferer und namentlich nicht nach dem des päpstlichen Nuntius Caraffa, der ununterbrochen den Kaiser zu entscheidenden Schrit-

ten mahnte und bei seiner Stellung und seinem Ansehen und jedenfalls den Eifer Ferdinands aufstachelte und so beschloß man rascher vorzugehen. Die ersten Bemühungen gingen zunächst dahin, daß man für die Wiederherstellung und Ausschmückung der Kirchen Sorge trug und möglichst viele mit katholischen Geistlichen zu besetzen trachtete. Man suchte zahlreiche Jünglinge für den geistlichen Stand anzuwerben und übertrug deren Heranbildung den wieder in Prag heimischen Jesuiten und einigen Klöstern, die sich dieser Aufgabe mit Eifer unterzogen. Selbstverständlich konnte der Erfolg erst in einigen Jahren erzielt werden, da man jedoch nicht so lange warten wollte, machte man den Versuch, ob man nicht einen Teil der protestantischen Geistlichkeit gewinnen könnte. Auf Befehl des Fürsten von Liechtenstein berief der Administrator die Prager Pfarrer zu sich und legte ihnen die Frage vor, ob sie sich der katholischen Kirche anbequemen und ihre Frauen nur als Köchinnen bei sich belassen wollten, und versprach ihnen, daß sie in diesem Falle nicht weiter belästigt werden sollten. Kein einziger Pfarrer war erbötig, unter dieser unwürdigen Bedingung sich der katholischen Kirche anzubequemen, aber es ist nicht zu zweifeln, daß sich ihr einzelne Geistliche am Lande fügten und daß der katholische Klerus dadurch einigen Zuwachs erlangte. Die Unnachgiebigkeit der Prager Pfarrer wollte man nicht ungestraft lassen und beschloß mit ihrer Vertreibung den Anfang zu machen, da man für einige ihrer Kirchen die nötigen Priester beizustellen im Stande war und die in der Hauptstadt geübte Reformation auf das Land nicht ohne Einwirkung bleiben konnte. Da man jedoch um des Glaubens willen diese Strafe nicht verhängen konnte, weil dies eine zu große Erbitterung verursacht hätte und man auch auf den Kurfürsten von Sachsen einige Rücksicht nehmen mußte, so wollte man diese Ausweisung aus politischen Gründen verfügen. Der Statthalter erhielt den Befehl, alle jene Geistlichen und Professoren, die den Beratungen im Karolin beigewohnt, die Rebellion in der Schule und auf der Kanzel befördert, die

Wahl Friedrichs auf den Thron verteidigt und seiner Krönung beigewohnt hatten, aus dem Lande zu jagen und gegen jene, die sich nicht entfernen würden, mit scharfer Strafe vorzugehen. Nicht ein Mitglied des böhmischen Klerus konnte von sich behaupten, keine der oben angeführten Majestätsbeleidigungen begangen zu haben, zum mindesten hatte vielleicht jeder bei Gelegenheit der Krönung Friedrichs in seiner Predigt auf das Gottgefällige dieses Werkes hingewiesen. Jedermann mußte also fürchten, daß wenn er nicht die Flucht ergreife, heute oder morgen Hand an ihn gelegt werden würde und so suchten nach Bekanntmachung viel Geistliche ihr Heil in der Flucht. Die Masse der protestantischen Geistlichkeit harrte jedoch auf ihrem Platze aus, zum Teil aus Pflichtgefühl, zum Teil aus Mangel an Mitteln, die ihnen und ihren Familien die Auswanderung ermöglicht hätten.

Der Kaiser hatte befohlen, daß das Ausweisungsdekret nach der erst bevorstehenden Exekution publiziert werden solle, da Liechtenstein jedoch besorgte, daß die Rüstungen Mansfelds und des Jägerndorfers zum Wiederausbruche des Aufstandes führen könnten, riet er dem Kaiser damit innezuhalten, bis man alle freigewordenen Kirchen mit Katholiken würde besetzen können. Seine Vorstellungen fanden in Wien Gehör, der Kaiser verzichtete vorläufig auf die Ausführung seines Befehles und verlangte nur daß der Fürst gegen jene Prediger strafend vorgehen sollte, welche sich in notorischer Weise am Aufstande beteiligt oder die Krönung vollzogen hätten. Das Recht der Besetzung erledigter Pfarreien in den Städten und auf allen konfiszierten Gütern nahm er aber fortan in Anspruch und trug dem Fürsten auf, sich mit dem Erzbischof ins Einvernehmen zu setzen, in welcher Weise bei Neubesetzungen vorgegangen werden solle.

Da damals nach vollführter Exekution die Beratungen über den allgemeinen Pardon in Bezug auf Leben und persönliche Freiheit (nicht aber bezüglich des Eigentums, da man ja dieses konfiszieren wollte), stattfanden, riet der Erzbischof diesen Pardon

ja nicht auf die Prediger und Professoren auszudehnen, damit man sie bei der ersten besten Gelegenheit aus dem Lande jagen könne. Aus diesem Grunde verzögerte sich die Verkündigung des Generalpardons je länger je mehr, trotzdem der Kaiser seit August 1621 wiederholt von dem Kurfürsten von Sachsen daran erinnert wurde; man fühlte, daß die protestantische Geistlichkeit von demselben nicht ausgeschlossen werden könne, da sie nicht schuldiger war, als der Adel und die Bürger. Die durch die unterbliebene Publikation des Pardons gewonnene Frist benutzte man, daß man rasch nach einander einzelne hervorragende Prediger zur Verantwortung zog und darauf von ihrem Posten entfernte. Da der päpstliche Nuncius alle seine Überredungskunst aufbot, um den Kaiser zur Wiederholung des schon einmal gegebenen, später aber sistierten Befehles wegen Ausweisung aller politisch-kompromittirten Geistlichen zu vermögen und endlich mit seinen Bitten durchdrang, so publizierte der Fürst von Liechtenstein am 13. Dezember ein Patent, nach dem alle Geistlichen, die die Proklamation der Direktorialregierung nach vollbrachtem Fenstersturze von der Kanzel verlesen und an dem Akte der Krönung des Pfalzgrafen teilgenommen hatten, angewiesen wurden, sich binnen drei Tagen aus Prag und binnen acht Tagen aus dem Lande zu entfernen. Aus „lauter Milde und Güte“ wurde den Ausgewiesenen gestattet, ihre fahrende Habe mitzunehmen und ihre unbeweglichen Güter binnen drei Monaten zu verkaufen. Wer dem Ausweisungsbefehle nicht folgte, der sollte als Hochverräter behandelt werden und ebenso derjenige, der einem Ausgewiesenen heimlich Unterkunft gab. Zu gleicher Zeit ging an die Räte der andern königlichen Städte der Befehl, dieses Patent zu publizieren und darnach vorzugehen.

Der Ausweisungsbefehl lautete so allgemein, daß auch die wenigen Geistlichen Augsburger Konfession, die sich in Böhmen aufhielten, von ihm betroffen werden mußten. Der Kaiser und Caraffa meinten es auch nicht anders, trotzdem weigerte sich Liechtenstein die Verfolgung auch auf die Lutheraner auszudehnen,

weil er die Empfindlichkeit des Kurfürsten von Sachsen nicht noch mehr reizen wollte. Seine Ansicht fand auch diesmal Beachtung und so konnte er den lutherischen Predigern Prags mitteilen, daß das Ausweisungsdekret sie nicht angehe, da sie sich keiner derartigen Verbrechen wie die übrigen Geistlichen schuldig gemacht hätten. Fast sämtliche Pfarrer Prags, der Administrator an der Spitze, fügten sich dem Ausweisungsbefehl und flüchteten sich nach Schandau, von wo aus sie sich bei dem Kurfürsten von Sachsen beklagten, daß sie unter dem Vorwande der Rebellion aus ihrer Heimat vertrieben worden seien und ihn ersuchten, sich beim Kaiser für ihre Rückkehr zu verwenden. Johann Georg wurde durch dieses Gesuch bitter berührt: die unangenehmen Folgen seines Bündnisses mit Ferdinand zeigten sich jetzt in greller Weise. Die Vertreibung der Geistlichkeit beleidigte die ihr anhängige Bevölkerung Prags in ihren heiligsten Gefühlen, doch gaben nur wenige ihrer Entrüstung Ausdruck. Als am Ostersonntag ein katholischer Geistlicher in der Emmauskirche eine heftige Predigt gegen die weitere Duldung der Ketzer hielt, unterbrach ihn ein Tagelöhner und schrie ihn an; aber schon erheben sich einige Soldaten gegen den Störer und nur mit größter Mühe rettete er sich durch die Flucht. Diese und andere Vorgänge bestärkten die Eiferer in dem Versuche, auch die Kommunion unter beiderlei Gestalten, die doch kirchlich zulässig war, abzuschaffen und sie führten diesen Plan an der ersten Pfarrkirche Prags, am Tein, durch. Hier war nach der Entfernung des Administrators ein gewisser Locika unter der Bedingung angestellt worden, daß er das Abendmahl unter beiden Gestalten verabreichen, im übrigen sich aber den Befehlen des Erzbischofs fügen solle. An seine Stelle wurde nun ein katholischer Geistlicher eingesetzt und fortan in Prag mit Ausnahme der den deutschen Protestanten gehörigen Kirchen nur noch der katholische Gottesdienst gestattet. Da derselbe nach den Verordnungen des Kaisers in allen königlichen Städten und auf allen konfiszierten Gütern geübt werden sollte, so hatten die Anhänger der böhmischen Kon-

fession nur noch einigen Rückhalt an den Privatgütern, aber auch hier war ihre Existenz nur noch Wochen gesichert, da man sich eben vorbereitete, den ganzen Grundbesitz den Händen der Protestanten zu entwinden. Noch war übrigens kein kaiserliches Dekret erschienen, welches den protestantischen Klerus sammt und sonders von der Duldung ausgeschlossen hätte, aber alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß ein solches bald erscheinen werde und jedenfalls handelten die Behörden, soweit sich ihre Wirksamkeit erstreckte, so als ob es bereits existiere.

Als das Osterfest des Jahres 1622 herangekommen war, mahnte Caraffa, daß man endlich auch die lutherischen Geistlichen ausweise. Man bereitete sich aber in Wien zum Besuche des Ödenburger Reichstags vor, und wollte sich die Verhandlungen daselbst durch die Ausweisung der Lutheraner nicht erschweren und da auch aus Deutschland Nachrichten über die bedeutenden Rüstungen des Markgrafen von Baden und des Halberstädters einliefen, so entschloß man sich sogar zur Publikation des schon lange versprochenen Generalpardons und schob sich auf diese Weise selbst einen Riegel gegen die beabsichtigte Ausweisung der Lutheraner vor. Als aber die Protestanten in Deutschland geschlagen waren und der Reichstag zu Ödenburg zu Ende war und damit der Grund wegfiel, um dessentwillen die Wiener Staatsmänner die Lutheraner geschont wissen wollten, erhob Caraffa von neuem seine Stimme und verlangte von dem Kaiser, daß man mit ihrer Ausweisung nicht länger säume. Diesmal drang er durch, der Fürst von Liechtenstein erhielt den Befehl, die lutherischen Prediger und Lehrer aus Prag und Brüx, wo mit Ausnahme des Gebiets von Eger allein Gemeinden der Augsburger Konfession sich entwickelt hatten, auszuweisen. Mit der Durchführung derselben Maßregel wurde der Kardinal Dietrichstein in Mähren beauftragt und so wurden aus der einzigen lutherischen Gemeinde daselbst aus Iglau die Geistlichen und Lehrer gleicherweise verjagt.

Liechtenstein leitete die Ausweisung damit ein, daß er dem

Stadthauptmann Herman Černin den Befehl erteilte, die lutherischen Geistlichen und Lehrer von Prag vorzurufen und ihnen das betreffende Dekret mitzuteilen. Černin kam dem Auftrage nach und teilte den Vorgeladenen mit, daß sie sich aller Funktionen enthalten und binnen vier Tagen Prag und das Land räumen müßten. Obwohl dieselben um eine Verlängerung der Frist baten, da es ihnen unmöglich sei, in so kurzer Zeit über ihre Habe und ihre Familien zu verfügen, so wurde der Termin doch nur um einen Tag verlängert. Auf einem einzigen Wagen aufgepackt und eskortiert von einer Soldatenabteilung traten sie die Reise am 29. Oktober 1622 an und schlugen ihren Weg nach Dresden ein. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge gab ihnen das Geleite über eine halbe Meile Weges und als es nun zum Scheiden kam, bestieg M. Lippach, der Führer der Ausgewiesenen einen Hügel und nahm nach einer ergreifenden Rede einen thränenreichen Abschied von den Zurückbleibenden. Eine Sammlung, die bei dieser Gelegenheit unter denselben angestellt wurde, ergab 400 Gulden, die dem scheidenden Pastor eingehändigt wurden. Zu gleicher Zeit wurden auch die Pastoren und Schulmeister aus Brüx vertrieben.

Den folgenden Tag, nachdem das Ausweisungsdekret den lutherischen Geistlichen mitgeteilt worden war, traf das Damoklesschwert auch den Rektor und die Professoren der Prager Universität. Der Kaiser erließ den Befehl, daß die Anhänger der böhmischen Konfession die Universitätsgebäude räumen und dieselben, so wie alle übrigen Besitzungen den Jesuiten als den nunmehrigen Leitern der Universität übergeben sollten. Die auf die Entfernung der protestantischen Geistlichkeit gerichteten Maßregeln wurden zu Ende des Jahres noch dadurch vervollständigt, daß Liechtenstein einen Befehl publizierte, dem zufolge alle Geistlichen nichtkatholischer Konfession aus ganz Böhmen ausgewiesen wurden. Das Reformationswerk war damit zur Hälfte beendet und die katholische Geistlichkeit konnte jetzt eine eingehende Wirksamkeit ausüben, ohne einem Widerspruche zu begegnen. Die größte

Aufmerksamkeit verwendete man auf die Gewinnung der Prager Bevölkerung, an einigen Kirchen, wie z. B. bei St. Heinrich und bei St. Stephan wurden beredte Jesuiten verwendet und diesen Bemühungen verdankte man es, daß man in den letzten Monaten des Jahres 1622 von zahlreichen Übertritten zur katholischen Kirche hörte. Der Gottesdienst war ein Bedürfnis des Volkes, das sich doppelt fühlbar machte bei den Drangsalen, denen das Land ausgesetzt war: Furcht vor dem Stadthauptmann und dem Stadtrichter, die es an Drohungen nicht fehlen lassen und Angst vor den Urteilssprüchen der Konfiskationskommission, die man durch Nachgiebigkeit in religiösen Dingen zu mildern hoffte, trugen das ihrige bei, um die katholischen Kirchen zu füllen. Aber nicht bloß die Bürger begannen der Gewalt zu weichen, auch einzelne Edelleute ließen von der alten Überzeugung ab und was der Adel und die Bürger thaten, fand bei zahlreichen Geistlichen der böhmischen Konfession, die zurückgeblieben waren, Nachahmung. Auch von den Professoren der Universität traten einige zum katholischen Glauben über, so der seiner Zeit hoch berühmte M. Campenus, der seine bedeutenden Kenntnisse in der lateinischen Sprache und seine dichterische Begabung dazu verwendete, um lateinische Hymnen zu Ehren der allerheiligsten Jungfrau zu verfassen, während er sich früher in der rhythmischen Übersetzung von Psalmen und Kirchenliedern versucht hatte.

Es versteht sich, daß die ausgewiesenen lutherischen Geistlichen ihr Loos eben so bitter empfanden, wie ihre Vorgänger und daß sie die Welt mit ihren Klagen erfüllten und sich namentlich beim Kurfürsten von Sachsen beschwerten. Johann Georg beklagte sich gegen den Kaiser in der bittersten Weise über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen: keine Nachricht im Laufe des böhmischen Aufstandes habe ihn so aufgeregt, als die von der Sperrung der lutherischen Kirche in Prag. Er gab zu, daß die Böhmen durch die Rebellion ihrer Privilegien verlustig gegangen seien, forderte aber, daß der Kaiser einige Rücksicht auf ihn als seinen Bundesgenossen nehme. Er solle berücksichtigen,

daß die deutschen Lutheraner nur „als Fremdlinge und Gäste“ im Lande anzusehen seien und daß sie dem Aufstand nur gezwungen nachgegeben, wie dies ja auch zahlreiche Katholiken gethan hätten. Welchen Wert habe der vom Kaiser publizierte Generalpardon, wenn die Lutheraner nicht frei ihrer Überzeugung leben dürften und welcher Dank werde ihm (dem Kurfürsten) dafür zu Teil, daß er durch seine dem Kaiser geleistete Hilfe die katholische Kirche aus dem Abgrunde gerettet habe. Ebenso wie der Kurfürst fühlte sich sein Hofprediger Hoë durch die gegen die Lutheraner verfügten Maßregeln getroffen. Er hatte am thätigsten bei der Anknüpfung der kaiserlichen Allianz mitgewirkt, er war nach Mühlhausen gezogen und hatte die Verhandlungen gefördert und nun zeigte sich, daß alle Warnungen und Vorwürfe, die man von protestantischer Seite gegen ihn erhoben hatte, begründet waren. Wir werden sehen, in wescher Weise der Kaiser diese Beschwerden bei dem Regensburger Deputationstag abwies und wie er von dem betretenen Wege nicht abwich: der Protestantismus sollte in der Wurzel ausgerottet werden.

Als man sich in Wien zu jenem Dekret entschloß, durch welches die Prager Pfarrer aus dem Lande vertrieben wurden (Ende 1621), standen die Angelegenheiten auf dem Kriegsschauplatz, wie wir später erzählen werden, günstig und so beschloß man auch, mit deu Konfiskationen nicht länger zu zögern. Ein Konfiskationsgerichtshof wurde zusammengestellt und zu Mitgliedern desseben neben dem Fürsten von Liechtenstein die Herren Adam von Waldstein, Friedrich von Talmberg und Sezima von Wrtba ernannt und ihnen zugleich für das zu beobachtende Verfahren eine streng bemessene Instruktion erteilt. Im Eingange derselben gab der Kaiser seine finanziellen Bedrängnisse als Grund an, weshalb er den Schuldigen nicht Verzeihung zu Teil werden lasse und bestimmte dann, daß Liechtenstein alle jene Personen vor den Konfiskationsrat berufen solle, die sich irgend einer Schuld bewußt seien. Die Citation sollte nicht namentlich, sondern im allgemeinen geschehen, so daß die betreffenden Personen ihre eigenen Angeber machen

sollten. Der Konfiskationsrat sollte untersuchen, inwieweit die einzelnen „während der vergangenen Rebellion ein Kriegs-, Landes-, Hof-, Stadt- und Ratsamt innegehabt, welche Kommissionen in oder außerhalb des Landes sie verrichtet, ob sie die Konföderationen beschworen und unterschrieben, ob sie den (rebellischen) Zusammenkünften beigewohnt und deren Beschlüsse approbiert, ob sie andere zu gleichmäßiger Rebellion aufgewiegelt, ob sie wider den Kaiser und dessen hochlöbliches Haus schmähliche und verkleinerliche Reden ausgestoßen oder ob sie sonst bei der Rebellion interessiert waren“. Man sieht aus dieser Bestimmung, daß nur die „wenigsten und ärmsten“ sich schuldlos fühlen konnten und daß, wenn man nach dieser Anordnung vorging, die gesamte besitzende Bevölkerung an den Bettelstab gebracht werden mußte. Die Strafe, die der Konfiskationsrat über den Übelthäter verhängen sollte, lautete auf Geld und Gut.

Die Prozesse nahmen im Jahre 1622 ihren Anfang und wurden im Laufe der folgenden zwei Jahre größtenteils zu Ende geführt. Das Urteil lautete bei jedem, der sich dem Gerichtshof stellte, daß er sein ganzes bewegliches und unbewegliches Vermögen von Rechtswegen verlieren sollte, daß ihn der Kaiser aber aus Gnade im Besitze der Hälfte, eines Drittels oder eines Viertels belasse, daß er jedoch in dem Besitze keines seiner unbeweglichen Güter bleiben dürfe, sondern dieselben abgeschätzt werden und ihm der entsprechende Teil der Abschätzungssumme aus der böhmischen Kammer ausbezahlt werden solle. Alle mehr und minder Schuldigen sollten also ausnahmslos ihr gesamtes Grundeigentum verlieren, eine Bestimmung, deren furchtbare Härte noch dadurch klarer hervortritt, wenn man weiß, daß die Abschätzungen in der oberflächlichsten und für die Besitzer feindseligsten Weise stattfanden und daß die auf sie entfallende Summe in durchwegs falschem (!) Gelde gezahlt wurde. Um sich nämlich die Auszahlung des betreffenden Geldes zu erleichtern, hatte der Kaiser am 18. Januar 1622 einen Münzvertrag mit

einem gewissen Hans de Witte und einer Anzahl hochstehender Herren abgeschlossen und sie ermächtigt, aus einer Mark Silber eine viermal größere Summe Geldes zu prägen, als der eigentliche Silberwert es gestattete. Mit diesem gefälschten Gelde wollte man die auf den konfiszierten Gütern haftenden Lasten, die man anerkennen mußte, ablösen und den Wert jenes Teiles, der dem früheren Besitzer nicht abgesprochen wurde, auszahlen. Nach Beendigung dieses Geschäftes wollte man die Münze außer Kurs setzen und in ihrem wahren Werte, also zu viel geringerem Preise, wieder einziehen. Zugleich wurde bestimmt, daß, wenn ein oder das andere Gut verkauft würde, der Käufer die Kaufsumme in altem guten Gelde erlegen sollte. Der Käufer bezahlte also den wahren Wert, der aus dem Besitz Verwiesene oder sein Gläubiger sollte aber nur den vierten Teil der ohnehin zu seinem Nachteil festgesetzten Abschätzungssumme erhalten.

So sinnreich dieser diabolische Plan auch war, so hatte er für den Kaiser doch nicht den erwarteten Vorteil, sondern schlug ebenso zu seinem Schaden wie zu dem der Verurteilten aus. Zunächst übte jenes Münzconsortium selbst den furchtbarsten Betrug. Statt eine Mark Silber in vierfach geringerem Werte auszuprägen, prägte es dieselbe allmählich in zehnfach geringerem Werte aus, d. h. in einem Gulden dieser Prägung war nur der zehnte Teil des Silbers vorhanden, der darin sein sollte. Mit dem maßlos verschlechterten Gelde, aus dem sechs Zehntel des Gewinnes jenem Consortium zu gute kam, weil der Kaiser nichts von dem an ihm geübten Betrug wußte, kauften die Mitglieder desselben die konfiscierten Gütermassen und erlangten durch ihre einflußreiche Stellung, daß das angeblich bloß um das vierfache, thatsächlich aber um das zehnfache verschlechterte Geld als Zahlung von ihnen angenommen wurde. So gewann der Kaiser aus seinen riesigen Konfiskationen keine nennenswerte Summe, bereichert wurden durch dieselben nur eine Anzahl hochgestellter Spekulanten. Das Münzunwesen nahm infolge der betrügerischen Manipulationen im Jahre 1623

so gräuliche Dimensionen an, verteuerte alle Handelsartikel ins maßlose, verursachte überall eine solche Aufregung und einen solchen Haß gegen das kaiserliche Regiment, daß Ferdinand sich gezwungen sah, dem Consortium die Pachtung der Münzprägung am 21. März 1623 abzunehmen, wieder ordentliche Münzen zu prägen und die falschen später einzuziehen. Daß ihm auch bei der Einziehung der gegen ihn geübte Betrug nicht bekannt wurde, ist eines der geschichtlichen Rätsel jener Zeit: thatsächlich ist erst unter Ferdinand III eine Untersuchung in dieser Angelegenheit angeordnet und der Erbe eines der Hauptschuldigen zum Ersatz von 1 000 000 Gulden verurteilt worden.

Man sollte nun denken, daß den Edelleuten und Bürgern, denen von dem Konfiskationsrat etwa der dritte Teil ihres Besitzes gelassen wurde, der Wert desselben in der vierfach oder zehnfach verschlechterten Münze ausgezahlt wurde, sie also entweder ein Zwölftel oder ein Dreißigstel erhalten haben. Aber selbst dieser Bruchteil wurde häufig nicht ausgezahlt, man berücksichtigte zumeist nur jene, die katholisch wurden oder mächtige Gönner besaßen, jene aber, die auswanderten, wurden wenig beachtet, trotzdem daß ihre Ansprüche anerkannt und ihnen zeitweise die Erlaubnis zur Rückkehr nach Böhmen erteilt wurde, um ihre Ansprüche zu verfechten. Nicht bloß die vollständige Ebbe im kaiserlichen Schatz war die Veranlassung dazu; man hätte es in Wien auch als ein unverzeihliches Unrecht angesehen, diesen Nachzüglern in den späteren Jahren mit gutem Geld zu zahlen, was man den durch die Glaubensumkehr und sonstige Empfehlungen der Gnade Würdigeren früher mit schlechtem Gelde gezahlt hatte.

So hatte sich der zweite Punkt aus dem Reformprogramm der Wiener Hofpartei, welches zu Ende des Jahres 1620 aufgestellt wurde, vollinhaltlich erfüllt: der protestantische Adel Böhmens wurde an den Bettelstab gebracht und der Grundbesitz im Lande ging in andere und verläßliche Hände über. Auch dem Wohlstand der städtischen Bevölkerung wurde der Todesstoß ver-

setzt, denn man nahm nicht nur den einzelnen Bürgern, sondern auch den Gemeinden ihr Vermögen und brachte sie so in den Zustand einer armseligen bäuerlichen Bevölkerung. Das Weh, unter dem das Land seufzte, kann an Umfang und Tiefe nur mit jenem verglichen werden, das zur Zeit der Völkerwanderung den Bewohnern Galliens und Oberitaliens durch die fränkischen und longobardischen Sieger zugefügt wurde.

Wie bezüglich Böhmens, so hatte sich der Kaiser auch bezüglich Mährens über die vorzunehmenden Reformen ein Gutachten von einer Kommission ausstellen lassen, an deren Spitze der Kardinal Dietrichstein stand. Das Gutachten empfahl die möglichst rasche Herstellung der alleinigen Herrschaft der katholischen Kirche und demzufolge die unmittelbare Vertreibung der böhmischen Brüder und der Wiedertäufer und die dauernde Verfolgung der übrigen Protestanten. In Bezug auf die Art und Weise, wie der Kaiser seine Macht in Mähren neu begründen sollte, empfahl es, daß alle jene Rechte, für welche die mährischen Stände nicht spezielle Privilegien, sondern nur die gewohnheitsmäßige Übung anführen könnten, nicht anerkannt, mit einem Worte, daß die Verfassung des Landes in einer zusagenden Weise umgeändert werde. Bezüglich der Bestrafung der Teilnehmer des Aufstandes riet der Kardinal, daß der Kaiser keine von seinen Vorfahren kontrahierten Schulden bezahlen, die städtischen Gelder konfiszieren und von den Edelleuten nur jene schonen solle, die dem Afterkönig nicht den Eid der Treue geleistet hätten. Der Besitz derjenigen, die nichts weiter verbrochen hatten, als diesen Eid geleistet zu haben, sollte zu einem Lehen- oder Bauerngut herabgesetzt und mit einem besonderen Zins belastet werden. Alle übrigen Übelthäter sollten ihren gesamten Besitz und zum Teil auch ihr Leben verlieren. Die Ratschläge des Kardinals entsprachen den Anschauungen der übrigen Räte und wurden deshalb gut geheißen und das Gutachten dem Kaiser vorgelegt.

Kurz vor oder nach der Prager Exekution ließ man dem Kardinal Dietrichstein den Befehl zukommen, in Mähren

alle hervorragenden Teilnehmer des Aufstandes in Haft zu nehmen. Wegen der von Bethlen drohenden Kriegsgefahr, infolge welcher das ganze Land in ein Heerlager verwandelt wurde, konnte man jedoch nicht, wie man wollte, auch ihre Güter mit Beschlag belegen und mußte sich vorläufig mit der Ausschreibung fast unerschwinglicher Kontributionen begnügen. Der Kardinal mißbilligte dieses Ausbeutungssystem, weil das Land dadurch dem Verderben entgegengehe und in der That, wenn er zur Begründung seiner Mißbilligung anführt, daß die Zahl der bewohnten Häuser von 90000 auf 30000 gesunken sei, so kann man sich einen Begriff von dem schrecklichen Elend machen, das im Laufe von drei Jahren über Mähren hereingebrochen war. Er riet dem Kaiser, daß er mit der Konfiskation nicht zögern, also mit den eingezogenen Edelleuten einen schnellen Prozeß machen und sich ihren Besitz aneignen oder rascher die damals erst projektierte Münzverfälschung durchführen solle. Es konnte dann gegen die Menge ein milderes Verfahren Platz greifen, sobald man sich bei den Reichen bezahlt gemacht hatte.

Der Ratschlag des Kardinals wurde befolgt, als mit Bethlen zu Anfang des Jahres 1622 der Friede zu Nikolsburg abgeschlossen wurde und man sonach nichts von seiner Intervention zu befürchten hatte. Zunächst wurden die Verhaftungen vervollständigt. Es wurde bestimmt, daß die Untersuchung und Inhaftnahme sich nicht bloß auf die Direktoren, sondern auch auf jene Personen erstrecken solle, die sich durch Brief und Siegel zum Aufstand verpflichtet, sich an dem Abschluß der Konföderation in Prag und an der Botschaft, die den Pfalzgrafen von der auf ihn gefallenen Wahl verständigte, beteiligt, die geistlichen Güter eingezogen und das Amt der Kreishauptleute in Mähren während der Rebellion angenommen hatten. Entsprechend diesen Weisungen ließ der Kardinal eine Liste der betreffenden Personen zusammenstellen, die etwa 200 Namen umfaßte. Nun wurde der Gerichtshof zusammengestellt, vor dem die Prozesse durchgeführt werden sollten; Dietrich-

stein wurde zum Präsidenten desselben ernannt und ihm neun Personen beigeordnet, von denen die Mehrzahl bereits in Prag thätig gewesen war. Die Richter begannen ihre Thätigkeit Ende Juni (1622) und sprachen zuerst das Urteil über die flüchtigen Rebellen aus, das auf Tod und Verlust sämtlicher Güter lautete. Die Fällung der übrigen Urteile verzögerte sich, da der Kaiser sich längere Zeit nicht entscheiden konnte, ob er die angetragene Todesstrafe verhängen sollte oder nicht, bis er sich endlich entschloß, Gnade walten zu lassen und mit diesem Bescheide den Obersten Marradas nach Brünn schickte.

Am 3. November wurden die Gefangenen aufs Brünner Rathaus berufen, um hier der Verkündigung der Urteile beizuwohnen. Es wurde den meisten mitgeteilt, daß ihr Urteil auf Todesstrafe laute, aber durch die kaiserliche Gnade auf lebenslängliche oder zeitliche Haft gemildert worden sei. Über alle Personen aus dem Herrenstande wurde die Konfiskation des gesamten Besitzes verhängt, auch aus dem Ritterstande traf alle mit Ausnahme eines einzigen dieselbe Strafe, während den Personen aus dem bürgerlichen Stande zumeist ein Teil ihres Besitzes belassen wurde. Durch die jetzt ausgesprochenen oder gegen die Flüchtigen publizierten Urteile wurde die Strafe der Güterkonfiskation über 51 Personen verhängt.

Wie groß auch der Besitz sein mochte, dessen sich der Kaiser auf diese Weise bemächtigen durfte, er genügte nicht für die Ebbe, die sich in seinen Kassen täglich fühlbarer machte, und so griff man in Mähren zu demselben Mittel wie in Böhmen. Man forderte auch hier alle Einwohner des Landes auf, sich selbst ihrer Verbrechen vor dem Brünner Gerichtshofe anzuklagen und dieselben mit der Abtretung eines Teiles ihrer Güter zu sühnen. Die betreffenden Prozesse wurden im Jahre 1623 aufgenommen und in diesem und im folgenden Jahre auch die verschiedenen Konfiskationen verhängt.

Die Gegenreformation wurde in Mähren in genauer Beobachtung des von dem Kardinal gegebenen Gutachtens durch-

geführt. Nachdem man den Anhängern der böhmischen Konfession jeglichen Schaden zugefügt hatte, indem man ihre Geistlichen und Lehrer unablässig verfolgte, erließ Ferdinand (am 17. September 1622) ein Patent, in dem er sämtliche Wiedertäufer des Landes verwies. Es waren dies deutsche Gemeinden, die sich hier im dritten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts auf den Gütern einzelner Edelleute, namentlich des Herrn von Liechtenstein, angesiedelt hatten. Obwohl keine Sekte in jener Zeit so verachtet und verfolgt war, wie diese, so erfreute sie sich doch in Mähren einer gesicherten Existenz, weil sie sich in kluger Weise jeder Proselytenmacherei und jeder politischen Einflußnahme enthielt und willig sich besteuern ließ. Die einzelnen Gemeinden hatten eine kommunistische Einrichtung und bestellten die Felder oder betrieben einzelne Gewerbe, darunter die Tuchmacherei, auf gemeinsame Rechnung. Da sie nicht bloß ihren Herren, sondern auch dem Lande das doppelte Steuererträgnis der Juden lieferten, so heftete sich an ihre Duldung der Eigennutz; die Zahl ihrer Mitglieder hatte mittlerweile so zugenommen, daß sie sich auf mehr als 20000 belief. Nun sollten sie auswandern, die liebgewonnene Heimat abermals aufgeben und fast ohne alle Mittel ein neues Unterkommen suchen. Trotzdem folgte die Mehrzahl dem Gebote und wanderte zumeist nach Ungarn aus, wo sie sich bis auf die neueste Zeit erhielten.

Von einem entschlossenen Widerstande gegen die kaiserlichen Reformationsdekrete war in Mähren ebensowenig die Rede wie in Böhmen. Nur Karl von Žerotín allein mißachtete im Vertrauen auf seine dem Kaiser geleisteten Dienste die Ausweisungsbefehle gegen die protestantische Geistlichkeit und beherbergte zahlreiche Mitglieder derselben auf seinen Gütern. Die Regierung duldete vorläufig diese Widerspenstigkeit, aber als sie sich später kräftiger fühlte, mußte Žerotín nachgeben, und da er den Zuspruch seiner Glaubensgenossen nicht entbehren wollte, so zog er lieber nach Breslau.

Bezüglich der in Schlesien vorzunehmenden Änderungen beauf-

tragte der Kaiser eine nicht namentlich bekannte Person mit der Erstattung eines Gutachtens, welches sich so ziemlich in den Spuren des böhmischen und mährischen bewegte, dem Kaiser also die Nichtbeachtung der politischen Freiheiten des Landes, die Festigung seiner obersten Autorität und seines Erbrechtes, endlich jegliche Vorschubleistung der Katholiken und eine schrittweise Verfolgung der Protestanten, namentlich der Kalviner, empfahl. Da jedoch der Kurfürst von Sachsen durch den Accord die Durchführung dieser Ratschläge unmöglich gemacht hatte, so wurde das Gutachten beiseite gelegt, bildete aber trotzdem in den späteren Jahren die Richtschnur bei manchen Maßregeln der Regierung. Vorläufig wollte man in Wien einen Fürstentag nach Breslau berufen, um auf diesem die Aussöhnung durch eine Art Wiedererneuerung der Huldigung besiegeln zu lassen. Der Kurfürst von Sachsen kam diesem Wunsche nach, indem er bei dem Fürstentage, der am 3. November 1621 zusammentrat, die Stelle des Kaisers vertrat und von den höheren Ständen mittelst Handschlags die Versicherung entgegennahm, daß sie sich fortan treu benehmen wollten. In den folgenden Tagen wurde mit den Ständen wegen einer erhöhten Steuerleistung verhandelt und die Einigung dahin getroffen, daß sie sich zu einer Biersteuer, zur Zahlung von 200 000 Thalern innerhalb zweier Jahre und zu einem Beitrage von 100 000 Thalern auf die Unterhaltung der ungarischen Grenzfestungen während dreier aufeinander folgender Jahre verpflichteten. In der Folgezeit machten sie die Erfahrung, daß erhöhte Zahlungen fortan auf der Tagesordnung standen.

Wir wollen nur noch mit einigen Worten andeuten, in welcher Weise der Sieg gegen die Österreicher ausgebeutet wurde. Nach der Schlacht auf dem weißen Berge mußte sich jedem die Überzeugung aufdrängen, daß die Regierung sich nicht mehr mit der Verfolgung derjenigen begnügen werde, die in Retz die Schutzherrschaft über Österreich dem Pfalzgrafen angetragen hatten, sondern daß eine allgemeine Untersuchung gegen

die Widersacher der Dynastie eingeleitet werden würde. In Österreich gab man sich jedoch noch einer rosigen Anschauung hin, ja die oberösterreichischen Stände schickten sogar einen Gesandten an den Herzog Maximilian mit der Bitte ab, daß mit den gegen einzelne Personen eingeleiteten Prozessen innegehalten werden möge. Die Antwort Maximilians zeigte aber, daß der Wind jetzt aus einer andern Richtung wehe. Er warf den Ständen die Teilnahme am böhmischen Aufstande und die Verbindung mit Bethlen vor und bezeichnete die Versicherung ihrer Treue nicht undeutlich als eitle Flunkerei. Da der Gesandte seine Klage mit dem Argument unterstützte, daß der auf die Stände geübte Druck gegen ihre Rechte und Privilegien verstoße, blieb der Herzog auch darauf die Antwort nicht schuldig, indem er in höhnischer Weise frug, ob etwa der Landesfürst sich ihrem Willen fügen solle? Wenn es zum äußersten komme, dann müßten die „Partikularinteressen“ schweigen und das öffentliche Wohl allein berücksichtigt werden.

Die scharfe Antwort beugte den Trotz der Stände noch nicht, denn als Maximilian die Zahlung derjenigen Schulden verbot, die sie während des Aufstandes gemacht hatten, wollten sie nicht folgen und die Schulden aus den einlaufenden Steuern, deren Verwaltung in ihren Händen lag, tilgen. Diese unkluge und jedenfalls von rebellischem Geiste zeugende Haltung bewirkte, daß man in Wien nicht länger mit der Prozessierung einzelner Rädelsführer zögern wollte. Das künftige Resultat des Vorgehens kündigte der Kaiser in einem Patente an, in dem er Konfiskationen in Aussicht stellte, sich also mit denen, die über jene verhängt wurden, welche die Huldigung nicht geleistet und sich geflüchtet hatten, nicht begnügte. In der That wurden einige Edelleute und Bürger am 20. März (1621) in Linz verhaftet und da sich der Trotz der Stände nicht minderte und sie in der Bezahlung der Steuern säumig waren, so wurden die Verhaftungen fortgesetzt und namentlich auf Erasmus von Starhemberg, Sigmund Polheim und den reichen Helmhard von Jörger

ausgedehnt. Auch in Wien wurde eine Anzahl Bürger verhaftet und wegen ihrer Haltung im Jahre 1619 in Untersuchung gezogen. Die Folge dieser Strenge war, daß als der Kaiser die niederösterreichischen Stände nach Wien berief und von denselben eine starke Kontribution begehrte, die Opposition sich kaum zu rühren wagte und in die zugemuteten Opfer einwilligte. Die oberösterreichischen Stände, die sich jetzt nach dem kaiserlichen Regimente sehnten, seit sie von Maximilian in strenger Zucht gehalten wurden, überreichten dem Kaiser eine Bittschrift, die nicht mehr von der alten Widerspänstigkeit zeugte, sondern ihn nur um finanzielle Schonung und Aufhebung der eingeleiteten Prozesse anflehte. Es war aber zu spät, wenn man sich jetzt aufs Bitten verlegte. In Wien war man entschlossen, Oberösterreich in derselben Weise zu behandeln wie Böhmen und Mähren, gegen den Adel und den Bürgerstand trotz der geleisteten Huldigung die Anklage wegen ihrer rebellischen Verbindungen zu erheben und die Schuldigen mit der Konfiskation der Güter zu bestrafen. Zur Vornahme der Untersuchung und zur Schöpfung des Urteils wurde ein eigener Gerichtshof bestellt, der die Anklage gegen alle jene erheben sollte, welche bewaffneten Widerstand geleistet, sich der Regierung nach dem Tode des Kaisers Mathias bemächtigt, die Kriegsrüstungen betrieben, die Konföderation mit Böhmen abgeschlossen, den kaiserlichen Truppen die Pässe gesperrt hatten und mit Bethlen und den Türken in Verbindung gestanden waren. Die meisten der Hauptschuldigen waren geflohen und denen konnte man nichts mehr anhaben, als daß man ihre Güter konfiszierte, gegen die im Lande verbliebenen ging man aber milder vor und begnügte sich damit, daß man ihnen später eine Geldstrafe auflegte. So büßten mehr oder weniger alle, die an dem böhmischen Aufstande sich irgendwie beteiligt hatten: die einen mit ihrem Leben, die andern mit ihren Gütern, alle aber, die in der Heimat geblieben waren, mit ihrer Überzeugung, die sie dem absoluten Regiment zum Opfer bringen mußten.

Namen- und Orts-Verzeichnis.



Halle. — Geh. Hofrat Prof. Dr. Hett[illegible]r in [illegible]en. — Prof. Dr. Rud. Hildebrand in Leipzig. — Prof. Dr. [illegible] Hirzel in Bern. — Hofrat Ferd. von Hochstetter in Wien. — [illegible] D[illegible] [illegible]ger in Zürich. — Prof. Dr. H. Janitschek in Straßburg. — Dr. Carl Emil Jung in Leipzig. — Prof. Dr. Jul. Jung in Prag. — Prof. Dr. Kirchhoff in Halle. — Dr. Hermann J. Klein in Köln. — Alfred Klar in Prag. — Dr. E. Krause (Carus Sterne) in Berlin. — Doz. Dr. O. Krümmel in Göttingen. — Prof. Dr. Kugler in Tübingen. — Prof. Dr. Langenheimer in Gießen. — Prof. Dr. Lazarus in Berlin. — Paul Lehmann in Berlin. — Dr. Rich. Lehmann in Halle. — Prof. Dr. Lepsius in Darmstadt. — Dr. J. Lippert in Berlin. — Prof. Dr. F. Lotheissen in Wien. — J. Löwenberg in Leipzig. — Prof. Dr. Luerßen in Leipzig. — Prof. Dr. Mach in Prag. — Prof. Dr. H. Magnus in Breslau. — Prof. Dr. E. v. Martens in Berlin. — Prof. Dr. E. Martin in Straßburg. — L. Martin in Stuttgart. — Bruno Meyer in Karlsruhe. — Dr. F. Meyer von Waldeck in Heidelberg. — Prof. Dr. G. Meyer in Graz. — Prof. Dr. Johannes Minckwitz in Leipzig. — Prof. Dr. H. Müller in Halle. — Dr. Herm. Müller in Lippstadt. — Prof. Wilh. Müller in Tübingen. — Prof. Dr. E. Naumann in Dresden. — L. Nohl in Heidelberg. — Prof. Dr. Pagenstecher in Heidelberg. — Dr. C. F. W. Peters in Kiel. — Prof Dr. Fr. Pfaff in Erlangen. — Prof. Dr. Pinner in Berlin. — Prof. Dr. W. Preyer in Jena. — Reg.-Rat Dr. Pokorny in Wien. — Dr. B. Proskauer in Berlin. — Doz. Dr. Pulnj in Wien. — Prof. Dr. A. Reifferscheid in Greifswald. — Prof. Dr. Rein in Marburg. — Dr. Aug. Reißmann in Leipzig. — Geh. Hofrat Dr. W. Roßmann in Dresden. — Dr. Carl Ruß in Berlin. — Prof. Dr. L. Rütimeyer in Basel. — Hofrat Prof. Dr. v. Sachs in Würzburg. — Dr. Emil Schlagintweit in Zweibrücken. — Prof. Dr. O. Schmidt in Straßburg. — Prof. Dr. Alwin Schultz in Breslau. — Prof. Dr. Schwendener in Berlin. — Prof. Dr. Sell in Berlin. — Prof. Dr. Semper in Innsbruck. — Prof. Dr. Semper in Würzburg. — Dr. Soyka in München. — Dr. J. W. Spengel in Bremen. — Dr. Ludw. Stern in Berlin. — Prof. Dr. Th. Studer in Bern. — Prof Dr. Alex. Supan in Czernowitz. — Dr. Otto Taschenberg in Halle. — Prof. Dr. E. Taschenberg in Halle. — Dr. Franz Teufel in Karlsruhe. — Prof. Dr. Wilh. Tomaschek in Graz. — Prof. Dr. F. Toula in Wien. — Prof. Dr. W. Valentiner in Karlsruhe. — Prof. Dr. Wiesner in Wien. — Prof. Dr. Willkomm in Prag. — Hofrat Prof. Dr. Winkelmann in Heidelberg. — Max Wirth in [illegible] in Leipzig. — Dr. C. v. Wurzbach in Berch[illegible]mermann in Wien. — Prof.[illegible]